

Abbestück D 2841 F Gebühr bezahlt

Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

st damit nicht dementiert, daß sich auch in Zukunft sozia-
 Zielsetzungen und Entwürfe im Projekt der Moderne und
 modernen Kapitalismus definieren müssen. Dabei gehört
 che Fassung der Moderne noch lange nicht zur Makulatur
 ichte. Denn nirgends sind die positiven Unterschiede der
 -Epoche gegenüber der Vergangenheit schärfer erfaßt und
 aktiven und Konsequenzen einer Dauerrevolutionierung der
 nsbedingungen für die Gesellschaft klarer vorgedacht. Nir-
 d aber auch die Janusköpfigkeit der kapitalistischen Moder-
 tischer beim Namen genannt. Und schließlich ergibt sich
 r anderen Analyse des Ganzen zwingender, daß Kontrolle
 ste Gestaltung des Stoffwechsels mit der Natur auf der
 emanzipative Entwicklung der Individuen auf der anderen
 dann in Balance gebracht werden können, wenn die Bedin-
 zialer Antagonismen beseitigt sind. Dies ist die conditio
 ion der Überwindung der gesellschaftlichen Entzweiung."

g, Die Moderne - eine durch die kapitalistische Realität
 ste Verheißung, in: D. Boris, W. Gerns, H. Jung (Hg.), Kei-
 vom Sozialismus - Aber wir, Bonn 1992, S. 216

Anschrift:
 rift Marxistische Erneuerung
 500936, 60397 Frankfurt/M., Tel/Fax: 069/53054406

0-0648

PDS-Programmdiskussion

Nr. 44, Dezember 2000

PDS-Programmdiskussion

Nr. 44, Dezember 2000

Neue Rechte

Butterwegge - **Rechtsextremismus, Rassismus,
 Gewalt/Wiegel - Verordneter Antifaschismus?**
 Werner - **Zweifel am "ostdeutschen"
 Rechtsextremismus**

PDS-Programmdiskussion

Deppe - **Anmerkungen zur Programmdebatte
 der PDS/Klein - Die Linke und die Moderne**
 Adler - **Streit um Begriffe/Heuer - In welcher
 Epoche leben wir?/Bischoff, Nick, Steinitz -
 Moderner Kapitalismus und Strategie der
 sozialistischen Linken**

Und: Tesch - **Non-Profit-Oganisationen im
 Wohnungswesen/Janssen - Stalinstadt/
 Eisenhüttenstadt/Wolfswinkler - Marxistische
 Staatstheorie im Postfordismus/Laitko -
 Die späten Chemiestudien von Karl Marx**
 Wahsner - **Bemerkungen zu einer Theorie der
 Dialektik**

Sowie: Berichte, Rezensionen

Winfried Wolf
Fusionsfieber
Oder: Das große Fressen



PapyRossa

Gegen den Globalisierungsmythos von den anonymen Sachzwängen und von Möglichkeiten der Gegenwehr.

ISBN 3-89438-210-4, Broschur, 288 Seiten,
DM 28,00/SFR 26,00/ÖS 207,00

Ulrike Winkler (Hg.)
Stiften gehen
NS-Zwangsarbeit und
Entschädigungsdebatte



PapyRossa

Vom Nutzen, von den Nutznießern und von den Opfern der Zwangsarbeit und warum Deutschland heute stiften geht.

ISBN 3-89438-204-X, Broschur, 272 Seiten,
DM 29,80/SFR 27,50/ÖS 221,00

Werner Biermann
**Die Herren
der Welt**
Die Weltmachtspolitik
der USA nach 1945



PapyRossa

Vom Aufstieg der USA zum „Imperium ohne Grenzen“, von ihrem Weg in die Sackgasse und von der Krise von morgen.

ISBN 3-89438-195-7, Broschur, 392 Seiten,
DM 39,80/SFR 37,00/ÖS 295,00

Dietrich Helther
Verbündete Männer



PapyRossa

Völkisch, männerbündisch, elitär - studentische Korporationen als rechte Kaderschmieden und Garanten reaktionärer Kontinuität.

ISBN 3-89438-208-2, Gebunden, 540 Seiten,
DM 48,00/SFR 44,50/ÖS 355,00

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
11. Jahrgang
Heft 44 (Dezember 2000)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningen
Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen,
Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 - 50937 Köln - Tel.: 0221/448545 - Fax: 0221/444305
e-mail: papyrossa@koeln-online.de - internet: www.papyrossa.de

Neue Rechte

- 7 *Christoph Butterwegge*
Erklärungsmodelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt
Ein kritischer Überblick zum Diskussionsstand
- 22 *Gerd Wiegel*
Verordneter Antifaschismus?
Zur aktuellen Debatte um die extreme Rechte
- 32 *Harald Werner*
Zweifel am „ostdeutschen“ Rechtsextremismus

PDS-Programmdiskussion

- 41 *Frank Deppe*
Anmerkungen zur Programm-Debatte der PDS
- 54 *Dieter Klein*
Die Linke und die Moderne
- 71 *Hans Henning Adler*
Streit um Begriffe
Über „Moderne“ und „Profitdominanz“
- 74 *Uwe-Jens Heuer*
In welcher Epoche leben wir?
- 41 *Joachim Bischoff/Harry Nick/Klaus Steinitz*
Entwicklungstendenzen im modernen Kapitalismus und Strategie der sozialistischen Linken

Weitere Beiträge

- Joachim Tesch*
104 **Lückenbüßer oder Gegenmacht?**
Nonprofit-Organisationen im Allgemeinen und im Wohnungswesen
- Jörn Janssen*
119 **Stalinstadt/Eisenhüttenstadt: ein Meilenstein der europäischen Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert**
- Günther Wolfswinkler*
128 **Marxistische Staatstheorie im Postfordismus**
Zwischen Formationsdetermination und polyzentrischen Vergesellschaftungsmustern
-
- Hubert Laitko*
143 **Die späten Chemiestudien von Karl Marx: Fakten und Fragen**
- Renate Wahsner*
151 **Der Ernst, der Schmerz, die Geduld und Arbeit des Negativen**
Bemerkungen zu einer Theorie der Dialektik

Berichte

- Werner Schmidt*
168 **Gibt es unter Marxisten ‚Sieger‘ und ‚Besiegte‘?**
Internationale Tagung des Berliner Instituts für kritische Theorie (1.-4. Juni 2000)
- Herbert Münchow*
170 **Marxismus und sozialistische Programmatik**
Konferenzen im Vorfeld des Cottbusser Parteitages der PDS, 16. und 23./24. September 2000
- Friedrich Siekmeier*
174 **Einmischung in Praxis und Theorie**
„Halb-Zeit“-Bilanz der rot-grünen Bundesregierung durch Nichtregierungsorganisationen am 22. und 23. September 2000 in Berlin
- Fritz Fiehler*
178 **Hat das ‚Kapital‘ einen Schluß?**
MEGA-Konferenz, Berlin, 22. bis 24. September 2000
- Ewald Wehner*
181 **Gewerkschaftslinker**
27./28. Oktober, Frankfurt am Main
-

184 Buchbesprechungen

- Koflers Marxismus (Ingo Elbe)
 Aktualität und Pluralität des Marxismus (Ulf Schulenberg)
 Hayek-Kritik (Marco Tullney)
 Von Lidice bis Kalavryta (Karl Unger)
 Faschismus - Rechte Leute von links? (Gerd Wiegel)
 Destruktion der Rudolf Heß-Legende (Werner Röhr)
 Wider die Verfälschung deutscher Geschichte (Lorenz Knorr)
 DDR - gedenkt ihrer mit Nachsicht (Fritz Krause)
 Alternativen zur „Kolonisierung“ (Harald Neubert)

4 Impressum**142 Vorschau****222 Autorinnen und Autoren****Impressum**

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion:

Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt DM 60,- Bei Bezug aus dem Ausland DM 70,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel. 069/53054406.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. 10. 2000

Editorial

Die Debatte über Rechtsextremismus, Neofaschismus und Rassismus hält derzeit unvermindert an. Sie hat auch in der Linken die Diskussion über aktuelle Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen der „Neuen Rechten“ intensiviert. Die ersten drei Beiträge dieses Heftes greifen aktuelle Aspekte des Themas auf. *Christoph Butterwegge* verfolgt die Debatte über den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik bis zu ihren Wurzeln in den fünfziger Jahren, setzt sich mit den gängigsten Erklärungsmodellen auseinander und gibt einen kritischen Überblick zum Stand der Diskussion. Dabei erweisen sich nicht nur modernisierte totalitarismustheoretische Ansätze als irreführend, weil sie die Nähe des Rechtsextremismus zur bürgerlichen Mitte leugnen oder übersehen. Verharmlosend ist auch die Interpretation der Neuen Rechten als eine neue Form von „Jugendprotest“, der die Folge sozialer Desintegration im modernen Kapitalismus sei. Ein anderer, nicht weniger irreführender Erklärungsansatz ist nach Butterwegge die These, der heutige Rechtsextremismus sei eine Gegenreaktion der Jugend auf die linke Protestgeneration der sechziger bis achtziger Jahre. *Gerd Wiegel* wirft drei Fragen auf: Hat sich die extreme Rechte in den letzten Jahren tatsächlich gewandelt, und wenn ja, wie? Wo liegen die Ursachen für die offenbar zunehmende Akzeptanz rechtsextremistischer Ideologiemomente in breiten Teilen der Bevölkerung? Und wie ist der momentane staatliche „Antifaschismus“ einzuschätzen? *Harald Werner* setzt sich mit der Tendenz auseinander, Ursachen und Verbreitung des Rechtsextremismus vorwiegend oder ausschließlich in den östlichen Bundesländern zu suchen. Er zeigt, wie die ideologischen Versatzstücke des kalten Krieges auch heute noch genutzt werden, um das „Wiederauftauchen des Faschismus“ nicht als innergesellschaftliches, sondern als äußeres Problem abzutun. Ohne Antwort auf die Frage nach den sozialökonomischen Wurzeln von Rechtsextremismus und Neofaschismus ist das Wesen der „Neuen Rechten“ nicht wirklich zu verstehen.

Beiträge zur PDS-Programmdebatte bilden den Schwerpunkt dieses Heftes. Wir setzen damit eine schon in Z 43 begonnene Debatte fort. *Frank Deppe* äußert sich skeptisch über das Unterfangen einer Programmdiskussion zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Sein Hauptargument: Sie wird automatisch zum Terrain der parteiinternen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Strömungen, und: „der Berg an ungelösten Grundsatzfragen (ist), viel zu hoch, um schon jetzt einen Anspruch auf analytische und strategische Kohärenz glaubhaft und nach außen wirksam einzulösen.“ (S. 45/46) Deppe konstatiert, dass zentrale Fragen der Analyse des heutigen Kapitalismus in den Thesen der Programmkommission gar nicht aufgearbeitet werden. *Dieter Klein*, Leiter der Grundsatzkommission der PDS, entwickelt in seinem Beitrag das in der PDS umstrittene, für die Grundsatz- und Programm-Kommissionen tragende Moderne-Konzept. Er sieht dieses nicht im Gegensatz zu einer kritischen Kapitalismus-Analyse und plädiert für eine Politik der Reformalternative, die die in

Widerspruch zur kapitalistischen Grundstruktur stehenden und über sie hinausweisenden „Entwicklungspotentiale“ der Moderne – hierzu werden u.a. pluralistische Demokratie, Markt und Rechtsstaat gezählt – mit neuen Inhalten füllt und entfaltet, verstanden als „Verbindung von Moderne und Sozialismus“ (S. 60). Skeptisch gegenüber einer solchen Fassung der kapitalistischen Realität äußert sich *Hans Henning Adler*. Er warnt davor, z.B. den ökologisch blinden und sozial ausgrenzenden Markt zum „Zivilisationsgewinn“ hochzujubeln (S. 72). Aus der Sicht von *Uwe-Jens Heuer* hat 1989/90 eine neue Epoche, die des globalen, entfesselten Kapitalismus, begonnen. Er hält die Kopplung der Epochenbestimmung an den Begriff der Gesellschaftsformation („Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“) heute für analytisch nicht tragfähig und sieht die Hauptaufgabe der marxistischen Linken bzw. Intellektuellen darin, antikapitalistisches Denken zu erhalten und wirksame antikapitalistische Analysen zu liefern. Die Veränderungen im modernen Kapitalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts sind Gegenstand des Beitrags von *Joachim Bischoff*, *Harry Nick* und *Klaus Steinitz* (AG Wirtschaftspolitik der PDS). Diskutiert und auf ihre Bedeutung für sozialistische Politik abgeklopft werden Globalisierung (Übergang zu einem transnationalen, globalen Kapitalismus?), Internationale Finanzmärkte (Dominanz des Finanzkapitals?) und die fortschreitende soziale Polarisierung. Die Autoren plädieren dafür, die sozial Schwachen der Gesellschaft stärker zum Adressaten der Politik der PDS zu machen (soziale Gerechtigkeit), aber zugleich die „neue Vielfalt der Akteure“ zu realisieren.

Insgesamt fällt auf, dass die sozialen Kräfteverhältnisse und mögliche Ansatzpunkte für ihre Veränderung in außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen als Voraussetzung jeder gesellschaftlichen Veränderung in der Programmdiskussion stark unterbelichtet sind. Politisierung verläuft, wie Deppe zu Recht feststellt, unter den gegenwärtigen Bedingungen des bundesdeutschen Kapitalismus eben nicht spontan nach links, sondern eher nach rechts.

Das Heft bietet außerhalb der Schwerpunkte ein breites Spektrum weiterer Beiträge – Wohnungspolitik (*Joachim Tesch*), Stadtentwicklung (*Jörn Jansen*), marxistische Staatstheorie (*Günther Wolfswinkler*), die Interpretation der späten Marx'schen Chemiestudien (*Hubert Laitko*) und ein Beitrag zur Fortsetzung der Dialektik-Diskussion von *Renate Wahsner* sind nur Stichworte. Dazu kommen wie üblich Berichte und Rezensionen.

Die angekündigten Beiträge von *Metscher/Lee*, *Nyikos* und *Stamatis* mussten angesichts der durch die aktuelle Diskussion ausgelösten Erweiterung des Themenspektrums um den Block „Neue Rechte“ auf das nächste Heft verschoben werden – wir bitten um Verständnis.

Allen Leserinnen und Lesern von Z als Motto für das Neue Jahr ein aufmunterndes „lotta continua“, was auch für die Redaktion gilt – verbunden mit den besten Wünschen!

Christoph Butterwegge

Erklärungsmodelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt*

Ein kritischer Überblick zum Diskussionsstand

Schon nach kurzer Beschäftigung mit den Theorien über Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt fällt auf, dass es keinen überzeugenden Erklärungsansatz, sondern eine Vielzahl von Deutungsmustern gibt, die sich zum Teil widersprechen und wechselseitig ausschließen. Dabei korreliert die Beliebtheit der Theorien bzw. Theorieversatzstücke mit ihrer Beliebtheit. Man spricht über Jugend und Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Antisemitismus und National(sozial)ismus, meint aber etwas anderes. Mit wissenschaftlichen Erklärungsmodellen wird Politik gemacht und gesellschaftlicher Richtungsstreit ausgetragen. Weil es nicht um die Wirklichkeit (des Rechtsextremismus) selbst, sondern um deren unterschiedliche Wahrnehmung geht, muss nach den dahinter verborgenen Interessen gefragt werden. Aufgabe der politischen Bildung wäre es, die in vielen Köpfen über Rechtsextremismus, Rassismus und Jugend-, besser: Jungengewalt, vorhandenen Bilder bewusster zu machen und zu hinterfragen, sodass Chancen für eine neue, unbefangene Sichtweise entstehen.¹

1. Rechtsextremismus nach dem Hitlerfaschismus: Die „demokratische Mitte“ verdrängt Geschichte wie Gegenwart

1.1 Rechtsextremismus als „politisch-ideologische Erblast“ und „historisches Auslaufmodell“

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Rechtsextremismusforschung in Deutschland – wie auch der Rechtsextremismus selbst – eine Zeitlang ganz im Bann des Hitlerfaschismus. Sie richtete ihr Hauptaugenmerk auf Entwicklungstendenzen, die eine Fortsetzung oder Wiederbelebung der NS-Aktivitäten darstellten. Begünstigt wurde diese Sichtweise durch Bildung neofaschistischer Parteien, etwa der Sozialistischen Reichspartei (SRP), die 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, und der Deutschen Reichspartei (DRP), die gleichfalls schon in ihrem Parteinamen zu erkennen gab, dass sie der großdeutschen Reichsidee verpflichtet war.

* Überarbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrages aus dem soeben erschienenen Sammelband: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente*, Opladen (Leske & Budrich) 2000.

¹ Weitere Deutungsmuster werden dargestellt und kritisiert bei Christoph Butterwegge, *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion*, Darmstadt 1996; ders., *Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung*, in: Christoph Butterwegge u.a., *Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien*, Opladen 1997, S. 10 ff.

Die gesellschaftlich und politisch relevanten Kräfte der Bundesrepublik hatten offenbar Angst, das Thema „Rechtsextremismus“ hochzuspielen. Arno Klönne spricht rückblickend vom „Desinteresse“ der Fachwissenschaft an diesem Problembereich.² Unter diesen Voraussetzungen und den ungünstigen Rahmenbedingungen der Restaurationsperiode fristete die Rechtsextremismusforschung ein Schattendasein in Nischen des etablierten Wissenschaftsbetriebes, was durch Stellungnahmen der DDR-Führung, die Westdeutschland als „Hort des Neofaschismus“ brandmarkten, noch verstärkt wurde. In dem Bemühen, dem Ausland keinen Vorwand für „antideutsche“ Propaganda zu liefern, deckte man über fast alle Ereignisse, anhand derer hätte gezeigt werden können, dass „der Schoß noch fruchtbar“ (Bert Brecht) war, den Mantel des Schweigens. Wenn dies nicht möglich erschien, wie bei der international Aufsehen erregenden Schändung jüdischer Grab- und Gedenkstätten zum Jahreswechsel 1959/60, mussten östliche Geheimdienstagenten und kommunistische Provokateure als Schuldige herhalten, oder man sprach verharmlosend von einer „antisemitischen Schmierwelle“ bzw. von „Flegeleien“ der meist jugendlichen Täter (Bundeskanzler Konrad Adenauer).

Rechtsextremismus galt bis 1989/90 im Grunde als „Restphänomen“, bloße Residualkategorie und unerfreuliche Hinterlassenschaft einer gesellschaftsgeschichtlich abgeschlossenen Epoche: „Im Zuge einer Ablösung der noch vom ‚Dritten Reich‘ beeinflussten älteren Generation, so wurde vielfach angenommen, werde sich die ‚zivilgesellschaftliche Modernitätslücke‘ endgültig auf angenehm liberale Weise ausfüllen.“³ Besonders konservative Forscher, etwa Hans-Helmuth Knüttler, hielten ihn für ein politisch-ideologisches Relikt und Randproblem, das sich in absehbarer Zukunft aus biologischen Gründen quasi von selbst erledigen würde.⁴

1.2 Extremismustheoretiker setzen Links- und Rechtsextremismus gleich, leugnen aber die Nähe der „bürgerlichen Mitte“ zu dessen Ideologie

Diese Prognose erwies sich jedoch schon bald als unhaltbar, sodass andere Deutungsmuster das Fortleben des Rechtsextremismus erklären und seine Bedeutung gleichzeitig relativieren mussten. Während der 50er- und frühen 60er-Jahre, d.h. auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, wurden in der Bundesrepublik alle geistig-politischen Kräfte im Kampf gegen den Kommunismus bzw. den Marxismus-Leninismus mobilisiert. Was lag näher, als diesen unter dem Oberbegriff „Totalitarismus“ mit dem Nationalsozialismus bzw. Hitlerfaschismus, also Links- und Rechtsextremismus, gleichzusetzen? Es gab keine

² Siehe Arno Klönne, *Kein Spuk von gestern oder: Rechtsextremismus und „Konservative Revolution“*, Münster 1996, S. 7

³ Ebd.

⁴ Vgl. Hans-Helmuth Knüttler, *Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus*, Bonn 1961, S. 208

geeigneter Konzeption, um das Scheitern der Weimarer Republik als das Resultat einer doppelten Frontstellung (gegenüber Rechts- und Linksextremisten) zu entschuldigen, die geistigen Berührungspunkte des Bürgertums mit dem Nationalsozialismus zu verschleiern und die notwendige Aufarbeitung der NS-Zeit durch Neukonturierung des altbekannten Feindbildes (Kommunisten/Sozialisten) überflüssig zu machen.

Vor allem die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse versuchen seit über einem Jahrzehnt, die Extremismustheorie durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen aufzuwerten und ihr ein über den Verfassungsschutz⁵, Staatsapparat und bürgerliche Parteien hinausreichendes Renommee zu verschaffen. Sie legen ihren Arbeiten die folgende Definition zugrunde: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv‘ gilt (Anarchismus).“⁶ Wer – wie Backes oder Jesse – die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates zum (einzigsten) Bestimmungsmerkmal des Extremismus erklärt, vernachlässigt die gesellschaftlichen Ursachen seines Untersuchungsgegenstandes. Extremismustheoretiker behandeln den Rechts- ebenso wie den Linksradikalismus primär als einen Gegner der bestehenden politischen bzw. Staatsordnung, nicht als ein soziales Phänomen, das (mitten) in der Gesellschaft wurzelt.

Eckhard Jesse lehnt es strikt ab, die Frage nach den geistigen Hinter- und Beweggründen für Unterdrückungsmaßnahmen eines totalitären Regimes überhaupt zu stellen: „Das Opfer totalitärer Mechanismen muß eine solche Differenzierung – Kommunismus als Deformation einer an sich guten Idee – als sophistisch, wenn nicht zynisch empfinden, ganz abgesehen davon, daß Ziele und Mittel vielfach ineinander übergehen.“⁷ Die *Opferperspektive* ist freilich wenig geeignet, ein qualifiziertes fachliches Urteil zu fällen. Aus guten Gründen läßt man keine Gewaltopfer (bzw. Hinterbliebene), sondern *nicht* unmittelbar betroffene Geschworene bzw. Schöffen richten. Was aber im Strafprozess selbstverständlich ist, nämlich die Herkunft und Motive des Angeklagten zu würdigen – nicht bloß das Resultat seiner Handlung –, sollte auch eine Grundvoraussetzung für die politikwissenschaftliche Bewertung von Herrschaftssystemen sein.

⁵ Vgl. dazu: Wolfgang Wippermann, *Verfassungsschutz und Extremismusforschung: falsche Perspektiven*, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), *Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft*, Berlin 1999, S. 268 ff.

⁶ Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/Frankfurt am Main 1993, S. 40

⁷ Eckhard Jesse, *Der Totalitarismus-Ansatz nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 11/1991, S. 984

Sowenig die Extremismustheorie eine Analyse des Rechtsextremismus ermöglicht, sowenig verfügen ihre Vertreter über eine geeignete Strategie, ihn zu bekämpfen. Sie setzen im Wesentlichen auf den Staat, genauer: einen starken Staat in Form einer „wehrhaften Demokratie“, die Extremisten von links und rechts nicht an ihrem Engagement hindern, aber aus dem politischen Machtzentrum der Gesellschaft heraushalten soll. Hans-Gerd Jaschke weist auf die unterschiedliche Behandlung von Links- und Rechtsextremisten durch die Staatsschutzbehörden hin: Reaktionen gegen „Links“ sind entschiedener und konsequenter, anarchistische Gewalttaten werden nicht nur schärfer verfolgt, sondern auch stärker politisch ausgeschlachtet, wofür die „Sympathisanten“-Hatz auf das angebliche Umfeld des RAF-Terrorismus (Heinrich Böll u.a.) als Paradebeispiel dienen mag.⁸

1.3 NPD, DVU und REPublikaner: demokratische „Normalität“ oder Indiz für eine fortschreitende Entdemokratisierung?

Als die im November 1964 gegründete NPD bei Kommunal- und Landtagswahlen der nächsten Jahre mehrfach erfolgreich war, wurde das Problem des Rechtsextremismus wieder akut. Bedingt durch die Rezession 1966/67, in deren Gefolge das westdeutsche Bruttosozialprodukt erstmals zurückging und Massenarbeitslosigkeit um sich griff, sowie die Bildung der Großen Koalition auf Bundesebene im Dezember 1966, fiel es der rechtsextremen Sammlungspartei verhältnismäßig leicht, enttäuschte Kleinbürger und Bauern für sich zu gewinnen.

Erwin K. Scheuch löste sich 1967 in einem Diskussionsbeitrag dadurch aus dem Schatten des deutschen Nationalsozialismus, dass er den Vergleich des rechtsextremen Wählerreservoirs der Bundesrepublik mit demjenigen anderer hoch entwickelter Staaten des Westens, etwa der USA, für aufschlussreicher als den bis dahin generell üblichen historischen Analogieschluss erklärte: „In allen westlichen Industriegesellschaften existiert ein Potential für rechtsradikale politische Bewegungen. Rechtsradikalismus ist unter dieser Perspektive eine ‚normale‘ Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften.“⁹ Zwar wurde der Rechtsextremismus nicht mehr als moderner Ausläufer, bloße Fortsetzung oder Imitat des Nationalsozialismus begriffen, aber zu einem krankhaften Auswuchs des westlichen Staats- und Gesellschaftssystems erklärt, der unvermeidbar und quasi ein leicht zu verschmerzender Preis für demokratische Freiheiten sei. Damit gab Scheuch hinsichtlich des Rechtsextremismus in Westdeutschland (NPD) politische Entwarnung, weil es nach seiner Deutung weder nötig noch möglich war, das Phänomen zu bekämpfen.

⁸ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, *Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik*, Opladen 1991, S. 59 f.

⁹ Erwin K. Scheuch, *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 12 (1967), S. 12 f.

Bedingt durch die Schüler- und Studentenbewegung dominierte gegen Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre fast überall eine kritischere Sichtweise. So führte die „Kulturrevolution“ des Jahres 1968 zu einer „Revolutionierung der Faschismuskritik“ und zu einer temporären Zurückdrängung der Totalitarismuskritik.¹⁰ Vor allem verglichen damit hielten sich die aufklärerischen Impulse der Studentenrebellion auf dem Gebiet der Rechtsextremismusforschung allerdings in Grenzen. Damals stand die Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit einschließlich der Verstrickung von Eltern und (Hochschul-)Lehrern eindeutig im Mittelpunkt, weshalb sich das Erkenntnisinteresse erst später der bundesrepublikanischen Gegenwart zuwandte.

Claus Leggewie reformulierte hinsichtlich der REPublikaner, die bei der bayrischen Landtagswahl 1986 drei Prozent der Stimmen errungen hatten, und der DVU, die ihren ersten Abgeordnetensitz einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts verdankte, aus politikwissenschaftlicher Perspektive jene These, die Scheuch mit Blick auf die Wahlerfolge der NPD genau 20 Jahre vorher als Resultat seiner soziologischen Analyse präsentiert hatte: Dass die „Zwerge am rechten Rand“ zwar nicht zu Riesen mutieren, aber bald Mandate in Parlamenten gewinnen würden, sei auf die nachlassende Integrationsfähigkeit von „Massenlegitimationsparteien“ wie der CDU/CSU zurückzuführen und nicht weiter verwunderlich: „Das historische Tabu, das eine Partei rechts von der Union belastet, nämlich der ‚Schatten Hitlers‘, löst sich allmählich auf, nicht zuletzt dank der Bemühungen, die von seiten der unionsgeführten Bundesregierung im Verein mit ihr nahestehenden Historikern selbst angestellt wurden (‚Historikerstreit‘ 1986). Eine ‚Normalisierung‘ der westdeutschen politischen Verhältnisse auf ein ‚europäisches Maß‘ wird möglich (Normalisierungseffekt).“¹¹

Wolfgang Benz hat demgegenüber hervorgehoben, dass es hierzulande aufgrund der besonderen deutschen Geschichte ein „schlummerndes“, über Randgruppen der Gesellschaft hinausreichendes Potenzial für den Rechtsextremismus gibt: „Ohne das Erbe der zwölf Jahre des Dritten Reiches wäre Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik wie auch in anderen Staaten in erster Linie eine statistische Größe des politischen Lebens und vermutlich eine eher harmlose Randerscheinung oder bei entsprechender Größenordnung, bei kriminellem, terroristischem Ausmaß also, ein Problem der inneren Sicherheit. Die historische Hypothek macht aber in Deutschland jede Art von rechtem Extremismus, auch in per se zunächst harmloser Erscheinungsform, zum politischen Problem von unvergleichbarer und einzigartiger Dimension.“¹² Daher

¹⁰ Siehe Reinhard Kühnl, *Der Weg der Faschismuskritik*, in: *Das Argument* 209 (1995), S. 234

¹¹ Claus Leggewie, *Die Zwerge am rechten Rand. Zu den Chancen kleiner neuer Rechtsparteien in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4/1987, S. 363

¹² Wolfgang Benz, *Die Opfer und die Täter. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, in: ders. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen*, Frankfurt am Main 1989, S. 23

kann in der Bundesrepublik, was in anderen westeuropäischen Demokratien wie ein rechtsextremer Bodensatz erscheinen mag, der kaum der Rede wert und völlig ungefährlich wäre, einfach nicht „normal“ sein.

2. Rechtsextremismus im vereinten Deutschland: Wie aus den „alten Nazis“ eine „neue APO“ wurde

2.1 Jugendgewalt als Desintegrationsphänomen der modernen „Risikogesellschaft“?

Viele Sozialwissenschaftler, die sich mit dem Rechtsextremismus beschäftigen, verorten seine Hauptursachen im Prozess der Modernisierung. Vor allem Wilhelm Heitmeyer griff dabei frühzeitig auf die Konzeption des Soziologen Ulrich Beck zurück, der die Bundesrepublik seit Mitte der 80er-Jahre im Übergang von einer Industrie- zur „Risikogesellschaft“ sah,¹³ gekennzeichnet durch Individualisierung, „Enttraditionalisierung“ und eine „Pluralisierung der Lebensstile“. Diese brächten ein Mehr an Entscheidungsmöglichkeiten mit sich, jedoch auch mehr Unsicherheit, Ungerechtigkeit und Unruhe, denn es handle sich um „riskante Freiheiten“, deren Wahrnehmung überdies auf wenige Menschen beschränkt sei.

Wilhelm Heitmeyer macht mit der Modernisierung einhergehende Individualisierungsschübe für soziale, berufliche und politische Desintegrationsprozesse verantwortlich, die bei Jugendlichen Vereinzelungserfahrungen, Ohnmachtsgefühle und Handlungsunsicherheiten hervorrufen. Da sich soziokulturelle Milieus wie das konfessionelle oder das proletarische aufgelöst hätten, traditionelle Bindungen, familiäre und Nachbarschaftsbeziehungen zerfielen, fehlten den Betroffenen, so lautet das zentrale Argument, ein fester Halt. Handlungsunsicherheit führe zu Gewissheitssuche, an die rechtsextreme Konzepte mit Vorurteilen und Stabilitätsversprechen anknüpften; Ohnmachtsgefühle würden in Gewaltakzeptanz umgeformt, die solche Konzepte über das Postulat „Der Stärkere soll sich durchsetzen!“ legitimierten; Vereinzelungserfahrungen schließlich mündeten in die Suche nach leistungsunabhängigen Zugehörigkeitskriterien, die rechtsextreme Konzepte vornehmlich durch Betonung der Ethnizität und nationalen Überlegenheitsdünkel böten.

Heitmeyers Untersuchungsansatz liegt ein Rechtsextremismusbegriff zugrunde, der sich sehr leicht operationalisieren lässt, weil er nur aus zwei Elementen besteht: „Ideologien der Ungleichheit“ bzw. der Ungleichwertigkeit (Sozialdarwinismus, völkischer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit) paaren sich demnach mit Gewaltbereitschaft. „Von rechtsextremistischen Orientierungsmustern kann man (...) vorrangig dann sprechen, wenn beide Grundelemente zusammenfließen, wenn also die strukturell gewaltorientierte Ideologie der

¹³ Vgl. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986; ders./Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Risikante Freiheiten. Zur Individualisierung der Lebensformen in der Moderne*, Frankfurt am Main 1994

Ungleichheit verbunden wird zumindest mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform.“¹⁴

Zwar charakterisieren die genannten Aspekte zweifellos Grundzüge des rechtsextremen Denkens, für eine wissenschaftlich präzise Definition der ganzen politischen Richtung, die sich in verschiedenen Gruppierungen, Organisationen und Parteien formiert, reichen sie gleichwohl nicht aus. Die beiden Definitionsmerkmale stehen unverbunden nebeneinander und sind unabhängig voneinander wirksam. Schon die Verknüpfung eines *Ideologie*elements mit einer politischen *Handlungsform* hält Wilfried Breyvogel für problematisch: „Denn weder der Ideologie- noch der Gewaltbegriff sind hinreichend präzisiert.“¹⁵

Schwerer wiegen inhaltliche Bedenken: Weder geht rechtsextremes Denken zwangsläufig mit der Bereitschaft einher, selbst Hand anzulegen, noch vertreten *ausschließlich* Rechtsextremisten eine Ideologie der Ungleichheit/Ungleichwertigkeit. Hier besteht vielmehr weitgehend Übereinstimmung mit dem (Liberal-)Konservatismus, der sich ebenfalls gegen die Nivellierung sozialer Unterschiede wendet. Die politische Sozialisation der Jugendlichen begreift Heitmeyer als widersprüchlichen Prozess. Ausgehend von soziokulturellen Veränderungen der Gesellschaft zeichnet er die Transformation von Alltagserfahrungen junger Männer (Frauen und Mädchen kommen entweder gar nicht oder nur am Rande vor) in politische Orientierungs- und Verhaltensmuster nach: „Der Weg von Jugendlichen in das fremdenfeindliche oder rechtsextremistische Terrain verläuft (...) nicht in erster Linie über die Attraktivität von Parolen, die eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit betonen, um diese mit Gewalt durchzusetzen, sondern über Gewaltakzeptanz, die im Alltag entsteht und *dann* politisch legitimiert wird.“¹⁶

Einige der Kritikpunkte, die vorgetragen wurden, seien im Folgenden ausführlicher dargestellt: Heitmeyers Versuch, die Attraktivität rechtsextremer Orientierungsmuster für Jugendliche aus ihrer Lebenssituation abzuleiten, haftet ein gewisses Maß an Willkür, Unverbindlichkeit und Beliebigkeit an. Denn die sozialen Individualisierungsprozesse, Desintegrationserscheinungen und Tendenzen zur Paralisierung gesellschaftlicher Institutionen, von denen Wilhelm Heitmeyer spricht, werden ganz unterschiedlich verarbeitet und führen – wenn überhaupt – nur selten zur Übernahme rechtsextremer Orientierungsmuster.

¹⁴ Wilhelm Heitmeyer, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München 1987, S. 16

¹⁵ Wilfried Breyvogel, *Die neue Gewalt Jugendlicher gegen Fremde 1990-1993*. Zur Kritik der Arbeiten des „Bielefelder Erklärungsansatzes“, in: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 29 (1994), S. 16

¹⁶ Wilhelm Heitmeyer, *Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen*, in: ders. (Hrsg.), *Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus*, Frankfurt/Main 1994, S. 46

„Polemisch formuliert, könnten Desintegration und ‚Paralyse‘ genauso gut zur Erklärung jugendlicher Suizide, des Fahrverhaltens auf deutschen Autobahnen oder des vermehrten Wunsches nach Fernreisen im Urlaub herangezogen werden.“¹⁷

Birgit Rommelspacher erklärte die Individualisierungsthese für unhaltbar und warf Heitmeyer, aber auch anderen Forschern, die rechte Jugendliche als „Opfer der Risikogesellschaft“ hinstellen, eine pseudowissenschaftliche „Täterentlastung“ vor.¹⁸ Rudolf Leiprecht warnte vor einer „Mythologisierung früherer und traditioneller Lebensweisen“, weil in der Rezeption von Heitmeyers Untersuchungen überkommene Werte und Sozialbeziehungen wie die Kleinfamilie, Heimatverbundenheit und enge Nachbarschaft als positiver Gegenentwurf zum Rechtsextremismus erschienen.¹⁹ Jürgen R. Winkler weist zudem darauf hin, „daß durch die Auflösung tradierter Bindungen im Modernisierungsprozeß der Rechtsextremismus nicht forciert wurde, sondern an Boden verloren hat“.²⁰

Roland Eckert unterstellte Heitmeyers Ansatz, implizit konservative Positionen wie etwa die Anomietheorie Emile Durkheims und die Kulturanthropologie Arnold Gehlens aufzugreifen, und konstatierte, dass es keiner Desintegration bedürfe, um menschliche Aggressionen freizusetzen: „Gerade traditionelle, hochintegrierte Gesellschaften (...) weisen häufig (insbesondere in ökonomischen Krisen) ein hohes Maß an fremdenfeindlicher Gewalt bis hin zu Pogromen auf.“²¹ Auch neigen durchaus Jugendliche zu rechtsextremem Gewalt, die fest in Familien-, Nachbarschafts- und Freundschaftsbeziehungen eingebunden sind.

Ernsthaft in Frage gestellt wurde Heitmeyers Ansatz durch empirische Untersuchungen, die zu ganz anderen Ergebnissen kamen, als sie sein Konzept hätten vermuten lassen: Beispielsweise ergab die Auswertung mehrerer hundert Ermittlungs- und Gerichtsakten durch eine Forschungsgruppe an der Universität Trier, dass rechtsstehende Gewalttäter vorwiegend aus ganz „normalen“, keineswegs überdurchschnittlich oft aus zerrütteten Familien stammen. Helmut Willems hält Desintegration zur Erklärung fremdenfeindlicher Gewaltakte daher für nur begrenzt tauglich: „So wie die Zuordnung zu aggressiven, zu frem-

¹⁷ Wilfried Breyvogel, *Die neue Gewalt Jugendlicher gegen Fremde 1990-1993*, a.a.O., S. 24

¹⁸ Vgl. Birgit Rommelspacher, *Rechtsextremismus und Dominanzkultur*, in: Andreas Foitzik u.a. (Hrsg.), *„Ein Herrenvolk von Untertanen“*. Rassismus – Nationalismus – Sexismus, Duisburg 1992, S. 85

¹⁹ Siehe Rudolf Leiprecht, *Das Modell „unmittelbare und/oder direkte Konkurrenz“: Erklärung von Rechtsextremismus oder Rechtfertigungsangebot?*, in: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Hrsg.), *Rassismus – Fremdenfeindlichkeit – Rechtsextremismus: Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs*, a.a.O., S. 69

²⁰ Siehe Jürgen R. Winkler, *Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren*, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1996 (PVS-Sonderheft 27), S. 42

²¹ Roland Eckert, *Gesellschaft und Gewalt – ein Aufriß*, in: *Soziale Welt* 3/1993, S. 358

denfeindlichen und auch zu rechtsradikalen jugendlichen Subkulturen nicht generell als Desintegrationsphänomen beschrieben werden kann, so sind auch nur für einen kleinen Teil der fremdenfeindlichen Gewalttäter persönliche Desintegrationserfahrungen festzustellen: also etwa Schulabbruch, Arbeitslosigkeit, defizitäre Familienstrukturen, Beziehungslosigkeit. Es gibt auch keine Hinweise darauf, daß sie vornehmlich aus sich auflösenden Milieus stammen, die früher durch Gewerkschaften und Kirchen stabilisiert waren.“²²

2.2 „Protestwähler“, „Jugendprotest“ und „Protestbewegung“ – Rechtsextremismus als Nebenfolge relativer Deprivation?

Als die NPD in den späten 60er-Jahren, die DVU und die REPublikaner gegen Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre zum Teil spektakuläre Erfolge bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen feierten, suchte man die (west)deutsche Öffentlichkeit mit einer hypothetischen Figur zu beruhigen, die dafür in den Gazetten verantwortlich gemacht wurde: Als mediales Deutungsmuster, das die Parteien- und Wahlforschung empirisch untermauerte, eignete sich der „Protestwähler“, ein Mensch, welcher seine Stimme den Rechtsextremisten nicht aus Sympathie für sie und/oder ihr Gedankengut, sondern aus bloßer Unzufriedenheit mit den „etablierten“ Parteien gibt,²³ hervorragend zur Verharmlosung einer Gefahr, die man gar nicht ernst genug nehmen kann.

Aus der „Protestwahl“ deprivierter Unterschichten als Erklärungsmodell für die Wahlerfolge rechter Parteien ging nach pogromartigen Übergriffen gegen Ausländer in Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992) das Deutungsmuster des Jugendprotests und einer rechten Protestbewegung hervor. Anwendung rassistischer Gewalt durch Jugendliche wurde seither nicht nur als „Hilferuf“ einer überforderten, verunsicherten Generation, sondern auch als „Protestschrei“ einer sozialen Bewegung gedeutet, die als Reaktion auf politische Fehlentwicklungen zu begreifen sei. Besonders von liberalkonservativen Politikern und Publizisten wurde die extreme Rechte als „APO der 90er Jahre“, fremdenfeindliche Gewalt als handfest ausgetragener Generationskonflikt apostrophiert. Bodo Morshäuser sprach von einer „antiautoritären Rebellion“, die durch „subversive Frechheit der Nichtprivilegierten“ geprägt sei.²⁴ Als ob es

²² Helmut Willems, *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen – Täter – Konflikteskalation*, Opladen 1993, S. 250

²³ Vgl. z.B. Franz Urban Pappi, *Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 21/1990, S. 37 ff.; Klaus Erdmenger, *Rep-Wählen als rationaler Protest? Wer wählt die „Republikaner“ und warum?*, in: Hans-Georg Wehling (Red.), *Wahlverhalten*, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 242 ff.; Dieter Roth/Hartmut Schäfer, *Der Erfolg der Rechten. Denksatz für die etablierten Parteien oder braune Wiedergeburt?*, in: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?*, Köln 1994, S. 111 ff.

²⁴ Siehe Bodo Morshäuser, *Rechtsradikale Jugendliche: „Eine antiautoritäre Rebellion“*, in: *Psychologie heute* 12/1993, S. 41

politische Kräfte gäbe, die autoritärer und weniger aufmüpfig gegenüber der Obrigkeit wären als die von ihm charakterisierten!

In den Massenmedien erfolgte die Fehldeutung des Rechtsextremismus als „Jugendprotest“ im Rahmen einer Berichterstattung über rassistische Gewalttaten, die den Eindruck erweckte, als handle es sich um das Aufbegehren einer ganzen Generation.²⁵ Die in der Tagespublizistik vorherrschende Tendenz zur Vereinfachung eines letztlich unbegriffenen Problems findet sich jedoch auch in seriösen Fachorganen. So diagnostizierte Karl Heinz Roth eine Revolte der „Anschluss“-Verlierer in Ost- und Westdeutschland: „Diesseits und jenseits der Elbe hat sich eine Jugendbewegung an die Spitze des Aufbegehrens der moralisch, ökonomisch und sozialpolitisch Entwerteten gesetzt. Adressat ihrer Wut aber wurden nicht diejenigen, die mit ihren Entscheidungen und Handlungsrastern die soziale Katastrophe ausgelöst haben und inzwischen verwalten. Die Gewalt der Jugendlichen richtete sich gegen Zuzug von außen, gegen die Asylsuchenden der jüngsten Migrationswelle, die von den Behörden in die Zentralen Anlaufstellen und Sammellager der Trabantenstädte und Depressionszonen gepfercht wurden.“²⁶

Hans-Gerd Jaschke glaubte, dass sich der Rechtsextremismus seit 1989/90 als soziale Bewegung konstituierte.²⁷ Daraus ergibt sich die Frage, was man denn mit „(Jugend-)Protest“ meint. Der Verdacht drängt sich auf, dass mit diesem Begriff zu sorglos umgegangen und darunter bloß eine Missfallensbekundung – gleich welcher Art – verstanden wird.

Werner Bergmann sieht eine „Protestmobilisierung von rechts“, die seiner Meinung nach in eine soziokulturelle Bewegung mündet, die sich aus der persönlichen „Erfahrung von Fremdheit im Zuge massenhafter Migrationsprozesse“ speist.²⁸ Der Bewegungsbegriff, den die Neonazis gern für sich reklamieren (z.B. nannte Michael Kühnen seine Gruppen so), wird mittlerweile selbst in Teilen der Fachliteratur derart unscharf gefasst und inflationär benutzt, dass der Politikwissenschaftler Uwe Backes sogar die Deutsche Volksunion (DVU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) als „Bewegungen“ – im Original ohne Anführungszeichen – bezeichnet.²⁹ Wer sich einer solchen Verwässerung des Protest- und Bewegungsbegriffs widersetzt, sucht beide keineswegs „gleichsam als Adelsprädikat für politisch genehme Gruppierungen zu reser-

²⁵ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Ethnisierungsprozesse, Mediendiskurse und politische Rechtstendenzen*, in: ders. (Hrsg.), *NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland*, a.a.O., S. 198 ff.

²⁶ Karl Heinz Roth, *Rassismus von oben – Rassismus von unten*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 2/1993, S. 7

²⁷ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, *Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?*, in: *Vorgänge* 122 (1993), S. 105

²⁸ Siehe Werner Bergmann, *Ein Versuch, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben*, in: ders./Rainer Erb (Hrsg.), *Neonazismus und rechte Subkultur*, Berlin 1994, S. 186/184

²⁹ Vgl. Uwe Backes, *Organisierter Rechtsextremismus im westlichen Europa. Eine vergleichende Betrachtung*, in: Werner Billig u.a. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1993, S. 61

vieren“, wie Ruud Koopmans und Dieter Rucht meinen.³⁰ Auch geht es mir nicht darum, die Existenz einer rechtsextremen Bewegung durch eine restriktive Terminologie wegzudefinieren,³¹ denn das Problem besteht ja unabhängig davon, wie man es nennt. Doch plädiert Norbert F. Schneider zu Recht für eine wissenschaftlich fundierte Begriffswahl: „Gerade heute, wo sich der Bewegungsbegriff zu einem politischen Modebegriff entwickelt hat, den sich kleinste Protestgruppen ebenso gerne selbst verleihen wie längst erstarrte Organisationen, die institutionalisierte Konflikte verwalten, kann mit einem vage gehaltenen Bewegungsbegriff nicht zuverlässig analytisch gearbeitet werden.“³²

Für Jörg Bergmann und Claus Leggewie handelt es sich bei den Skinheads um einen neuen, einen *Spezialfall* sozialer Bewegung, nämlich um eine Anti-Bewegungs-Bewegung: „Sie mobilisiert rechte ‚Postmaterialisten‘, die von sich meinen, im allgemeinen Gefühl geglückten kulturellen Umbruchs zu kurz gekommen zu sein.“³³ Uwe Markus moniert, dass Gruppen gewaltbereiter Jugendlicher durch solche Deutungsmuster der Rechtsextremismusforschung die Rolle eines Korrektivs zugesprochen bekommen, das den nötigen „Druck der Straße“ erzeugt, um die Versäumnisse der etablierten Politik offenzulegen und sinnvolle Veränderungen herbeizuführen: „Es hätte allerdings fatale Folgen für einen differenzierenden Umgang mit dem Phänomen, das Selbst- und Fremdbild solcher Gruppen unkritisch zu übernehmen und sie als militanten Kern eines im Grunde sozialemanzipatorischen Protestpotentials zu mißdeuten.“³⁴

Inhaltlich analysiert, handelt es sich um eine *unsoziale* Bewegung, die sich keineswegs für sozial Benachteiligte einsetzt, Asylsuchende, Haftentlassene, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle und andere „Randgruppen“ vielmehr ausgrenzt, ihnen sozialstaatliche Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren will. Es geht also nicht um eine Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation gültiger Normen (Beurteilung einer Person nach ihrer Leistungsfähigkeit bzw. ihrer Angepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.³⁵ Da die Neoliberalen das Elite- und Leistungsdenken in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft rehabilitieren wollen, deckt sich die Rechts-

³⁰ Siehe Ruud Koopmans/Dieter Rucht, *Rechtsradikalismus als soziale Bewegung?*, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), *Rechtsextremismus*, a.a.O., S. 268

³¹ So Ruud Koopmans, *Soziale Bewegung von rechts?, Zur Bewegungsförmigkeit rechtsradikaler und ausländerfeindlicher Mobilisierung in Deutschland*, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*, Berlin 1996, S. 780 (Fn. 5)

³² Norbert F. Schneider, *Was kann unter einer „sozialen Bewegung“ verstanden werden?, Entwurf eines analytischen Konzepts*, in: Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik?, Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt 1989, S. 198

³³ Jörg Bergmann/Claus Leggewie, *Die Täter sind unter uns. Beobachtungen aus der Mitte Deutschlands*, in: *Kursbuch* 113 (1993), S. 34

³⁴ Uwe Markus, *„Immer cool bleiben ...“ – Jugendgewalt in Ostdeutschland*, in: Werner Bergmann/Rainer Erb (Hrsg.), *Neonazismus und rechte Subkultur*, a.a.O., S. 158 f.

³⁵ Vgl. Dieter Bott, *Jugend und Gewalt*, in: *Deutsche Jugend* 2/1993, S. 87

entwicklung partiell durchaus mit ihren Zielsetzungen, auch wenn hier nicht – etwa in Form einer Verschwörungstheorie – unterstellt werden soll, dass diese Interessenkonvergenz von den handelnden Personen intendiert sei.

In jüngster Zeit nahm Armin Pfahl-Traugber die Debatte über den Rechtsextremismus als „soziale Bewegung“ wieder auf. Seiner Ansicht nach gibt dieser Terminus wichtige Hinweise auf Gründe für die Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts steigende Attraktivität des Rechtsextremismus gerade für Jugendliche. Besonders die NPD und die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) verkörpern für Pfahl-Traugber als Scharnier zwischen Neonazismus und „moderatem“ Rechtsextremismus mit Massenaufmärschen, die den „Kampf um die Straße“ vorantreiben sollen, das Bewegungsmoment. Pfahl-Traugber sieht in dem organisatorischen Umstrukturierungsprozess des Rechtsextremismus (von z.T. 1992 ff. verbotenen Kaderorganisationen zu „autonomen Kameradschaften“) ein Indiz für den Bewegungskarakter dieser Szene. „Im Ergebnis kam es dadurch einerseits zu einer engeren Zusammenarbeit früher weniger miteinander kooperierender Rechtsextremisten und zu Aktionen mit relativ spontanen Änderungen und Reaktionen auf das Handeln der Polizeikräfte. Andererseits entwickelten sich nach dem Wegfall fest strukturierter Organisationen aber bislang noch nicht die für die politische Arbeit nötige Kontinuität und Stringenz des Agierens, wobei hier zunehmend die NPD eine initiiert und koordinierend wirkende Rolle zu spielen scheint.“³⁶

Rechtsextreme Ideologien/Organisationen haben nur Erfolg, wenn sie die besonders in Krisen- und Umbruchsituationen spürbare Unzufriedenheit der Unter- bzw. der vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichten aufgreifen, sind daher ohne rebellische Basisimpulse überhaupt nicht denkbar. Ein Pogrom ist jedoch keine Protestaktion und eine jugendliche Provokation keine Rebellion, auch keine „konformistische“, wie man vielleicht auf den ersten Blick meinen könnte.³⁷

Skinheads, „Faschos“ und Hooligans haben mit den Hippies und SDS-Anhängern der 60er-Jahre wenig mehr als das jugendliche Alter gemein. Ähnliche Erscheinungs- bzw. Aktionsformen dürfen nicht über die gegensätzlichen Zielsetzungen und Grundwerte solcher Bewegungen hinwegtäuschen. Im Unterschied zu Teilen der APO-Generation sucht der Rechtsextremismus heute nämlich nur mit brutalster Gewalt zu realisieren, was die „schweigende Mehrheit“ im Land angeblich denkt. „In gewissem Sinne handeln ‚Rassisten‘ eher in Einklang mit den herrschenden Verhältnissen denn in Opposition zu diesen; sie unterscheiden sich von der herrschenden Politik vor allem dadurch, daß sie

³⁶ Armin Pfahl-Traugber, Noch einmal: Rechtsextremismus als (neue) soziale Bewegung?, Versuch einer Einschätzung vor dem Hintergrund der Situation Ende der 90er Jahre, in: Frieder Dinkel/Bernd Geng (Hrsg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien, Mönchengladbach 1999, S. 103

³⁷ Vgl. Martin Doehlemann, Langeweile, Moralentwicklung und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in der Konsum- und Konkurrenzgesellschaft, in: Gregor Sauerwald (Hrsg.), Angst, Haß, Gewalt – Fremde in der Zweidrittelgesellschaft. Eine Herausforderung für das Sozialwesen, Münster/Hamburg 1994, S. 43 f.

rücksichtsloser durchsetzen, was jene nahelegt: die Reduzierung der Zahl der Fremden in unserem Lande zur Sicherung des eigenen Wohls.“³⁸

2.3 Linke Lehrer und rechte Schüler: Gewalt als Produkt fehlender oder falscher Erziehung?

Der Fehldeutung des Rechtsextremismus als „Jugendprotest“ trat bald ein nicht weniger einflussreiches Interpretationsmodell zur Seite, wonach dieser als Reaktion auf die linke Protestgeneration der 60er-, 70er- oder 80er-Jahre zu begreifen ist: „Skinheads sind die Leiche im Keller der Jugendbewegungen der achtziger Jahre.“³⁹ Konservative Kreise behaupten, dass die radikale Linke das Wertfundament der parlamentarischen Demokratie systematisch untergraben und mittels ihrer Laisser-faire-Haltung junge „Mini-Rambos“ bzw. „Monster-Kids“ herangezüchtet habe. Die „Konfliktpädagogik“ der „68er“-Lehrergeneration sei, so heißt es, zum Einfallstor für die Aggression von Schülern geworden. Sogar mit dem „Duz-Syndrom“ linker Lehrer/innen und Professor(inn)en gegenüber Schüler(inne)n und Studierenden wird der Aufschwung des Rechtsextremismus in Verbindung gebracht.⁴⁰ Am 10. Dezember 1992 stellte der damalige Kanzler Helmut Kohl im Bundestag die rhetorische Frage, „ob nicht viele der sogenannten Reformversuche im Bildungswesen an Stelle des erhofften Ziels vielfach das Gegenteil erreicht haben. Statt des ‚herrschaftsfreien Diskurses‘ erleben wir jetzt immer mehr gewalttätige Auseinandersetzungen.“⁴¹

Denselben Gedanken spitzte Beate Scheffler, damals nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete der GRÜNEN und Lehrerin von Beruf, in einer Broschüre ihrer Fraktion selbstkritisch zu: „Wir haben unsere Erziehungsziele nicht erreicht. Statt der mündigen, sozial und ökologisch engagierten Jugend hat unsere Erziehung eine Spezies hervorgebracht, die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert und im schlimmsten Falle sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist.“⁴² Claus Leggewie führte die Eskalation der Gewalt auf Defizite der familialen Sozialisation zurück und sprach von einer „verlorenen Generation“, die sich selbst und dem Fernsehkonsum überlassen bleibe: „Die in verdächtiger Eile als ‚Nazi-Kids‘ gebrandmarkten Gewalttäter sind Erziehungswaisen, Angehörige einer neuen vaterlosen und fatal auf die

³⁸ Ute Osterkamp, Antirassismus: weitere Fallstricke und Problematisierungen, in: Das Argument 195 (1992), S. 737

³⁹ Bodo Morshäuser, Hauptsache Deutsch, Frankfurt am Main 1992, S. 112

⁴⁰ Vgl. Gerhard Amendt, Du oder Sie. 1945 – 1968 – 1995, Bremen 1995, S. 70

⁴¹ Helmut Kohl, Erklärung der Bundesregierung zu Extremismus und zunehmender Gewaltbereitschaft in Deutschland, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin 136/1992, S. 1242 f.

⁴² Beate Scheffler, „Trau keiner/m unter 30“. Brauchen wir eine neue Revolte?, in: Die GRÜNEN im Landtag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Halbzeit. Zweieinhalb Jahre GRÜNE im Landtag NRW, Düsseldorf 1992, S. 48

(hilflosen) Mütter fixierten Generation. Aber nicht die Schläge der Väter und die Strenge der Mütter, sondern Abwesenheit und Gleichgültigkeit der Älteren bleuten ihnen das ‚autoritäre‘ Denken und Handeln ein.⁴³ Hier knüpften diejenigen an, die Säuglings- und Kinderkrippen der DDR für Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in den östlichen Bundesländern verantwortlich machen.⁴⁴

Rassistische Jugendgewalt wird als Resultat fehlender oder falscher Erziehung begriffen, gerade so, als stünde den militanten Skinheads eine gewaltfreie, friedliche Welt wohlzogener Erwachsener gegenüber.⁴⁵ Empirisch war die provokative These von den „antiautoritär-unerzogenen“ Kindern der ‚68er-Generation‘ freilich nicht lange zu halten.⁴⁶ Gegen zu große Permissivität und Liberalität in der Erziehung als Ursachen für jugendlichen Rechtsextremismus sprechen Untersuchungen, wonach „die Übereinstimmung zwischen der eigenen Ausländerfeindlichkeit (gemessen an verschiedenen Items) und der Grundeinstellung der Familie gegenüber Asylbewerbern viel weiter verbreitet ist als derjenige Fall, wo vom Jugendlichen prinzipielle Unterschiede zwischen der Position der Eltern und der eigenen Einstellung gesehen werden.“⁴⁷

„Im Einzelfall kann für die ‚Rechtswende‘ eines Jugendlichen die Rebellion gegen ‚linke‘ Eltern oder Pädagogen durchaus eine Bedeutung haben, aber der Trend hin zum Rechtsextremismus insgesamt ist damit nicht erklärbar.“⁴⁸ Wenn die „Alt-‘68er“ überhaupt eine Mitverantwortung für Rechtsentwicklung und Gewalt in der Bundesrepublik tragen, dann deshalb, weil sie als Personen beim „Marsch durch die Institutionen“ erheblich mehr verändert wurden als diese, also wegen mangelnder Konsequenz, tiefgreifende Gesellschaftsveränderungen auch gegen mächtige Interessengruppen durchzusetzen, nicht aber wegen ihrer teilweise illusionären Forderungen und idealistischen Reformvorstellungen selbst.

Die Renaissance des Elitedenkens, der Leistungsideologie und des Nationalen war nicht das Werk linksoppositioneller bzw. opportunistischer Linksinтеллектуeller, sondern Bestandteil des „Wende“-Programms der liberal-

⁴³ Claus Leggewie, Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität, in: Die Zeit v. 5.3.1993

⁴⁴ Vgl. z.B. Anleitung zum Haß. Der Kriminologe Christian Pfeiffer über das Erziehungssystem der DDR und die Folgen, in: Der Spiegel v. 22.3.1999, S. 60 ff.; zur Kritik: Michael Geyer, Der häßliche Deutsche – ein DDR-Krippenkind?, Pädagogischer Drill bedingt Ausländerhaß – Anmerkungen zu einer These, die heftigen Streit verursacht, in: Die Zeit v. 8.4.1999

⁴⁵ Vgl. Karl-Otto Richter/Bernhard Schmidtbauer, Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Empirische Ergebnisse aus dem Frühjahr 1992, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2-3/1993, S. 44

⁴⁶ Vgl. Roland Eckert u.a., Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), Rechtsextremismus, a.a.O., S. 154

⁴⁷ Siehe Matthias Wellmer, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt ist nicht Protest, sondern Tradition!, in: Neue Praxis 3/1994, S. 283

⁴⁸ Arno Klönne, Kein Spuk von gestern oder: Rechtsextremismus und „Konservative Revolution“, a.a.O., S. 12

konservativen Bundesregierung, die durch Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse auch den materiellen Nährboden für die momentane Rechtsentwicklung bereitete. Manneszucht und (soldatische) Disziplin, Ehrbewusstsein, Treue, Pflichterfüllung, Ordnungsliebe, Gehorsam und Opferbereitschaft sind „typisch deutsche“ bzw. sog. Sekundärtugenden, die ideale Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten/Neofaschisten bieten. Gleiches gilt für eine Glorifizierung der Marktwirtschaft, die sozialdarwinistische Philosophie des Neoliberalismus und den hieraus erwachsenden Standortnationalismus.⁴⁹ Dagegen bilden Empathie, Kritikfähigkeit, demokratisches Bürgerengagement und Basisinitiativen eine Grundvoraussetzung für die schrittweise Zurückdrängung der extremen Rechten.

⁴⁹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Standortnationalismus – eine Herausforderung für die politische Jugendbildung, in: Deutsche Jugend 11/1998, S. 469 ff.

Gerd Wiegel

Verordneter Antifaschismus?

Zur aktuellen Debatte um die extreme Rechte

Sommerloch und Sommertheater liegen längst hinter uns, und dennoch ist das beherrschende Thema aus dieser Zeit, entgegen den Befürchtungen und Erwartungen mancher Linker, nicht gänzlich aus der Öffentlichkeit und aus den Reden der etablierten Politik verschwunden. Nach wie vor wird an einem Verbot der NPD gearbeitet, nach wie vor gibt es zumindest verbale Äußerungen von Politikern aus Regierung und Opposition, die den grassierenden Rassismus im Lande und den stetigen Zuspruch für die extreme Rechte problematisieren. Daß in der CDU, zwei Jahre vor der nächsten Wahl, überhaupt darüber gestritten wird, ob das Thema Einwanderung als Wahlkampfthema taugt, ist zumindest insofern verwunderlich, als daß es hier noch in fast allen Wahlkämpfen in einer Weise genutzt wurde, die nur als Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten gewertet werden kann. Noch ist keineswegs ausgemacht, daß dies nicht auch bei anstehenden Wahlen geschieht, allein daß darüber öffentlich diskutiert wird, zeigt eine Verunsicherung derer, die mit rassistischen Parolen bisher nur wenig Schwierigkeiten hatten. Hat die Debatte des Sommers also tatsächlich einen Klimawandel im Lande eingeleitet? Blickt man von der verbalen auf die realpolitische Ebene, dann läßt sich nur schwer von einem solchen Klimawandel sprechen. Der sozialdemokratische Innenminister hält an allen diskriminierenden Sonderregelungen wie Abschiebehaft, Flughafenverfahren usw. fest, seine Kollegen in den Ländern sanktionieren die gleichen menschenverachtenden Abschiebepraktiken wie immer, und auch von einer realen Besserstellung der hier lebenden MigrantInnen und politisch Verfolgten hat man bisher nichts gehört. Alles also nur eine Medien- und Politikkampagne zur Verbesserung des deutschen Ansehens im Ausland anläßlich des rechten Terrors? Vielleicht wäre auch ein solches Urteil vorschnell, wengleich diese Funktion der Debatte sicherlich eine wichtige Rolle spielt. Aus linker Sicht wären meiner Ansicht nach drei Fragen zu klären: (1) Hat sich die extreme Rechte in bezug auf ihre Zusammensetzung, Handlungsfähigkeit und Gewaltbereitschaft in den letzten Jahren tatsächlich stark gewandelt? (2) Wo liegen die Gründe für die zunehmende Akzeptanz neofaschistischer Ideologiemomente in breiteren Kreisen der Bevölkerung? (3) Was sind die Gründe für den momentanen staatlichen „Antifaschismus“?

1. Die extreme Rechte

Ein Auslöser der Debatte des vergangenen Sommers war sicherlich der Bombenanschlag auf eine S-Bahnstation in Düsseldorf, bei dem vor allem jüdische Menschen getroffen wurden. Auch wenn bis heute die Täter unbekannt sind und eine politische Motivation nicht feststeht, so ließ sich doch eine solche antisemitisch motivierte Tat nicht ausschließen. Anschläge auf Synagogen

und jüdische Friedhöfe sind in diesem Land leider wieder eine fast alltägliche Realität, ein Attentat jedoch auf hier lebende Juden wäre eine neue Qualität des faschistischen Terrors, und nicht zuletzt deshalb löste dieser Anschlag eine wesentlich stärkere Reaktion aus, als es die Überfälle und Morde an Schwarzen, Menschen ohne deutschen Paß, Obdachlosen oder Linken taten und tun. Antisemitismus und Angriffe auf Juden sind immer noch eines der größten Tabus, ist sich die politische Klasse des Landes doch bewußt, daß damit sofort die Geister der Vergangenheit, die mit soviel Mühe aus dem politischen Tagesgeschäft verbannt wurden, ins Rampenlicht zumindest der ausländischen Öffentlichkeit rücken. Mindestens hier ist die Frage des Ansehens Deutschlands von zentraler Bedeutung. Aber nicht nur die jüdischen Opfer des Anschlages, sondern auch die Frage nach einer zunehmenden terroristischen Militanz der extremen Rechten trugen zur Debatte bei.

Fraglich ist jedoch, ob von einer tatsächlichen Zunahme des rechten Terrors gesprochen werden kann. Nimmt man die offiziellen Zahlen des Verfassungsschutzes (VS) für die letzten zehn Jahre, die, wie man weiß, nur mit Vorsicht zu behandeln sind, dann läßt sich die Debatte des Sommers nicht mit einem extremen Anstieg rechter Gewalt erklären. Im VS-Bericht von 1999 wird von einem rechtsextremistischen Personenpotential von 53.000 für 1998 ausgegangen. Darin enthalten sind alle Mitglieder rechtsextremer Parteien (also REP, DVU und NPD). Als gewaltbereit gelten hiervon 8.200 Personen. Sieht man sich die Entwicklung für die gesamten 90er Jahre an, dann lassen sich hier zwei Tendenzen ausmachen: Direkt nach 1990 läßt sich eine explosionsartige Zunahme rechtsextremer Gewalttaten verzeichnen, und zwar von 178 in 1990 auf 849 in 1991 und schließlich 1.485 in 1992. Danach sinkt die Kurve bis 1995 deutlich ab, um seitdem wieder kontinuierlich zu steigen, ohne jedoch das Niveau von 1992 zu erreichen. Einen deutlichen und auffallenden Unterschied in der Verteilung der Gewalt von rechts gibt es zwischen Ost und West. Der Gewaltanteil im Osten ist eindeutig höher als im Westen, d.h. die Gefahren für MigrantInnen und andere potentielle Opfer der extremen Rechten sind im Osten wesentlich größer.

Sieht man sich jetzt noch die Erfolge der Parteien der extremen Rechten bei Wahlen an, dann ergibt sich wieder ein modifiziertes Bild: Während in der ersten Hälfte der 90er Jahre diese Parteien im Osten weitaus weniger Erfolg haben als im Westen, kehrt sich das Verhältnis für die zweite Hälfte der 90er Jahre um. Alle angetretenen Parteien der extremen Rechten erreichten bei der Bundestagswahl 1990 im Westen 2,6 %, im Osten 1,6 %, bei der Europawahl 1994 4,4 % im Westen und 3,3 % im Osten, bei der Bundestagswahl im selben Jahr 2 % im Westen und 1,3 % im Osten, bei der Bundestagswahl 1998 allerdings 2,9 % im Westen und 5,0 % im Osten und bei der Europawahl 1999 1,9 % im Westen und 2,8 % im Osten. Die Wahl einer Partei der extremen Rechten und die potentielle Gewaltbereitschaft müssen also keineswegs korrelieren. Gerade in der ersten Hälfte der 90er Jahre ist die Wahlbereitschaft für eine Partei der extremen Rechten im Westen höher als im Osten, das hat sich mittlerweile umgekehrt. Es könnte also sein, daß ein bisher parteimäßig nicht organisiertes oder gebundenes Potential an rechter Gewalt sich verstärkt organisiert und in Parteien wie der NPD engagiert.

Da sich die Debatte zur extremen Rechten vor allem auf die NPD konzentriert hat, möchte ich auf diese Partei hier etwas genauer eingehen. Von den drei Parteien der extremen Rechten, die in den letzten Jahrzehnten nennenswerte Erfolge bei Wahlen erzielen konnten, ist die NPD die älteste. Gegründet 1964, gelang es der NPD zwischen 1966 und 1969 in sieben Länderparlamente einzuziehen und dabei zwischen 5,8 und 9,8 Prozent der Stimmen zu erzielen. Bei den Bundestagswahlen 1969 scheiterte sie knapp mit 4,3 Prozent. In den 60er Jahren hatte die Partei bis zu 28.000 Mitglieder, dieser Bestand sank bis auf 2.800 und stieg in den 90er Jahren auf aktuell ca. 6.000 Mitglieder an. Zum Vergleich: DVU und REP werden vom Verfassungsschutz mit 18.000 bzw. 15.000 Mitgliedern angegeben. Seit den 60er Jahren ist es der NPD bis auf kleinere Ausnahmen nicht mehr gelungen, größere Wahlerfolge zu erzielen. Trotzdem spielt sie eine wichtige Rolle im Zusammenhang der extremen Rechten. Wenn man REP, DVU und NPD miteinander vergleicht, dann lassen sich hier deutliche Abstufungen feststellen. Während die REP darum bemüht sind, sich einen seriösen Anstrich zu geben und sich deutlich von der NPD und auch von der DVU distanzieren, lassen sich die inhaltlichen und ideologischen Ausrichtungen von DVU und NPD sehr wohl vergleichen. Die REP sind im Übergangsfeld von rechtskonservativ zu rechtsextrem anzusiedeln, wohingegen DVU und NPD deutlich zum neofaschistischen Spektrum zu zählen sind. Während die DVU jedoch eindeutig von ihrem Vorsitzenden Frey und der Münchner Parteizentrale dominiert wird und in vielen Ländern keine wirklichen Parteistrukturen aufgebaut hat, ist dies bei der NPD anders. Sie ist relativ gut und flächendeckend organisiert, mit einem Schwerpunkt eindeutig in den neuen Bundesländern und hier besonders in Sachsen. War die NPD in den 60er Jahren vor allem eine Partei der alten Nazis, der ewig gestrigen, so läßt sich dieser Befund für heute nicht mehr halten. Vor allem personell hat sich die NPD weitgehend gewandelt und kann heute weit eher als Jugendpartei gelten. Seit 1995 hat es eine vermehrte Aufnahme von militanten Neofaschisten in die Partei gegeben, womit die NPD eine deutliche Annäherung an dieses Spektrum vollzog.

Stand unter dem Vorsitzenden Deckert der Geschichtsrevisionismus im Mittelpunkt der Agitation, weshalb Deckert auch wegen der Leugnung von Auschwitz verurteilt wurde, so stehen unter dem aktuellen Vorsitzenden Voigt andere Themen im Zentrum. Neben Rassismus und Antisemitismus als gängige Topoi ist dies vor allem die „soziale Frage“, die von der NPD in den Mittelpunkt gestellt wird. Damit greift die Partei genau den Punkt auf, der für den Osten der Republik zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der Politik geworden ist. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss verweist darauf, daß für den Osten die Frage der sozialen Gerechtigkeit verbunden mit autoritären Einstellungsmustern kennzeichnend sei. Genau diese Mischung wird von der NPD angeboten. Reale soziale Mißstände werden aufgegriffen und biologisiert, d.h. „Ausländer“, „Volksfremde“, „soziale Schädlinge“ werden für die herrschende Misere verantwortlich gemacht. Daneben propagiert die NPD im Osten einen nationalen Sozialismus, der bewußt an aus der DDR überkomme-

ne Einstellungsmuster anknüpft. Die Enttäuschungen über den Vereinigungsprozeß werden aufgegriffen und gegen die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft gewandt. Im Prinzip verfolgt die NPD damit die gleiche Strategie wie die NSDAP zu Beginn der dreißiger Jahre. War es historisch die „Befreiung“ von den Juden, so sind es heute die Ausländer, deren Beseitigung das Problem lösen würde. Aber auch der Antisemitismus wird immer stärker, wie sich nicht zuletzt an den zunehmenden antisemitisch motivierten Straftaten ablesen läßt. Die Feindbilder sind geblieben: „Linke“ und „Antifaschisten“, ebenso die Homosexuellen.

Welche Erklärungen lassen sich nun für die hier skizzierten Entwicklungen geben? Aus der Vielzahl der Erklärungsmuster möchte ich mich hier nur mit der Frage der zunehmenden Gewaltbereitschaft und der nach den immer jüngeren Gewalttätern befassen. Zumeist wird, bezogen auf die rechte Gewalt von einem Jugendphänomen gesprochen, womit zugleich eine Relativierung des Problems verbunden ist, weil man davon ausgeht, daß sich diese Jugendlichen die „Hörner“ schon abstoßen werden und das Problem so verschwindet. Dies ist jedoch eine Täuschung, ist das Gewaltproblem doch keineswegs auf Jugendliche beschränkt, auch wenn diese sehr oft an solchen Taten beteiligt sind. Der Kriminologe Bernd Wagner unterscheidet ganz verschiedene gewaltbereite Gruppen: von nichtorganisierten losen Nachbarschaftscliquen über autonome Kameradschaften bis hin zu paramilitärischen Gruppen und Terrorkommandos. Die Einbindung in rechtsextreme Organisationen und die dazugehörige Ideologie sind sicherlich unterschiedlich, allen gemeinsam ist jedoch ein Feindbild, das eben aus vermeintlichen Nicht-Deutschen, allen nicht angepaßten und abweichenden besteht. Die zunehmende Gewaltbereitschaft und die viel zu lange Tolerierung dieser Gewalt durch die Politik haben zu einer Veralltäglichen der Gewalt geführt, die für Jugendliche mittlerweile zum normalen Sozialisationsmuster wird und sich somit perpetuiert. Bei Bernd Wagner heißt es dazu: „Gewalt gehört zum Verhaltensinventar. Sie ist jedoch infolge der schwächeren Gruppenkohärenz (eher sind es offene Szenen in Klubs, Diskotheken usw.) in geringerem Maße militant und folgt der Logik des Augenblicks. In diesen Szenen finden in neuer Weise Sozialisationsprozesse statt, die tendenziell eine höhere Gewaltakzeptanz und -ausübungsbereitschaft als in der Elterngeneration erzeugen dürften. Rechts-extrem orientierte Gewaltbereitschaft bedarf nunmehr nicht mehr der marginalen Existenz von Gruppierungen, sie ist in die Normalität des Lebensalltags durchschnittlicher Milieus eingeflossen und ist Bestandteil der gegenwärtigen Tendenz des Nationalpopulistischen als soziale Bewegung.“¹

Gewalt wird also zur alltäglichen Erfahrung und findet allgemeine Akzeptanz. Deshalb läßt sich auch nur schwer ein bestimmtes Täterprofil ausmachen, etwa entlang der sozialen Lage. Es sind eben nicht nur arbeitslose, sozial depra-

¹ Bernd Wagner: Bei Erichs Enkeln gehört „rechts“ zum Zeitgeist, in: Frankfurter Rundschau, 6.3.1999.

vierte Jugendliche, die Gewalt ausüben. In einem Artikel der Frankfurter Rundschau (28.6.00) wurde von einer sächsischen Neonazigruppe berichtet, deren Mitglieder u.a. Sozialpädagogen, Sparkassenangestellte oder Kinder von Polizisten und Justizangehörigen sind.

Die stillschweigende Tolerierung der Politik und die z.T. offene Akzeptanz der Bevölkerung für diese rechte Gewalt haben wesentlich zu ihrer Verstärkung beigetragen. Auch die lange Jahre favorisierte akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen hat diese Potentiale eher verfestigt. Die Existenz von sogenannten „national befreiten Zonen“ im Osten wird von den Akteuren der extremen Rechten als eindeutiger Erfolg gefeiert.

Für den Jugend- und Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer sind diese Erfolge der extremen Rechten gerade die bedrohlichste Hypothek für die Zukunft, denn sie tragen zur Verstärkung des Problems und zur Sozialisation von Jugendlichen im Sinne der extremen Rechten bei: „Die ‚erfolgreichste‘ politische Sozialisation und das effektivste Handeln von Jugendlichen läuft m.E. derzeit in Dörfern und Kleinstädten Ostdeutschlands, insbesondere Brandenburgs ab, in denen rechtsextremistische Jugendgruppen mit dem ‚Konzept‘ der ‚National befreiten Zonen‘ operieren, vielfach auch nur darüber faseln. Effektiv ist dieses Handeln deshalb, weil die Jugendlichen Macht über Sozialräume gewinnen und dabei ihre Situationsdefinition über deren Nutzung anderen gegen ihren Willen aufzwingen können; weil das politische Agieren auf kurzen Handlungsketten basiert, die übersichtlich sind; drittens, weil sichtbare und überprüfbare Erfolge vorliegen, d.h. das Gefühl der Selbstwirksamkeit hoch ist und sie durch entsprechende Musikangebote euphorisiert werden; und schließlich, weil die Aktivitäten eingebettet sind in Mehrheitsstimmungen der Bevölkerung, so daß Avantgarde-Bewußtsein ebenso entsteht wie selbsttragende Motivation zur Grenzüberschreitung in Richtung Gewalt.“²

Gerade der letzte Punkt, die Einbettung dieser Gewalt in die Mehrheitsstimmung der Bevölkerung, scheint mir ein entscheidender Punkt bei der Frage nach Ursachen und Gegenstrategien zu sein.

2. Die Mitte der Gesellschaft

Die Forderung nach einem Verbot der NPD beinhaltet teilweise die fatale Vorstellung, mit solch administrativen Maßnahmen ließe sich das Problem des Neofaschismus entscheidend bekämpfen. Verkannt und von etablierter politischer Seite bewußt verdrängt wird dabei die tatsächliche Ursache für den Aufschwung der extremen Rechten in den letzten fünfzehn Jahren. Denn es war nicht die extreme Rechte, die eine Verschiebung des gesellschaftlichen Konsenses nach rechts bewirkte, sondern dieser Vorstoß kam aus der Mitte der Gesellschaft. Spätestens seit dem Beginn der achtziger Jahre läßt sich eine Re-Etablierung konservativer und rechter Ideologiemomente in der Bundesre-

² Wilhelm Heitmeyer: Wenn junge Deutsche Ehre und Tradition mit Gewalt zurückholen, in: Frankfurter Rundschau, 18.12.1998.

publik ausmachen, und die konservative Wende von 1982 trieb diesen Vorstoß des Neokonservatismus mit aller Kraft voran. Nation und nationale Identität wurden jetzt zu Werten, die es wiederzuentdecken gelte; das diesem Ansinnen entgegenstehende Bild der deutschen Vergangenheit, geprägt durch die Erfahrung des Faschismus, wurde im Historikerstreit von 1986 einer ersten Revision unterzogen. Bedient wurden hier Vorstellungen und Forderungen, wie sie in rechtskonservativen Denkfabriken und den sich herausbildenden Zirkeln einer sogenannten „Neuen Rechten“ vehement gefordert wurden. Der Aufstieg und zeitweilige Erfolg der REP in diesen Jahren ist kein Zufall, sondern die logische Folge einer ideologischen Umorientierung der politischen Eliten. Ließ sich bis 1989/90 noch ein breiter linksliberaler Widerstand gegen diese neokonservativen Vorstöße verzeichnen, wie er sich vor allem im Historikerstreit zeigte, so verschwand dieser Widerstand mit der deutsch-deutschen Vereinigung 1990 fast vollständig. Die Nation mit all ihren ideologischen Mythen wurde jetzt zum einigenden Band der zusammengefügteten deutschen Teilstaaten. Fehlende nationale Begeisterung, womöglich der kritische Verweis auf die fatale nationale Geschichte Deutschlands seit 1871 wurden jetzt negativ belegt: als Ausweis eines deutschen Sonderwegs, einer Art Krankheit. Der Historiker Thomas Nipperdey wurde in der Frankfurter Rundschau mit einer Aussage aus dem Jahre 1990 zitiert: „Wer nationale Identität nicht sozusagen selbstverständlich hat, hat ein Identitätsproblem, leidet an Identitätsverlust oder einer Störung.“³

Wo die Nation und die Zugehörigkeit zu ihr als Werte an sich erkoren werden, ist auch die Frage nach denen, die nicht zu dieser imaginären Gemeinschaft gehören, nicht weit. Auf politischer Seite rückte diese Frage spätestens seit der Mitte der achtziger Jahre verstärkt ins Zentrum der Agitation. Schon der damalige Innenminister Zimmermann machte das Thema „Ausländer“ und Asyl zum Wahlkampfthema, womit schon damals nicht den von den REP verbreiteten rassistischen Stereotypen entgegengetreten wurde, sondern sie aufgenommen und bedient wurden. Den funktionalen Einsatz rassistischer Ideologien konnte man dann im Rahmen der ersten Vereinigungskrise 1992 beobachten. Um von den realen Gegensätzen und Interessendivergenzen zwischen Ost und West abzulenken, wurde die sogenannte „Asyldebatte“ entfacht, die 1993 schließlich zur faktischen Abschaffung des Asylrechts führte⁴. Das Ziel dieser Debatte lag in der nach ethnischen Kriterien vorgenommenen Inklusion bzw. Exklusion verschiedener Gruppen der Bevölkerung. Der Homogenisierung der Nation anhand der völkisch definierten Zugehörigkeit zu dieser stand der Ausschluß all derer gegenüber, die diesen völkischen Kriterien nicht entsprachen. Reale soziale Gegensätze wurden so zugunsten vermeintlich ethnischer Gegensätze überdeckt. Die soziale Frage wurde damit ethnisiert. Schuld an der sozialen Misere waren jetzt die „Asylanten“, gegen

³ Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 16.4.1996.

⁴ Der damalige Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, forderte in einem Brief an alle Parteigliederungen diese dazu auf, das Thema Asyl offensiv gegen den politischen Gegner zu nutzen.

die sich der organisierte Volkszorn wandte. Der im ersten Abschnitt aufgezeigte Anstieg rechtsextremer Straftaten im Jahre 1992 trifft genau mit der hier skizzierten Debatte zusammen und war für die angestrebte Ethnisierung der sozialen Frage äußerst funktional. Ob hier auch die Gründe für die offensichtliche Zurückhaltung der staatlichen Ordnungskräfte bei den Pogromen beispielsweise in Rostock liegen, bleibt dahingestellt.

Deutlich wird an diesen Beispielen meiner Ansicht nach, daß die heute von manchen Politikern beklagte rassistische und „fremdenfeindliche“ Grundeinstellung bei größeren Teilen der Bevölkerung aktiv von der Politik gefördert wurde. Gefördert und nicht erzeugt, weil es meiner Meinung nach ein Fehler wäre, Rassismus und Ideologien der Ungleichheit als nur von oben manipulierte Einstellungen zu bewerten. In Latenz müssen diese Einstellungsmuster vorhanden sein, um bei Bedarf von der Politik abrufbar zu sein. Auch wenn sich von den hier skizzierten politischen Entwicklungen keine bruchlose Linie zur Gewaltbereitschaft immer jüngerer Teile der Gesellschaft ziehen läßt, so wurde der ideologische Boden, auf dem heute u.a. die NPD erntet, unzweifelhaft in der Mitte der Gesellschaft gedüngt. Die von der Politik verbreiteten Parolen von der „durchrassten Gesellschaft“ (Stoiber), die unmißverständliche Metapher vom Boot, das voll sei, dienen der extremen Rechten als konkrete Handlungsanleitung. Nur folgerichtig fragen sich Jugendliche und solche Menschen, denen diese Parolen aus dem Herzen sprechen, warum den markigen Worten nicht eben solche Taten folgen. Die extreme Rechte verspricht hier, genau das in die Tat umzusetzen, was ihrer Ansicht nach von der gemäßigten Rechten und der Mitte nur gefordert wird. Politik, wie sie von Schily bis Schönbohm betrieben wird, kann nur als Zuarbeit und Erfüllung der Forderungen der extremen Rechten gewertet werden. So läßt der brandenburgische Innenminister Schönbohm zwei Algerier, die 1999 Opfer neofaschistischer Gewalt wurden, mit dem Argument ausweisen, die durch den Überfall erlittene Traumatisierung stehe einer positiven Integration in Deutschland im Wege. Für die Faschisten muß dies geradezu wie eine Aufforderung zu weiterer Gewalt wirken, erreichen sie doch damit genau ihre Ziele.

Warum, so ließe sich fragen, greift die hier beschriebene Ethnisierung der Politik in den letzten fünfzehn Jahren immer weiter um sich, bedenkt man vor allem, daß sich diese Entwicklung nicht allein auf Deutschland beschränken läßt? In einem größeren Rahmen wären hier die neoliberalen Veränderungen zu berücksichtigen, die zu tiefgreifenden Verunsicherungen in der Bevölkerung geführt haben. Die zunehmende Auflösung traditioneller Lebenswelten, die bewußt vorangetriebene Deregulierung der Arbeitswelt und die ständig an die Individuen gerichtete Forderung nach der Flexibilität lösen eine Suche nach Sicherheiten, nach Haltepunkten im rasenden Strom des Kapitalismus aus. Da die Politik nicht länger bereit ist, diese Sicherheiten staatlich zu garantieren, bekommen solche Haltepunkte eine besondere Bedeutung, die den Individuen scheinbar naturwüchsig zufallen. Nation und ethnische Herkunft bieten solche vermeintlichen Sicherheiten, und das aggressive Klammern an sie korrespondiert mit den zu verzeichnenden gesellschaftlichen Auflösungs-

erscheinungen. Dies ist jedoch keine schicksalhafte Entwicklung einer unbeeinflussbaren Kapitallogik, sondern ein politisch bewußt vorangetriebenes Projekt.⁵ Das selbstgeschaffene Dilemma vor allem des Konservatismus, einerseits die traditionellen Werte wie Familie, Gemeinschaft, Sicherheit etc. hochzuhalten, auf der anderen Seite aber durch die eigene neoliberale Politik gerade diese Werte zu unterminieren, wurde und wird hier mit einem ideologischen Vorstoß beantwortet, der der realen Entwicklung des globalisierten Kapitalismus entgegensteht. Nation und Abstammung sollen den ideologischen Kitt der Gesellschaft bilden, für den im fordistischen Kapitalismus die soziale Absicherung und relative ökonomische Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum stand. Während für den Kapitalismus die Bedeutung von Nation und Herkunft abnimmt, erhalten diese Ideologien auf politischer Seite eine neue Bedeutung und dienen zur Ruhigstellung der sozialen Frage.

Warum dann also jetzt die Debatte über den grassierenden Neofaschismus? Ist es die Angst, die Geister, die man rief, nicht mehr beherrschen zu können, oder läßt sich vielleicht eine neue Interessenlage ausmachen?

3. Klimawandel?

Anfang September kam es im Hessischen Landtag zu einem Skandal als der CDU-Abgeordnete Reif dem Fraktionschef der Grünen, Al-Wazir, zurief, „geh doch zurück nach Sanaa“, womit auf die Herkunft von Al-Wazirs' Vater aus dem Jemen angespielt wurde. Reif wollte „ein Student aus Sanaa“ gerufen haben, ein offensichtlich völlig unsinniger Satz. Was Al-Wazir, der in Offenbach geboren wurde und einen deutschen Paß besitzt, mit Sanaa zu tun hat, blieb das Geheimnis des CDU-Mannes. Offensichtlich entspricht Al-Wazir nicht der ethnisch geleiteten Vorstellung, die der CDU-Abgeordnete Reif von einem deutschen Menschen hat. Nicht die Tatsache dieses Ekklats ist hier besonders interessant, sondern die überregionale Aufmerksamkeit, die dieser Vorfall erzeugte. Erklären läßt sich dies nur mit der verstärkten Sensibilisierung für das Thema angesichts der Debatte um NPD, Neofaschismus und Rassismus. So zeigen auch die Äußerungen des hessischen Ministerpräsidenten Koch, dem Thema Rechtsextremismus werde zu viel Aufmerksamkeit geschenkt, die Sorge, nicht mehr in bekannter Weise die rassistische Klaviatur spielen zu können, wenn diese Sensibilität länger anhält.⁶ Die eingangs aufgezeigte Diskussion innerhalb

⁵ Vgl. Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam 1995.

⁶ Nur folgerichtig ist es, daß die hessische Landesregierung unter Roland Koch dem Antrag auf ein Verbot der NPD nicht zustimmen wollte. Liberale Grundsätze lassen sich bei Koch nicht vermuten, und so dürften es mehr die Vorbehalte gegen ein zu starkes Vorgehen gegen rechte Positionen generell sein, die Koch zu seiner Haltung motivieren. In einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (26.10.00) lobt Koch die eigene Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft; damit sei den Parteien der extremen Rechten das Wasser abgegraben worden. Eingestanden wird somit von ihm, daß es sich um eine für die extreme Rechte kompatible Kampagne handelte. Für Koch scheinen rassistische Positionen dann kein Problem zu sein, wenn sie von einer Volkspartei wie der CDU vertreten werden.

der CDU, ob das Thema Einwanderung zum Wahlkampfthema zu machen sei, ist ein weiteres Indiz für diese Verunsicherung. Läßt sich tatsächlich von einem Gegensteuern der Politik gegen einen weit verbreiteten rassistischen Konsens in der Gesellschaft sprechen, und wo liegen die Gründe für dieses vermutete Gegensteuern? Neben den genannten Aspekten scheint mir eine These Rainer Bohns recht aufschlußreich zu sein, die dieser in der Oktoberausgabe der Zeitschrift konkret äußerte.⁷ Bohn fragt, in welchem Kontext die Debatte über den Neofaschismus stattfindet und nennt als Themen die sogenannte Green-Card, also die Frage der geregelten Arbeitsmigration und die im Zusammenhang mit der Rentendebatte geführte Diskussion um die Überalterung der deutschen Gesellschaft. Beide Debatten zeigen den herrschenden Eliten, daß Zuwanderung auf Dauer nicht vermieden werden kann (außerdem ist sie längst real), daß sie für die Sicherung des Arbeitskräftereservoirs zukünftig geradezu unerlässlich werden kann. Wie die Green-Card-Debatte zeigte, können Facharbeiter und Spezialisten zu einem international umkämpften Gut werden. Eine in weiten Teilen rassistisch eingestellte Bevölkerung steht einem solchen Projekt natürlich entgegen, denn zumindest diesem Arbeitskräftesegment steht ein internationaler Arbeitsmarkt offen, auf dem die Bundesrepublik in starker Konkurrenz zu anderen Ländern steht. Eine plakative Weltoffenheit könnte hier zum Standortvorteil werden. In den letzten Wochen lassen sich vermehrt Artikel in den großen Zeitungen des Landes finden, in denen darauf verwiesen wird, daß sich die Bundesrepublik in einem internationalen Konkurrenzkampf um die besten Fachkräfte befindet, und daß man gegenüber den angloamerikanischen Konkurrenten dabei weit im Hintertreffen sei.⁸ Nicht zuletzt das rassistische Klima im Land ist ein Hindernis in diesem Konkurrenzkampf. Es ließe sich also vermuten, daß die Eliten in Wirtschaft und Politik ein ganz handfestes Interesse an einem Klimawandel haben, um so die aus ihrer Sicht notwendige Einwanderung auch innerhalb der Bevölkerung abzusichern.⁹ Wären somit die dem grenzenlosen Kapital verpflichteten Eliten aus Politik und Wirtschaft die neuen Bündnispartner eines antirassistisch ausgerichteten Antifaschismus? Die Richtung der herrschenden Politik dürfte der bayrische Innenminister Beckstein formuliert haben, der mehr Einwanderung forderte, die „uns nützt“ und weniger, die „uns ausnutzt“. Letzteres soll momentan weniger deutlich formuliert werden, weil es den Kern des Projektes gefährden könnte. Klar ist aber, daß der BDI und die weiteren Kapitalvertreter, die jetzt so vehement gegen die extreme Rechte auftreten, nicht ihr

⁷ Vgl. Rainer Bohn: Afghanen statt Veteranen, in : konkret 10/2000.

⁸ Vgl. exemplarisch das Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus F. Zimmermann: „Zuwanderung sichert den Anschluss an die Zukunft“, in: Frankfurter Rundschau, 23.10.2000.

⁹ Die Forderung nach vermehrter Einwanderung von Seiten der Wirtschaft ist im übrigen so neu nicht. Schon 1990 hatte der Wirtschaftsjournalist Roland Tichy ein Buch mit dem Titel „Ausländer rein. Warum es kein „Ausländerproblem“ gibt, München 1990, verfaßt, in dem er aus wirtschaftsliberaler Sicht für eine grenzenlose Öffnung des Arbeitsmarktes plädierte. Vermutlich brach diese Debatte 1990 ab, da mit der Vereinigung das Angebot an billigen, aber gut ausgebildeten Arbeitskräften ein riesiges Ausmaß annahm.

Herz für die politisch Verfolgten und die von Armut betroffenen Flüchtlinge entdeckt haben. Mit einer „geregelten“ Einwanderung, ausgerichtet an den Interessen der Wirtschaft, wird der Druck auf die letzten Reste des ausgehöhlten Asylrechts noch größer werden, so wie es sich schon jetzt an den Äußerungen Schilys ablesen läßt.

Was bedeutet, so soll abschließend gefragt werden, eine solche angestrebte Veränderung für die Linke? Wird, wenn die den Eliten unterstellte Absicht zutrifft, diese Elite zu einem Bündnispartner für AntifaschistInnen und AntirassistInnen? Letzteres geht sicherlich zu weit, ist die Motivation für diese Politik doch eine fundamental unterschiedene. Aber die Möglichkeit, in der gegenwärtigen Debatte eigene antifaschistische und antirassistische Positionen zu plazieren, sollte nicht deshalb vergeben werden, weil man mit Leuten in einer Front steht, die man sonst jenseits der Barrikaden verortet.¹⁰ Selbst ein nur plakativer Klimawechsel, der die rassistischen Praktiken und Gesetze des Staates unberührt läßt, wäre für die hier lebenden Menschen ohne deutschen Paß schon eine kleine Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Auf der anderen Seite scheint es mir zweifelhaft, daß ein solcher Klimawandel sich ohne weiteres erreichen läßt, können doch Einstellungen, die über Jahre hinweg von oben legitimiert und gefördert wurden, nicht einfach nach Wunsch verändert werden. Die zu erwartenden Auswirkungen einer angestrebten Zuwanderungspolitik könnten den grassierenden Rassismus eher verstärken. Diese Auswirkungen werden sich vor allem auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, auf dem sich mit der geplanten Einwanderung von Fachkräften ein verschärfter Konkurrenzkampf einstellen wird. Sorge die Arbeitsmigration in den sechziger Jahren noch für einen positiven „Fahrstuhleffekt“ für die deutschen Beschäftigten, deren Aufstieg mit der Vergabe der schlechten Arbeitsplätze an die MigrantInnen verbunden war, so könnte sich mit der Anwerbung von Fachkräften ein negativer „Fahrstuhleffekt“ einstellen. Die Kompensation solcher Erfahrungen mittels rassistischer Abgrenzung läßt sich leicht vermuten. Verstärkter Rassismus könnte also ein Ergebnis dieser weiteren Internationalisierung des Arbeitsmarktes sein, zumal dann, wenn diesem ohnehin schon verbreiteten Klima nicht entscheidendes entgegengesetzt wird. Aufgabe der Linken müßte es also sein, die soziale Frage ins Zentrum zu rücken und Antworten jenseits der Ethnisierung dieser Frage, wie sie von rechts und in der Mitte betrieben wird, zu formulieren.

¹⁰ Auf der Gegenseite werden die Gefahren der Etablierung antifaschistischer Positionen sehr wohl gesehen. So warnt der „Extremismusforscher“ Eckhard Jesse in einem Artikel in der FAZ (Mit links gegen rechts?, 26.10.2000) vor der Zusammenarbeit mit „linksextremen“ Kräften im Kampf gegen die extreme Rechte. Jesse Artikel vereint alle Schwachpunkte der Extremismustheorie und zeigt die eindeutig politisch reaktionäre Funktion dieses Ansatzes.

Harald Werner

Zweifel am „ostdeutschen“ Rechtsextremismus

Es bedurfte der erschreckenden Zahl von über 100 Toten¹ in rund zehn Jahren rassistischer oder ausländerfeindliches Gewalt, ehe im Sommer dieses Jahres eine bislang einzigartige mediale Kampagne gegen den Rechtsextremismus losbrach. Was die Brandanschläge von Solingen und Lübeck nicht vermochten, nämlich nicht nur Lichterketten, sondern auch eine öffentliche Debatte über Konsequenzen zu entzünden, schafften die rechtsextremen Totschläger von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt im Handumdrehen. Wobei man das landesweite Entsetzen heilsam und das gegenseitige Hochpuschen von Medien und Politik ausnahmesweise einmal positiv finden könnte, wenn nicht gleichzeitig sichtbar geworden wäre, wie wenig die Gesellschaft über sich selbst nachzudenken in der Lage ist und wie sehr die Gesetze der „Mediengesellschaft“ dies zusätzlich unterbinden, weil sie die Bearbeitung eines jeden gesellschaftlichen Problems den Bedingungen ihrer Produktion unterwerfen. Den Erwartungen der Medien nach schneller, kurzer, möglichst spektakulärer und dann auch noch praktischer Stellungnahme beugen sich mittlerweile alle öffentlichen Institutionen, von den Parteien über die Verbände bis hin zum akademischen Sonderseitenjournalismus. Drei vier Kernsätze, leicht zitierbar – bitte keine tiefschürfenden Abhandlungen –, mehr ist nicht drin, so lange das Thema noch heiß und die nächste Werbepause bereits nah ist.

Doch neben Schnelligkeit und Oberflächlichkeit zeichnet sich der mediale Diskurs in solchen Situationen auch noch durch eine gewisse Tendenz zur Kartellbildung aus. Das mediale Kurzzeitgedächtnis verarbeitet zwei bis drei Meinungsvarianten, selten mehr und noch seltener Zwischentöne. All zu schnell wurde der Rechtsextremismus deshalb als Spätfolge der „SED-Diktatur“ entsorgt, während sich die Konsequenzen auf eine lasche Verbotskampagne gegenüber der NPD und einen hilflosen Appell zum „Aufstand der Anständigen“ beschränkten.

Bilder ersetzen Nachrichten – Nachrichten werden Bilder

Indessen steigerten sich die sommerlichen Exzesse bis in den Herbst hinein, als wäre keine öffentliche Aufforderung zum Nachdenken, sondern zum Nachmachen ergangen. Offenbar liegt es im Wesen der „Mediengesellschaft“ und in ihrer Konzentration auf die bildhafte Symbolik, dass sie die rechte Szene zu weiteren Symbolhandlungen provozierte: Umgestürzte Grabsteine, beschmierte Synagogen und immer wieder Brandsätze, die sich wie ein Bildteppich durch die Tagesschau zogen. Symbolisches Handeln überwiegt frei-

¹ Die Angaben stützen sich auf eine in der Frankfurter Rundschau vom 14.9.00 veröffentlichte Dokumentation.

lich auch auf der Gegenseite. Nicht nur in den Parolen von Zivilcourage oder dem „Aufstand der Anständigen“, sondern auch in den Bildern: Bundestagspräsident Thierse besucht mit Kipa-bedecktem Kopf eine Synagoge, Bundeskanzler Schröder zupft entschlossen die Schleife am Blumengebinde für einen ermordeten Asylbewerber zurecht, und jeder „anständige“ Politiker, gleich wie unanständig er in der Vergangenheit über Asylmißbrauch oder Einwanderungsstopp geredet hatte, organisiert sich seinen eigenen Fototermin mit Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde.

Wo aus Bildern Nachrichten werden und Nachrichten fast nur noch als Bilder überkommen können, ist die Verfestigung von Stereotypen unvermeidbar. Das Wesen des Rechtsextremismus reduziert sich dann auf kahle Schädel und Springerstiefel, auf Bomberjackenträger vor DDR-Plattenbauten und andere Trostlosigkeiten. Die Sucht nach Bildern, die angeblich mehr als tausend Worte sagen, machte den Osten fast zwangsläufig zur optischen Fundgrube entsprechender Sujets, denn nirgendwo inszeniert sich der Rechtsextremismus offener, provozierender und aggressiver als hier. Nicht zuletzt deshalb, weil die bayerischen Kameraden ihre Wochenenden inzwischen bevorzugt in Thüringen und die aus Norddeutschland in Sachsen-Anhalt oder nahe der Ostsee verbringen. Und dies gilt aus eben diesen Gründen auch für westdeutsche Antifaschisten. Ungewollt trägt deshalb sogar noch der Widerstand dazu bei, den Rechtsextremismus zu einer Angelegenheit der neuen Länder zu machen.

Wobei kaum zur Kenntnis genommen wird, dass die Bilderflut in einem eigenartigen Widerspruch zur Datenlage steht. „Nach einer aktuellen Statistik des Bundesinnenministeriums liegen bei den fremdenfeindlichen Straftaten pro Einwohner zunächst einmal vier Altländer an der Spitze: Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Nordrhein-Westfalen.“² Ebenso wenig möchten sich die meisten Kommentatoren daran erinnern, dass der ostdeutsche Rechtsextremismus ein westdeutscher Exportartikel ist, der schon produziert wurde, als es noch den „antifaschistischen Schutzwall“ gab. Ein Paradox übrigens, dass sich die ebenso falsche wie groteske Bezeichnung der DDR-Grenzanlagen nachträglich zu rechtfertigen scheint, denn mit dem Fall der Mauer gehörten die Neofaschisten zu den ersten, die auf der nationalen Welle zu surfen versuchten und bei den Leipziger Demos mitmischten.

Unbegreifliches im unverstandenen Osten

Hinter der Neigung, die Ursachen des Rechtsextremismus im Osten zu verorten, verbirgt sich wahrscheinlich ein gerütteltes Maß an unbewältigter Vergangenheit. Der unbewältigte Faschismus spielt hier eine ebenso wichtige Rolle wie die deutsch-deutschen Mißverständnisse vor und nach dem Fall der Mauer. Wie seit Jahrzehnten will die westdeutsche Gesellschaft sich nicht der Tatsache stellen, dass der Faschismus in der Mitte der Gesellschaft entsteht und nicht von außen in sie hineingetragen wird. Der Historikerstreit machte

² Thomas Abbe, Wilde Zucht der Muttermale, Freitag vom 4.8.2000.

den nationalsozialistischen Terror zu einer Folge des Stalinismus, und die Politik behandelte ihn immer schon als das Werk einer Handvoll von Verbrechern. Was lag näher, als an diese Tradition anzuknüpfen? Einmal natürlich, weil es auch sonst so gut wie kein Problem der neuen Länder gibt, das nicht den „Erblasten der DDR“ zugeschrieben wird und zum anderen, weil das westdeutsche Alltagsbewußtsein den Osten um so weniger begreift, je länger die „blühenden Landschaften“ ausbleiben. Der unbegriffene Osten scheint geradezu prädestiniert für ein Phänomen wie den Rechtsextremismus, weil er den „anständigen Menschen“ ebenso unverständlich ist, wie so manches andere zwischen Elbe und Oder. Die westdeutsche Ostsicht ist von einem Grauschleier überzogen, der nicht nur durch triste Plattenbausiedlungen und trostlose Industriebrachen verursacht wird, sondern auch durch das Grauen, das seit Jahren aus Gaucks Stasiakten sickert.

Auch die umstandslose Gleichsetzung des SED-Regimes mit der NS-Diktatur hat wahrscheinlich größeren und anhaltenderen Schaden angerichtet, als man sich heute eingestehen mag. Zum einen, weil sie die Biografien von Millionen Menschen entwertet hat, und zum anderen, weil sie jedes Anderssein der Ostdeutschen ideologisierte und den berühmten „Erblasten“ zurechnete. Sekundiert von ostdeutschen Schulbekennern, die nicht müde werden, ihren Landsleuten Modernisierungsrückstände, Autoritäts- und Staatshörigkeit wie auch emotionale Defekte nachzusagen, wurde ein fruchtbarer Boden zum scheinbaren Begreifen des Unbegreiflichen geschaffen: Die westdeutsche Zivilgesellschaft scheint ostwärts von den ideologischen, emotionalen und demokratieuntauglichen Nachlassenschaften des SED-Regimes bedroht. Wen wundert es, dass aus diesem Schoß nun auch noch der Faschismus schlüpft?

Hier kommt alles zusammen: Die Rechtfertigung des Hitlerfaschismus durch den Stalinismus, die Gleichsetzung von Rechts und Links, die kleinbürgerliche Angst vor den proletarischen Underdogs und die letztlich befreiende Gelegenheit, nun auch noch den Neofaschismus den abgetretenen Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Nichts daran ist wirklich neu, aber es ist schon außerordentlich faszinierend, wie die ideologischen Versatzstücke des Kalten Krieges auch heute noch genutzt werden können, um das Wiederauftauchen des Faschismus nicht als eigenes, sondern als äußeres Problem abzutun.

Die sich sogar noch vertiefende Fremdheit des Ostens scheint ein fruchtbarer Nährboden. Denn wo die scheinbaren Erfolgsrezepte der alten BRD versagen und eine „Nachfolgepartei der SED“ das gewohnte Parteienspektrum durcheinander wirbelt, sieht der Normalbürger auch Platz für andere Unbegreiflichkeiten.

Pädagogische Totalitarismustheorie

Ein beliebtes Erklärungsmuster für die scheinbare Neigung ostdeutscher Jugendlicher zum Rechtsextremismus liefert ihre angeblich autoritäre Sozialisa-

tion.³ Wobei zuweilen sogar unterstellt wird, dass die DDR-Jugend im kulturellen Milieu des Faschismus aufwuchs. So schreiben Hajo Funke und Lars Rensmann: „Die gerade im Osten tiefgestaffelten Mentalitäten von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entspringen hierbei auch dem politisch-kulturellen Horizont einer autoritären DDR-Gesellschaft, die kulturelle Identitätsangebote, soziale Codes und politische Sozialisationsformen des Nationalsozialismus partiell konservierte.“⁴ Überhaupt halten sich viele Autoren, die den ostdeutschen Rechtsextremismus der DDR anlasten und dabei auf scheinbare Parallelen zwischen Faschismus und Realsozialismus hinweisen, mit kulturellen Äußerlichkeiten wie etwa Massenaufmärschen und kollektivistischen Erziehungsstilen auf. Sie unterstellen, dass es sich dabei ausschließlich um Momente faschistischer oder stalinistischer Herrschaft handelt, ohne zu erkennen, dass diese kulturellen Formen und Sozialisationsmechanismen sämtlichen Ideologien des vergangenen Jahrhunderts eigen waren. Ob monarchistisch, klerikal, sozialdemokratisch oder kommunistisch, das 20. Jahrhundert war eine Etappe militärisch-autoritärer Massenorganisationen. Ob britische Pfadfinder, faschistische Pimpfe oder sowjetische Komsomolzen und deutsche Falken, rein äußerlich betrachtet findet sich bis in die späten 60er Jahre hinein überall ein Hang zur Massensymbolik.

Abgesehen davon, dass sich hinter der kulturell äußerlichen Gleichsetzung von Faschismus und Staatssozialismus eine ebenso fatale wie peinliche Verharmlosung der nationalsozialistischen Kultur verbirgt, übersieht sie gleichzeitig die Kontinuitäten der alten Bundesrepublik. Bekanntlich ließen sich die „sozialen Codes“ der faschistischen Eliten in den „politisch-kulturellen Horizont“ Westdeutschlands außerordentlich wirksam einpassen. Beim Aufbau des bundesdeutschen Staatsapparates wirkten 21 Minister und Staatssekretäre, 100 Generale und Admiräle der Bundeswehr, 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Botschaften und Konsulate sowie 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes mit, die faschistische Hoheitsträger gewesen waren. Nicht zu vergessen Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger und Bundespräsident Heinrich Lübke, der eine als bekennender Nationalsozialist, der andere als Architekt von Zwangsarbeiterlagern.

In der DDR mag der Antifaschismus all zu sehr auf den kommunistischen Widerstand reduziert und auch ritualisiert worden sein, aber er gehörte zur Staatsdoktrin, während es im Westen über zwei Jahrzehnte dauerte, ehe die faschistischen Verstrickungen ans Licht der Öffentlichkeit gezerzt und der Emigrant Willy Brandt Bundeskanzler werden konnte. Heute ist es Mode geworden, den Antifaschismus der DDR als einen verordneten abzutun, aber die ästhetische Aufarbeitung des Faschismus, wie übrigens auch die Kritik am Fortwirken seiner Mentalitäten in der Sowjetischen Besatzungszone, gehören

³ Vgl. Thesenpapier „Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit“, J. C. Behrends u.a., ZZf Potsdam/Projektgruppe „Herrschaft und Eigensinn“.

⁴ Hajo Funke, Lars Rensmann, Kinder der Einheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2000, S. 1069f.

zum Besten der DDR-Kulturproduktion. Auf dem Ordnungswege konnten Filme wie „Jacob der Lügner“ oder Kants „Aufenthalt“ weder entstehen noch Wirkung zeigen. Richtig ist auch, dass der Antifaschismus der DDR für den Kalten Krieg instrumentalisiert wurde, aber er hat eindeutige antifaschistische Haltungen hinterlassen. „Inzwischen haben mehrere Studien belegt, dass rassistische und neofaschistische Einstellungen in Ostdeutschland signifikant geringer sind als im Westen. EMNID ermittelte zum Beispiel 1991, wie viele Personen mit ausgeprägt antisemitischen Haltungen es in beiden Teilen gibt: Ex-DDR 4 Prozent, alte Bundesländer 16 Prozent.“⁵

Bei aller berechtigten Kritik an der Instrumentalisierung des Antifaschismus für die Zwecke des SED-Regimes wird leicht vergessen, dass auch die BRD ihren verordneten und instrumentalisierten Antifaschismus hatte, wie etwa die Heroisierung der Wehrmachtsoffiziere des 20. Juli 1944, bei denen geflissentlich übersehen wurde, auf welcher Seite die meisten davon 1933 gestanden hatten. Was im Westen ansonsten verordnet wurde, war ein Antikommunismus, den Thomas Mann schon deshalb eine Grundtorheit des 20. Jahrhunderts nannte, weil er mit dem Kommunismus zugleich auch noch den antifaschistischen Widerstand verteufelte. Bestes Beispiel dafür ist, dass die Bundesregierung in den 50er Jahren, in der Zeit heftigsten Antikommunismus, „beim Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, einem früheren SA- und NSDAP-Mitglied, die Vereinigung der Naziopfer“ zu verbieten beantragte.⁶

Mit einigem Abstand lassen sich heute in der Geschichte beider deutscher Teilstaaten defizitäre Beschäftigungen mit dem Faschismus ausmachen. Eine gründlichere öffentliche Aufarbeitung der Momente faschistischer Herrschaft bewerkstelligte im Westen bestenfalls die 68er Bewegung, nicht aber die Gesellschaft an sich. Was die westdeutsche Aufarbeitung des Faschismus der DDR voraus hatte, gehörte durchweg nicht zum gesellschaftlichen mainstream, während der mangelhafte Antifaschismus der DDR nicht nur zur Staatsdoktrin, sondern gerade auch zum Alltagsbewußtsein gehörte.

Kinder der DDR oder Kinder der Wende?

Aber selbst wenn man der pädagogischen Totalitarismustheorie glauben sollte und einen kausalen Zusammenhang zwischen Pionierlagern oder FDJ-Fanfarenzügen und rechtsextremer Gesinnung konstruiert, taugen die Erklärungsmuster nicht zum Begreifen des Rechtsextremismus in den neuen Ländern. Die jugendlichen Gewalttäter haben die DDR überwiegend im Kindergarten erfahren, während sich politische Haltungen und Wertsysteme im Alter zwischen 10 und 14 Jahren entwickeln.⁷ „Wer 1980 und danach geboren ist,

⁵ Daniela Dahn, „Westwärts und nicht vergessen“, Berlin 1999, S. 58.

⁶ Ebd., S. 57.

⁷ Eine Studie von FOCUS – Forschungsstelle für Konflikt- und Sozialstudien e.V. über „Werte und Einstellungen rechtsextrem orientierter Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt“ weist eine hochsignifikante Konzentration rechtsextremer Jugendlicher in der Altersgruppe zwischen 15 und 17 Jahren aus, während rechtsextreme Haltungen in den Altersgruppen unter

und das sind etwa siebzig Prozent der rechtsextremen Gewalttäter, durchlebte diese Phasen der Persönlichkeitsentwicklung in den ostdeutschen Umbruchjahren nach 1991.“⁸ Die rechtsextremen Jugendlichen Ostdeutschlands sind keine Kinder der DDR, sondern, soweit es um ihre politische Prägung geht, sind sie Opfer eines politischen Vakuums, der sozialen Auflösung und eines allgemeinen Verlusts alltagsnaher Vorbilder. Die Wende hat sie im Zustand der Unmündigkeit in eine Gesellschaft gestoßen, deren aggressiven Leitbildern und sozialdarwinistischen Verhaltensmaximen sie sich unmöglich entziehen konnten, weil sie weder im Elternhaus noch in der Schule an tradierten Werten Halt finden konnten.

So kommt die oben zitierte Studie aus Sachsen-Anhalt zu dem Schluß, dass sich die jungen Rechten weit überdurchschnittlich von ihren Lehrern nicht verstanden fühlen, Konflikte mit dem Elternhaus haben und wesentlich stärker als ihre Altersgenossen über mangelnde Freizeitmöglichkeiten klagen. Am stärksten überproportioniert ist ihre Unzufriedenheit mit der beruflichen Situation, was um so mehr ins Gewicht fällt, als die jungen Rechten, wiederum stärker als der Durchschnitt, ihrer persönlichen Karriere einen hohen Stellenwert einräumen. Ebenso übrigens ideellen Werten und Tugenden, was auf einen erheblichen Mangel an beidem schließen läßt. Diesem Mix aus Konflikten mit Elternhaus und Schule, gepaart mit einer sinnlosen Freizeit und dem frustrierenden Widerspruch zwischen Karriereorientierung und beruflicher Unzufriedenheit, versuchen die rechtsorientierten Jugendlichen in einem erschreckenden Maße durch Alkohol- und Drogenkonsum zu entkommen. Der auffälligste Unterschied zwischen rechtsextremen Jugendlichen und ihren Altersgenossen besteht deshalb in ihrer enormen Suchtabhängigkeit.

Man muß keine weitergehenden Studien betreiben, um einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen dem Wertevakuum der Nachwendezeit und der sozialen Psyche dieser Jugendlichen zu erkennen. Die Konflikte mit Eltern und Lehrern scheinen normal, müssen aber vor dem psychischen Hintergrund dieser Autoritäten interpretiert werden. Deren Vorbildwirkung schwand nämlich nicht im gleichen Maße, wie sie für Jugendliche schon immer in diesem Alter geschwunden ist, sondern sie verkehrte sich ins Gegenteil. Nach der Wende wurde Millionen von ihnen erst die berufliche Lebensgrundlage entzogen und dann auch noch die Lebensleistung öffentlich herabgewürdigt, so dass vielen Eltern sowohl die materiellen als auch die ideellen Ressourcen für eine orientierende Vorbildrolle abhanden kamen. Sie waren plötzlich keine Autoritäten mehr, sondern wurden zu Sinnbildern des Scheiterns und der Ausweglosigkeit, wenn sie nicht bereits als Wendehälse an Glaubwürdigkeit einbüßten.

War der kulturelle und soziale Bruch nach '89 schon für viele Erwachsene schwer zu verkraften, so muß er bei manchen Kindern der Wendezeit zu dramatischen Orientierungsproblemen geführt haben. Allein gelassen inmitten

⁸ 14 und über 18 Jahre unterdurchschnittlich vertreten sind.

⁸ Thomas Abbe, „Wilde Zucht der Muttermale“, in: Freitag vom 4.8.2000.

der sie umgebenden materiellen und ideellen Trümmer entwickelten sie zwangsläufig ein übersteigertes Bedürfnis nach Wahrhaftigkeit und Sinngebungen, das sich nur durch starke Reize befriedigen oder durch Überkompensation verdrängen ließ. Natürlich folgt daraus keine Notwendigkeit zur Annahme rechtsextremer Orientierung, aber sie war eine der wenigen möglichen Individualitätsformen, die sich entwurzelte ostdeutsche Jugendliche in dieser Situation aneignen konnten, um der Orientierungslosigkeit und Sinnkrise ihrer Alltagswelt zu entkommen.

Der Rechtsextremismus verbindet starke Reize mit sozialem Zusammenhalt, ist mit Werten verbunden, die nicht nur rechts formuliert werden und erlaubt die historische Einordnung der eigenen Nöte in eine Art Schicksalsgemeinschaft. Letzteres wurde in der Nachwendezeit kaum von anderen soziokulturellen Milieus angeboten. Die Linke stand vor einem Scherbenhaufen ihrer historischen Identität, die Bürgerbewegung bot ein Bild der Auflösung, und die neue Gesellschaftsordnung präsentierte sich ebenso unübersichtlich wie geschichtslos. Das Bedürfnis nach historischer Identität scheint in Sinn- und Orientierungskrisen eine ebenso große Rolle zu spielen wie die Suche nach Wahrhaftigkeit. Und dieses Bedürfnis befriedigt sich nicht nur in nationalen, sondern ebenso in religiösen, rassistischen oder ethnischen Gewändern, wie sich in unzähligen Krisenregionen anhand der unterschiedlichen Ausprägung fundamentalistischer Strömungen beobachten lässt. Im Kern sind solche Bewegungen regelmäßig in soziale und ökonomische Umbrüche eingebunden, also durchaus mit den Verwerfungen der Wendezeit zu vergleichen. Es würde zu weit führen, hier zu erörtern, weshalb derartige Umbrüche gegenwärtig sehr viel seltener sozialrevolutionäre und emanzipatorische Bewegungen hervorbringen. Für die Entwicklung einer rechtsextremen Jugendkultur in Ostdeutschland gibt es allerdings eine ganze Reihe einsichtiger Gründe – und kaum einer davon hat etwas mit dem gesellschaftlichen System der DDR zu tun.

Rechte Bauernfänger mit linken Parolen

Unabhängig davon, dass sich natürlich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nichts Neues entwickelt, was nicht auf die eine oder andere Weise durch deren gesellschaftlichen Charakter geprägt ist, hat der ostdeutsche Rechtsextremismus typisch deutsche und insbesondere westdeutsche Wurzeln. Erstens wird sich faschistisches Gedankengut in Deutschland trotz aller antifaschistischen Aufklärung noch sehr viel länger halten, als es uns lieb sein mag, weil es in das gesellschaftliche Bewußtsein eingeschrieben ist und sich durch den Rückgriff auf historische Metaphern jederzeit erneuern kann. Zweitens läßt sich bis ins Detail nachweisen, wie die neofaschistischen Kader der alten Bundesrepublik die rechtsextreme Szene der neuen Bundesländer systematisch entwickelt haben. Und drittens geschah dies alles auf einer sozialökonomischen Basis, die einerseits durch den Transformationsprozeß und andererseits durch die Realität der gegenwärtigen kapitalistischen Modernisierung geprägt ist.

Der jugendliche Rechtsextremismus in den neuen Ländern ist kein spontanes Produkt, sondern eine Art Freilandversuch der neuen Strategien, die im geistigen und organisatorischen Umfeld der NPD entwickelt wurden. Sie lehnen sich an Überlegungen der 68er Bewegung an, zielen auf kulturelle Hegemonie, auf Formen gesellschaftlicher Gegenmacht und profilieren sich sozialrevolutionär. Nicht umsonst gehören ehemalige APO-Aktivistinnen wie Horst Mahler oder der frühere SDS-Theoretiker Reinhold Oberlercher zu den Vordenkern dieser Strategie.⁹ Dabei knüpft man unmittelbar an aktuelle linke Diskussionen an, kritisiert den „Globalisierungskurs“ der Neoliberalen und das nackte Nützlichkeitsdenken des Kapitalismus. Das Primat der Politik über die Ökonomie wird ebenso gefordert, wie die Orientierung wirtschaftlichen Handelns am Gemeinwohl.¹⁰ Die neue Rechte nimmt Anleihen beim linken Antikapitalismus auf, bis dahin, dass sie sich Parolen der MLPD zu eigen macht und massenhaft Aufkleber mit den Slogans „Arbeit statt Profite“ oder „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“ verbreitet. Mit Zynismus stellen die neuen National-Sozialisten bereits fest: „Die ‚Linke‘ läuft nur noch unseren Aktionen hinterher, ist unfähig, eigene Akzente zu setzen, und reagiert nur noch auf unsere Vorgaben.“¹¹ Und tatsächlich ist es ein nicht unbedenkliches Problem, wenn junge Linke ihren Schwerpunkt auf den Antifaschismus legen, während junge Faschisten ihren Schwerpunkt zum Antikapitalismus hin verlagern. Und auch mit diesem Vakuum wissen die neonationalsozialistischen Vordenker umzugehen. „Marxisten-Leninisten“ gelten ihnen als „wertvollste Mitkämpfer, ... wenn sie den Sozialismus als Volksgemeinschaft verstehen“.¹²

Zwar dürfte es sich bei den jungen Rechten ebenso wenig um „Marxisten-Leninisten“ handeln wie überhaupt um Linke. Tatsache ist aber, dass sie sich im blinden Haß gegen alles Fremde über ihre eigene Entfremdung empören und deshalb offen für Ideen sozialer Gerechtigkeit sind. Es muß einen auch nicht wundern, wenn sich antikapitalistische Motive so nahtlos mit nationalsozialistischem Gedankengut und Terror verbinden lassen. Zum einen ist der Antikapitalismus nicht von sich aus bereits links, sondern die Linke gründet sich in erster Linie auf humanistisch-emanzipatorische Prinzipien. Wo diese fehlen, mündet jeder Antikapitalismus in Terror oder Diktatur, ganz gleich ob er sich nationalistisch, religiös oder anders gewandt. Zum anderen kämpft jede spontane Revolte mit den Waffen und in der Logik ihrer Gegner. Auch Friedrich Schorlemmer erblickt in den Gewaltexzessen der rechtsextremen Schläger „das implizite Lebensprinzip der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und der Schwächere verliert.“

⁹ Vgl. dazu: Jean Cremet, Die NPD – eine „Partei neuen Typs?“, Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2000, S. 1079f.

¹⁰ Reinhold Oberlercher, Entwurf einer neuen Volkswirtschaft, in: Staatsbriefe 2/1997.

¹¹ „Aula“, September 1998, S.15f.

¹² Aus einem Strategiepapier des NPD-Parteivorstandes, zitiert nach Jean Cremet, a.a.O., S. 1081.

Rechtsextreme exekutieren einen Primitiv-Darwinismus. Besonders Jugendliche, die orientierungs- und haltlos, arbeits- und ziellos geworden sind, beweisen sich auf diese Weise.“¹³

Hinzu kommt, dass wir es gegenwärtig mit einer Kapitalismusvariante zu tun haben, die gerade in den entwickeltsten Ländern zu einer bisher nie gekannten Barbarei führt. Sinnlose Gewalt von Jugendlichen und gar Kindern nimmt auch in völlig unpolitischen Milieus zu und wird oft genug erst nachträglich ideologisch begründet. So schreibt der Gefängnispsychologe Götz Eisenberg: „Die Fixierung der öffentlichen Debatte auf ‚rechtsextreme Gewalt‘ verstellt den Blick darauf, dass sich in den letzten Jahren ein neuer Gewalttypus ausgebildet hat, der auf jede ideologische Legitimation verzichtet, gewissermaßen ‚rein‘ ist und sich tendenziell gegen jeden und alles wendet. ... Die unangenehme Wahrheit, die von der gegenwärtigen Rechtsextremismusdebatte überdeckt wird, besteht darin, dass die Gesellschaft die Kinder und Jugendlichen bekommt, die ihrem unwirtlichen Schoß entspringen und die sie verdient. Sie stürzen aus dem Mutterleib unvermittelt in die Gesellschaft des entfesselten Marktes und entwickeln nur noch deren psychische Korrelatformen.“¹⁴

Unter jungen Antifaschisten sind Argumente über die sozial-ökonomischen Wurzeln des neuen Nationalsozialismus nicht besonders beliebt, weil sie dem Eindruck der Entschuldigung erwecken und die ideologische Nähe zu bestimmten Parolen der Linken wird als bloßes Tarnungsmanöver abgetan. Die berechnete Empörung über die brutalen Gewaltexzesse, den Ausländerhaß und Antisemitismus sollte aber nicht blind dafür machen, was Brecht schon über die faschistischen Totschläger wußte, dass man nämlich erst Opfer werden muß, um Täter werden zu können. Man muß es ernst nehmen, dass die Gewalttätigkeiten und das offene Bekenntnis zum faschistischen Terror aus gesellschaftlichen Frustrationen, aus Entfremdung und einem diffusen Gefühl der Ausbeutung entstehen, das sich nicht durch Aufklärung über die Inhumanität des Faschismus, sondern nur durch ein tieferes Verstehen des Kapitalismus und seine praktische Verquickung mit der nationalsozialistischen Machtgreifung aufheben läßt.

¹³ Friedrich Schorlemmer, "Mordslust", in: Freitag vom 1.9.2000.

¹⁴ Götz Eisenberg, „Gewalt, die aus der Kälte kommt“, in: Frankfurter Rundschau vom 8.9.2000.

Frank Deppe

Anmerkungen zur Programm-Debatte der PDS

1.

Das Erscheinungsbild der PDS zwischen Münster und Cottbus¹ läßt vermuten, daß der Zeitpunkt für eine Programmdebatte äußerst ungünstig ist. Die „Führungskrise“ der Partei (d.h. der Rückzug des Vorsitzenden wie des Fraktionsvorsitzenden) wirft unvermeidlich ihre Schatten auf die Programmdebatte. Solange die neue Führung der Partei, ihre Zusammensetzung, das Gewicht der verschiedenen Strömungen nicht klar sind, solange wird der Streit um Programmpositionen notwendig ein Streit um Machtpositionen in der Partei. Auch Kompromisse zwischen den Strömungen, um das jämmerliche Bild von Münster nicht zu wiederholen, sind nicht gerade einer lebendigen Programmdebatte dienlich. Wenn dieser Richtungsstreit zudem durch die Frage der Koalitionsfähigkeit der PDS mit der SPD überlagert wird, dann sind berechnete Zweifel an der Funktion einer Programmdebatte – nach innen und außen – angebracht.

2.

Die folgenden Anmerkungen zum Programmdokument der Grundsatzkommission beziehen sich allerdings *nicht* auf die gegenwärtig gewiß schwierige innerparteiliche Situation. Sie fragen vielmehr grundsätzlich nach dem Sinn und dem Stellenwert eines sozialistischen Grundsatzprogramms (bzw. eines ähnlichen Dokumentes) in der gegenwärtigen welthistorischen Konstellation.

Wir leben – darin stimmen fast alle Analysen überein – in einer Zeit gewaltiger Umbrüche und Übergänge, der Neuformierung von Kräfteverhältnissen, von tiefgreifenden Zäsuren. Eric Hobsbawms großartige „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ endet bekanntlich – schon Anfang der 90er Jahre – mit einer düsteren, eher pessimistischen Zukunftsvision. Es gibt einerseits wenig Anlaß, „hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken“; andererseits steht die Menschheit vor der Aufgabe, den destruktiven Kräften einer entfesselten kapitalistischen Ökonomie, die zur Explosion oder zur Implosion führen können, Grenzen zu setzen. Ansonsten heißt der Preis für das Scheitern einer „Bändigung“ des Kapitalismus: „Finsternis“. In diesem Satz des kommunistischen Autors klingt – freilich mit dem rückwärtsgewandten Blick auf die Trümmer der realsozialistischen Experimente des 20. Jahrhunderts – die Losung „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“ nach, mit der Rosa Luxemburg Ende 1918 im Programm des Spartakusbundes an das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels aus dem Jahre 1847/48 anknüpft. Eric Hobsbawm, der sonst als Wirtschafts- und Sozialhistoriker Wert auf präzise – empirisch untermauerte – Argumente legt, bleibt allerdings hinsichtlich der Programmatik des Sozialismus für das 21. Jahrhundert sehr unbestimmt.²

¹ Dieser Beitrag wurde Anfang Juli geschrieben und Anfang Oktober überarbeitet.

² Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998.

Auch der britische Historiker Donald Sassoon hält sich in seiner Jahrhundertbilanz der westeuropäischen Linken, d.h. überwiegend der Sozialdemokratie, bis zum „Neuen Revisionismus“ von Tony Blair, beim Bilanzieren und Prognostizieren deutlich zurück. Er ist zum einen – wie Hobsbawm – Historiker, gehört also zu denen, die sich als die rückwärtsgewandten Propheten verstehen und mit ihrer „Kristallkugel“³, d.h. mit der Wahrsagerei, äußerst sparsam umgehen. Andererseits spürt er, daß die tiefgreifenden Umbrüche am Ende des 20. Jahrhunderts viele alte Gewißheiten, die ihrerseits Grundlage für Programme und Prognosen sein könnten, durcheinander gewirbelt und entwertet haben. Er schreibt: „Die Geschichte, die ich skizziert habe, deutet darauf hin, daß das Schicksal und die wahrscheinliche Zukunft des westeuropäischen Sozialismus nicht von der des europäischen Kapitalismus getrennt werden kann. Die Krise der sozialistischen und sozialdemokratischen Traditionen in Europa ist nicht die Krise einer Ideologie, die durch die überlegene politische und organisatorische Stärke ihrer Gegner besiegt worden wäre – wie es beim Kommunismus der Fall war. Sie ist Moment jener Umwälzungen am Ende des Jahrhunderts, die mit gewaltiger Geschwindigkeit unseren Planeten neu gestalten. Es könnte sein, daß das sozialistische Projekt verschwindet, während die sozialistischen Parteien überleben.“⁴

Diese Parteien sind – so Sassoon im letzten Satz – das einzige von der Linken, was übrig geblieben ist. Im vergangenen Jahrhundert mußten sie sich ohnehin immer wieder an die Entwicklungen und Formationsbrüche des Kapitalismus anpassen. Die Dominanz der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Entwicklungsgesetze bilden für Sassoon gleichsam die objektive Variable des Geschichtsprozesses. Die dadurch notwendig werdenden Anpassungsprozesse der sozialistischen Bewegungen setzen freilich immer wieder – vermittelt über Konflikte, Kämpfe, soziale Bewegungen – kritische Potentiale frei.

Der Hinweis auf das Überleben der Parteien ist durchaus vieldeutig zu verstehen; denn die meisten dieser Parteien vollziehen schließlich selbst den Abschied vom sozialistischen Projekt. Hier steht der *subjektive Faktor* im Vordergrund: die Eigenlogik der Reproduktion des Parteiapparates und seiner internen Machtstrukturen, das Bestreben, bei Wahlen Erfolg zu haben (und sich der damit verbundenen Logik der Vermarktung des Politischen zu beugen), in den Medien präsent zu sein und an Regierungskoalitionen beteiligt zu werden etc. pp.). Er kann aber auch so verstanden werden, daß die überlebenden Organisationen – vor allem die Parteien, z.T. aber auch die Gewerkschaften – die politische Form, der politische Raum bleiben, in dem die Reformulierung und Erneuerung des sozialistischen Projektes in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen möglich bleibt. Hier wird die Partei als die politische Form begriffen, in der sich notwendig auch die gesellschaftlichen und

³ Mit dem Hinweis auf die „Kristallkugel des Historikers“ beginnt das prognostische Interview mit Eric Hobsbawm, *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts*, München/Wien 2000.

⁴ Donald Sassoon, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London 1997, S. 776.

politischen Widersprüche der jeweiligen Herrschaftsprojekte artikulieren, bearbeitet werden und auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse zurückwirken.

Die Schlußfolgerungen von Hobsbawm und Sassoon sind für kontroverse Deutungen und Debatten offen. Ihre Studien zur Geschichte des Sozialismus im 20. Jahrhundert untermauern freilich eindrucksvoll die Ausgangsthese vom Übergangscharakter, von der Offenheit und Kontingenz der gegenwärtigen welthistorischen Konstellation.

3.

Es gibt derzeit – soweit ich dies überschaue – in keiner der links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien oder Formationen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union⁵ eine größere Anstrengung in die Richtung eines neuen Grundsatzprogramms. In allen diesen Formationen gibt es verschiedene Strömungen und Tendenzen, heftige Auseinandersetzungen, Abspaltungen, Rücktritte an der Spitze etc. – es gibt aber auch überall Ansätze einer grundsätzlichen Debatte, die nach der Identität und Spezifik sozialistischen Denkens und Handelns im 21. Jahrhundert fragt, ohne schon an eine Fixierung der Antworten in einem Programmdokument zu denken.

Alle diese Formationen sind – so habe ich es in einem Beitrag zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik kürzlich bezeichnet – „offene Laboratorien“ für die Artikulation eines „linken Radikalismus“⁶. Dieser hat auf der einen Seite nur wenig Probleme, Positionen der Kritik und des Widerstandes gegenüber der herrschenden Ordnung des „Transnationalen High-Tech-Kapitalismus“ (W. F. Haug) sowie an der daran angepaßten Ideologie und Politik – bis hin zur Rolle und Politik der *neuen* Sozialdemokratie – zu artikulieren. Auf der anderen Seite ist er jedoch weit davon entfernt, eine gleichsam kohärente programmatische – gar geschichtsphilosophisch „unterfütterte“ – Konzeption über die Ziele des Sozialismus, über das Programm der Menschheitsbefreiung und über die sozialen und politischen Subjekte, die solches realisieren wollen (gemäß ihren Bedürfnissen und Interessen) und können (gemäß ihrer gesellschaftlichen und politischen Kraft) zu vertreten.

⁵ Ganz grob können wir dieses Feld als ein „10-Prozent-Feld“ charakterisieren: in Spanien: Izquierda Unida; Frankreich: KPF und andere Linkskräfte; in Italien: Rifondazione Comunista und die CGIL-Opposition; in den skandinavischen Ländern Linksparteien mit längerer Tradition (wie z.B. die SVP in Dänemark oder die aus der KP hervorgegangene Linkspartei in Schweden). Diese Formationen, z.T. „Restbestände“ der einst starken kommunistischen Parteien, erreichen – bei starken Schwankungen – bei den nationalen Wahlen ca. 10 Prozent; in Großbritannien z.B. (mit seinem Mehrheitswahlrecht) ist die Stärke des linken Labour-Flügels und autonomer sozialistischer Kräfte (z.B. der Socialist Workers Party) nicht nach diesem Maßstab zu kalkulieren. Noch schwieriger ist die Einschätzung der Solidität linkssozialistischer Positionen in den Transformationsgesellschaften Ost- und Südosteuropas.

⁶ Frank Deppe, *Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 1/2000.

In der Regel ist noch eine Verständigung darüber möglich, daß den sozialistischen Kräften – über die unmittelbare Perspektive der Tagespolitik und der beständig erneuerten Kritik der herrschenden Verhältnisse hinaus – eine wichtige Aufgabe bei der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für einen perspektivischen gegenhegemonialen Block fortschrittlicher Kräfte der Arbeit, der Kommunikation, der Wissenschaft und der Kultur zukommt. Dabei werden Fragen thematisiert, die auch in den Programmthesen eine wichtige Rolle spielen: ein alternatives Programm der Wirtschafts-, Sozial-, Gesellschafts- und Umweltpolitik, das auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zielt (vor allem im „dritten Sektor“: öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme mit einem Schwerpunkt in den Bereichen der Sozial-, der Bildungs-, Wissenschafts-, Gesundheits-, Kultur- und Umweltpolitik); die Reorganisierung der sozialpolitischen Institutionen durch die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit, aber auch durch eine Steuerpolitik der Umverteilung von oben nach unten, eine Neuverteilung und Bestimmung von Arbeitszeit sowie durch eine qualitative Erweiterung basisdemokratischer Institutionen und zivilgesellschaftlicher Autonomie.

Solche Programmpositionen – die gelegentlich als linkssozialdemokratisch bzw. als linkskeynesianisch bezeichnet werden – finden sich in den politischen und programmatischen Positionen der meisten Linksparteien in Europa und auch beim linken Flügel der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Es geht dabei zunächst darum, die Hegemonie des Neoliberalismus zu brechen⁷. In diesem Sinne wird von der Notwendigkeit einer „Re-Regulation“ (nach der Epoche der Deregulierungen), von der Wiedergewinnung politischer und demokratischer Gestaltungsfähigkeit gegenüber den angeblichen „Sachzwängen“ einer globalisierten Wirtschaft, als „Rebellion der Gesellschaft“ gegen die Verselbständigung des Marktes, genauer: der Logik des shareholder-Kapitalismus gesprochen. Elmar Altvater schreibt gerade in einem Beitrag für die Enquete-Kommission „Globalisierung“, der schon die Botschaften von Seattle⁸ und Prag reflektiert: „Der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen furiose, kurzfristige Kapitalbewegungen wächst“ – übrigens ebenso wie der Widerstand gegen die zunehmende soziale Polarisierung sowie die kulturelle Barbarisierung im globalen Kapitalismus.

Wenn es freilich für solche Parteien, die in den nationalen Parlamenten vertreten sind, um strategische und taktische Entscheidungen im politischen System geht, dann sind bislang stets harte Kontroversen mit der Folge von Spaltungen, Aus- und Rücktritten an der Tagesordnung. Dabei geht es z.B. um das Verhältnis zur Sozialdemokratie bzw. zu Mitte-Links-Regierungen, deren

⁷ Der britische Sozialist Peter Gowan vertritt in seinem neuen Buch (The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance, London/New York 1999, S. 126 ff.) die These, daß der Neoliberalismus als intellektuelle Bewegung spätestens seit den internationalen Finanzkrisen des Jahres 1998 gescheitert ist.

⁸ Vgl. u.a. Jay Mazur, Der neue Internationalismus der Gewerkschaften, in: Sozialismus, 9/2000, S. 44 ff.

sozialpolitisches Programm die Linke entschieden ablehnt, die aber ohne die Stimmen der radikalen Linken keine Mehrheit gegen den Block der nationalen Rechten und Neoliberalen hat. Diese Problematik stellt sich immer wieder in der italienischen Innenpolitik der jüngsten Zeit, und sie hat immer wieder zu Zerreißproben innerhalb der Rifondazione Comunista geführt. In Spanien hat die Bedeutung der Beziehungen zwischen der Izquierda Unida und der PSOE (von Felipe Gonzales und Xavier Solana) einen ähnlichen Stellenwert.

Es scheint, daß in Nordeuropa das Verhältnis von Linksparteien zu sozialdemokratisch geführten Regierungen einfacher ist als im Süden Europas, wo es einst starke kommunistische Parteien gab – und wo die radikale Linke ebenso wie die neue Sozialdemokratie ein Verfallsprodukt der alten KP sind. Ein Grund dafür könnte sein, daß *erstens* die sozialdemokratischen (z.T. auch die liberalen) Parteien in Nordeuropa nach wie vor (auf der Basis eines relativ breiten gesellschaftlichen Konsensus) an Grundbestandteilen des „sozialdemokratisch (universalistischen) Wohlfahrtsstaates“ (Esping-Anderson) festhalten. *Zweitens* verfügt die Linke in diesen Ländern (mit kommunistischer, eurokommunistischer, grüner etc. Tradition) schon über eine längere, eigenständige Geschichte, die z.T. bis in die 50er Jahre zurückreicht, als die Sozialistische Volkspartei des Axel Larsen – als Abspaltung von der KP Dänemarks und als Reaktion auf die Ereignisse in Ungarn im Herbst 1956 – gegründet wurde.

Der Hinweis auf das „offene Laboratorium“ signalisiert jedoch nicht nur die Chance einer offenen Debatte, sondern auch strukturelle Schwächen, die nicht allein historisch bedingt sind. Jede Partei muß auch Entscheidungen treffen, die von Minderheiten als schmerzlich empfunden werden. Dabei verwandelt sich das offene Laboratorium schnell – aus der Perspektive der Kritiker von Mehrheitsbeschlüssen – in ein „stählernes Gehäuse“ von fraktioneller bzw. partikularer Macht. Dazu kommt, daß mit der Offenheit einer Programmdebatte stets auch eine Verhaltensunsicherheit verbunden ist, die dem Erfolg der Präsentation von Politik in der heutigen Mediendemokratie und ihrer Fixierung auf mediengerechte „Führer“ nicht unbedingt zuträglich ist.

4.

Eine Grundsatzprogrammdebatte scheint – nach meiner Auffassung – zum gegenwärtigen Zeitpunkt – aus zunächst zwei Gründen – wenig hilfreich. *Erstens* wird sie zum Terrain der parteiinternen Auseinandersetzung zwischen Strömungen, Tendenzen etc. Das heißt: das Zusammenfallen von Programmdebatte und Neuwahl der Führung blockiert optimale Voraussetzungen für eine Programmdebatte: nämlich ein offenes Klima, in dem unterschiedliche Positionen sich artikulieren können, respektiert werden und doch auch wechselseitig lernen- und kommunikationsfähig bleiben. Ein Klima der Denunziation, in dem mit der Ver-ratshypothese gearbeitet wird, ist nicht nur tödlich für die Programmdebatte, sondern für die gesamte politische Kultur einer linken Partei.

Zweitens zeigen auch die vorliegenden Materialien, daß der Berg an ungelösten Grundsatzfragen viel zu hoch ist, um schon jetzt einen Anspruch auf

analytische und strategische Kohärenz glaubhaft und nach außen wirksam einzulösen. Das liegt u.a. an der Ungleichzeitigkeit, die durch den Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus – als bestimmendes politisches Merkmal der Übergangsepoche – entstanden ist. Es wird noch lange dauern, bis die theoretische und praktische Aufarbeitung dieser Dialektik von Sieg und Niederlage politisch wirksam werden kann – im Sinne eines massenwirksamen, neuen sozialistischen Projektes. Perry Anderson hatte schon Anfang der 90er Jahre auf diese tiefe Krise hingewiesen: „Keine der politischen Strömungen, die in diesem (d. h. dem 20.) Jahrhundert als Herausforderer des Kapitalismus antraten, hat zur Stunde noch Kampfgeist oder eine Massenbasis ... Für den gesunden Menschenverstand unserer Tage sind alle Ideen, die einstmal den Glauben an den Sozialismus ausmachten, bloß noch tote Hunde.“⁹ Diese Feststellung gilt nach wie vor – obwohl der Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung ebenso zugenommen hat wie die Kritik am Neoliberalismus.

5.

Warum machen Parteien Grundsatzprogramme? Wann entsteht das Bedürfnisse, neue Programme zu schreiben, zu debattieren und zu verabschieden? Welche Bedeutung haben sie? Ich habe mich – zusammen mit anderen – in den letzten Jahren z.B. in der gewerkschaftlichen Debatte über ein neues Grundsatzprogramm für den DGB engagiert – und die Konstituierung einer „Gewerkschaftslinken“ im vergangenen Jahr war u.a. auch ein Ergebnis dieser Debatten. Das Programm sollte – so der Anspruch der Initiatoren – die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in der „neuen Welt“ – nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Wiedervereinigung – definieren und zugleich die Veränderungen in der Wirtschaft, in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und in der Politik im Hinblick auf die Politik und die Ziele der DGB-Gewerkschaften reflektieren. Unsere Kritik, die teilweise im schließlich verabschiedeten Dokument zur Geltung kam, bezog sich nicht allein auf die Verabschiedung von der Kapitalismuskritik, auf die deutliche Abwertung des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit und – daraus abgeleitet – einer Strategie der gewerkschaftlichen Gegenmachtbildung, sondern vor allem darauf, daß die Analyse des tiefgreifenden sozialökonomischen und politischen Wandels und seiner politischen Konsequenzen völlig unzureichend und oberflächlich geblieben ist. Daher war die Vermutung berechtigt, daß in der Beschreibung des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses sich schließlich der rechte, sozialpartnerschaftlich orientierte Flügel der Gewerkschaften durchzusetzen versuche.

Programmdebatten und neue Parteiprogramme stehen dann auf der Agenda, wenn a) sich aus einer mächtigen Bewegung eine Partei konstituiert, die ihr Selbstverständnis und ihre Ziele beschreiben will, b) sich gewaltige Veränderungen (in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik) vollzogen haben, die die Partei mit der Herausforderung konfrontieren, ihre Politik und ihre Ziele neu zu

⁹ Perry Anderson, Zum Ende der Geschichte, Berlin 1993, S. 141 u. S. 143.

definieren oder fortzuschreiben, c) wenn es darum geht (oft in Verbindung mit b), innerparteiliche Machtverschiebungen zwischen den Flügeln durch ein neues programmatisches Verständnis zu sanktionieren und zu fixieren, und d) wenn die Partei mit der Eröffnung einer Grundsatzdebatte Intellektuelle und Künstler gewinnen möchte, die nicht nur Beiträge zum Begriff der Bedingungen und Ziele sozialistischer Politik in Gegenwart und Zukunft leisten können, sondern mit der Beteiligung an einer solchen Debatte zugleich einen möglichen Beitrag zur Veränderung der kulturellen und intellektuellen Hegemonie (z.B. des neoliberalen Denkens in den Hochschulen und der kommerzialisierten, medialen Massenkulturen) leisten können.

Schon Marx wußte, daß „jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger (ist) als ein Dutzend Programme“ (MEW 19:13). Das hinderte ihn freilich nicht, diesem Brief an Bracke seine „Kritik des Gothaer Programms“ hinzuzufügen. Dennoch: es besteht – historisch betrachtet – stets ein negativer Zusammenhang zwischen dem Intensitätsgrad sozialer Bewegung „von unten“ und dem Sektencharakter von Programmdebatten. Die PDS ist – im historischen Vergleich – natürlich keine „normale“ Partei. Das ergibt sich aus ihrer „Vorgeschichte“ in der DDR und der SED sowie aus ihrer ungleichmäßigen Verankerung im Osten und im Westen der Republik. Diese Besonderheit spiegelt sich in den Programmdokumenten dadurch wider, daß der Auseinandersetzung mit dem gescheiterten Sozialismusmodell des sowjetischen Typs sowie mit der Geschichte der DDR und der SED besonderer Raum gewidmet ist. Im Hinblick auf eine Reformulierung des Programms von 1993 wäre allerdings zu fragen, welche neuen Erkenntnisse inzwischen gewonnen wurden. Offenbar spielen die neuen Formulierungen über Sozialismuskonzeption und Bewertung der DDR-Geschichte in den Thesen der Programmkommission in der innerparteilichen Kontroverse eine besonders wichtige Rolle. Es bleibt zu fragen, ob solche Kontroversen auf der Ebene von Programmformulierungen ausgetragen und gelöst werden können. Diese Kontroversen müssen – unvermeidlich über einen längeren Zeitraum – Bestandteil der gesamten politischen Kultur der Partei bleiben.

6.

Die Thesen der Programmkommission verfehlen analytisch zentrale Elemente der „Großen Transformation“ (Polanyi) der Gegenwart. Sie sind nicht „auf der Höhe der Zeit“. Das ist jedoch nicht der Inkompetenz der Autoren geschuldet, sondern reflektiert die objektive Schwierigkeit, die Analyse des Umbruchs mit strategischen Schlußfolgerungen und Zielperspektiven eines sozialistischen Programms zu verbinden.

Welches sind die spezifischen Merkmale und Widerspruchskonstellationen des „transnationalen High-Tech-Kapitalismus“? Marxistische Analysen des weltweiten Kapitalismus geben durchaus kontroverse Antworten auf die Frage, ob wir uns bereits mitten in einer Formation des „Neoliberalismus“¹⁰ oder

¹⁰ Vgl. Mario Candeias, Der Neoliberalismus als Entwicklungsweise des Kapitalismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 5/2000, S. 20 ff.

nach wie vor in einer Erosionskrise der fordistischen Kapitalismusformation¹¹ befinden¹². Michel Aglietta, der mit seiner Analyse des US-amerikanischen Kapitalismus in den 70er Jahren die sog. „Regulationsschule“ mit begründete, geht in einer neueren Arbeit davon aus, daß sich ein relativ kohärentes nachfordistisches Akkumulationsregime herausgebildet hat: ein flexibel-finanzgetriebenes Modell, das den Übergang vom Manager- zum Aktionärskapitalismus (shareholder-value) vollzogen hat¹³. Daraus folgt z.B., daß für zunehmende Teile der Lohnabhängigen die Lohnfrage (und damit der zentrale Ausgangspunkt für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher, kollektiver Interessenvertretung) gegenüber Vermögensbeteiligungen an Bedeutung verliert¹⁴, während gleichzeitig – auf der Ebene der Unternehmensführung – der Aktienkurs zum zentralen Parameter für die Politik des Managements wird (was vielfach im Widerspruch zur Logik der Produktion, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steht).

Es ist selbstverständlich nicht Aufgabe einer Programmdebatte, solche Kontroversen zu „entscheiden“. Gleichwohl muß sie sich auf dem Terrain dieser Analysen und – wie immer partikularen – Erkenntnisse bewegen. Wenn zuvor von der Offenheit und Kontingenz gesprochen wurde, so war damit nicht ein postmodernes Bekenntnis zur Beliebigkeit gemeint. Es handelt sich vielmehr um bestimmende Merkmale einer welthistorischen Umbruchs- und Übergangskonstellation, deren Ergebnisse (im Sinne z.B. einer neuen Formation,

¹¹ So z.B. Joachim Bischoff, *Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts*, Hamburg 1999, S. 48 ff.

¹² Vgl. den Bericht über eine hoch spannende Marburger Tagung zu dieser Frage in: *Sozialismus*, 11/2000.

¹³ Michel Aglietta, *Ein neues Akkumulationsregime*, Hamburg 2000, S. 94: „Die Bezeichnung 'Regime der Vermögensbesitzer' kennzeichnet die nunmehr ausschlaggebende Rolle der Geld- und Kapitalmärkte, die den Reichtum der Haushalte bei der Bestimmung der makroökonomischen Gleichgewichte ausmachen. Sie kennzeichnet zudem die Ausweitung der Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmerschaft im Zuge der wachsenden Bedeutung der institutionellen Anleger im Finanzsektor und die Unternehmenskontrolle als wesentliche Regulationsinstanz dieses Akkumulationsregimes“.

¹⁴ Der Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verkündet als seinen Traum, Deutschland „in ein Land von Aktionären zu verwandeln, die so in das Kapital ihrer Unternehmen einbezogen sind, daß sie aufhören, sich selbst als Arbeiter zu sehen und sich – statt dessen – als Quasi-Eigentümer fühlen“. Als Aktionäre werden die Arbeitnehmer dann – so die Logik dieser Argumentation – gegen die Gewerkschaften und auch gegen eine konsequente Interessenvertretung durch den Betriebsrat sein; denn dies könnte ja die Position ihres Unternehmens in der internationalen Konkurrenz schwächen und deshalb negativ auf den Kurs ihrer Aktien wirken. Alle pseudo-egalitären Share-Holder-Visionen verschleiern den Sachverhalt, daß mit der breiteren Streuung des Aktienbesitzes zugleich die ökonomische und gesellschaftspolitische Machtposition der transnational organisierten Managerklasse und des Finanzkapitals gestärkt wird. Die Dezentralisierung von Unternehmensstrukturen („downsizing“) geht mit einer gewaltigen Zentralisierung von Macht und Entscheidungskompetenz an der Spitze der transnational operierenden Wirtschaftsunternehmen einher. Die Klassenstruktur des Shareholder-Kapitalismus ist durch ein höheres Maß an sozialer Ungleichheit und Fragmentierung gekennzeichnet als die des Fordismus. Dort kam dem Wohlfahrtsstaat und den sozialen Bürgerrechten gerade die Funktion zu, soziale Risiken und soziale Polarisierung abzuschwächen.

neuer Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse, Blockbildungen, neuer Themen, neuer 'Widersprüche und neuer Widerstandsformen etc.) „in the making“, also in einem Prozeß des Werdens, sich befinden, in einem Prozeß, in dem – höchst komplex – objektive und subjektive Prozesse und Akteure zusammenwirken, in einem Prozeß, dessen Ergebnisse wir nicht kennen können, obwohl wir mit unserem Engagement in den Kämpfen der Gegenwart zugleich eine normative Entscheidung treffen, daß wir diese Ergebnisse – theoretisch und praktisch – im Sinne einer sozialistischen Programmatik beeinflussen wollen. Und genau dies sollte uns daran hindern, heute und jetzt Grundsatzprogramme für sozialistische Organisationen beschließen zu wollen.

Jeder Versuch, die Frage nach den spezifischen Merkmalen und Widerspruchskonstellationen des heutigen Kapitalismus – und d.h. auch nach den Möglichkeiten und Potentialen einer sozialistischen Politik und einer progressiven Transformation der Gesellschaft – zu beantworten, führt auf Pfade, die auf den ersten Blick weit von den programmatischen Vorstellungen des traditionellen Sozialismus und Kommunismus entfernt sind. Dies betrifft vor allem

– den Charakter des neuen Akkumulationsregimes, die Veränderungen in der Produktivkraftstruktur, den dominanten Wirtschaftssektoren („Wissensökonomie“) sowie den darin eingeschlossenen Veränderungen der Arbeitswelt¹⁵ – einschließlich von neuen Rationalisierungsstrategien, die die Logik der Kapitalverwertung und der Verfügung über die Arbeitskraft möglichst auf den „ganzen Menschen“ und seine ganze Lebenszeit ausdehnen;

– die Veränderungen in der Klassenstruktur und den hegemonialen Blockbildungen; Herausbildung einer „Underclass“, die sich nicht nur sozial und kulturell, sondern auch (infolge der Migration) ethnisch von den abgeschmolzenen Kernen der alten industriellen Arbeiterklasse abgrenzt; Expansion von Milieus der „neuen Mittelklassen“, deren Angehörige sich vielfach als „Arbeitskraftunternehmer“ beschreiben und sich als Träger der neuen, kommerzialisierten Alltagskulturen – mit ihren durch die Medien vermittelten Leitbildern von Erfolg, Leistung und Schönheit – verstehen;

– eine veränderte Funktion des kapitalistischen Staates, der – als „Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch) – die Standortbedingungen im internationalen Wettbewerb zu sichern hat, dabei die angeblichen „Sachzwänge“ der Globalisierung – zu Lasten der Arbeiterklasse und der Subalternen exekutiert, also eindeutig Funktionen von Klassenherrschaft (auch als repressiver Apparat) wahrnimmt – ein Wettbewerbsstaat, der sich von der fordistischen Moderation des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses (in unterschiedlichen Vari-

¹⁵ Erst im Gefolge der „mikroelektronischen Revolution“ kann die kommunistische Perspektive eines „Zusammenbruchs“ der Tauschwertökonomie, einer Befreiung der Arbeit von Zwang der schweren körperlichen Arbeit, einer drastischen Reduzierung der Arbeitszeit sowie einer Eröffnung von Freiräumen für gesellschaftlich und kulturell nützliche Tätigkeiten objektiv möglich und real werden. Gegenwärtig setzt sie sich – in kapitalistischer Form – freilich in extremen Widersprüchen – d.h. als Freisetzung vom System der Tauschwertökonomie – durch, die das „Elend dieser Welt“ (Bourdieu) begründen.

anten in den einzelnen Ländern) verabschiedet hat und zugleich relevante Bestandteile der klassischen nationalstaatlichen Souveränität – nicht nur in der Europäischen Union (EU) – an internationale Organisationen abgegeben bzw. sich der Logik des internationalen Wettbewerbs – repräsentiert durch die (einheimischen) transnational operierenden Konzerne – unterworfen hat, womit sich die Beziehungen zwischen nationaler und internationaler Politik – auch für die Linke – grundlegend verändert haben;

– eine Krise der demokratischen Systeme, die oberflächlich als Anpassung der großen Parteien an die Anforderungen der weltmarktinduzierten „Sachzwang“-Logik, in Korruptionsskandalen, in Kartellbildungen der politischen Klasse bei der Selbstversorgung durch materielle Ressourcen, die der Staatsapparat ihnen zur Verfügung stellt, in der Allmacht der Medien und der medialen Politikinszenierungen, in der sinkenden Wahlbeteiligung und dem gleichzeitigen Aufstieg rechtspopulistischer und neofaschistischer Politiker und Parteien zum Ausdruck kommt, die jedoch a) die fast absolute Dominanz der Kapital- und Profitorientierung der politischen Klasse, und b) eine Erosion der fordistischen Zivilgesellschaft (als den Orten der Kämpfe um Hegemonie in den großen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen) anzeigt;

– eine fast unangefochtene Dominanz der Kultur des Geldes und des Individualismus, die einhergeht mit dem Verfall der politischen und gewerkschaftlichen Linken (aus der Tradition der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung), d.h. der Erschöpfung jener moralischen und kulturellen Ressourcen der Solidarität, aus denen diese Linke – für gut ein Jahrhundert – ihre Kraft geschöpft hatte.

Das sind nur einige der Fragen, die im Zuge einer Programmdebatte sich stellen müßten. Vor allem im Bereich der internationalen Politik gibt es heute mehr offene Fragen als eindeutige Orientierungen. Sie betreffen – nach dem Ende der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges, aber auch nach den gravierenden Veränderungen in der ehemaligen „Dritten Welt“ – gegenwärtige und zukünftige Hegemonialordnungen (Unilateralismus als USA-Herrschaft oder Triadenkonkurrenz; die Entwicklung der Beziehungen USA-Europa; die zukünftige Rolle der BRD als Führungsmacht usw. usf.); sie betreffen aber auch die Frage nach dem Charakter von internationalen politischen Konflikten, von Krieg und Frieden sowie nach der Rolle der internationalen Organisationen im Hinblick auf die Sicherung von Frieden und die Durchsetzung von Abrüstung etc. Wer so tut, als habe er mit dem Rückgriff auf Lenins „Imperialismustheorie“ schon den Stein der Weisen wiederentdeckt, der irrt genau so wie diejenigen, die der BRD eine zivilisatorische Mission durch den weltweiten Einsatz der Bundeswehr in Krisenregionen zusprechen möchten.

Natürlich geht es nicht nur darum, die Elemente des Neuen in der Entwicklung des globalen Kapitalismus und seiner Herrschaftsverhältnisse gleichsam zu „entdecken“ und in die Programmdebatte der PDS umzusetzen. Entscheidend ist, daß sich in der tatsächlichen sozialökonomischen und politischen Entwicklung dessen Widersprüche permanent artikulieren – auch wenn sie auf

der Ebene des Kampfes um politische Mehrheiten noch nicht zu einem relevanten Thema geworden sind. Die kritischen Analysen des neuen Akkumulationsregimes und des „transnationalen Hig-Tech-Kapitalismus“ im 21. Jahrhundert lassen keinen Zweifel daran, daß sich die neue Formation durch soziale Polarisierungen im nationalen und internationalen Maßstab, durch sich häufende Finanz- und Wirtschaftskrisen¹⁶, durch die fortschreitende Gefährdung der Natur und der Umwelt, durch wachsende Kriegsgefahr und eine Barbarisierung der Kultur (weil der Logik des Geldes, des Konsums und der Leistungsfähigkeit im Dienste der Kapitalverwertung unterworfen) auszeichnet. Solche Widersprüche erzeugen Widerstand, Konflikte – vor allem (wie Eric Hobsbawm richtig am Ende seines „Zeitalters der Extreme“ prognostizierte) gewaltige Verteilungskonflikte in globalen Dimensionen. Die Politisierung solcher Konflikte erfolgt nicht naturwüchsig nach links. In einer Epoche, die durch eine tiefe, ja existentielle Niederlage des Sozialismus auf der einen und durch die quasi-unumschränkte Vorherrschaft der Kapitallogik, aber auch durch die Ideologie des Sozialdarwinismus auf der anderen Seite charakterisiert ist und in der gleichzeitig Ängste bei den subalternen Schichten und Klassenfraktionen vor den sozialen Konsequenzen der Kapitallogik weit verbreitet sind, eröffnen sich weite Spielräume für einen rechten Populismus, der Elemente der sozialistischen Kapitalismuskritik aufgreift und sie in die rassistischen und nationalistischen Diskurse der neuen Rechten einschmilzt.

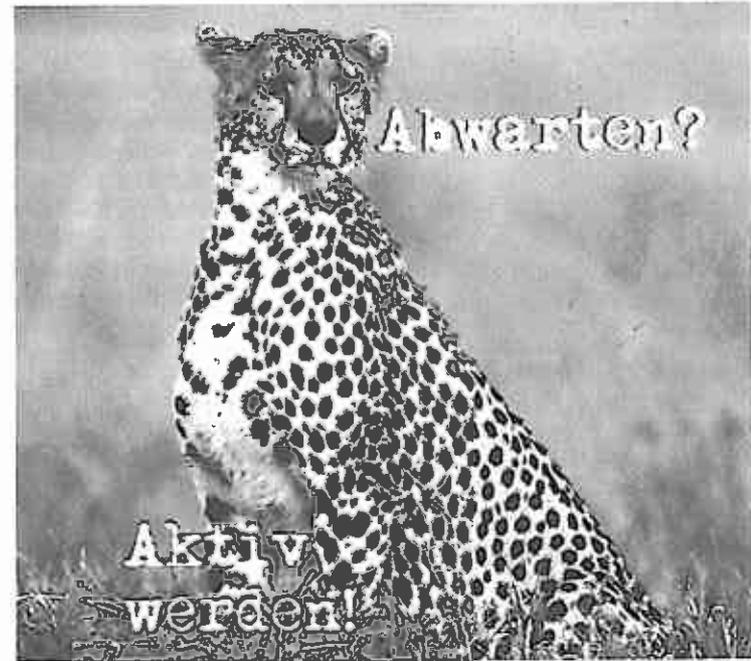
7.

Am Schluß und nur relativ knapp will ich noch auf manche Schiefelage in der Argumentation für eine Gesprächs- und Koalitionspolitik mit der SPD hinweisen. Wenn ich Bisky, Gysi und Zimmer richtig verstanden haben, dann verweisen sie a) auf die unselige „Sozialfaschismustheorie“ der frühen 30er Jahre, mit der die KPD auch eine Schuld am Sieg des Faschismus auf sich geladen habe, und b) auf die Notwendigkeit, daß sich eine linkssozialistische Partei progressiven Gestaltungsoptionen im parlamentarischen System nicht verweigern darf. Der historische Bezug hinkt – wie üblich! Vor 1933 ging es erstens um die Verhinderung des Faschismus; zweitens bestand die Differenz zwischen SPD und KPD (aus der Sicht der KPD) vor allem darin, daß sich

¹⁶ Peter Gowan hat in einem neuen Buch (vgl. FN 7) nicht nur das Dollar-Wall-Street-Regime, sondern auch – als dessen Konsequenz – die Kette der Krisen seit den frühen 90er Jahren mit ihren verheerenden Wirkungen für die breite Masse der Bevölkerung u.a. in Ostasien und in Lateinamerika – analysiert. Der amerikanische Gewerkschafter Jay Mazur (vgl. Anm. 8) schreibt: „Eine Welt, in der die Vermögenswerte der 200 reichsten Menschen größer sind als das gemeinsame Einkommen von mehr als zwei Milliarden Menschen am anderen Ende des ökonomischen Spektrums, sollten jeden und jede nachdenklich stimmen. Solche Inseln konzentrierten Reichtums in einem Meer des Elends waren historisch schon immer ein Vorbote des Aufbruchs. ... Millionen ArbeitnehmerInnen verarmen in einer Weltwirtschaft, die die traditionellen Ökonomien zerstört und die Fähigkeit der Regierungen, ihnen beizustehen, deutlich schwächt. Sie sind sich selber überlassen und müssen gegen Elend, Hungersnöte und Seuchen kämpfen. Sie werden zur Migration gezwungen, müssen ihre Arbeitskraft zu Löhnen verkaufen, die kein Auskommen ermöglichen, ihre Kinder opfern sowie die natürliche Umwelt und oft auch ihre eigene Gesundheit – alles für den verzweifelten Versuch, zu überleben.“

diese als „revolutionäre“ Partei verstand, während die SPD als die revolutionsverhindernde Partei des Reformismus angesehen wurde. Beides paßt überhaupt nicht mehr als Kriterium für die heutige Debatte über die parlamentarische Rolle der PDS. Eine Koalition mit der SPD gegen die CDU ist nun – weiß Gott – keine erfolgreiche Verhinderung des Faschismus! Solche Koalitionen sollten aber im Kampf gegen den aufwuchernden kriminellen Faschismus auf den Straßen gesucht und entwickelt werden.

Was nun die Koalitionsbereitschaft für progressive Optionen (oder auch nur die Verhinderung von Rechtskoalitionen) betrifft, so ist dieses Argument prinzipiell nicht falsch, aber es wundert doch ein wenig die Blauäugigkeit, mit der es vorgetragen wird. Mit diesem Argument haben Reformisten (in der Sozialdemokratie vor 1914) und Realos (bei den Grünen in den 80er Jahren) stets noch ihren Abschied von ihren Grundsatzpositionen (z.B. der Kapitalismuskritik und der Gesellschaftsveränderung) begründet. Die PDS ist hier viel gefährdeter als z.B. das Führungspersonal der Grünen; denn in ihrer Tradition war sie stets weniger antiautoritär und anarchistisch und mehr etatistisch ausgerichtet als die „Fischer-Gang“ der 70er Jahre. Die Entwicklung der Grünen hat noch einmal vorgeführt, welche Zwänge vom politischen System der repräsentativen Demokratien selbst ausgehen – hinsichtlich der Beteiligung an der Macht. Eine systemkritische Partei – auch als radikal reformorientierte linkssozialistische Partei – steht hier in einem permanenten Dilemma. Sie muß sich dessen bewußt bleiben, sonst wird sie als Juniorpartner der SPD „verbraucht“ (schon François Mitterand hatte es in den 80er Jahren als seine größte Leistung bezeichnet, daß er durch Koalitionspolitik mit der KPF diese unter 10 Prozent gedrückt und zum Juniorpartner der Sozialisten degradiert habe). Die entscheidende Frage in der gegenwärtigen Situation, in der der Konsolidierungsprozeß hin zu einer authentischen linkssozialistischen (auch im Parlament präsenten) Partei noch längst nicht abgeschlossen ist (vor allem auch aufgrund der gewaltigen Unterschiede ihrer Existenz im Osten und im Westen), besteht daher nicht in der Koalitionsfähigkeit der Partei (und ihrer Akzeptanz durch die neue Sozialdemokratie, vor allem aber durch die Medien), sondern in ihrer Verankerung in den außerparlamentarischen sozialen und politischen Bewegungen sowie in der „Zivilgesellschaft“. Auch hier muß man sich vor Phrasen hüten; denn die Krise der außerparlamentarischen (und vor allem: der sog. „neuen sozialen“) Bewegungen muß ja ebenfalls in der strategischen Debatte der Linken ihren Platz haben. Freilich wird auch eine bewußte Linke ihre parlamentarische Tätigkeit immer auf den Primat der außerparlamentarischen – in den gesellschaftlichen Institutionen selbst – verwurzelten Potentiale der Kritik der herrschenden Verhältnisse und des Aufbaus eines gegenhegemonialen Blocks fortschrittlicher Kräfte zu beziehen haben.



Neues Deutschland

Abonnieren oder verschenken Sie jetzt die niveauvolle, kritisch linke Tageszeitung aus Berlin oder testen Sie uns 14 Tage kostenlos!

Ich bestelle Neues Deutschland
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- im **Abonnement**
- als **Geschenk-Abonnement**
für 1 Jahr 1/2 Jahr 1/4 Jahr
- 14 Tage kostenlos zur Probe**
Nach Ablauf des Probeabonnements entscheide ich auf Ihre Anfrage, ob ich an einem regelmäßigen Bezug interessiert bin.

Preisliste für ein ND-Abonnement

- Normalpreis je Monat:** 32,00 DM
(alte Bundesländer zzgl. 6,00 DM Versandgebühren)
- Ermäßigter Preis:** 21,60 DM
(für Schüler, Studenten, Azubis, Zivildienstler und Wehrpflichtige bei Vorlage einer entspr. Bescheinigung)

Bitte liefern Sie an folgende Anschrift:

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Dieses Abo ist ein Geschenk.
Ich bin der Schenker/Auftraggeber:

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach Abendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen.

Datum: 1 Unterschrift Auftraggeber

2 Unterschrift Auftraggeber

Sozial

Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH, Alt Stralau I-2, 10245 Berlin, Tel. (030)283 90-800

Dieter Klein

Die Linke und die Moderne

Zur Einordnung des gegenwärtigen „Moderne-Diskurses“ in der Linken und speziell in der PDS sei zunächst festgestellt, dass weit wichtiger als ein Streit um „Moderne“ und „Modernisierung“ eine treffende Analyse der modernen kapitalistischen Gesellschaft, ein darauf gründendes weiteres Ausarbeiten von Eckpunkten linker Reformalternativen und von nächsten politischen Forderungen und der Kampf um deren Verwirklichung sind. Da aber die genannten Begriffe nicht selten als Kritik herausfordernde Reizworte aufgefasst werden, wird hier der Versuch eines konstruktiven Umgangs mit ihnen, einer Versachlichung der Diskussion und der Überwindung von Fehlinterpretationen unternommen.

Die in den Thesen der Programmkommission der PDS (Programmkommission 1999), in Gregor Gysis „12 Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus“ (Gysi 1999), in „ReformAlternativen. sozial – ökologisch – zivil“ (Klein u.a. 2000a) und in dem Artikel „Moderne, Modernisierung und die PDS“ (Klein 2000b) vorgenommenen knappen Verknüpfung von Grundaussagen, die auf Marx fußen, mit dem Modernediskurs wurde zum Anlass heftiger Attacken gegen die „modernen Sozialisten“. Ihnen wird vorgeworfen, sie seien von Marx zur bürgerlichen Modernetheorie übergewechselt. (Wagner 2000: 394) Unterstellt wird ein Abgehen von demokratisch-sozialistischen Auffassungen und Integration in die gegebenen Machtverhältnisse nach dem Muster der Grünen und der neuen Sozialdemokratie. Das ist unredlich, sachlich nicht begründet und politisch gefährlich, weil den Angegriffenen abgesprochen wird, beide Seiten des Selbstverständnisses der PDS als systemkritische demokratische Opposition und als gestaltende Reformkraft gleichermaßen mit zu tragen. Dies treibt die Linke auseinander.

Der Moderne-Begriff

Auf einer ganz anderen Ebene als der Vorwurf, Kapitalismuskritik mit bürgerlicher Moderneakklamation zu tauschen, liegt ein sachlicher Streit darüber, ob die Verwendung der Begriffe Moderne und Modernisierung Vorteile für das Handeln der Linken in der modernen bürgerlichen Gesellschaft bietet oder nicht. Beispielsweise lehnt Horst Heiningер das „Moderne-Konzept“ ab, weil es nach seiner Auffassung zu falschen Einschätzungen führt, schreibt allerdings selbst, dass es darum ginge, „das Verhältnis der Moderne zu den beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen nüchtern und unvoreingenommen zu betrachten“ (Heiningер 2000: 23/24). So akzeptiert er bereits die Moderne als Realität und erwähnt selbst „Zivilisationsgewinne der Moderne“ (Heiningер 2000: 24).

Die Benutzung des Begriffs der modernen bürgerlichen Gesellschaft – kurz gefasst: der Moderne – steht ganz und gar nicht, wie so oft behauptet, im Ge-

gensatz zu kritischer Kapitalismusanalyse. Diese ist als Kritik des entscheidenden Kerns der Moderne unverzichtbar: der Bestimmtheit der Wirtschaft moderner bürgerlicher Gesellschaften durch die Kapitalverwertung und des bestimmenden Einflusses der kapitalistischen Ökonomie auf die ganze Gesellschaft. Die Verwendung der Begriffe Kapitalismus und Moderne reißt nicht beides auseinander, sondern Kapitalismuskritik ist ob des inneren Zusammenhangs von beidem zugleich Modernekritik. Mag sein, dass sich manche Formulierungen finden mögen, die als Trennung beider Begriffe verstanden werden können. Dort, wo ich meine Auffassung zur Moderne ausführlicher dargestellt habe, ist der innere Zusammenhang von Kapitalverwertung und Moderne unmissverständlich formuliert: „Mit dem Begriff der modernen bürgerlichen Gesellschaft – verkürzt: der Moderne – wird, wenn wir hier von der Spezifik der Moderne in der Kunst absehen, in der Regel die Gesamtheit der Umwälzungen und gesellschaftlichen Hauptprozesse seit Beginn des bürgerlichen Revolutionszyklus und der industriellen Revolution bezeichnet. Zu den bestimmenden Seiten der Moderne gehören die Kapitalverwertung in der Wirtschaft, die Unterordnung der Gesellschaft unter die kapitalistische Wirtschaft, die dynamische Entwicklung der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität, die Herausbildung der bürgerlichen Demokratie, das Entstehen von nationalen Identitäten, die Ausbreitung städtischer Lebensformen und formaler Schulbildung und die Verweltlichung von Normen und Werten. Zur Dynamik der Entwicklung der kapitalistischen Moderne trägt erheblich deren Ausdifferenzierung in relativ autonome gesellschaftliche Teilsysteme – etwa Wirtschaft, Politik, Kultur und Recht – bei, die sich jeweils nach eigenen inneren Maßstäben entwickeln, allerdings zugleich hochgradig vom Profitprinzip und den politischen Machtverhältnissen geprägt sind. Ständiger Wandel, ‚ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen früheren aus.‘ ‚Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse ständig zu revolutionieren.‘ (Marx, MEW Bd. 4: 465) So schrieben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest und betonten die Janusköpfigkeit dieses Wandels: ‚In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen.‘ (Marx, MEW Bd. 12: 3/4) Wunderwerke der Technik auf der einen Seite, Ausbeutung und Umweltzerstörung auf der anderen, zivilisatorische Gewinne einerseits und Menschenverachtung andererseits.“ (Klein 2000 b: 7/8)

Hier wird die moderne bürgerliche Gesellschaft als eine widersprüchliche Gesamtheit in Wechselwirkung stehender Umwälzungs- und Entwicklungsprozesse verstanden, die die traditionellen vorkapitalistischen, stagnativen Gesellschaften abgelöst haben. Die Moderne wird als geprägt durch die kapitalistische Wirtschaft beschrieben, diese als dominiert durch den Profit vor allem der mächtigsten Teile des Kapitals. In der zitierten Passage ist keine Rede von einer Gegenüberstellung nach dem Muster, dass der Kapitalismus das kritikwürdig Negative und die Moderne insgesamt die Inkarnation von Zivilisationsgewinnen sei. Wohl aber macht eine Gegenüberstellung von Kapitalverwertung und ganz bestimmten zivilisatorischen Seiten moderner bürgerlicher Gesellschaften Sinn.

Natürlich lässt sich Kapitalismus als Unterwerfung der Gesellschaft unter die Kapitalverwertung und als Zivilisationsgewinn zugleich definieren, als Kapitalherrschaft und demokratische, sozialstaatliche Begrenzung dieser Herrschaft, als zerstörerische Unterordnung von Mensch und Natur unter die Kapitalverwertung und als Prozess der Aufklärung mit gloriosen kulturellen und künstlerischen Leistungen in einem. Dies ist in der von Marx geprägten Theorieentwicklung auch geschehen – sofern sie nicht eher in dogmatischer Weise die zivilisatorischen Entwicklungen der bürgerlichen Gesellschaft gering schätzte oder ganz ignorierte.

In linken Diskursen ist kaum bestritten, dass zivilisatorische Seiten der bürgerlichen Gesellschaften die dem Kapital eigene Produktivkraft- und Produktivitätsentwicklung zur Voraussetzung haben. Doch wurden sie in aller Regel den Unternehmern und dem politischen Herrschenden gegen die inneren Tendenzen der Kapitalverwertung durch die Arbeiterbewegung und andere gesellschaftliche Akteure abgetrotzt – über längere Zeit begünstigt durch den Druck der Systemauseinandersetzung. Obwohl Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Deklaration der aufsteigenden jungen Bourgeoisie waren, stehen die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte, Gewerkschaftsrechte und Rechtstaatlichkeit, den Markt einschränkende Regulierungsformen und zivilgesellschaftliche Wirkungsräume kapitalismuskritischer Bewegungen doch in einem widersprüchlichen Verhältnis zum inneren Wesen des Kapitalismus, der Kapitalverwertung. Funktionsfähige soziale Sicherungssysteme mussten in der Regel gegen sie erkämpft werden. Ansätze für Lebensweisen, in denen Selbstbestimmtheit und Solidarität, soziale Sicherheiten und eine Ökonomie des Vermeidens als Alternativen zu Wachstumsbesessenheit und übersteigertem stofflichen Konsum der Wohlhabenden gelten, sind den Akteuren des Kapitals suspekt.

Dieser Umstand ist es, der uns dazu führte, den Begriff Kapitalismus eher dann zu verwenden, wenn im Umgang mit der modernen bürgerlichen Gesellschaft deren ökonomische Grundstruktur – die Kapitalverwertung – und die von ihr bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgehoben werden sollen. Den Begriff der Moderne haben wir im Bewusstsein der für sie strukturbestimmenden kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse eher dann verwendet, wenn auch auf jene Seiten der Gesellschaft aufmerksam gemacht werden soll, die zwar erst durch die kapitalistische Dynamik möglich wurden, teils Bedingung für sie sind, teils aber in Widerspruch zu ihr stehen und Handlungsbedingungen für antikapitalistische Kräfte bieten.

Dies ist kein Trennen eines Gesamtzusammenhangs, sondern die Hervorhebung seiner unterschiedlichen Seiten durch die Verwendung verschiedener Begriffe in dem Bewusstsein, dass die ihnen zugrunde liegende Realität eine einheitliche ist.

Die Kapitalverwertung hat einerseits mit sprunghaft gewachsenem Reichtum früher unbekannte Entscheidungsspielräume hervorgebracht. Doch andererseits liegt sie der permanenten Durchrationalisierung mit der Folge andauern-

der Massenarbeitslosigkeit zugrunde. Dringliche Aufgaben im Gesundheitswesen, in Bildung, Erziehung und Kultur bleiben vernachlässigt, weil die Beschäftigung in diesen Sphären oft nicht profitträchtig ist. Im Kampf um Einschaltquoten und Werbeeinnahmen der Medien macht der Gewinn humanistischen Inhalten und nicht-sensationeller Sachlichkeit den Garaus. Hilfsbedürftige Patientinnen und Patienten mutieren in einem zunehmend kommerzialisierten Gesundheitswesen zu Kostenfaktoren. Bodenspekulation, Leerstände auf dem Wohnungsmarkt und Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus signalisieren auch dort, dass der Gewinn das Maß der Bodenbewirtschaftung ist. Kultur „muss sich rechnen“. Entwicklungstendenzen des Kapitalismus seit Mitte der 70er Jahre deuten auf den noch zunehmenden Einfluss der Kapitalverwertung in allen Sphären der Gesellschaft hin:

- Im Gefolge von Kapitalkonzentration, Globalisierung und neoliberaler Hegemonie vollzog sich eine erhebliche Rücknahme sozialstaatlicher Regulierung und ein starker Bedeutungszuwachs der Weltmarktmechanismen, denen die herrschende Politik angepasst wird.
- Ein explosives Wachstum der krisengeladenen internationalen Finanzmärkte führt dazu, dass die Erwartung von Kursgewinnen auf den Aktien- und Wertpapiermärkten in wachsendem Maße die ökonomischen Entscheidungen bestimmt und neue Durchrationalisierungsprozesse auch in Produktion und Dienstleistungen auslöst.
- Die soziale Polarisierung schreitet weiter fort. Die sozialstaatliche Deregulierung in den USA (Candeias 2000) wird auch in Westeuropa als Muster gehandelt. (Hombach 1998: 146, 144).
- Das sozialdemokratische Herrschaftsprojekt der Politik der Neuen Mitte reproduziert im Namen einer entschlosseneren und besseren „Modernisierung“ die Grundtendenzen des neoliberalen Kapitalismus, soll jedoch mittels einer Mischung von Deregulierung und „aktivierendem Staat“ die Absenkung sozialer Standards, die Privatisierung sozialer Risiken und die Ausweitung prekärer Beschäftigung im Konsens mit den Gewerkschaften erträglich und akzeptanzfähig machen – beispielsweise durch steuerliche Förderung privater Altersvorsorge und bessere Bildung für mehr Menschen.
- Die Begriffe Wissens-, Medien- und Dienstleistungsgesellschaft deuten auf weitere einschneidende Veränderungen hin. Das Zusammenführen von Telekommunikation, Computer, Medienmacht und Musikindustrie in neuen globalen Imperien zu erdumspannenden Netzen tendiert zu umfassendem Zugriff dieser neu strukturierten kapitalistischen Machtzentren auf die Nutzer ihrer Dienstleistungsangebote, auf die Käufer im E-Commerz, auf die Prägung und Vermarktung ihrer Lebensstile zwischen realen und virtuellen Welten, auf die Verwandlung der Kulturen der Welt in Objekte der Tourismusbranche und des Handels mit „Events“. In der wissensintensiven Gesellschaft erhält die Aneignung von Wissen, von innovativen Ideen, von Geschäftskonzepten wie beim Franchising, von sozialen Beziehungsnetzen bis zur Kapitalisierung von Leben – zum Beispiel bei der Patenterteilung auf Bestandteile lebender Kreaturen –

eine völlig neue Bedeutung. Immaterielle Daseinsweisen des Kapitals durchdringen die gesamte Gesellschaft. (Rifkin 2000).

Und doch ist das nicht die ganze Wahrheit über die moderne bürgerliche Gesellschaft. Die Herausbildung des Sozialstaats wurde zwar erst mit dem vom Kapital hervorgebrachten Produktivitätsniveau möglich. Aber der Sozialstaat – obwohl er auch herrschaftssichernde Funktionen hat – ist nicht aus Profitinteressen hervorgewachsen, sondern in der Regel von der Arbeiterbewegung, von Gewerkschaften, Sozialverbänden und anderen Kräften gegen diese Interessen durchgesetzt worden. Ebenso sind die Institutionen der bürgerlichen Demokratie ein zivilisatorischer Gewinn, der gegen feudale Herrschaft erkämpft wurde und dazu führte, „daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittels deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann.“ (Engels, MEW Bd. 22: 519) Und zugespitzt formulierte Engels: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre‘, die ‚Umstürzler‘, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz.“ (Engels, MEW Bd. 22: 525) Er setzte auf die Ausschöpfung des Rechts und auch auf die Wahlen als „eine der schärfsten Waffen“ der Arbeiter. Mit anderen Worten, Engels hielt daran fest, dass die moderne bürgerliche Gesellschaft zwar in erster Linie von einer Ökonomie der Kapitalverwertung geprägt ist, fügte dem aber hinzu, dass sie gleichwohl Evolutionspotenziale hervorgebracht hat, die ausschöpfbar für soziale und demokratische Kämpfe gegen das Kapital sind, mit diesem keineswegs identisch und durchaus nicht allein von ihm bestimmt. Er beschrieb ansatzweise, ohne dies so zu nennen, die für moderne Gesellschaften charakteristischen Ausdifferenzierungsprozesse und verwies auf die in ihnen enthaltenen Chancen für sozialen Progress.

Was Bürgerinnen und Bürger an Gesellschaften westlichen Typs bindet, ist ja nicht die Ausbeutung in kapitalistischen Unternehmen, sondern sind unter anderem die Pluralität im politischen Raum, persönliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Mobilität, erkämpfte Elemente sozialer Sicherheit und institutionalisierte Möglichkeiten für die Eroberung eigener Anteile an Wohlstand und Lebenschancen. Ständig erleben wir, wie groß die Gefahr der Erosion solcher Qualitäten moderner bürgerlicher Gesellschaften unter dem Druck der Konkurrenz um Kapitalverwertung ist. Aber gerade die Verteidigung sozialer Standards und politischer Rechte setzt voraus, dass die Akteure der Gesellschaft im Gegensatz zu ihren antisozialen, umweltzerstörenden und patriarchalen Eigenschaften zugleich Vorzüge zumessen und sie ausschöpfen.

Warum nicht Hände weg von dem Begriff der Moderne?

Erstens vermag eine zutreffend dialektische Verwendung des Begriffs Moderne also die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass die westlichen Gesellschaften nicht allein durch die Kapitalverwertung bestimmt sind und daher kategorisch Antikapitalismus herausfordern, sondern dass die Moderne zu-

gleich auch Qualitäten hat, deren volle Ausschöpfung und Entfaltung über den Kapitalismus hinauszudeuten vermag.

Fragen nach der realen Möglichkeit, einschneidenden sozial-ökologischen Wandel in der gegenwärtigen Gesellschaft einzuleiten, hängen eng damit zusammen, ob in der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft Entwicklungspotenziale vorhanden sind, die für erfolgreiche Kämpfe um Reformalternativen ausgeschöpft werden können, oder nicht. Das Nachdenken über solche Potenziale moderner bürgerlicher Gesellschaften ist nicht der Abschied von demokratisch-sozialistischen Alternativen, sondern ist Suche nach Chancen für sie. Dies ist der Sinn eines linken Moderne- und Modernisierungsdiskurses im Gegensatz zu bürgerlichen Modernisierungstheorien, die in letzter Instanz auf das Bewahren der gegenwärtigen Verhältnisse durch deren systemgerechte Anpassung an veränderte Bedingungen zielen.

Zu den Entwicklungspotenzialen bürgerlicher Gesellschaften gehören

- die pluralistische Demokratie, die trotz ihrer Dienlichkeit als Herrschaftsmechanismus Bewegungsmöglichkeiten für Gegenmächte, für Korrekturen in der Politik und für Lernprozesse birgt – vor allem, wenn sie in Gesellschaft und Staat erneuert wird und auch in der Wirtschaft Einfluss gewinnt;
- der Markt, der trotz seiner sozialen Kälte, ökologischer Blindheit und zerstörerischer Wirkungen zugleich ein unverzichtbarer dezentraler Auswahl- und Allokationsmechanismus sein kann, wenn er sozialen und ökologischen Entscheidungen untergeordnet wird;
- der Rechtsstaat, der in seiner gegenwärtigen Verfasstheit keineswegs Gerechtigkeit sichert, dem aber doch für die Behauptung von Bürgerrechten erhebliche Bedeutung zukommen – obwohl die bundesdeutsche Justiz soziale und politische Rechte selbst wiederholt beschnitten hat und sich nicht selten gegenüber der Wirtschaftskriminalität der ökonomisch Mächtigen als blind auf beiden Augen erweist. Bei Wandel der politischen Kräfteverhältnisse und Annäherung an soziale Gleichheit würde der Rechtsstaat auch zu mehr Gerechtigkeit führen.

Andere Modernequalitäten sind u. a. die Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu leistungsfähigen Teilsystemen, der Individualisierungsprozess und die Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne Bewahrung dieser Eigenschaften durch ihre Befreiung von den sie mannigfach prägenden Machtstrukturen wird es keine entwicklungs-offene Gesellschaft sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit geben. Doch solche Bewahrung verlangt ihre Herauslösung aus der deformierenden Profitdominanz, aus patriarchaler Macht, aus metropolitaner Herrschaft über den Süden und aus zerstörerischem Umgang mit der Natur. Politischer Pluralismus, Markt und Rechtsstaat müssen sein – aber nicht so wie sie sind.

Als der Staatssozialismus – angelegt bereits 1917 in seiner Geburtsstunde – die Überwindung des Kapitalismus mit der Absage an die zivilisatorischen Qualitäten der Moderne gleichsetzte, war dies der Grundstein seines Schei-

terns. Als Regulierungspotenzen des Marktes, Pluralität im politischen Raum, Rechtsstaatlichkeit und Individualisierung mit Kapitalismus gleichgesetzt wurden, statt diese Momente der Moderne mit neuem Inhalt zu füllen und zu entfalten, wurden entscheidende Entwicklungspotenziale aufgegeben. Die Verbindung von Moderne und Sozialismus – das ist dagegen die Kampfansage gegen neoliberale „Modernisierung“ und könnte eine veränderungsmächtige Zukunftsvorstellung für das 21. Jahrhundert werden. (Gysi 1999)

Zweitens spricht für einen ebenso kritischen wie differenzierten Umgang der Linken mit dem Begriff der Moderne, dass ihr dies eine kommunikative Öffnung in die Gesellschaft hinein erleichtert. Die Menschen beschreiben die Gesellschaft, in der sie leben, mehrheitlich nun mal nicht mit marxistischen Termini. Die trotzige Schlussfolgerung in der Linken, dann müssten sie's eben lernen, ist nicht sonderlich realitätsnah.

Modern zu sein, ist in der Gesellschaft überwiegend positiv besetzt. Wer möchte nicht lieber als modern denn als unmodern gelten? Warum sollte die Linke nicht daran anknüpfend deutlich machen, was für sie modern ist und was sie für einen wünschenswerten Verlauf der Modernisierung hält?

Über den intellektuellen Diskurs schrieb Wolfgang Zapf: „Die westliche Entwicklung zur modernen Welt war von Anfang an ein zentrales Thema der Klassiker der Soziologie; die Moderne als die Gegenwart der industriellen und politischen Revolution, als Inbegriff der neuen Institutionen und Werte und schließlich als neue Epoche permanenten Wandels.“ (Zapf 1999: 32)

Jürgen Habermas stellt seinen Abriss der Geistesgeschichte seit dem 18. Jahrhundert ganz selbstverständlich unter den Titel „Der philosophische Diskurs der Moderne“ (Habermas 1988). Richard Münch unternimmt den Versuch, die Gesamtstruktur der seit der industriellen Revolution und seit dem Beginn des bürgerlichen Revolutionszyklus entstandenen Gesellschaften in seinem Werk „Die Struktur der Moderne“ zu erfassen (Münch 1992; vgl. auch Dahrendorf 1992).

Dies sind nur Beispiele dafür, dass ein beträchtlicher Teil wissenschaftlicher Annäherung an die Analyse bürgerlicher Gesellschaften unter dem Begriff der Moderne verläuft. Die hier vertretene These ist nicht, dass die Linke die Aussagen bürgerlicher Moderne-Theorien zu übernehmen hat, gar kritiklos noch, oder dass sie Marx, Engels, Gramsci, Luxemburg, Hilferding, Bebel und andere eigene Wurzeln aufzugeben habe. (Vgl. die kritische Auseinandersetzung mit Modernisierungstheorien in: Klein 2000b: 13 ff)

Wohl aber wird es die Linke schwer haben, mit den Zugehörigen zu wichtigen sozialen Gruppen und Milieus der Gesellschaft der Bundesrepublik intensiv zu kommunizieren und sich in die Gesellschaft hinein zu öffnen, wenn sie jeglichen Umgang mit dem Sprachgebrauch dieser Kreise als fast des Teufels ablehnte, wenn sie sich begrifflich demonstrativ außerhalb der Suche nach einer menschenwürdigen und zukunftsfähigen Modernität oder Beschaffenheit der Moderne stellte.

Drittens: So wichtig es für eine kritische Analyse des modernen Kapitalismus ist, einem schönfärberischen Gebrauch der Begriffe Moderne und Modernisierung entgegenzutreten, so gilt doch, dass der jeweils rationale Gehalt unterschiedlichster Theorien und Kategorien für diese Kritik erfasst werden sollte. Zwar wird gegen solche Überlegung eingewendet, warum in aller Welt es nützlich sein soll, sich auf die Begriffe Moderne und Modernisierung einzulassen, wenn doch die Definition der Moderne umstritten und Modernisierung heute ein unzweifelhaft absolut schillernder Begriff ist. Die so fragen, fürchten Verwirrung. Das ist ernst und als Mahnung zu nehmen, neue Ansätze für eine zeitgerechte Weiterentwicklung linker Strategien stets mit unmissverständlicher Klarheit für alle darzustellen, die unvoreingenommen prüfen und mitdenken wollen. Doch manche wollen Verwirrung dadurch vermeiden, dass sie uneingeschränkt und ausschließlich im Kategoriengebäude von Marx verbleiben, ohne es für Anstöße aus anderen Theorieansätzen und für Korrekturen zu öffnen. Ich aber fürchte, dass auf solche Weise Politik auf der Höhe der Zeit nicht mehr begründet werden kann. Ohne Einbeziehung von kommunikationstheoretischen Zugängen in Zeiten informations- und kommunikationstechnologischer Umwälzungen, ohne systemtheoretische Überlegungen im Umgang mit einem hochkomplexen, in Teilsysteme ausdifferenzierten Gesellschaftssystem, das dabei ist, die systemischen Naturkreisläufe zu zerstören, ohne evolutionstheoretische Anregungen für die Suche nach nachhaltiger Entwicklung und ganz ohne modernisierungstheoretische Anregungen wird Marx nicht auf zeitgemäße Weise zur Geltung gebracht werden können.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder die Definitions- und Deutungsmacht über die Begriffe Moderne und Modernisierung bleibt neoliberaler Hegemonie überlassen. Oder die Linke führt den Kampf zur Überwindung der neoliberalen geistigen Hegemonie auch auf diesem Feld und verstärkt ihre Anstrengungen, den Modernisierungsdiskurs emanzipatorisch und sozial zu wenden. Es ist doch nichts Neues, dass der Inhalt vieler zentraler Begriffe umkämpft ist. Freiheit als Unternehmerfreiheit auf antagonistischen Eigentumsgrundlagen beispielsweise ist etwas anderes als eine emanzipatorische Freiheit in Gleichheit für alle. Nachhaltigkeit ist für viele ein pseudogrüner Werbeslogan für tatsächlich Umwelt schädigende Produktion. Im Kontext alternativer Reformen gilt Nachhaltigkeit als Leitbild einer völlig neuen Entwicklungslogik. Menschenrechte werden entleert, wo sie für völkerrechtswidrige Kriege missbraucht werden. Aber als die staatssozialistischen Länder ihnen mit Distanz begegneten, weil sie Erosion ihrer Macht befürchteten, gaben sie für den Sozialismus Unverzichtbares auf. Mit dem Begriff der Moderne darf das nicht geschehen. Das erfordert Abgrenzung gegen neoliberale Modernisierungsideologie und zugleich ein positives Ausschöpfen ganz bestimmter zivilisatorischer Qualitäten der Moderne. Andrea Nahles und Detlev von Larcher haben angekündigt: „Die Linke in der SPD wird den Begriff der Moderne wieder besetzen, den andere zu Unrecht für sich in Anspruch genommen haben. Sie wird den Anschluss suchen an die aktuellen Debatten in der Gesellschaftswissenschaft und Ökonomie.“ (Larcher/Nahles 2000: 13) Es gibt keinen vernünftigen Grund für die PDS, das der SPD-Linken allein zu überlassen.

Überwindung der Profitdominanz und Moderne

Horst Heining er hat nun auf den vom Autor dieses Beitrages und anderen dargestellten Zusammenhang zwischen der Überwindung der Profitdominanz als ökonomischer Kern linker Reformalternativen und der Herauslösung bewahrenswerter Seiten moderner bürgerlicher Gesellschaften aus dieser Dominanz des Profits vor allem der großen Kapitale verwiesen. Er hält dieses Ziel für zustimmungsfähig und höchst unklar zugleich. Aber könnte es sein, dass ein bisher nirgendwo auf demokratische Weise dauerhaft erreichtes Ziel und ein nirgendwo schon erkundeter Weg dahin gar nicht „klar“ beschrieben werden können?

Horst Heining er argumentiert: „Solange kapitalistisches Eigentum die vorherrschende – oder besser herrschende – Eigentumsform ist, bleibt ‚Profitdominanz‘ als Zielstellung und regelndes Prinzip wirtschaftlicher Entwicklung erhalten.“ (Heining er 2000: 28) Das soll nicht bestritten werden.

Doch hier, wie so oft in der Linken einschließlich der PDS, wird auf zwei Ebenen aneinander vorbei diskutiert. Der eben zitierte Einwand hat die reale, von transnationalen Monopolen bzw. Oligopolen und vor allem durch die Protagonisten des shareholder-value-Kapitalismus geprägte Entwicklung im Auge, die in der Tat auf die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, auf die Auflösung zwischenmenschlicher Verantwortung und auf ökologische Katastrophen hinausläuft. Dagegen hat die Rede von der möglichen Umkehr der Modernisierungsrichtung ganz anderes im Auge. Sie bestrittet nicht die dem großen Kapital innewohnende zerstörerische Richtung seiner Selbstentwicklung. Sie besteht jedoch darauf, dass diese unheilvolle Selbstläufigkeit nicht unumkehrbar ist. Sie geht davon aus, dass die moderne bürgerliche Gesellschaft zivilgesellschaftliche Bewegungsräume für demokratische, libertäre, antikapitalistische Kräfte bietet, die immer wieder neu erkämpft werden müssen und unter bestimmten Voraussetzungen für die Einleitung einer alternativen Umkehr der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeschöpft werden können. Zu unterscheiden ist also zwischen Aussagen über die Selbstbewegung vor allem des international operierenden Kapitals und einer möglichen anderen Entwicklung bei erfolgreichen Kämpfen gegen diese Mächte.

Gerade Horst Heining ers zitierte zutreffende Aussage fordert die Suche nach Wegen zur Überwindung der herrschenden kapitalistischen Eigentumsformen heraus und spricht für die Dringlichkeit entsprechenden Handelns der Linken gemeinsam mit anderen. Ich erwarte die Überwindung der Dominanz der kapitalistischen Eigentumsform als einen vielschichtigen Prozess, der voraussichtlich nicht als zeitlich geraffter Großakt stattfinden wird, sondern als eine Folge verschiedenster einzelner Schritte. Auf der Ebene des Eigentums werden sie darin bestehen, zum einen die Verfügung der Eigentümer über das Kapitaleigentum einzuschränken und nach und nach anderen Kriterien als dem höchstmöglichen Profit zu unterwerfen. Zum anderen muss Pluralität auch der Eigentumsformen gefordert, durchgesetzt und damit ein Gegengewicht zum

privaten Kapitaleigentum als Grundlage alternativer Entscheidungen geschaffen werden. Auf solche Weise könnten etwa der Rechtsstaat und die Demokratie zunächst partiell und bei weiter verändertem Kräfteverhältnis stärker den profitorientierten Kapitalinteressen entzogen werden.

Natürlich besteht die Mahnung zu Recht, dass die Eigentums- und Machtstrukturen beim Namen genannt werden müssen, die einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen, um sie zurückdrängen und schließlich überwinden zu können: Zu diesen Strukturen gehören das Kapitalinteresse an der Steigerung der Profite zu Lasten der Lohnabhängigen und anderer, besonders die profitbestimmten Interessen der Rüstungslobby, der Automobilproduzenten, der Konzerne in der Erdöl-, Atom-, Gas-, Kohle- und Energiewirtschaft und der Profiteure des Nord-Süd-Konflikts, das Interesse von Banken und großen Fonds an Finanzanlagen statt an Investitionen in den ökologischen Umbau oder gar in soziale Bereiche, die Bindung etablierter Parteien an die wachstumsfixierten Wirtschaftsmächte, die ideologische Vorherrschaft der Marktdogmatiker und das Desinteresse der Medienmonopole an aufklärerischer Gewinnung von Mehrheiten für eine alternative Entwicklungslogik. Zu diesen die Entwicklung blockierenden Strukturen gehören ebenso die patriarchalen Machtverhältnisse, die Zurücksetzung von Frauen im Erwerbsleben und im öffentlichen politischen Raum, die Abwälzung des überwiegenden Teils unbezahlter Reproduktionsarbeit auf sie, die Verweigerung von unbeschränkter Selbstbestimmung über ihren Körper und statt dessen die andauernde physische und psychische Gewalt gegen Frauen.

Es gehört zu den kompliziertesten Aufgaben der kommenden Zeit herauszuarbeiten, mit welchen gewiss sehr unterschiedlichen Schritten Grenzen überwindbar sind, die etwa durch Bankenmacht, kapitalistisches Bodeneigentum, Atomwirtschaft und Energiekonzerne, durch Patriarchat und Rassismus sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit gesetzt sind (Klein 1999). Und noch schwieriger wird es sein, solche Schritte in den künftigen unvermeidbaren Kämpfen durchzusetzen.

Dies könnte erreicht werden, wenn eine Demokratisierung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft bestimmenden Einfluss auch auf die Einordnung von kapitalistischen Gewinninteressen in öffentliches Gemeinwohl gewänne. Zivilgesellschaftlicher Druck und ein Wertewandel zugunsten nachhaltiger Entwicklung könnten dazu führen, dass der Staat gestaltend zugunsten sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in Produktion und öffentliches Leben eingreift – statt zugunsten der Konkurrenzfähigkeit der global players auf den Weltmärkten. Vorstellbar ist dies, wenn eine Politisierung der Gesellschaft erreicht wird, wenn die Initiativen von BürgerInnen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, die heute noch uneinige Linke und ihre Parteien, Kirchen, Intellektuelle, kleine und mittlere Unternehmer, Künstlerinnen und Künstler nach und nach in Vernetzungsprozessen zu einer neuen breiten Allianz zusammenfinden. Einen anderen Weg wird es kaum geben. Der aber könnte die Verfügung über das Kapitaleigentum verändern – in voraussichtlich harten Kämpfen um

die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse. Nur unter dieser Bedingung ist ein sozial und ökologisch nachhaltiger, emanzipatorischer Wandel der Gesellschaft überhaupt vorstellbar.

- Gegen den erbitterten Widerstand der Monopole in der Atomwirtschaft, der internationalen Erdöl- und Erdgas-Konzerne und der großen Energieerzeuger die für das ökologische Überleben existenzielle solare Energiewende durchzusetzen – dies bedeutete Begrenzung der Verfügungsmacht über Kernbereiche des Kapitaleigentums.

- Eine Verkehrswende zu einem neuen Typ der Mobilität zu erzwingen – dies wäre Begrenzung der Verfügungsmacht der Automobilkonzerne über das Kapital.

- Gesundheitsreformen, die auf gleichen Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen gerichtet sind und das Gesundheitswesen aus den Verwertungszwängen der Pharmaindustrie befreien – dies wäre ebenfalls Einschränkung der Verfügungsmacht über Kapitaleigentum.

- Gerechte Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, die eine Umverteilung von oben nach unten einleitet, eine die Spekulation begrenzende Devisenumsatzsteuer, eine bedarfsorientierte Grundsicherung, die den Widerstand von Lohnabhängigen gegen prekäre Beschäftigung stärkt, entschieden mehr Mitbestimmung, wirtschaftsdemokratische Veränderungen, Verbot von Waffenexporten und ein neuer Schub der Abrüstung – dies würde das Kapitaleigentum weiter der ausschließlichen Verfügung der Kapitaleigentümer entziehen.

Dies käme noch nicht der Überwindung des Kapitalismus gleich. Wohl aber könnte dies den Prozess der Unterordnung des unternehmerischen Gewinninteresses unter soziale, ökologische und emanzipatorische Maßstäbe des Gemeinwohls einleiten. Derart real wirksames zivilgesellschaftliches und staatliches Eingreifen in die Verfügung über Kapitaleigentum wäre identisch mit einer Veränderung des Verhältnisses der Klassen, sozialen Gruppen und Akteure zueinander in Bezug auf das Eigentum, wäre also bereits Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Käme wider die gegenwärtig vorherrschende Privatisierung, die Überführung wichtiger Wirtschaftsressourcen in kommunales, Länder-, Bundes- oder EU-Eigentum zustande, ferner die Verteidigung von Genossenschaftseigentum und seine Ausweitung und die Entstehung neuer nichtkapitalistischer Eigentumsformen beispielsweise in Gestalt eines von autonomen, selbstbestimmten Wirtschaftssubjekten getragenen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zwischen privater und staatlicher Wirtschaft, so wäre dies weiterer einschneidender Wandel der Eigentumsverhältnisse auf dem Weg zur Überwindung der Dominanz des Profits als Maß aller Dinge in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Herrschaft des Kapitals würde zurückgedrängt.

Nicht berechtigt scheint mir die Interpretation Horst Heiningers, dass den so genannten Reformern in der PDS „eine Abschaffung der ‚Profitdominanz‘ ohne Abschaffung der Kapitalherrschaft möglich erscheint.“ (Heininger 2000:

31) Von „Profitdominanz“ und ihrer Überwindung ist in meinen Arbeiten und in denen anderer aus zwei Gründen die Rede. Zum einen, analytisch, weil bereits heute die Kapitalverwertung oder das Profitsystem zwar dominiert, aber nicht uneingeschränkt alle Seiten der bürgerlichen Gesellschaft diktiert. Politik, Kultur und Wissenschaft haben ihre eigenen, zuweilen auch gegen den Profit real oder potenziell widerspenstigen Maße, die es zu entfalten gilt. Zum anderen, weil eine wichtige Unterscheidung zu Forderungen nach Beseitigung der Kapitalverwertung oder des Profits von Unternehmern hervorgehoben werden soll. Alternative Reformen, geöffnet für soziale und ökologische Nachhaltigkeit und demokratischen Sozialismus, sollten nach den Erfahrungen des Staatssozialismus nicht auf die Abschaffung unternehmerischer Gewinn- oder Profitinteressen schlechthin zielen, wohl aber auf die Überwindung ihrer Dominanz, auf die Brechung der Herrschaft der großen Konzerne, Banken, Versicherungen und institutionellen Anleger. Deren Profit darf nicht mehr die Wirtschaft und schon gar nicht die Gesellschaft bestimmen. Auch wenn Nachhaltigkeit heute zur beliebigen Allerweltsformel unter Ausklammerung von ökonomischen und politischen Machtfragen gerät – sie enthält den erdumspannenden Konsens, dass andere Werte als der Profit die Gesellschaft bestimmen sollen. Dies hat die Linke mitzutragen und machtanalytisch sowie machtvördernd zu untersetzen. Die Entwicklung in diese Richtung voranzutreiben – das ist die große Aufgabe der nächsten Jahrzehnte.

Wenig nützlich für die Konzentration darauf ist das Festhalten an einem traditionellen Zwei-Etappen-Konzept nach dem Muster, dass vorerst allenfalls Widerstand und nur begrenzte Schritte zur wohlfahrtsstaatlichen Zähmung des Kapitalismus möglich seien. Das „Eigentliche“ aber, das Ziel, das, worauf es wirklich ankommt, käme danach, nach der Abschaffung der Kapitalherrschaft. Solche Entgegensetzung und Trennung führt zu ungerechtfertigter Umdeutung linker Reformalternativen in den angeblichen Nachvollzug des Weges der Grünen, in ein Aufgeben eigener sozialistischer Identität. Die Grundsatzkommission der PDS hat dagegen den vor uns liegenden Gesamtprozess alternativen Wandels als sozialistisches Transformationsprojekt bezeichnet – im Gegensatz zur Politik der Neuen Mitte, die erklärtermaßen im Rahmen des Kapitalismus verbleiben soll (Giddens 1999: 57). „Politik der PDS, die dazu beiträgt, soziale Interessen zu stärken und die Dominanz der Kapitalinteressen zu schwächen, weist über den Kapitalismus hinaus. Durch sie sind sozialistische Ziele immer präsent, durch sie werden die Verhältnisse für weitergehende Veränderungen geöffnet, wird Politik für und im Alltag visionär, ist die so genannte Kleinarbeit Arbeit an nahen und fernen Zielen zugleich“ – wenn letztere nicht aufgegeben werden. (Grundsatzkommission 2000)

Modernisierung als gestaltender Umgang mit neuen Problemen

Würde neoliberal oder sozialdemokratisch verfolgte Modernisierung jedoch ausschließlich negative Wirkungen haben, wäre die in modifizierter Weise noch

immer andauernde neoliberale Hegemonie kaum zu erklären. Diese ist sicher aus den bestimmenden ökonomischen Verhältnissen, aus der Definitions- und Wertbildungsmacht der bürgerlichen Medien, aus den Ängsten von Mehrheiten vor den mit neuen Wegen verbundenen Unwägbarkeiten, aus Befürchtungen, erworbene Besitzstände auf neuen Entwicklungspfaden verlieren zu können, aus der Schwäche von Gegenmächten und vielen anderen Umständen zu erklären.

Doch eine nicht geringe Rolle spielt auch, dass neoliberale und sozialdemokratische Modernisierungspolitik neu entstandene, von vielen Menschen als dringlich empfundene Probleme aufgreift, zur Sprache bringt und in Politik umsetzt – selbst wenn die Art und Weise und die Richtung der Umsetzung Widerstand herausfordert. Das gilt beispielsweise für das Anknüpfen an sogenannte postmaterielle Werte, die für wachsende soziale Gruppen in den neuen sozialen Milieus gut ausgebildeter und verdienender Erwerbsabhängiger, der Angehörigen qualifizierter Wissensberufe, erfolgreicher Selbständiger und leistungsstarker FreiberuflerInnen und besonders in der jüngeren Generation Bedeutung haben – etwa antihierarchisches, antiautoritäres Denken, Weltoffenheit, Multikulturalität, Ansprüche auf individuelle Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und individuell geprägte wandlungsoffene, freiere Lebensstile. Viele Menschen sehen Vorteile in der Flexibilisierung der Arbeitszeit für sich, selbst wenn Flexibilisierung gegenwärtig vorwiegend Unternehmerinteressen dient. Fragen nach einem neuen Verhältnis zwischen individueller, zivilgesellschaftlich-gemeinschaftlicher und staatlicher Verantwortung sind entstanden, Fragen nach der Zukunft der Familie in einer Welt des Wandels und der Individualisierung gewinnen Gewicht für viele Menschen und werden im Modernisierungsdiskurs aufgenommen.

Solchen Seiten der Modernisierungsdebatte sollte sich die PDS als Teil der Linken öffnen – obwohl sie ebenso Ansätze für antisoziale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik wie für wünschenswerte Entwicklungen bieten. Davon, ob die PDS in der Lage sein wird, ihre eigenen Vorstellungen mit progressiven Tendenzen des Wertewandels in einem erheblichen Teil der Gesellschaft zusammenzuführen, wird stark abhängen, wie weit es ihr gelingt, sich in ihr bisher fernen sozialen Schichten zu verankern und dort Bündnispartner zu finden.

Mit solcher Öffnung als Teil ihrer Selbsterneuerung kann die PDS zur Entscheidung darüber beitragen, ob die Modernisierungsdebatte noch stärker zum Vehikel des konservativen Neoliberalismus und Dritter Wege der neuen Sozialdemokratie wird, oder ob es gelingt, Modernisierung an Gerechtigkeit als zentralem Maßstab für Zukunftsfähigkeit zu orientieren, als Prozess sozial und ökologisch nachhaltiger, emanzipatorischer und friedensstiftender Entwicklung zu bestimmen und praktisch voranzubringen.

Modernisierung in linken Reformalternativen

Die Pointe des Nachdenkens über das Verhältnis von demokratischem Sozialismus und Moderne sollte erstens im Herausfinden aller Ansätze und institutionellen Bewegungsräume für alternative Politik in der Realität der gegenwärtigen Gesellschaft und zweitens in einer solchen Umkehrung von Moderni-

sierungsprozessen bestehen, dass sie statt zu exzessiver Konzentration internationaler Kapitalmacht zu deren Bändigung und zu einer neuen Entwicklungslogik führt, die sich im Verlauf öffentlicher Lernprozesse, demokratischer Entscheidungen und andauernder Kämpfe als offen für einen sozialistischen Verlauf erweisen könnte. Es könnte zu einer Stärke der PDS werden, wenn ihre Mitglieder sich wechselseitig davor bewahren, in den Kämpfen für eine bessere Gegenwart entweder die sozialistische Vision aus dem Auge zu verlieren oder im Festhalten an dieser zu vergessen, dass sie aus nichts anderem als aus dem voraussichtlich langen und mühevollen Ringen um die Veränderung des Gegenwärtigen hervorgewachsen wird. Emotionale Bindung an sozialistische Ideale und nüchterne Arbeit an der Verbesserung von Politikkonzepten für absehbare Zeiträume verdienen gleichermaßen Respekt und schließen sich nicht aus.

Was könnte eine positive Bestimmung von Modernisierung sein? Anknüpfend an das Verständnis der modernen Gesellschaften als entwicklungsoffener Gesellschaften und an der Aufklärung sollte Modernisierung als ein Prozess der Überwindung aller Blockierungen gegen soziale und ökologische Nachhaltigkeit verstanden werden, als Durchsetzung gesellschaftlicher Verhältnisse, die dem Maßstab der Gerechtigkeit und der Würde des Menschen entsprechen und in denen die freie Entfaltung der Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird.

Modernisierung als Weg zu einer gerechten Gesellschaft

Das bedeutete Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit für jede und jeden, gerechte Neuverteilung der Arbeit durch Verkürzung und selbstbestimmte Flexibilisierung der Arbeitszeit zu Bedingungen, die menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlich-kulturellen Leben sichern und gerechte Verteilung von Erwerbs- und Hausarbeit auch zwischen den Geschlechtern. Die schrittweise Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung als staatsbürgerlicher Rechtsanspruch, würde Armut zurückdrängen, Widerstand gegen prekäre Beschäftigung stärken und selbstbestimmte Lebensweisen fördern.

Zu einer gerechten Gesellschaft wird anstelle des gegenwärtig unbeherrschten Wachstums ein alternativer Entwicklungspfad führen. Er sollte zwei große Felder wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung mit zentraler Bedeutung für eine neue Entwicklungslogik, für Beschäftigung, Umwelt und soziale Stabilität zusammenführen: den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und den Ausbau humanorientierter Dienstleistungen. Dies würde einschneidenden Wandel der Lebensweisen einschließen: Reichtum zwischenmenschlicher Beziehungen und Sicherheiten des Lebens im umfassendsten Sinne – Beschäftigung für alle Arbeit Suchenden, Lebenschancen für die Persönlichkeitsentfaltung aller, Gesundheit, Verdrängung von Gewalt, Freizeit als Freiheitsraum und Kultur – könnten wichtiger als der Zuwachs stofflichen Verbrauchs werden, ohne einem kargen Leben das Wort zu reden. Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung wird dafür unabdingbar sein, Regionalentwicklung einer der wichtigen Zugänge zu mehr Beschäftigung, ökologischem Umbau und Demokratieentwicklung von unten.

Ein Hauptstrang zu zukunftsfähiger Modernisierung sind Bildung und Ausbildung – der zweite große Stützpfeiler für Gerechtigkeit neben selbstbestimmter Arbeit: soziale Gleichheit im Zugang zu Bildung und Ausbildung, besondere Förderung Benachteiligter, freier Zugang zu höherer Bildung, solidarische Umlagefinanzierung von Ausbildungsplätzen, lebensbegleitende Weiterbildung, organische Verbindung hochwertiger allgemeiner und berufsspezifischer Ausbildung und Zugang aller zu moderner elektronischer Information und Kommunikation. Zentrales Anliegen moderner Bildung sollte die Entfaltung kritisch denkender, verantwortungsbewusst handelnder Persönlichkeiten mit dem Willen zu demokratischer Gestaltung der Gesellschaft sein. Schulen müssen schnell zu Zentren demokratischer kultureller Gegenangebote für junge Menschen gegen Verbreitung nazistischer Ideologie werden.

Modernisierung als Annäherung an eine gerechte Gesellschaft erfordert Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum von oben nach unten, zugunsten der Infrastruktur selbstbestimmter Lebenswelten und der Umwelt. Und Gerechtigkeit bedingt die Demokratisierung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ebenso wie eine Kultur der Toleranz und Solidarität. Sie ist ein globaler Anspruch an die Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen und der Weltwirtschaft und an Friedenssicherung mit zivilen Mitteln.

Modernisierung als Weg zu sozialer Sicherheit

Die Rücknahme sozialer Sicherungen als Druck auf das Leistungsverhalten und die Verkürzung des Wertes Soziale Sicherheit auf eine in Wirklichkeit nicht gegebene und nicht ausreichende „Chancengleichheit beim Start“ verstärkt die soziale Ungleichheit und führt zu wachsenden Ängsten als eine der Ursachen irrationaler, rechtspopulistischer und rechtsextremer Entwicklungen.

Soziale Sicherheit gewinnt in Zeiten andauernder globaler Brüche noch größere Bedeutung als ein zentrales Element gesellschaftlichen Zusammenhalts und für eine Leistungsmotivation nicht aus Ängsten, sondern aufgrund der Entlastung von existenziellen Sorgen.

Zur sozialen Sicherheit gehören neben einer neuen Art der Vollbeschäftigung und einem umweltgerechten Umbau der Gesellschaft ein solidarisches statt zunehmend kommerziell geprägtes Gesundheitswesen, das gleiches Recht für alle auf bestmögliche präventive, heilende und nachsorgende medizinische Behandlung sichert, ein real gleiches Recht auf Bildung und Ausbildung, das Menschenrecht auf bezahlbares menschenwürdiges Wohnen und solidarische Sicherungen gegen Lebensrisiken statt deren fortschreitende Privatisierung. Statt der Aufkündigung des Solidarprinzips paritätischer Finanzierung der Renten durch Unternehmen und Erwerbsabhängige zulasten privater Vorsorge ist die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Sozialversicherung durch die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Beitragsfähigen und auf alle Einkommensarten einer der Zugänge zur Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme.

Modernisierung als Weg zu Selbstbestimmung und Solidarität

In der Geschichte linker Bewegungen stand stets eher der kollektive Akteur und weniger der einzelne Mensch im Vordergrund. Heute muss der entsolidarisierenden Vereinzelung der Menschen im Individualisierungsprozess und dem Missbrauch der Selbstverantwortung als Rechtfertigung für sozialstaatliche Deregulierung gemeinsamer Widerstand entgegengesetzt werden. Die Herausforderung für moderne linke Politik besteht darin, die Solidarität gegen den Mainstream der Entwicklung zu verteidigen und zu verstärken, um gerade darauf gestützt individueller Lebensgestaltung, persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung größere Freiräume zu öffnen und der alltäglichen Lebenswelt gegen die Systemwelt der profitbestimmten Gesellschaft und der machtgeprägten Politik autonome größere Geltung zu verschaffen.

Fazit

Es gibt für die Linke Wichtigeres als Streit um die Moderne. Doch da er nun einmal da ist, könnte aus ihm mancherlei gelernt werden. Was manchem fremd erscheint, sollte gleichwohl nicht ungeprüft beiseite geschoben oder gar als feindlich angesehen werden. Was eindeutigem Urteil zugänglich erscheint, könnte sich als mehrdeutig erweisen, teils Zurückweisung erfordern, teils produktiver Verarbeitung wert. Was Anlass zu Polarisierung im Streit der Meinungen zu bieten scheint, könnte zu gemeinsamem tieferem Verständnis führen.

Literaturverzeichnis

- Beck, Ulrich, 1990a: Die Industriegesellschaft schafft sich selber ab, in: FAZ, 19. Oktober
- Beck, Ulrich, 1990b: Der Konflikt der zwei Modernen, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.), 1990: Die Modernisierung moderner Gesellschaften, a. a. O.
- Beck, Ulrich, 1993: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt/Main
- Benjamin, Walter, 1984: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920 – 1940. Leipzig
- Bischoff, Joachim, 1998: Strategien für das 21. Jahrhundert. In: Zukunftsstrategien? Supplement der Zeitschrift Sozialismus. November
- der., 2000: Neoliberales Zeitalter? Supplement der Zeitschrift Sozialismus /2000
- Candeias, Mario, 2000: Die Politische Ökonomie der USA an der Wende zum 21. Jahrhundert, unveröff. Manuskript. Berlin
- Dahrendorf, Ralf, 1992: Der moderne soziale Konflikt. Stuttgart
- Engels, Friedrich, 1974: Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“. In: MEW Bd. 22. Berlin
- Giddens, Anthony, 1999: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/Main
- Giddens, Anthony 1988: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/Main, New York
- Grundsatzkommission der PDS, 2000: Für eine sozialistische Politik!, in: Neues Deutschland vom 30. Juni

- Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD 1999: Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung. Berlin
- Gysi, Gregor, 1999: Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus. Gerechtigkeit ist modern. In: Pressedienst PDS v. 6. August. Berlin
- Habermas, Jürgen, 1988: Der philosophische Diskurs der Moderne. Frankfurt/Main
- Heiminger, Horst, 2000: Ist die „Profitdominanz“ innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu überwinden? Zum Kapitalismusbild in der programmatischen Debatte der PDS. In: „Z“ Nr. 43, September
- Hombach, Bodo, 1998: Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. München
- Klein, Dieter, 1999: Machtstrukturen und ökologischer Umbau, in: Arbeitsmaterial zur ökologischen Konferenz der PDS am 30. und 31. Oktober, Berlin
- Klein, Dieter, 2000a: ReformAlternativen. sozial – ökologisch – zivil. Berlin
- Klein, Dieter, 2000b: Moderne, Modernisierung und die PDS, herausgegeben von Grundsatzkommission der PDS, März
- Larcher, Detlev von, Nahles, Andrea, 2000: Vom Frankfurter Kreis zum Forum Demokratische Linke 21, in: spw. H. 114
- Marx, Karl, 1959: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4. Berlin
- Marx, Karl, 1961: Rede auf der Jahresfeier des „People's Paper“ am 14. April 1856 in London. In: MEW Bd. 12. Berlin
- Münch, Richard, 1992: Die Struktur der Moderne. Frankfurt/Main
- Programmkommission, der PDS, 1999: Thesen zur programmatischen Debatte. In: Pressedienst PDS v. 26. November. Berlin
- Scheer, Hermann, 1999: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. München
- Schröder, Gerhard, 1999: Alte und Neue Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 13./14. März
- Schröder, Gerhard; Blair, Tony, 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten., in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 7
- Rifkin, Jeremy, 2000: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt/Main, New York
- Schröder, Gerhard, 1998: Nachwort, in: Hombach, Bodo: Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. München
- Wagner, Ingo, 2000: Quo vadis, PDS? Sozialismus der Moderne (Moderner Sozialismus) oder modernes Sozialismusbild in marxistischer Sicht. In: Höpcke, Klaus u.a. (Hrsg.), 2000: Nachdenken über Sozialismus. Schkeuditz
- Zapf, Wolfgang, 1990: Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: ders., (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages. Frankfurt/Main, New York

Hans Henning Adler

Streit um Begriffe

Über „Moderne“ und „Profitdominanz“

Schon in der Schule konnte man lernen: Es gibt keine falschen oder richtigen Begriffe, es gibt nur falsche oder richtige Aussagesätze. Bei Begriffen stellt sich nur die Frage, ob sie geeignet sind oder nicht, einen Sachverhalt zu erfassen. Das wird immer dann umstritten sein, wenn es sich um Abstraktionen handelt, weil diese ja versuchen, viele unterschiedliche Sachverhalte unter einem Begriff zusammenzufassen. Das weniger wichtige muss dann vernachlässigt werden.

So ist es wohl zu Recht kritisiert worden, dass Marxisten in der Vergangenheit die Gesellschaften des 20. Jahrhunderts nur als „kapitalistisch“ oder „sozialistisch“ bezeichnet haben, obwohl die eine sich unter der Herausforderung der anderen schon modifiziert hatte, während die andere noch sehr unvollkommen blieb und über das Versuchsstadium nicht hinauskommen konnte. Der Hinweis, dass Marx viel genauer war und meist von „kapitalistischer Produktionsweise“ gesprochen hatte, ist berechtigt. Dieser Zugang erlaubt es auch, differenzierter über die westlichen Gesellschaften zu urteilen und z.B. den Widerspruch zwischen errungener Emanzipation im staatlichen Bereich, nämlich bürgerliche Freiheitsrechte und parlamentarische Demokratie, und der diktatorischen Machtverteilung in der Wirtschaft durch die nach wie vor ungebrochene Herrschaft des Kapitals zu thematisieren.

Demgegenüber ist es wenig hilfreich, mit dem Begriff der „Moderne“ erneut eine Abstraktion einzuführen, die Erscheinungen der Wirtschaft, nämlich die Steuerung über den Markt, mit Bestandteilen der Staatsform wie die parlamentarische Demokratie zusammenfasst.

So verwendet Michael Brie (ND v. 23. 3. 2000) den Begriff der „Moderne“ und spricht sich „für eine andere Gestaltung von Markt und Demokratie“ aus, auch an anderer Stelle schreibt es über „Kapitalismus und seine Demokratie“ oder er widerspricht – natürlich zu Recht – der Auffassung, die „Freiheits- wie die Gleichheitspotentiale von Märkten und Demokratie“ durch Zentralverwaltungswirtschaft und politisches Diktat zu ersetzen.

Nie aber wird dabei begründet, warum so ganz verschiedene Dinge wie der Markt als Steuerungsmechanismus einer Volkswirtschaft mit all seinen Vor- und Nachteilen einerseits und die Demokratie als Staatsform andererseits sinnvoll unter einen theoretischen Begriff, nämlich „die Moderne“, zusammengefasst werden sollen.

Diese Zusammenfassung unter dem Moderne-Begriff macht aber keinen Sinn, weil damit gleichzeitig Strukturprinzipien des Staates, die zu befürworten sind und hinter die auch niemand mehr ernsthaft zurückwill, also parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat, mit einem Steuerungsmittel der Wirtschaft in ei-

nem Atemzug genannt werden, welches wir höchst ambivalent finden, weil es nicht nur innovationsfördernd, sondern auch zugleich ökologisch blind und der Tendenz nach sozial ausgrenzend ist, also dem Marktmechanismus.

Natürlich muss jede programmatische Überlegung für die nächst überschaubare Zeit, aber auch jede Zukunftsvision oder Utopie, den Marktmechanismus berücksichtigen und die Erfahrung verwerten, was passiert, wenn man meint, diesen einfach abschaffen zu können. Es ist aber ein Unterschied, ob ich etwas berücksichtigen muss, was ich wegen seiner negativen Folgen doch sehr stark kritisiere, oder ob ich diese Erscheinung zum „Zivilisationsgewinn“ hochjuble.

Die Zusammenfassung von Markt und Demokratie unter dem Moderne-Begriff hat zusätzlich den Nachteil, dass für jeden ehrlichen Sozialisten sein Engagement für die Demokratie damit entwertet wird. Demokratie war doch bislang ein uneingeschränkt positives Element, das Sozialisten in der bürgerlichen Gesellschaft nur unvollkommen vorfinden, weshalb sie die gesellschaftliche Realität kritisieren (z.B. keine Volksabstimmungen, keine Wirtschaftsdemokratie). „Demokratisierung“ ist deshalb in der programmatischen Diskussion der letzten Jahre immer ein Schlüsselwort für sozialistische Zielsetzungen gewesen, was man für den „Markt“ ja nun nicht gerade sagen kann. Wenn ich die Marktwirtschaft mit guten Gründen kritisiere, muss mein Einfordern der Demokratie ja geradezu unglaublich wirken, wenn ich diese Dinge nicht auseinanderhalten kann.

Hieraus folgt weiter: Wenn mir die Befürworter der Moderne-Theorie jetzt entgegenhalten wollen, das sei alles nur ein Missverständnis, gerade sie seien doch für die Demokratisierung der Demokratie, dann muss ich zurückfragen, ob dann nicht doch mit dieser Theorie die Kritik an der kapitalistischen Marktwirtschaft abgeschwächt werden soll. Was soll sonst das Gerede vom „Zivilisationsgewinn“?

Wie man es auch wendet, der „Moderne-Begriff“ ist ungeeignet, unsere gesellschaftliche Realität zu erfassen, weil er eben verschiedene Ebenen durcheinanderbringt, die Ebene der Wirtschaft und die des Staates. Dies führt dann auch zu so missverständlichen Formulierungen wie „Kapitalismus und seine Demokratie“ (ND v. 23. 3. 2000). Zumindest aus der Geschichte Deutschlands wissen wir doch, dass der Kapitalismus (erst recht die Marktwirtschaft) sehr viel früher da war als die parlamentarische Demokratie und dass diese kein Geschenk des besitzenden Klassen war, sondern von der Arbeiterbewegung 1918 erkämpft werden musste. Wir wissen auch, dass der Kapitalismus den Faschismus gefördert und hervorgebracht hat und auch heute noch in anderen Ländern undemokratische Staatsformen von den ökonomisch Privilegierten gar nicht als unangenehm empfunden werden.

Zugleich gilt: Die notwendige Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrem hinsichtlich seiner Folgen so blinden Steuerungsmechanismus wird nie tief genug gehen können, wenn „Markt“ und „Demokratie“ unter dem Begriff der „Moderne“ zusammengefasst werden.

Anders verhält es sich dagegen bei dem von Horst Heiningen in Z Nr. 43 kritisiertem Begriff der „Profitdominanz“. Damit wird beschrieben, dass der Profitmechanismus Gesellschaften mit kapitalistischer Wirtschaftsverfassung sehr unterschiedlich stark durchdringen kann und deshalb für Reformalternativen ein Spielraum besteht, der politisch genutzt werden kann, wenn derzeit die Situation nicht geeignet erscheint, die kapitalistische Produktionsweise insgesamt in Frage zu stellen. Heiningen ist allerdings Recht zu geben, wenn er kritisiert, dass eine Periode in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands mit „Halbdominanz“ beschrieben wurde. Auch teile ich seine Kritik an Harry Nick, der offenbar Profitdominanz von Kapitalherrschaft meint trennen zu können.

Der Begriff „Profitdominanz“ macht aber Sinn: Er ermöglicht die Sicht darauf, dass bestimmte Bereiche der Gesellschaft durchaus von der Profitregulierung verschont werden können: Kultur, Bildung oder das Gesundheitswesen. Zu diesen Überlegungen gehört auch der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS). Der Begriff der einzuschränkenden Profitdominanz ermöglicht weiter, den Profitmechanismus durch Gesetze über das schon bestehende Maß hinaus einzuschränken, was im Rahmen der Sozialbindung des Eigentums liegt (Art. 14 (2) GG). In diese Richtung können auch Tarifverträge wirken. Weiter: Genossenschaften arbeiten zwar mit dem Ziel, Gewinn zu machen, verwalten aber das gemeinsam erarbeitete Mehrprodukt gemeinsam und entscheiden kollektiv über seine Verwendung. Dies modifiziert den Profitmechanismus, weil damit auch die Verwirklichung kollektiver Ziele ermöglicht wird. Und schließlich: Auch Verstaatlichungen – zulässig nach Art. 15 GG – machen in bestimmten Bereichen (Energiewirtschaft, Rüstung, Verkehrswesen) Sinn und ordnen diese Wirtschaftssubjekte damit zumindest potentiell gesellschaftlich nützlichen Zielen unter.

Unzulänglich sind allerdings noch die Alternativen der Autorengruppe der Reformalternativen¹ zur Profitwirtschaft in der nach wie vor vorhandenen Großindustrie und bei dem damit verflochtenen Finanzkapital. Hier kann die Dominanz des Profits nur überwunden werden, wenn gleichzeitig Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse vorgenommen werden, z.B. durch Stärkung im öffentlichem Eigentum stehender Banken und durch die Kombination von öffentlichen Beteiligungen am Kapital mit paritätischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Bereich der großindustriellen Produktion.

Der Begriff der Profitdominanz erlaubt es somit, fließende Übergänge zwischen Kapitalismus und Sozialismus anzusteuern oder – um es zur Abwechslung einmal mit den Worten eines religiösen Sozialisten zu sagen: „Der Sozialist kämpft für eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft; insofern ist er revolutionär. Die Veränderung, um die es ihm geht, ist ein langer Prozess; insofern ist er evolutionär.“²

¹ Nr. 2 der Schriften der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin (zit. nach Heiningen, in: Z 43, S. 21).

² Helmut Goltwitzer, Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – These 1.6: Als Christ Sozialist, hrsg. vom Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Berlin, Juni 1991.

In welcher Epoche leben wir?

Es ist schwierig und immer umstritten, eine Epoche zu bestimmen. Das gilt noch mehr, wenn die Epoche, um die es geht, erst begonnen hat. Ich unternehme also den Versuch der Epochenbestimmung im Bewußtsein der Problematik auf eigene Rechnung und werde schon zufrieden sein, wenn jedenfalls die Fragestellung für legitim gehalten und dann über Antworten diskutiert wird.

Der Begriff der Epoche als Zeitraum ist relativ spät entstanden, erst mit Aufklärung und französischer Revolution.¹ Dabei ist es schwierig, den Beginn einer Epoche genau zu datieren. Er resultiert sicherlich aus grundlegenden sozialökonomischen Veränderungen. Dann aber sind es gewöhnlich radikale politische Umbrüche, die den Zeitgenossen einen Epochenbeginn signalisieren, so wenn Engels den Beginn einer neuen weltgeschichtlichen Epoche auf den Krieg 1870/71 datiert.² Besonders deutlich hat Walter Benjamin diese Einsicht formuliert: „Der historische Materialismus muß das epische Element der Geschichte preisgeben. Er sprengt die Epoche aus der ‚dinghaften Kontinuität der Geschichte‘ ab.“³

Ich meine, daß diejenigen im Recht sind, die mit Eric Hobsbawm den Beginn einer neuen Epoche, wie er formuliert, des „kurzen zwanzigsten Jahrhunderts“, auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs datieren.⁴ Lange Zeit wurde das anders definiert, der Beginn der neuen Epoche in der Oktoberrevolution gesehen, die die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet habe. Entsprechende Formulierungen in den Programmen der KPdSU und der SED zuletzt 1986 und 1976⁵ bestimmten die geschichtswissenschaftlichen Darstellungen. Lenin hatte Anfang 1915 die Dinge noch anders gesehen. Er datierte den Umbruch – in Übereinstimmung mit Kautsky – auf das Jahr 1914. Lenin charakterisierte die neue Epoche als „Epoche des Imperialismus und der imperialistischen wie auch der durch den Imperialismus ausgelösten Erschütterungen“, zugleich als Epoche der niedergehenden Bourgeoisie und als „Epoche der Vorbereitung und langsamen Kräftesammlung der neuen Klasse“.⁶

¹ H. J. Sandkühler (Hrsg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften Bd. 1, Hamburg 1990, S. 761 - 763; J. Ritter (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 2, Darmstadt 1972, S. 594 - 598.

² Brief vom August 1870, MEW Bd. 17, Berlin 1979, S. 269.

³ W. Benjamin, Aus dem Passagenwerk, in: Allegorien kultureller Erfahrung, Leipzig 1984, S. 151.

⁴ E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München, Wien 1995, S. 20.

⁵ Programm der KPdSU, Neufassung, in: XXVII. Parteitag der KPdSU. Dokumente, Berlin 1986, S. 10; Programm der SED, Berlin 1976, S. 13.

⁶ W. I. Lenin, Unter fremder Flagge. Werke Bd. 21, S. 135f.

Wann endete diese Epoche? Hobsbawm gliederte sie in drei Abschnitte: Das Katastrophenzeitalter von 1914 bis zu den Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges, dann folgen 25 bis 30 Jahre eines außergewöhnlichen Wirtschaftswachstums und einer sozialen Transformation, insgesamt „eine Art von goldenem Zeitalter“ und dann eine neue Ära „des Verfalls, der Unsicherheit und der Krise“, für große Teile der Welt erneut „eine Ära der Katastrophe“.⁷

Dieser letzte Abschnitt wurde eingeleitet durch eine Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft, die „die Regierungen aller Staaten – mit Ausnahme vielleicht die Regierung der USA mit der enorm großen Wirtschaft im Rücken – der Gnade eines unkontrollierbaren ‚Weltmarkts‘ aussetzte“ und die damit verbundene langsame Auflösung des Klassenkompromisses, der dem „Goldenen Zeitalter“ zu Grunde gelegen hatte.⁸

Die sozialistischen Staaten hatten sich vor allem durch den Rüstungswettlauf und die Unfähigkeit zu strukturellen Reformen immer mehr den Gesetzen des Weltmarktes untergeordnet, ohne der Konkurrenz des Westens standhalten zu können. Mit ihrem Zusammenbruch wurde der Prozeß der Globalisierung umfassend. Das Ende der osteuropäischen sozialistischen Staaten und der Sowjetunion in den Jahren 1990/91 war das Ende der Epoche, die 1914 begonnen hatte.

Um diese Sicht zu begründen, sollen jetzt Überlegungen zum Charakter des neuen Zeitabschnitts angestellt und daraus Schlußfolgerungen zum Verhältnis von Epoche und Gesellschaftsformation gezogen werden. Wie weit und wie dauerhaft ist die Epoche vom Umbruch determiniert? Und welche Chancen gibt es für grundlegende Veränderungen? Selbstverständlich ist hier sehr vieles noch offen. Frank Deppe spricht von einer tiefgreifenden welthistorischen Zäsur, „in der alte Strukturen, Institutionen, Denk- und Weltanschauungssysteme sich aufgelöst haben. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme“ habe „eine neue welthistorische Epoche ‚der Turbulenzen‘ eröffnet, deren Resultate noch im Dunkel der Zukunft liegen“.⁹

Die eindeutigste Aussage über die neue Epoche stammt von Francis Fukuyama, im „Spiegel“ als Sowjetexperte des US-amerikanischen Außenministeriums und Vordenker der neuen Konservativen bezeichnet. Er veröffentlichte im Sommer 1989 einen Artikel, in dem er den vollständigen Sieg des ökonomischen und politischen Liberalismus, zu dem es keine wirkliche ideologische Alternative mehr gäbe, und damit das Ende der Geschichte verkündete. Noch vorhandene Widersprüche, etwa die schwarze Armut in den USA, seien kein Produkt des Liberalismus, sondern Erbe der Sklaverei und des Rassismus. Das Ende der Geschichte bedeute die Ersetzung des ideologischen Kampfes durch ökonomische Kalkulation und Lösung technischer Probleme, das Ende von Kunst und Philosophie, ihre Ersetzung durch Verwaltung eines Museums

⁷ E. Hobsbawm, a.a.O., S. 20.

⁸ Ebenda, S. 512ff.

⁹ F. Deppe, Fin de siècle, Köln 1997, S. 8.

menschlicher Geschichte.¹⁰ Wenig später, 1992, reichte er ein ganzes Buch von 510 Seiten nach, in dem er die auf Hegel und Kojève fußende These vom Ende der Geschichte mehr philosophisch als realhistorisch begründete, gestützt auf eine Universalgeschichte, die die 'häßlichen Nebenstränge' ausblendet, „von denen der Faschismus 1945 und der Sozialismus 1989 gekappt werden konnten“ (Kossok).¹¹

Jürgen Habermas konstatiert für die sozialistischen Länder eine nachholende Revolution mit der „Rückkehr zum demokratischen Rechtsstaat“, die den Anschluß an den kapitalistisch entwickelten Westen ermöglichen soll, „sich an Modellen (orientiert), „die nach orthodoxer Lesart durch die Revolution von 1917 schon überholt worden waren“. Eigentlich gäbe es hier keine zukunftsweisenden Ideen. Nach dem Bankrott des Staatssozialismus müßten alle sozialistischen Ideen „in die radikalreformistische Selbstkritik einer kapitalistischen Gesellschaft“ umgesetzt werden, „die in den Formen einer rechts- und sozialstaatlichen Massendemokratie gleichzeitig mit ihren Schwächen auch ihre Stärken entfaltet hat“. ¹² Habermas sieht das Ende des Sozialismus eindeutig positiv – „Komplexe Gesellschaften können sich nicht reproduzieren, wenn sie nicht die Logik einer über Märkte regulierten Wirtschaft intakt lassen“ –, hegt allerdings, ganz anders als Fukuyama, erhebliche Besorgnisse hinsichtlich des siegreichen Systems, indem er sich auf die These von Marx bezieht, „daß jede Zivilisation, die sich den Imperativen der Selbstverwertung des Kapitals unterwirft, den Keim der Zerstörung in sich trägt, weil sie sich damit gegen alle Relevanzen blind macht, die sich nicht in Preisen ausdrücken lassen“.¹³

Eine ähnliche Position bezogen wenig später Michael Brie und Dieter Klein, allerdings mit optimistischerer Sicht. Sie gingen von der „Unfähigkeit einer zentralistisch organisierten Gesellschaft“ aus, „den Wettbewerb als entscheidendes Medium ökonomischer, politischer und kultureller Innovation von Monopolmächten so frei zu halten, daß er seine innovatorische Funktion zu erfüllen hatte“, warfen dann aber die Frage auf, ob nicht Gleiches auch für die Monopolisierung ökonomischer Macht bei den transnationalen Unternehmen gelte. Sie leiteten daraus ein Konzept der doppelten Modernisierung für die früher sozialistischen Staaten ab: „Nachvollzug im Westen ausgebildeter entwicklungsöffener Modernequalitäten – besonders einer auf politischem Pluralismus beruhenden Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, von Individualisierungs- und Ausdifferenzierungsprozessen, von innovationsfördernden Marktmechanismen und Internationalisierungsprozessen. Gleichzeitige Anstrengungen zu einem Mitvoll-

¹⁰ F. Fukuyama, *The End of History? The National Interest*, Summer 1989; S. 3, S. 13, S. 9, S. 19; *Der Mensch braucht das Risiko*, in: „Der Spiegel“ 15/1992.

¹¹ F. Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, München 1992; M. Kossok, *Liberale Demokratie - Sinn und Gesetz der Geschichte?*, in: *Neues Deutschland* vom 18./19. 4. 1992.

¹² J. Habermas, *Die nachholende Revolution*, Frankfurt am Main 1990, S. 181, S. 203. Vgl. auch die zustimmende Rezension dieses Buches durch M. Brie: *Bittere Medizin für Linke in der DDR*, in: *Neues Deutschland* vom 31. 8. 1990.

¹³ Ebenda, S. 197, S. 187.

ziehen jenes bevorstehenden gesamtgesellschaftlichen Wandels, den der Westen bei sich selbst nicht ohne ernste Folgen in der Erwartung aufschieben kann, daß die Länder des früheren zentralistischen Sozialismus und die Entwicklungsländer erst einmal in die Nähe seines Entwicklungsstandes kommen müßten.“¹⁴

Fünf Jahre später erschien ein programmatischer Kommentar unter Mitwirkung dieser beiden Autoren, in dem diese Position weiter ausgebaut wurde. Die gegenwärtige Gesellschaft sei sowohl modern als auch kapitalistisch, wobei sich die Moderne mehr und mehr von der kapitalistischen Grundlage entkoppele. Marktmechanismus, pluralistische Demokratie und Rechtsstaat seien Evolutionspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft, die zu immer weiterer Ausdifferenzierung führten und sogar die Dominanz des Kapitalverhältnisses tendenziell aufheben, so daß inzwischen schon von einer, jetzt allerdings wieder bedrohten, Halbdominanz des Kapitaleigentums gesprochen werden könne.¹⁵

Selbstverständlich kann eine historische Epoche erst nach ihrem Abschluß als Ganzes beurteilt werden. Die ersten Aussagen anfangs der neunziger Jahre mußten deswegen noch sehr unterschiedlich ausfallen. Nicht nur die Bürger, auch die Politiker und Ideologen, auch die Wissenschaftler mußten zunächst die ungeheuerlichen neuen Eindrücke und Erfahrungen verarbeiten. War eine ganz neue Situation eingetreten, so ist es durchaus verständlich, daß sie erst auf die jetzt möglichen Hoffnungen hin gemustert wird. Jeder Umbruch bringt sowohl bei denen, die ihn tragen, aber auch bei vielen, die ihn nur erleben, Hoffnungen mit sich. Später erweisen sich manche, vielleicht sogar viele dieser Hoffnungen als Illusionen.

Allerdings, manche Losungen scheinen mir doch von vornherein zweifelhaft und irreführend gewesen zu sein. Herausragendes Beispiel hierfür war wohl die These „von der Priorität der Menschheitsinteressen gegenüber den Klasseninteressen“, die dann mit dem Leugnen des Widerstreites der beiden Systeme als Charakteristikum der Epoche verbunden wurde. Aus der Ablehnung der These vom Vorrang der Menschheitsinteressen hätten sich fehlerhafterweise Feindbilder ergeben (E. Schewardnadse). Ganz ähnlich formulierte im September 1990 A. Jakowljew, ein anderer führender „Reformer“. Er erklärte damals in einem Interview: „Das Zeitalter der Konfrontationen ist vorbei. Eine neue Weltordnung wird errichtet, in dieser neuen Konstellation verliert selbst der Begriff des ‚Verbündeten‘ seinen Sinn, um so mehr, als es keine ‚Feinde‘ mehr gibt.“¹⁶ Schewardnadse hat nach seinen Ausführungen diese Theorie seiner Außenpolitik zu Grunde gelegt.¹⁷ Inzwischen finden wir ihn wohl schon unter den Verfechtern eines Beitritts seines Landes Georgien zur NATO.¹⁸

¹⁴ M. Brie, D. Klein, *Zwischen den Zeiten*, Ein Jahrhundert verabschiedet sich, Hamburg 1992, S. 37, S. 39.

¹⁵ *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*, Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 135, S. 372, S. 126.

¹⁶ A. Jakowljew, *Offener Schluß*, Leipzig und Weimar 1992, S. 93.

¹⁷ E. Schewardnadse, *Die Zukunft gehört der Freiheit*, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 106ff.

¹⁸ T. Ruttig, *Die zweite Osterweiterung?*, in: *Neues Deutschland* vom 6. 4. 1999.

André Brie, Michael Brie, Rainer Land und Dieter Segert hatten Anfang 1990 sogar auf dieser Grundlage eine Neubestimmung der Epoche unternommen. Sie gingen nach wie vor von einem für lange, nicht absehbare Zeit geltenden Weiterbestehen beider Gesellschaftssysteme aus. Menschheitsinteressen seien die Interessen an der Erhaltung der gemeinsamen Existenz- und Entwicklungsbedingungen und hätten deshalb den Vorrang. Den Hauptinhalt der Epoche mache damit „die Lösung der heutigen globalen Probleme“ aus. „Klassenausinandersetzungen müssen ... sich in Quellen des *gemeinsam* betriebenen Fortschritts ... verwandeln“, schrieben sie in ausdrücklicher Bezugnahme auf Schewardnadse.¹⁹ Es zeigte sich dann allerdings sehr schnell, daß der Verzicht einer Großmacht auf Großmachtspolitik bei den anderen Großmächten keineswegs zu einer entsprechenden Reaktion führte.

Globalisierung - Schlüsselbegriff der Epochenbestimmung

Inzwischen aber scheint es mir, zehn Jahre nach dem Beginn der neuen Epoche, nicht nur möglich, sondern notwendig, sich – mindestens vorläufig – über den Charakter dieser nun angebrochenen Epoche, über Verändertes und Gleichgebliebenes, über Kräfte und Gegenkräfte Klarheit zu verschaffen. So unübersichtlich ist es doch wohl nicht, welche treibenden Kräfte jetzt, inzwischen für jedermann spürbar, wirken.

Der landläufig für diese Epoche charakteristische Begriff ist inzwischen das Wort Globalisierung geworden. Schon jetzt ist die Flut von Artikeln, Broschüren und Büchern darüber kaum noch übersehbar. Unentwegt dient dieses Wort als Beschreibung eines nicht aufzuhaltenden Vorganges in sei es negativer oder positiver Bewertung, dem Firmenzusammenschlüsse bisher unbekanntem Umfangs ebenso geschuldet sind wie scheinbar unaufhaltsame Sparmaßnahmen der Unternehmen und der Staaten.

Um was handelt es sich dabei, und ist die Globalisierung so ganz unabhängig von der Politik über uns gekommen? Die Beschreibung der technischen und ökonomischen Verläufe stimmt in den verschiedenen Darstellungen weitgehend überein. In zwei Beilagen zur Wochenzeitung „Das Parlament“ werden Aussagen gemacht, die sich so ähnlich weitgehend bei anderen wiederfinden. 1997 zitierte Jürgen Friedrichs folgende Definition globaler Ökonomie: Es handele sich um eine solche Ökonomie, „die einheitlich in Echtzeit in planetarischem Umfang arbeitet. Es ist eine Wirtschaft, in der Kapitalströme, Arbeitsmärkte, Informationen, Rohmaterial, Management und Organisation internationalisiert und vollständig interdependent sind“. Diese Vernetzung nehme ständig zu. Dazu hätten vor allem drei Faktoren beigetragen: die modernen Informationssysteme bis zu Internet und Intranet, die politische Deregulierung

¹⁹ A. Brie, M. Brie, R. Land, D. Segert, Zum Problem des Zusammenhangs von Sozialismustheorie und Epochenverständnis, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1990, Heft 3, S. 184, S. 198f., S. 197. Vgl. zu einer kritischen Sicht dieser Position bereits zur damaligen Zeit E. Hahn, Zur Dialektik von Menschheitsentwicklung und Klasseninteressen, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, 10 G 1989.

der Märkte, die sinkenden Transportkosten und das Lohngefälle. Während in den sechziger Jahren in Deutschland die Textilindustrie bedroht war, seien es heute bereits auch die Finanz-, Dienstleistungen und die Medien.²⁰

1998 kommt Franz-Xaver Kaufmann zu demselben Ergebnis hinsichtlich der Bedeutung technischen Fortschritts, internationaler Abkommen und politischer Liberalisierung. Er fügt dann aber in bezug auf die Rolle der Nationalstaaten hinzu: „Tatsächlich neu ist ... der Autonomiegewinn der Geld- und Finanzwirtschaft, welche sich zunehmend nicht nur der staatlichen Kontrolle und Besteuerung entzieht, sondern über die internationalen Finanz- und Devisenmärkte geradezu selbst zur Kontrollinstanz staatlicher Wirtschaftspolitik wird“. Die gesteigerte Mobilität des Kapitals bewirke „einen erheblichen Machtgewinn auf der Kapitaleseite, und zwar sowohl in der Führungsphilosophie der Unternehmungen („shareholder value“) als auch in Tarifverhandlungen und schließlich im Bereich der politischen Rücksichtnahme auf Kapitalinteressen aus sogenannten Standortgründen“. Schließlich geraten „erhebliche Teile nationaler Politik in eine indirekte Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten“.²¹ Zur selben Zeit veröffentlicht „Die Zeit“ eine Artikelserie mit Überschriften wie: „Das Ende der Sicherheit“, „Angstfaktor Weltmarkt“, „In Sekunden um die Welt“, „Es geht nicht ohne Scherben“, „Ein Zug ohne Bremsen“.²²

Manch einer schildert diesen Prozeß ohne jegliche Problemsicht. So etwa ein Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), in dem es heißt: „Der kulturelle Prozeß des Fortschritts beruht auf Freiheit menschlichen Handelns und der Unvoraussagbarkeit der Ergebnisse. Der soziale Prozeß, in dem sich der Verstand entwickelt, kann nicht von einem Verstand beherrscht werden, der die Handlungen vorher festlegt.“²³ Im „Mercur“ dagegen wird dieser Prozeß mit Distanz beschrieben: „Heute ist der unerhört expandierende Kapitalismus zugleich grausam und ziemlich einfach in seiner Grausamkeitsmechanik zu begreifen.“ Die Zerstörung von Identität und Organisationsstruktur ohne Begründung könne sich der Kapitalismus „erst jetzt erlauben, da seine Globalisierung auf keine Grenzen mehr stößt und die Kapitalmassen beliebig wandern können“. Der Aktionärskapitalismus, so heißt es weiter, „kann es sich sogar leisten, auf die Nachfragekraft und die Konsumkompetenz ganzer Bevölkerungsteile zu verzichten“.²⁴

Auf einer Beratung von 500 führenden Politikern, Wissenschaftlern und Wirtschaftsführern der Welt im Fairmont-Hotel von San Francisco Ende Septem-

²⁰ J. Friedrichs, Globalisierung - Begriff und grundlegende Annahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 33-34/1997, S. 3-5.

²¹ F.-X. Kaufmann, Globalisierung und Gesellschaft, in: ebenda, B 18/1998, S. 6-9.

²² Zeit Punkte, Die mageren Jahre, in: Zeitmagazin Nr. 1/1997.

²³ Erich Hoppmann, Eine universelle Quelle von Ordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 12. 1998.

²⁴ C. Koch, Im Diesseits des Kapitalismus, in: Mercur 582/583, Sept/Okt. 1987. S. 764, 766.

ber 1995 – sie wurde übrigens auf Einladung der Stiftung Gorbatschows zur Bestimmung der Wege zu einer neuen Zivilisation durchgeführt – erklärte einer dieser Mächtigen ohne Widerspruch ganz klar und deutlich: „20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten.“ Die unteren achtzig Prozent würden gewaltige Probleme bekommen. Die Frage sei künftig, „to have lunch or to be lunch“.²⁵ Was das für die Welt bedeutet, schon heute bedeutet, zeigt der UNDP-Bericht 1996. In 10 Jahren hatten demnach fast eine Milliarde Menschen Einkommensverluste erlitten. Dazu gehören drei Viertel der am wenigsten entwickelten Länder, meist in Afrika südlich der Sahara. Der Nettowert des Vermögens der 358 reichsten Menschen der Welt entspricht dem Gesamteinkommen der ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung.²⁶ Diese Entwicklung scheint unaufhaltsam. Befragungen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung inzwischen davon überzeugt ist, daß die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden, daß die Gesellschaft kälter und egoistischer wird (78 bzw. 71 Prozent als Voraussicht für die nächsten 10 Jahre).²⁷

Aber wie steht es denn nun um das Verhältnis von Ökonomie und Politik? Haben wir eine Epoche vor uns, in der ein entfesselter Kapitalismus sich die ganze Welt total unterordnet und dann diese Welt nicht zuletzt durch die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts zu Grunde richtet? Auf diese Gefahr machen wie viele andere E. Altwater und B. Mahnkopf aufmerksam: „Kaum sind Markt und Demokratie siegreich, müssen mit ihnen Aufgaben bewältigt werden, für die sie ihre Eignung bislang noch nicht bewiesen haben und haben beweisen müssen. Nach den Gefühlen der Euphorie ist also tragisches Denken angebracht, weil es sich als um so auswegloser herausstellt, mit Markt und repräsentativer Demokratie eine Selbstbegrenzung des Naturverbrauchs zu erreichen, je mehr die Prinzipien auf dem Globus verallgemeinert werden. Anders als zu Zeiten der ‚Systemkonkurrenz‘ müssen sie sich nicht mehr an ihren äußerlichen Kriterien bemessen.“²⁸

C. Koch hat in dem oben zitierten „Merkur“-Artikel von einem Prozeß ohne Subjekt, von Bewußtlosigkeit gesprochen: „Das ist gewissermaßen ein völlig bewußtloser Kapitalismus, der von niemandem gedacht und begriffen werden muß, eine Auseinandersetzung mit dem Epochenerbe, wie es für die Europäer ebenso notwendig wie belehrend war, um es zu überwinden und in sich aufzunehmen, findet nicht statt.“²⁹ Die bedeutendste Analyse dieser „bewußtlosen“ Prozesse stammt bekanntlich von Marx. Im 1. Bd. des Kapital charakterisierte Marx das Gesetz des Warenaustausches als ein Naturgesetz, das wie er

²⁵ H.-P. Martin, H. Schumann, Die Globalisierungsfälle, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 10-12.

²⁶ Die 358 Milliardäre besitzen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung, Frankfurter Rundschau vom 5. 11. 1996.

²⁷ R. Köcher, Nach der Vertreibung aus dem Paradies, in: FAZ vom 12. 11. 1997.

²⁸ E. Altwater, B. Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 520.

²⁹ C. Koch, a.a.O. S. 771.

Engels zitierte, „eben ein Naturgesetz (sei), das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht“.³⁰ Es verblüfft schon einigermaßen, genau diese Einsicht jetzt bei einem beteiligten Milliardär, George Soros, zu lesen: „Ich mache einen Unterschied zwischen meiner Rolle als Marktteilnehmer und meinen Besorgnissen als menschliches Wesen. Als Handelnder an den Märkten kann ich das, was geschieht, nicht ändern; als Bürger bin ich sehr besorgt über die Instabilität der Finanzmärkte.“ Er habe überhaupt kein schlechtes Gewissen, sagt Soros, denn: „ich halte mich an die Regeln. Aber ich mache mir Sorgen über die negativen Folgen. ... Wenn man glaubt, daß irgend etwas am System falsch ist, dann muß man das System ändern“.³¹

Damit allerdings sind wir im Bereich der Politik. Der gegenwärtige Prozeß wurde durch die Politik Reagans und Thatchers in Gang gesetzt. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Europas hat ihm erst die jetzige Schwungkraft versetzt. Erst mit dem Wegfall der Alternative, welche Kraft immer sie noch besaß, war der Weg für den totalen Kapitalismus frei. Das war eine politische Wendung größten Umfangs, und auch der Anteil des siegreichen Kapitalismus an diesem Zusammenbruch kann nicht übersehen werden. Auch dieser Prozeß wurde und wird ständig politisch flankiert. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Wahlsiege sozialdemokratischer Parteien daran wenig geändert haben.³² Tony Blair hat mit New Labour eine Entwicklung eingeleitet, die den Thatcherismus im Kern weiter durchsetzt. Ähnliches gilt für Italien. In Frankreich liegen die Dinge etwas anders. Im Ergebnis der Wahlen in Deutschland schien eine andere Entwicklung ebenfalls zunächst möglich zu sein. Der Rücktritt Lafontaines unter massivem Druck der Wirtschaft – auf deutsch des großen Kapitals („Das Herz wird noch nicht an der Börse gehandelt, aber es hat einen Standort – es schlägt links“ lautete der Schlußsatz der Erklärung Lafontaines)³³ – hat deutlich gemacht, daß auch Deutschland, unabhängig davon, wer die Regierung stellt, dem Zeitgeist Tribut zollen muß. Das war vorher bereits deutlich geworden, als die grundlegenden Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik der letzten Jahre der Ära Kohl nicht korrigiert wurden. Das betrifft die Strafrechtspolitik ebenso wie die Politik hinsichtlich der Militäreinsätze, die 1999 ihren – bisherigen – Höhepunkt erreicht hat. Ich bin nicht sicher, daß eine Kohl-Regierung ebenso naßforsch den ersten deutschen Angriffskrieg seit 1945 vom Zaun gebrochen hätte. Ralf Dahrendorf hat hinsichtlich des politischen Systems der entwickelten Staaten eine durchaus pessimistische Voraussicht entwickelt: „Globalisierung bedeutet, daß Konkurrenz groß- und Solidarität kleingeschrieben wird.“ Sie ist der Demokratie nicht förderlich, weil sie „dem einzigen Domizil

³⁰ MEW, Bd. 23, Berlin 1972, S. 515.

³¹ G. Soros, Die Märkte sind amoralisch, Spiegel-Gespräch, in: Der Spiegel, 1998, Nr. 51.

³² Vgl. dazu die Literaturübersicht von A. Perger, Der dritte Weg, Europas Linke sucht nach der großen Botschaft. Auch rechts, in: Die Zeit vom 11. 3. 1999.

³³ O. Lafontaine, Erfolg verlangt gutes Mannschaftsspiel, in: Neues Deutschland vom 15. 3. 1999. Vgl. weiter: Freie Hand für den Kanzler, in: Der Spiegel vom 15. 3. 1999.

der repräsentativen **Demokratie**, das bisher funktioniert hat, dem Nationalstaat, die ökonomische **Grundlage**“ entzieht. Sie leistet eher autoritären als demokratischen **Verfassungen Vorschub**. „Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die **unwahrscheinlichste** Prognose für das 21. Jahrhundert.“³⁴

Epochebegriff nicht schematisch mit Gesellschaftsformation verknüpfen

Natürlich handelt es sich bei alledem nicht um eine einfache Rückwärtsbewegung, etwa zur Zeit vor 1914, obwohl es wichtige Ähnlichkeiten mit der damaligen Situation gibt. Es ist auch eine Reaktion auf heutige Probleme, ein Bestreben, Widersprüche dieser Situation im Interesse der Machterhaltung des Kapitalismus zu lösen. Gramsci hat in seinen Gefängnisschriften für ähnliche Vorgänge im 19. Jahrhundert den Terminus der passiven Revolution, der „Restauration-Revolution“ gebraucht, von einer Vergesellschaftung ohne Antansten des Profits gesprochen.³⁵

Aus diesen Überlegungen ergibt sich auch eine Konsequenz für den Epochebegriff. Ich halte es für erforderlich, die schematische Verknüpfung des Epochebegriffs mit den Gesellschaftsformationen aufzuheben, wie sie sich immer stärker in der marxistisch-leninistischen Orthodoxie ergeben hatte. Die Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung bei Marx wurde gleichsam in eine Naturgesetzlichkeit verwandelt. Wolfgang Eichhorn hat diesen Vorgang so beschrieben: „Die Verwandlung der 5 Stufen-These (von Marx – U.-J. Heuer) in ein Prokrustesbett, in das die Geschichte aller Länder, Regionen und Völker eingezwängt wurde, griff erst Raum, als man begann, die Einlassungen Stalins aus dem Jahre 1938³⁶ zu kanonisieren. Mit der Methodologie, die sich bei Marx mit dem Begriff der Gesellschaftsformation verbindet, hatte das nur noch sehr wenig zu tun, und die Konsequenzen für die Idee des Sozialismus waren verderblich.“ Eichhorn leugnet keineswegs die Auswirkungen, die sich aus der Oktoberrevolution in Rußland für die entwickelten kapitalistischen Industrieländer ergaben und erst recht nicht den wirklich weltverändernden revolutionären Prozeß, der bis zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems führte. Eichhorn zitiert in diesem Zusammenhang eine Aussage von Marx zur Peripherie, zu den „Extremitäten des bürgerlichen Körpers“, in denen es eher zu revolutionären Ausbrüchen kommen müsse als in England, da hier „die Möglichkeit des Ausgleichs“ größer sei als dort.³⁷ Es sei aber nicht gelungen, „eine neue, zur kapitalistischen Produktionsweise alternative und ihr dauerhaft überlegene Produktionsweise zu entwickeln“. Wobei ich im

³⁴ R. Dahrendorf, An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert, in: Die Zeit vom 14. 11. 1997.

³⁵ A. Gramsci, Gefängnisschriften Bd. 6, hrsg. von W.F. Haug, Hamburg 1995, Heft 10, S. 1226f., S. 1243, S. 1359.

³⁶ J. W. Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus, in: Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 669ff.

³⁷ K. Marx, F. Engels, Revue. Mai bis Oktober 1850, in: MEGA I/10, S. 466.

Gegensatz zu Eichhorn (S. 76) keine Schwierigkeiten habe, dennoch von Sozialismus zu sprechen.³⁸

Die Charakterisierung der Epoche als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus³⁹ wurde beibehalten und mit immer neuen Zusätzen ergänzt, so in der Neufassung des Programms der KPdSU von 1986 durch die Worte „und des Kommunismus, des historischen Wettbewerbs der beiden gesellschaftspolitischen Weltsysteme, die Epoche sozialistischer und nationaler Befreiungsrevolutionen, des Zusammenbruchs des Kolonialismus, die Epoche des Kampfes der Haupttriebkkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung – des Weltsozialismus, der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung, der Völker der national befreiten Staaten und der demokratischen Massenbewegung gegen den Imperialismus“, und es ist dann vom ständigen Anwachsen dieser Kräfte die Rede.⁴⁰ Diese Definition, die ja eigentlich nur eine Beschreibung war, hatte keinerlei analytische Kraft mehr, bot nur einen allgemeinen, noch dazu weitgehend illusionären Rahmen, in den beliebige Ereignisse eingepaßt werden konnten. Wenn wir die Formel auf ihren ersten Bestandteil kürzen, wie es programmatische Aussagen beispielsweise der DKP tun, so kann diese Formel gegenüber demjenigen, der einen künftigen Sozialismus für sicher hält, nicht widerlegt werden, aber gibt keinerlei Hilfe für die Analyse der gegenwärtigen Welt.⁴¹

Schlußfolgerungen für eine linke Strategie

Was ergibt sich aus alledem für eine linke, antikapitalistische Strategie? Hasco Hüning hatte in einer früheren Strategiediskussion die Frage aufgeworfen: „Ist die seit 1982 betriebene neokonservative Politik der Weltmarktorientierung und der sozialen Deregulierung als zielgerichteter Versuch einer restaurativen Modernisierung zu werten, und was wären die alternativen Mechanismen eines sozialkulturell und ökologisch progressiven Wandels?“⁴² Ich meine, daß die erste Frage heute mit Ja beantwortet werden kann. Es ist einfach falsch, immer nur von der Krise des Kapitalismus zu reden und dabei zu übersehen, daß hinter dem Ganzen durchaus eine klare und für das Schicksal der Menschheit außerordentlich gefährliche offensive Strategie steckt. Deshalb

³⁸ W. Eichhorn, Gesellschaftsformation und Gesellschaftstransformation, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 8, Jahrgang 1995, Heft 8/9, S. 61, S. 67, S. 76.

³⁹ So auch das Programm der SED von 1976, I.X. Parteitag der SED, Programm der SED, Berlin 1976, S. 11.

⁴⁰ XXVII. Parteitag der KPdSU, Dokumente, Berlin 1986, S. 29-30.

⁴¹ Ich vermag deshalb auch der entsprechenden Epochendefinition von A. Wehr in seinem ansonsten sehr zu unterstützenden Aufsatz „Sozialismusdiskussion nach dem Scheitern des versuchten Sozialismus“, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 43, September 2000, S. 15, nicht zuzustimmen. Wehr sagt dort, es sei an dem Begriff der Epoche des Übergangs zum Sozialismus festzuhalten, auch wenn die Dauer des Übergangsprozesses mit Sicherheit „unser aller Lebenserwartung übersteigen“ werde.

⁴² H. Hüning, „Fremde im feindlichen System“, in: Sozialismus, Heft 2/1996.

geht auch der immer wiederholte Ruf nach einer Wiederentdeckung der Politik ins Leere. Es geht nicht um Politik *oder* Ökonomie, sondern um eine *andere* Politik.

Die Herrschaft des Kapitals ist, auf einer neuen technischen Grundlage, umfassender als vor 1914. Den Optimismus Lenins hinsichtlich wachsender Gegenkräfte können wir heute wohl nicht mehr teilen. Die Chancen für eine andere Politik sind inzwischen jedenfalls kurzfristig erheblich geringer geworden. Eine wirklich linke Politik in Deutschland kann gegenwärtig weder ohne die SPD noch mit ihr gemacht werden. Deshalb scheint mir der von vielen angestrebte Weg der Regierungsbeteiligung für die PDS nach wie vor problematisch zu sein. In den Ländern kann kaum etwas erreicht werden, und im Bund würde die PDS ihr Profil dabei vermutlich ebenso schnell aufgeben müssen, wie dies bei Bündnis 90/Die Grünen der Fall war. Es ist schon erschreckend, wenn das bißchen Macht einen stellvertretenden Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern bereits dazu verführte, sich der Kriegspolitik der Bundesregierung zu unterwerfen.⁴³ Jedenfalls in der jetzigen Etappe der neuen Epoche würde die notwendige Anpassung mit ziemlicher Geschwindigkeit dazu führen, daß sich die PDS selbst überflüssig macht.⁴⁴ Von vielen, insbesondere in der Sozialdemokratie, wird der Ausweg in der Hinwendung zur Europäischen Union, in der Orientierung auf einen europäischen Bundesstaat gesehen.⁴⁵ Allein, die Konkurrenz zweier oder mehrerer Zentren der staatlichen Durchsetzung einer restaurativen Modernisierung würde deren Grundtendenz nicht umkehren.

Gibt es mittel- oder jedenfalls langfristig Chancen, das Gesicht der Epoche doch noch zu ändern, die gefährliche Grundtendenz zu wenden? Dazu drei Bemerkungen.

1. Das Scheitern des Sozialismus hat seine Spuren nicht beseitigt. Hatten die Herrschenden in Deutschland zunächst angenommen, daß binnen kurzem nicht nur der Staat DDR beseitigt sein würde, sondern auch die in den vierzig Jahren eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen total rückgängig gemacht werden können, so hat sich das inzwischen als verhängnisvoller Irrtum herausgestellt. Erst recht gilt das für die Länder Mittel- und Osteuropas, bei denen keine so umfassende Einflußnahme einschließlich erheblicher Transferleistungen erfolgte. Das gilt, wie Eichhorn schreibt, um so stärker, „je mehr in dem als sozialistisch deklarierten Versuch an formationellen Veränderun-

gen wirklich erreicht wurde. ... Heutzutage verschwindet in der Geschichte auch in formationeller Hinsicht nichts Wesentliches, ohne im sozialökonomischen Leben, in Kultur und Politik, im moralischen und mentalen Bereich Spuren zu hinterlassen, Spuren, die kommende formationelle Prozesse mit prägen“.⁴⁶

Ob und wie weit diese gesellschaftlichen Strukturen und die entsprechenden Vorstellungen als Widerstandspotential gegen die Allgewalt des Globalisierungsprozesses anzusehen sind, hängt allerdings auch mit der Bewertung zusammen, die der sozialistische Versuch erfährt. Das ständige Bestreben der Herrschenden, die DDR zu verteufeln, spricht eindeutig dafür, daß sie das so sehen. Es ist in meinen Augen verhängnisvoll, daß auch Linke, auch führende Mitglieder der PDS, es für richtig halten, sich total von der DDR zu distanzieren. Dieser Prozeß war seit längerem zu verfolgen und erreichte einen gewissen Höhepunkt mit der Charakterisierung der DDR als zwar nicht verbrecherischer, aber wohl als totalitärer als der Nationalsozialismus, in dem Anspruch, alles, darunter auch die Wirtschaft, einem „gestaltenden gesellschaftlichen Willen unterzuordnen“.⁴⁷ Es geht bei diesen Auseinandersetzungen letztlich nicht um Geschichte – Politiker sind keine Geschichtsforscher. Es geht um die Zukunft des heutigen Deutschlands, um die Abwehr eines schrankenlosen Kapitalismus. Und hier hat eben die DDR – ungeachtet aller notwendigen Kritik – mit dem Nachweis, daß eine nicht profitgesteuerte Gesellschaft möglich und in vielem menschenfreundlicher war, ein antikapitalistisches Erbe hinterlassen.⁴⁸

2. Die Globalisierung in ihrer jetzigen Form vertieft die Spaltung der Welt zwischen Nord und Süd. Wenngleich sich auch im Norden Bereiche der Armut ausbreiten, ist doch der übergreifende Widerspruch zwischen den reichen Ländern des Nordens (mit Ausnahme Osteuropas einschließlich Rußlands) und großen Teilen des Südens unverkennbar.⁴⁹ Es sind auch keine Anzeichen für eine grundlegende Wende sichtbar. Die Hauptstrategie des Nordens ist auf Abschottung (z.B. durch Asylgesetzgebung) und auf militärische Sicherung des gegenwärtigen Besitzstandes gerichtet. An die Stelle der nicht mehr benötigten Massenheere treten sogenannte Krisenreaktionskräfte, die – technisch

⁴⁶ W. Eichhorn, Über Gesellschaftsformation und Gesellschaftstransformation, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 8 Jahrgang 1995; Heft 8/9, Berlin, S. 83.

⁴⁷ Das „Wir sind wieder wer“-Gefühl ist gefährlich, in: Frankfurter Rundschau vom 15. 1. 1999. Dazu noch A. Brie, Nur die nackte Wahrheit geht mit keiner Mode, in: Neues Deutschland vom 13./14. 2. 1999 Vgl. in diesem Zusammenhang im Umfeld der 1. Sitzung des 6. Parteitag der PDS noch die Erklärung von neun Bundestagsabgeordneten der PDS gegen Rückwärtsgerichtetheit und Schlußstrichforderungen (in: Neues Deutschland vom 9. 1. 1999) sowie die Feststellung von Gregor Gysi, daß der Mauerbau 1961 antisozialistisch war (in: Neues Deutschland vom 25. 1. 1999).

⁴⁸ U. J. Heuer, Moralische Totalverurteilung der DDR ist das Ziel, in: Neues Deutschland vom 14. 1. 1999 sowie die Artikel in: Marxistisches Forum, Heft 21/22, „Der historische Platz der DDR“, Berlin, Juni 1999.

⁴⁹ Vgl. etwa P. Grubbe, Der Untergang der Dritten Welt, München 1994.

⁴³ Holters Dreh: Erst Vertreibung, dann NATO-Angriffe beenden, in: Neues Deutschland vom 14. 4. 1999.

⁴⁴ Vgl. dazu bereits die Erklärung von 38 Wissenschaftlern und Künstlern „In Großer Sorge“, Neues Deutschland vom 18. 5. 1995 sowie jetzt die von M. Benjamin, W. Wolf und mir initiierte Erklärung: Gegen einen Richtungswechsel - für eine starke PDS, in: Neues Deutschland vom 31. 3. 2000. Die Erklärung trug 70 Unterschriften, darunter eine Mehrheit des Marxistischen Forums.

⁴⁵ Beispielhaft sei auf H.-P. Martin, H. Schumann, a.a.O., Abschnitt „Die europäische Alternative“, S. 322 ff. hingewiesen.

hoch aufgerüstet -, jeweils die Konfliktherde ruhig stellen sollen. Vor allem die USA nehmen für sich in Anspruch, ihre Truppen überall in der Welt ohne völkerrechtliches Mandat, wann immer es in ihrem Interesse liegt, einzusetzen. Dabei wird entsprechend den Interessen der USA zwischen „guten Staaten“ und „Schurkenstaaten“ unterschieden.⁵⁰ In der im April 1998 beschlossenen neuen NATO-Strategie haben alle Mitglieder dieses Vorgehen akzeptiert. Einsätze auf Grund einer Entscheidung des Sicherheitsrates und Einsätze ohne eine solche Entscheidung sind vollkommen gleichrangig. Einhaltung der UN-Charta oder nicht, das ist eine reine Frage der Praktikabilität, der Durchsetzbarkeit, jedenfalls eine Entscheidung allein der NATO.⁵¹ Damit ist die Aufgabe der NATO inhaltlich und geographisch – wo endet eigentlich der euroatlantische Raum und sein Umfeld? – grundlegend erweitert.

Die deutlichste, nicht kulturell, wie bei Samuel P. Huntington, Der Kampf der Kulturen, sondern geostrategisch-militärpolitisch begründete Argumentation für die amerikanische Hegemonie lieferte Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“. Diese Stellung beruhe darauf, daß der gesamte eurasische Kontinent „von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät“ sei. Zugleich beruhe die imperiale Macht „in hohem Maße auf der überlegenen Organisation und auf der Fähigkeit, riesige wirtschaftliche und technologische Ressourcen umgehend für militärische Zwecke einzusetzen, auf dem nicht genauer bestimmbar, aber erheblichen kulturellen Reiz des amerikanischen way of life sowie auf der Dynamik und dem ihr innewohnenden Wettbewerbsgeist der Führungskräfte in Gesellschaft und Politik“. Die drei großen Imperative imperialer Geostrategie seien, „Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, daß die ‚Barbarenvölker‘ sich nicht zusammenschließen“. Speziell für Rußland wird dabei besonderer Wert auf einen künftigen NATO-Beitritt der Ukraine gelegt.⁵² Auf die Dauer aber wird mit diesen Methoden der sich vertiefende Konflikt zwischen den USA sowie ihren Verbündeten und den „Barbarenstaaten“ nicht zu lösen sein. Früher oder später wird der Druck auf eine andere Lösung, vor allem auf die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung so zunehmen, daß der Norden über eine grundlegende Wende nachzudenken gezwungen sein wird. Dann kann es allerdings schon zu spät sein. Gelingt es in Vietnam und vor allem in China, marktwirtschaftliche Elemente und politische Kontrolle durch den sozialistischen Staat längerfristig zu vereinen, so würde das eine wesentliche Rolle für die Kraft des Südens spielen.

⁵⁰ E. Chauvistré, Schurken sind die Länder mit schlechten Beziehungen zu den USA, in: Frankfurter Rundschau vom 4. 2. 1998, sowie: U. J. Heuer, G. Schirmer, Menschenrechte und Großmachtpolitik, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 35, 1998.

⁵¹ Das Bündnis im Wandel der Zeit, in: Frankfurter Rundschau vom 6. 5. 1999; W. Gehrke (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik von links, Berlin 2000, S. 36ff.

⁵² Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim und München 1997, S. 41, S. 26. S. 65f., S. 178.

3. Wie stark sind mögliche Gegenkräfte in den kapitalistischen Metropolen selbst? Die Hoffnungen auf sozialdemokratische Regierungen haben sich, wie schon gezeigt, weitgehend als trügerisch erwiesen. Von Massendruck ist in einigen Ländern z. B. in Frankreich, mehr zu spüren, im Ganzen aber nicht sehr viel. Ob zu erwartende soziale Verschlechterungen hier wesentliche Veränderungen bringen werden, ist gegenwärtig nicht abzusehen. Die einzige in Deutschland noch nicht voll eingebundene Partei, die PDS, wurde in Münster mit der dann gescheiterten Absicht des Parteivorstandes konfrontiert, im Interesse möglicher Regierungsbeteiligung im Bund Kriegseinsätzen im Auftrag des Weltsicherheitsrates unter bestimmten Umständen zuzustimmen.⁵³ Über die weitere Entwicklung Voraussagen zu treffen, ist gegenwärtig sehr schwierig.

Für die nächste Zukunft ist eine Änderung in den Metropolen wohl nicht zu erwarten.

Ich sehe eine Hauptaufgabe linker Kräfte gegenwärtig darin, antikapitalistisches Denken zu erhalten, die heutige Situation rückhaltlos marxistisch zu analysieren und diese Ergebnisse zu verbreiten, sich entwickelnde Gegenbewegungen zu unterstützen. 1967 hatte Wolfgang Abendroth in einer Diskussion mit Georg Lukács und Hans Heinz Holz gemeint, daß die marxistischen Intellektuellen heute in einer weit größeren Schwierigkeit als Marx und Engels und ihre Gefährten seien, da sie sich nicht auf eine werdende Arbeiterbewegung stützen könnten. Lukács antwortete ihm, daß er nicht vergessen dürfe, daß wir unsere Lage im wesentlichen mit der Lage vergleichen müßten, „in welcher sich am Anfang des 19. Jahrhunderts Fourier oder Sismondi oder solche Leute befunden haben ... Wir müssen eine große und breite wissenschaftliche Entwicklung entfalten, damit dann aus unseren Reihen, oder nicht aus unseren Reihen, der Politiker kommt, der erkennt, die Kritik Nr. 37 ist geeignet, die Massen in Bewegung zu bringen, und der dann auch imstande ist, daraus ein praktisches politisches Verhalten abzuleiten“.⁵⁴ Im Frühjahr 1973 notierte Peter Weiss über Bert Brecht: „Er wußte genau von den Ausartungen, dem Alptraum, doch er setzte fort, was für ihn das Richtige war, und er hätte damit fortgesetzt, auch wenn er als einziger übriggeblieben wäre“.⁵⁵ Diese Überlegungen wurden vor über 30 bzw. vor über 25 Jahren angestellt, zu einer Zeit, als wohl die meisten von uns in der DDR den jedenfalls vorläufigen Sieg des Kapitalismus für absolut unmöglich gehalten hätten. Und eben dieser Brecht

⁵³ Vgl. zur Entwicklung der Debatte den auslösenden Beitrag von G. Gysi, Respekt vor dem Gewaltmonopol der VN heißt nicht, alles zu rechtfertigen, in: Neues Deutschland vom 21. 10. 1999; die Antwort von S.-Y. Kaufmann: Mit der Konstruktion von Sonderfällen beginnt der Regelfall, in: Neues Deutschland vom 22. 10. 1999; meine Stellungnahme: Machtverhältnisse ignoriert, in: Neues Deutschland vom 29. 10. 1999 und die von M. Benjamin, W. Wolf und mir initiierte Erklärung (vgl. Fußnote 44) sowie zum Parteitag selbst: Münsteraner Parteitag, Presse- und Informationsdienst der PDS Nr. 15/16 2000, S. 6.

⁵⁴ Gespräche mit G. Lukács, H. H. Holz, W. Abendroth, herausgegeben von T. Pinkus, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 92 f. S. 90

⁵⁵ P. Weiss, Notizbücher 1971-1980, 1. Bd. Frankfurt am Main 1981, S. 193.

hatte 1935 auf die Frage : Wozu braucht das Proletariat die Intellektuellen? geantwortet: „Hauptsächlich in den nichtrevolutionären Situationen kann eine revolutionäre Intelligenz die Revolution in Permanenz halten“.⁵⁶

Wir sind nicht ohne Vorgänger im Umgang mit großen Niederlagen bereits in jüngerer Geschichte, aber auch vorher natürlich immer wieder. Ich meine deshalb nicht, daß es unsere Hauptaufgabe sein kann, immer wieder über das Fehlen eines revolutionären Subjekts, einer revolutionären Situation zu klagen. Wir sollten uns an unsere Arbeit machen, und jedenfalls möglichen Subjekten einer Änderung wahrheitsgetreue und wirksame antikapitalistische Analysen zur Verfügung stellen. *Die Epoche seit 1990 ist vom Sieg des Kapitalismus, von einer neoliberalen Offensive gekennzeichnet, die gegenwärtig noch immer weiter fortschreitet, deren Ende nicht abzusehen ist. Aber noch ist die Epoche nicht an ihrem Ende, werden Gegenkräfte geweckt. Wir sollten an der Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative festhalten, auch wenn wir weder Ziel noch Wege heute genauer beschreiben können.* „Die Strukturen der menschlichen Gesellschaft selbst, eingeschlossen sogar einige soziale Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, sind im Begriff, durch die Erosion dessen, was wir von der menschlichen Vergangenheit geerbt haben, zerstört zu werden. Unsere Welt riskiert sowohl eine Explosion als auch eine Implosion. ... Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage aufzubauen, werden wir scheitern. Und der Preis“, so fährt Eric Hobsbawm in seinem bedeutenden Buch fort, „die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.“⁵⁷ Sehen wir der Wirklichkeit ins Gesicht, das nämlich ist die erste Voraussetzung ihrer Änderung.

Joachim Bischoff/Harry Nick/Klaus Steinitz*

Entwicklungstendenzen im modernen Kapitalismus und Strategie der sozialistischen Linken

1. Strategiedefizit

Zu den Bundestagswahlen 1998 trat die PDS mit anderen oppositionellen Kräften nicht nur für einen Regierungswechsel, sondern für einen Politikwechsel ein. Die Schröder-Fischer-Regierung hat diese Hoffnungen enttäuscht. Wir aber müssen selbstkritisch feststellen, dass die dem Neoliberalismus gegenüberstehenden Kräfte Gefahr laufen, sich selbst durch politische Innovationslosigkeit zu blockieren. Gesellschaftliche Konfliktlinien werden in weiten Teilen der Bevölkerung, auch unserer eigenen Wählerinnen und Wähler, weniger klar als vor der Bundestagswahl 1998 wahrgenommen. Um so wichtiger wird es für uns, über soziale Ursachen, wirtschaftliche Interessen und politische Machtverhältnisse aufzuklären.

Ein Aspekt dieser politischen Aufklärung besteht in der Bilanzierung der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Aus der Analyse der veränderten Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts ergeben sich wesentliche Konsequenzen für die Konkretisierung der politischen Ziele der PDS und für ihre Umsetzung in eine realistische, von den gegenwärtigen Problemen, Widersprüchen und Konflikten ausgehende politische Strategie sowie für die Art und Weise ihrer angestrebten Verwirklichung. Zu einigen offenen oder strittigen Fragen der Programmdebatte soll im folgenden argumentiert werden.

2. Anforderungen an die politische Linke

Für die rot-grüne Regierungskoalition in Deutschland wie für andere sozialdemokratische Koalitionen in Westeuropa gilt: Die Wahlbevölkerung bewertet die Verstärkung der ökonomischen Wachstumsdynamik, die Sanierung der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen sowie den tendenziellen Rückgang der Arbeitslosigkeit positiv. Die Schattenseiten dieser Entwicklung werden mehr oder minder akzeptiert: Die ökonomische Entwicklung bleibt wegen unzureichender sozialer Steuerung labil und die soziale Ungleichheit hat tendenziell weiter zugenommen. Die Demoskopie stellt bei wachsender Bereitschaft, im Zuge technologischer Innovationen Risiken in Kauf zu nehmen, beträchtliche Zukunftsängste fest: 71 Prozent sind überzeugt, dass die dynamische technische und ökonomische Entwicklung den sozialen Bindestoff löst und Älteren zunehmend die Orientierung in der Gesellschaft erschwert. Ebenso viele stellen sich die Gesellschaft des Jahres 2010 als kälter und egoistischer vor, 70 Prozent sehen wachsende soziale Differenzierung

⁵⁶ Bertolt Brecht, Bd. 22, Berlin, Weimar, Frankfurt am Main 1993, S. 150.

⁵⁷ E. Hobsbawm, a.a.O. S. 27.

* Mitglieder der AG Wirtschaftspolitik der PDS

voraus, zunehmenden Reichtum und gleichzeitig mehr Armut. Aber jede sozialistische Opposition kommt um die Schlussfolgerung nicht herum, dass die Koalitionen der „neuen Mitte“ einige der negativsten Erscheinungen der neoliberalen Angebotspolitik reduziert hat.

Zu fragen ist, ob diejenigen, die die Modernisierer in der Sozialdemokratie und bei den Bündnisgrünen nur als Verlängerung des Neoliberalismus sehen, die in den letzten Jahren herbeigeführten strukturellen Veränderungen, darunter den aktiver agierenden Staat, und das Spezifikum der jeweiligen politischen Konzeptionen nicht unterbewerten. Es ist unbestreitbar: Die hochentwickelten kapitalistischen Länder USA und Großbritannien, die unter Reagan/Busch und Thatcher am stärksten der neoliberalen Angebotspolitik ausgesetzt waren, weisen nach dem Regierungswechsel zu Labour (Blair) und den Demokraten (Clinton) nicht nur beeindruckende ökonomische Wachstumsraten, sondern auch eine deutliche Absenkung der Arbeitslosigkeit auf. Auch die Regierung Schröder verweist in der Halbzeitbilanz auf Erfolge: Sie habe die Arbeitslosigkeit zurückgeführt, die gesellschaftlichen Blockierungen aufgehoben und im Land eine Aufbruchsstimmung ermöglicht.

Die Sozialdemokratie will sich wie die Grünen von sozialer Steuerung der Kapitalakkumulation und der Rückführung sozialer Ungleichheit nicht nur praktisch politisch, sondern auch in ihrer Programmatik verabschieden. Mit Blick auf die Bewertung des Wirtschaftswachstums, der Innovationsdynamik des Kapitals und der sozialen Gerechtigkeit bahnt sich also bei den Bündnisgrünen und der Sozialdemokratie ein grundlegender Wechsel in der Programmatik an. Der WählerInnenbetrug hat – so die SPD – einen tieferen Grund: Mit Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung seien die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften wie die Bundesrepublik Deutschland vor Entwicklungen gestellt, die an den Nerv des überlieferten Sozialstaates und der tradierten Vorstellungen von Gerechtigkeit gehen. In der neuen Weltwirtschaft und der „neuen Ökonomie“ könnten – so die These – soziale Errungenschaften nicht mehr auf traditionellen Wegen verteidigt werden. Wenn Vollbeschäftigung nur um den Preis einer wachsenden Einkommensspreizung und größerer sozialer Ungleichheit zu haben ist, dann müsse man ein neues Verhältnis zur gesellschaftlichen Ungleichheit in Kauf nehmen. Es sei utopisch, klassische sozialdemokratische Gleichheitsvorstellungen gegen die neuen wirtschaftlichen und technischen Trends zu setzen. Man müsse sich an einem Konzept der optimalen Ungleichheit orientieren. Allen Individuen müssten dieselben Grundrechte im größtmöglichen Maße garantiert werden. Bestmögliche Startchancen möglichst für alle. Gerechtigkeit heiße in diesem Sinne in erster Linie Gleichheit der Chancen, aber nicht Gleichheit der Ergebnisse, die die Subjekte erzielen, wenn sie ihre Chancen nutzen.

Die PDS wie andere linke Kritiker verweisen darauf, dass die Labilität der Finanzmärkte und die Strukturschwächen der Kapitalakkumulation durch diese Politik nicht vermindert werden. Wir haben es nicht mit dem Übergang zu einer neuen Ära der Prosperität zu tun, sondern in einem beträchtlichen Maße

mit einer Entwicklung, die gravierende Strukturprobleme verhüllt, wie die jüngste Vergangenheit in großen Regionen der Welt zeigt, zu einer Zuspitzung der Risiken und Widersprüche der weltwirtschaftlichen Entwicklung führt und mit einem hohen Grad von Unsicherheit verbunden ist: Loslösen der Währungsrelationen von der realen Ökonomie (Sinkflug des Euro), zunehmende Gefahren aus "spekulativen Blasen" und eine verschärfte soziale Polarisierung im Innern der kapitalistischen Metropolen wie im Verhältnis zur Peripherie.

Dass von den Bereichen der modernen Technologien (Information/Kommunikation, Bio-Technologie etc.) wichtige Impulse für den kapitalistischen Akkumulationsprozess und für die Produktivitätssteigerung ausgehen, ist unbestreitbar. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien senken die Transaktionskosten, differenzieren die Fertigung und ermöglichen eine genauere Steuerung. Das Durchdringen aller bestehenden Unternehmensnetze mit der I&K-Technologie eröffnet neue Dimensionen der Produktivitätsentwicklung, der Vernetzung der Produktion und größere Kontinuität des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Allerdings wird die chronische Überakkumulation in einem Großteil der Industrien durch diese Modernisierung weiter gesteigert, so dass die Hochtechnologie auch an deutliche Schranken stößt. Die vollmundigen Aussagen vom Ende des Konjunkturzyklus und der strukturellen Überakkumulation sind falsch. Auch wenn sich wesentliche Elemente der kapitalistischen Produktionsweise in einer Umgestaltung befinden – Veränderung der betrieblichen Wertschöpfung und der Unternehmensstrukturen, Hegemonie des Finanzkapitals, Dominanz des Shareholder value für die Profitrealisierung – wird die Vorstellung, dass sich damit schon eine „neue Ökonomie“ umfassend herausgebildet habe, von den realen ökonomischen Grundlagen und Prozessen nicht gedeckt.

Die rot-grüne Regierungskoalition hat mit der geplanten Abschaffung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Kapitalbeteiligungen (capital gains tax), der Fortschreibung der Steuerfreiheit auf Vermögen und deutlichen Verschlechterungen im überlieferten Sozialsystem Voraussetzungen für eine weitere Erhöhung der Kapitalrenditen und eine Beschleunigung der Kapitalmobilität geschaffen. Die dahinter stehende Begründung ist aus den zurückliegenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestens bekannt: Das deutsche Steuersystem sei neben verkrusteten Arbeitsmarktregulierungen und überalterten Sozialsystemen der maßgebliche Grund für den Rückstand des deutschen im Vergleich zum angelsächsischen Kapitalismus. Die hier erneut ausgesprochene Hoffnung auf eine beschleunigte Kapitalakkumulation und ein deutlich rascheres Wirtschaftswachstum hat freilich eine entscheidende Schwachstelle: Im Unterschied zum angelsächsischen Kapitalismus gibt es in der Bundesrepublik, trotz der für 2001 und die Folgejahre im Vergleich zu den 90er Jahren prognostizierten höheren Zuwachsraten des BIP und des privaten Verbrauchs, keineswegs einen Ansatz zu einem Konsumboom, der ähnlich wie in den USA zu einem wesentlichen Teil getragen wird durch höhere Arbeitseinkommen und von rasanten Wertzuwächsen bei Aktien und anderen Wertpapieren.

3. Moderner Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Etwa Mitte der 70er Jahre begann ein tiefer Einschnitt in der Entwicklung des Kapitalismus der Nachkriegszeit, der mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa verstärkt wurde: Privatisierung und die Orientierung auf maximale Kapitalverwertung durchdringen immer mehr alle Bereiche der Gesellschaft. Die Wirtschaft und zunehmend die gesamte Gesellschaft werden den Verwertungsinteressen des Kapitals untergeordnet, wobei die Verwertung des Kapitals zunehmend über die Maximierung der Aktienwerte der Unternehmen (Shareholder value) und der darauf beruhenden Börsengewinne sowie der Renditen der Finanzanlagen erfolgt.

Globalisierung

Die kapitalistische Globalisierung wird von Tendenzen und Zusammenhängen unterschiedlicher Qualität bestimmt.

Erstens. Die Internationalisierungstendenzen haben in den letzten Dekaden dieses Jahrhunderts unter dem Einfluß der tiefgreifenden Veränderungen der Produktivkräfte, vor allem der Fortschritte der Mikroelektronik und der darauf beruhenden Umwälzungen in den Informations-, Kommunikations-, Steuerungs- und Transporttechnologien, eine bisher unbekannte Beschleunigung erfahren. Die Digitalisierung durchdringt alle Bereiche der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens.

Daraus resultieren nicht nur die Fortführung und Intensivierung der Internationalisierungstendenzen des Kapitals, die schon Marx und Engels im Kommunistischen Manifest aufgezeigt haben, sondern auch neue Formen und eine neue Qualität der internationalen Expansion des Kapitals und der internationalen Kapitalverflechtung sowie eine Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes. Die Produktivkraftrevolution schafft die technologischen Voraussetzungen für die globale Mobilität des Kapitals und die Herausbildung neuer Unternehmensstrukturen und -netzwerke, für Veränderungen in den arbeitsteiligen Beziehungen der Wertschöpfungskette im nationalen und internationalen Maßstab sowie für den globalen Charakter und die neue Rolle der internationalen Finanzmärkte. Dies äußerte sich u.a. in verheerenden Finanzkrisen in Südostasien, Russland, Brasilien. In Indonesien, Thailand, Südkorea erhöhte sich durch den Produktionseinbruch und den sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit in wenigen Monaten die Armut (Anteil der Armen an der Bevölkerung) um fast das Doppelte.

Die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen erfolgt vornehmlich in Form einer Triadisierung: Sie konzentriert sich auf die EU, USA, Japan/asiatisch-pazifischer Raum, während große Teile der Welt von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt werden und ihre marginalen Anteile an Produktion, internationalem Handel und Direkt(Auslands)investitionen noch weiter schrumpfen. Auf die Länder der drei großen Wirtschaftsblöcke entfallen circa 85 Prozent des Welthandels und fast 75 Prozent des Bestandes an Di-

rektinvestitionen. In den Ländern der EU werden 70 Prozent des Außenhandels und 50 Prozent der Direktinvestitionen innerhalb der Region realisiert. Die Mehrheit der in Unterentwicklung gehaltenen Länder vegetiert nach wie vor am Rande der Weltwirtschaft. Der Anteil der afrikanischen Länder am Weltexport ist im letzten Jahrzehnt von vier auf 1,5 Prozent (1995) gesunken. Bei den 47 wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Ländern ist in den letzten drei Jahrzehnten das sehr niedrige pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt noch weiter zurückgegangen. Die internationalen Beziehungen werden nach dem Untergang des Realsozialismus noch mehr durch die politische, militärische und ökonomische Dominanz der USA charakterisiert.

Die Globalisierung enthält gleichzeitig neue Chancen für die Gestaltung der nationalen Ökonomien und ihrer transnationalen Verflechtungen, die genutzt werden müssen, um den einseitig auf die Kapitalinteressen gerichteten Tendenzen entgegenzuwirken und um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungsprobleme der Länder des "Südens" und Osteuropas zu lösen.

Zweitens vollzogen sich seit etwa den 70er Jahren wesentliche Veränderungen in den ökonomischen Bedingungen der Reproduktion des Kapitals, insbesondere in der Kapitalakkumulation, die als Krise des Fordismus oder als Struktur- und Überakkumulationskrise der kapitalistischen Reproduktion charakterisiert werden können: sinkendes Wachstumstempo mit verstärktem Druck auf die Profitrate und Zuspitzung der Verteilungskonflikte, die sich im Rückgang der Lohnquote und einem entsprechenden Anstieg der Kapitaleinkommen äußern, Verschärfung der Verdrängungskonkurrenz, hohe und anhaltende Massenarbeitslosigkeit sowie dauerhafte Ausgrenzung größerer Teile der Bevölkerung aus der Erwerbsarbeit, Rückgang der Investitionsquote, Übergewicht des anlägesuchenden Finanzkapitals über das Realkapital. Aus all diesen Prozessen erwächst ein hoher ökonomischer Druck auf die De- bzw. Neuregulierung der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, Privatisierung von Staatsunternehmen und Sozialabbau. Das Kapital entzieht sich zunehmend der sozialen Verantwortung und der gesellschaftlichen Kontrolle. Auf den globalen Märkten werden "außerkonstitutionelle" (Narr/Schubert) ökonomische Mächte, transnationale Konzerne und global agierende Finanzinstitutionen zunehmend bestimmend.

Unter den Linken gibt es eine intensive Diskussion zur Bewertung der jüngsten Entwicklungsprozesse des Kapitalismus. Konturen eines neuen Entwicklungsstadiums zeichnen sich ab: transnationale Konzerne und internationale Finanzdienstleister als die Zentren der kapitalistischen Akkumulation, Dominanz des Finanzkapitals gegenüber dem "Realkapital", Wechsel vom "Managerkapitalismus" zum "Shareholder-Kapitalismus", höhere Mobilität des Kapitals, Zuspitzung der Standortkonkurrenz und damit verbundene Veränderungen in den Verwertungsbedingungen des Kapitals. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Krise des Fordismus zwar zu neuen und gewichtigen Modifizierungen bisheriger Entwicklungstendenzen sowie zur An-

passung der Kapitalverwertung an veränderte Bedingungen geführt hat, aber bisher noch nicht ein insgesamt neues Entwicklungsstadium des Kapitalismus festzustellen ist. Seine Grundtendenz bleibt die Verschärfung der ihm immanenten Widersprüche und Konflikte. Diese Problematik müßte jedoch weiter untersucht und diskutiert werden: Stecken wir noch tief in der Krise des Fordismus oder stehen wir an der Schwelle einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung? Stellt die gegenwärtige Entwicklung bereits eine Zäsur dar – Übergang zum „transnationalen“, „globalen“ Kapitalismus?

Drittens sind soziale Qualität und Verlauf der Globalisierung nicht etwas von außen kommendes, Naturgewalten gleichendes. Sie sind vielmehr entscheidend von der Politik abhängig und eine Folge der in den letzten Jahrzehnten vorherrschenden neoliberalen Politik des Marktfundamentalismus, eine Folge der Unterordnung der Politik unter die Interessen der „Wirtschaft“, d.h. der maximalen Verwertung des Kapitals. Marktfundamentalismus und Standortkonkurrenz untergraben soziale und ökologische Standards.

Viertens wird die Globalisierung entscheidend dadurch bestimmt, daß das Staatensystem des Realsozialismus verschwunden und der Kapitalismus das einzige Weltsystem ist, das die gesamte Weltwirtschaft durchdringt und beherrscht. Die Herausforderung der kapitalistischen Staaten von außen ist weggefallen. Die sozialistische Idee wurde durch die Deformationen in den staatssozialistischen Ländern diskreditiert. Dies trug und trägt dazu bei, dass Hemmungen zur Durchsetzung einer marktradikalen, sozial rücksichtslosen Politik der Profitsicherung kaum noch vorhanden sind. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren linke und gewerkschaftliche Gegenkräfte zur neoliberalen Politik geschwächt wurden.

Die Globalisierung ist sowohl ein objektiver Prozess wie auch ein Resultat der Politik, und auch ein politisch instrumentalisiertes Mythos. Nicht die stärkere internationale Arbeitsteilung ist das Charakteristische, sondern der Anpassungszwang an die veränderte weltwirtschaftliche Situation. Nicht nur für einzelne Unternehmen, sondern für ganze nationale Ökonomien wird mit dem Verweis auf den entfesselten Wettbewerb eine zügige Anpassung an die neuen Bedingungen des Weltmarktes gefordert. „Der Versuch, den wesentlichen Kern der Globalisierungs-Wahrnehmung, also der an diesen Ausdruck gehefteten politökonomischen Weltsicht, bloß zu legen, führt uns zu der These, dass Globalisierung mit extremer Konkurrenzverschärfung und allen daraus vermutlich fließenden (Anpassungs-)Zwängen assoziiert wird. Die Formel ‚Globalisierung = weltweite Wettbewerbsverschärfung‘ unterwirft dann alles Handeln und Verhalten der vermeintlichen Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit auf jeder Ebene und bis in die kleinsten Ecken der Sozialökonomie hinein zu stärken.“ (Zinn)

Der Begriff der Globalisierung bezeichnet keineswegs ein völlig neues substantielles Phänomen. Er wird aber als Vorwand genutzt, eine entfesselte Konkurrenz, die Renaissance des Laissez faire-Prinzips, zu rechtfertigen, das die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften in Reaktion auf die Weltwirt-

schaftskrise der dreißiger Jahre und ihrer Folgeerscheinungen in einer gesteuerten Ökonomie zeitweilig und zumindest teilweise überwunden hatten. Die Konzeption eines regulierten Kapitalismus erwuchs aus den gesellschaftlichen Katastrophen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhundert und hatte in den verschiedenen kapitalistischen Hauptländern unterschiedliche Ausprägungen. Beispielsweise versuchte der Staat in den USA, „die Schlüsselsektoren der Wirtschaft nicht durch Verstaatlichung zu kontrollieren, sondern durch einen entschieden amerikanischen Ansatz: wirtschaftliche Regulierung. Diese Stoßrichtung unterschied sich vom Vorgehen in Europa und den Entwicklungsländern. Im Vergleich zu diesen waren die USA stärker marktorientiert. Aber der Staat übte trotzdem eine beträchtliche Macht über den Markt aus. Tatsächlich wurde in den USA der 30er Jahre die ‚regulative Idee‘ zur Lösung für Probleme des Marktes. Diese Idee sollte für Jahrzehnte bestimmend bleiben, bis neue wirtschaftliche Verwerfungen und eine wachsende intellektuelle Kritik den Konsens unterminierten.“ (Yergin/Stanislaw)

Die Regulierung oder Einschränkung der Marktkräfte umfasste: einen mehr oder minder starken öffentlichen Sektor, Auflagen für Bank-, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Kapitalverkehrskontrollen, Fusionsbeschränkungen und mittelständische Wettbewerbspolitik, Auflagen für den Bereich von Immobilien- und Wohnungswirtschaft, Schutzrechte für Lohnabhängige, soziale Sicherungssysteme und sozialstaatliche Transfers. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des internationalen Währungs- und Kreditsystems der Nachkriegsperiode setzte sich in allen kapitalistischen Hauptländern eine Politik der Deregulierung, Privatisierung und Stärkung der Marktsteuerung durch.

Ein Kernpunkt des Globalisierungsprozesses ist die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der siebziger Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Das vergrößerte Gewicht der international vernetzten Finanz- und Kapitalmärkte erlaubt eine strikere Renditeorientierung und führt in der Konsequenz zu einer Verschärfung der Überakkumulation. Die Globalisierungsideologie oder der Mythos der Globalisierung zeigt sich vor allem in der von der herrschenden Politik und den Medien hervorgerufenen Meinung der Mehrheit der Bevölkerung, daß Zuspitzung und globaler Charakter des internationalen Konkurrenzkampfes Sachzwänge für die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik hervorrufen, die eine Senkung der Lohnkosten, vor allem der Lohnnebenkosten, die Erweiterung des Niedriglohnssektors, die Rücknahme von Sozialleistungen und die Reduzierung der Unternehmenssteuern unverzichtbar machen. Nur so sei der Platz Deutschlands in der Weltwirtschaft zu erhalten und zu verbessern, wodurch weitere Verluste von Arbeitsplätzen vermieden werden könnten. „Mit der Globalisierungsideologie soll der demokratischen Öffentlichkeit ausgedrückt werden, dass Vollbeschäftigung und Sozialstaat machbar sind, so wie dies in den 1950 und 60er Jahren der Fall war.“ (Zinn)

Die Konsequenzen sind: Auflösung der Stabilitäts-, Akkumulations- und Wachstumsbedingungen der Nachkriegsjahrzehnte; zunehmende Aushöhlung des Sozialstaates, Abbau sozialer Sicherungen; Zuspitzung der widersprüchlichen Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie; Umweltkrise und Verschärfung der Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie; Vertiefung der Kluft zwischen den reichen Industriestaaten und der Mehrheit der Länder der "Dritten Welt", des Nord-Süd Konflikts; revolutionierende Veränderungen der Produktivkräfte, vor allem verbunden mit der Informations- und Kommunikationstechnologie/Digitalisierung/Internet und der Bio- und Gentechnik.

"Insgesamt vollzieht sich seit Mitte der siebziger Jahre, verstärkt in den Neunzigern zutage getreten, ein dramatischer Bruch aller gewohnten Verhältnisse, eine Transformation des Kapitalismus, dessen Ausgang offen ist." (Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Internationale Finanzmärkte

Das internationale Finanzregime mit den Banken als Zentrum ist seit den 70er Jahren von einem Nachfolgesystem abgelöst worden, das auf drei wesentlichen Bausteinen beruht: (1) Ausbreitung eines privaten, global organisierten Netzes transnationaler Finanzinstitute, die jenseits der strikten Kontrolle der staatlichen Zentralbanken arbeiten. Die Ablösung der Investitionsfinanzierung durch das Finanzinvestment ist die treibende Kraft bei der Entwicklung der Finanzmärkte. (2) Rascher Aufstieg der institutionellen Anleger (Fonds). Das von ihnen verwaltete Vermögen hat sich von 1985 bis 1996 auf das Dreieinhalbfache erhöht – auf 21 Billionen Dollar. (3) Bedeutungsverlust der Bankkredite zugunsten von akquiriertem Kapital auf den internationalen Finanzmärkten. Die Liberalisierung und Integration der nationalen Finanzmärkte ermöglichte zudem die Internationalisierung des Kapitalflusses und –engagements. Der Anteil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, der in den unproduktiven Finanzsektor gelenkt wird, nimmt zu. Dies wirkt als Bremse für volkswirtschaftliches Wachstum, für die Entwicklung der Infrastruktur und damit auch der Beschäftigung, die dadurch ebenso wie der internationale Handel in zunehmende Unsicherheit und Labilität geraten.

Die Geld- und Finanzmärkte sind weltweit integriert, ihre Rolle im gesamten Verwertungsprozeß des Kapitals ist gewachsen. Hiermit sind auch Veränderungen im Verhältnis zwischen Finanz- und Geldsphäre einerseits und Realökonomie andererseits verbunden. Die Liberalisierung und Integration der nationalen Finanzmärkte ermöglicht die Internationalisierung von Produktion und Kapitalengagement. Die Umsätze auf den Weltdevisenmärkten stiegen seit Ende der 80er Jahre mit jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten von 12 bis 14 Prozent. Der Devisenumsatz beträgt heute fast das Hundertfache des Weltexports. In drei Tagen erreicht der Devisenumsatz damit das Wertvolumen des Exportumsatzes eines Jahres. Letzten Endes bleibt aber die Realökonomie Grundlage der kapitalistischen Reproduktion und Kapitalverwertung. Die Wertschöpfung in der Produktion bleibt auch für die leistungslosen Ver-

mögenseinkommen in der Finanzsphäre letztlich die Grundlage. Die Auflösung der Geldsphäre hat ihre entscheidende Ursache in der „Überakkumulation“ in der Realwirtschaft, d.h. in den wachsenden Schwierigkeiten, erzielte Gewinne in die Realwirtschaft zu investieren. Die Ursache hierfür liegt vor allem im Zurückbleiben der Massenkaufkraft hinter der Produktivitäts- und Produktionsentwicklung.

Die enge Kopplung zwischen der stärkeren Dominanz des Finanzkapitals im kapitalistischen Reproduktionsprozeß und der Globalisierung der Finanzmärkte führt nicht nur zu einer relativen Verselbständigung der internationalen Finanz- und Geldmärkte gegenüber dem Welthandel, sondern auch zu ihrer Abhebung gegenüber den nationalen Finanz- und Geldmärkten. Die internationalen Finanzmärkte üben heute im Vergleich zu früher einen weit größeren Einfluß auf die nationale Geld- und Finanzpolitik sowie die gesamte Wirtschaftspolitik aus.

Mit der rasanten Entwicklung finanzieller Transaktionen nehmen die Dimensionen der Finanzspekulationen und die daraus entspringenden Risiken zu. Die Crashes und Turbulenzen in den ostasiatischen Tigerstaaten und in Japan im Herbst 1997 haben aber wieder deutlich gemacht, daß Finanzkrisen einschneidende realwirtschaftliche Rückkopplungen hervorrufen, deren Ausmaß und Ausbreitung kaum vorhersehbar sind.

Der Anteil der Finanzanlagen (insbesondere der Aktien) am unternehmerischen Gesamtkapital ist in den letzten beiden Jahrzehnten sprunghaft angestiegen. Die Marktkapitalisierung der Aktiengesellschaften, die im Marktwert der Aktien zum Ausdruck kommt, hat sich im Verlaufe der 90er Jahre (von 1990 bis April 1999) in den USA von 2.819 auf 12.554 Milliarden Dollar und in der EU (15) von 2.346 auf 7.789 Milliarden Dollar erhöht (Bischoff 1999: 106, 140). Die Vermögens(Aktien)besitzer werden durch mächtige Kapitalfonds, vor allem durch die sogenannten institutionellen Anleger in Form von Investment- und Pensionsfonds, vertreten, so daß sie – natürlich nur die Besitzer größerer Vermögen – im Vergleich zu früher einen ganz anderen Druck auf die Wertschöpfung der Unternehmen ausüben können. Hiermit ist der Siegeszug des Shareholder-Value verbunden, der eine grundlegende Akzentverschiebung im Verhältnis von Lohnarbeit zu Kapital anzeigt. Der rigorose, auf keine anderen Unternehmensziele Rücksicht nehmende Druck auf kurzfristige maximale Renditen kennzeichnet die Shareholder-Value-Orientierung, die auch die entscheidende Grundlage für die Hegemonie des Finanzkapitals im gegenwärtigen Kapitalismus ist. Es geht hierbei nicht schlechthin um den unbedingten Vorrang der Eigentümerinteressen und den Ausschluß jeder Rücksichtnahme auf Interessen der abhängig Beschäftigten, sondern ebenso um die ausschließliche Konzentration dieser Interessen auf eine maximale Rendite. Damit ist die Dominanz des Shareholder Value auch eng mit der Gegenreform zur Aushöhlung der sozialstaatlichen Sicherungssystemen verknüpft.

Fortschreitende soziale Polarisierung und Ungerechtigkeit

Durch den Zwang zur Steigerung der Eigenkapitalrendite und die Ausrichtung der betrieblichen Wertschöpfung auf den Börsenwert der Unternehmen – Shareholder-value-Strategie – gerät die gesamte Sozialverfassung der Bundesrepublik Deutschland – oder allgemeiner: der Rheinische Kapitalismus – in die Defensive. Dies zeigt sich am Beispiel der Betriebsverfassung und der Tarifautonomie, an der Erosion des Systems der Mitbestimmung und der Stellung der Gewerkschaften. „Im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte hat sich ausgehend von den Vereinigten Staaten eine Machtverlagerung vom Top-Management zu den Aktionären hin vollzogen.“ (von Weizsäcker 1998: 15) Es sind allerdings nicht die wachsende Vielzahl von Aktionären, sondern die großen Aktionäre und vor allem die Gebieter über die Investmentfonds: Pensionskassen und Großbanken, deren Macht außerordentlich gewachsen ist.

Wir erleben seither verschiedenste Ansätze zur Veränderung des Zusammenspiels von Gesetzen und privat initiierten Praktiken, besser unter dem Begriff Corporate Governance bekannt. Dabei wird die Seite der Lohnarbeit – also Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften – einem massiven Machtverlust ausgesetzt. Die Shareholder-value-Strategie beseitigt die Ansätze einer humanen Arbeitsorganisation; die Arbeit am Band wird wieder aufgewertet, die Vorteile des standardisierten Taylorismus sollen mit denen der Gruppenarbeit gekoppelt werden. Diese Abwendung von einer innovativen Arbeitspolitik ist vor allem eine Folge des verschärften Wettbewerbs sowie der unter dem Diktat der Aktionäre geforderten Steigerung der Eigenkapitalrendite und Börsenkurse.

Selbst von den Verfechtern eines modernen Kapitalismus mit der Vorherrschaft von Aktien und Wertpapieren wird nicht bestritten, dass diese Umwandlung mit einer Aufkündigung der bisherigen Verteilungsrelationen, Verschärfung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden ist. Wenn die Aktiengesellschaften durch Verschlankeung und Optimierung ihres betrieblichen Wertschöpfungsprozesses ihre Eigenkapitalrenditen auf 15-20 Prozent nach oben schrauben, dann bedeutet das nicht nur outsourcing von weniger profitablen Unternehmensteilen und Erhöhung der Arbeitsintensität, sondern führt gesamtgesellschaftlich zu einem beschleunigten Rückgang des Anteils der Arbeitseinkommen am verfügbaren Reichtum und einer Bewegung der Masseneinkommen nach unten. Die dramatische Konsequenz der Shareholder-value-Strategie: Die Lohnabhängigen werden beim Umbau der Unternehmensnetze nicht beteiligt, sie sollen in verschlankten Wertschöpfungsprozessen Eigenkapitalrenditen von mindestens 15 Prozent erwirtschaften und sich zugleich mit (nach Unternehmerinteressen) flexiblen Arbeitszeiten, Lohnsteigerungen unter der gesellschaftlichen Produktivitätsrate und niedrigeren Altersrenten zufrieden geben.

Die Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen wird von den meisten Protagonisten der „Entschlackungskur“ nicht bestritten. „Der Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwingt auch die Europäer dazu, über die Zumutung wachsender Ungleichheit nachzudenken.“ (Hank) Solange wachsende

soziale Ungleichheit „fair“ verläuft und mit wirtschaftlicher Dynamik verbunden ist, ließe sich – so Hank – gegen Ungleichheit und soziale Ausgrenzung nichts einwenden. „Ungleichheit wäre dann nicht als Preis, sondern als die erwünschte Folge größerer Wachstumsdynamik anzusehen. Sie wäre nicht nur nicht zu beanstanden, sondern auch als ethisch wünschenswert zu qualifizieren.“ (Hank) Die Botschaft lautet auf den Punkt gebracht: Der Bürger des 21. Jahrhunderts gewinne als Konsument und Kleinaktionär, was er – womöglich sogar in gleicher Person – als Arbeitnehmer verliert. Doch gerade diese Botschaft überzeugt immer weniger. Die BürgerInnen sind nie gefragt worden, ob sie einen Wechsel zu diesem System wollen. Die Erwartung, dass sich mit diesen Veränderungen für größere Teile der Bevölkerung ein verbesserter Zugang zu Produkten und Dienstleistungen ergeben würde, ist illusionär.

4. Risiken der Globalökonomie

Das drastische bundesdeutsche Sparprogramm von 150 Milliarden DM bis zum Jahre 2003 vertraut auf die Robustheit der Weltökonomie. Die Hypothese der Regierungskoalition ist reichlich gewagt, dass eine neue Prosperität in Sicht sei und negative Rückkoppelungseffekte vom strikten Sparkurs nicht zu erwarten seien, da die hochentwickelten kapitalistischen Ländern das Konjunktural durchschritten hätten.

Es ist möglich, dass die relativ günstige konjunkturelle Konstellation bis zur Bundestagswahl 2002 einigermaßen stabil bleibt. Die deutsche Konjunkturentwicklung lebt weitgehend von der Dynamik der Weltwirtschaft. Die rot-grüne Regierungskoalition macht jedoch kaum Anstalten, die Binnenkonjunktur wirksam durch Erhöhung der Masseneinkommen und der öffentlichen Investitionen zu fördern. Die „Übertragenen Einkommen“ (monetäre Sozialleistungen) werden in den Jahren 2000 und 2001 mit voraussichtlich 1,0 bzw. 1,2 Prozent weit geringer als in den Vorjahren und auch im Verhältnis zur Nettolohn- und Gehaltssumme – 2,7 bzw. 5,0 Prozent – zunehmen. Die öffentlichen Investitionen werden 2000 und 2001 stagnieren. Wahrscheinlich werden jedoch die Effekte der internationalen Wachstumsdynamik und der höheren Dynamik der Nettoarbeitsentgelte ausreichen, um ein Wachstum von 2,5 bis 3 Prozent, eine Verbesserung der öffentlichen Finanzen und auch eine deutliche Reduktion bei den registrierten Arbeitslosenzahlen zu erreichen. Bei dem prognostizierten Wirtschaftswachstum (BIP real) für die Jahre 2000 und 2001 von 2,7 und 2,6 Prozent (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - DIW) bzw. 3,0 und 2,9 Prozent (Institut für Wirtschaftsforschung Halle - IWH) wird mit einem Rückgang der registrierten Arbeitslosen auf ca. 3,5 Millionen gerechnet. Gegenüber 1997 bedeutet dies im Jahre 2001 einen Rückgang der registrierten Arbeitslosen um 928.000. Die rot-grüne Regierungskoalition wird die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die Verbesserung der Haushaltseinkommen und die Reduktion der Arbeitslosigkeit als Ergebnisse ihrer Politik ausgeben können.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt – gemessen an den gesellschaftlichen und individuellen Problemen, die Arbeitslosigkeit hervorruft und an den rea-

len Möglichkeiten - zu gering. Die linke Opposition steht also vor der Herausforderung, nachzuweisen, dass diese Verbesserungen, insbesondere die Senkung der Arbeitslosigkeit, unzureichend sind. Mehr noch. Die Steuerreform und die Sparpolitik verschärfen die sozialen Unterschiede, die Schere zwischen Export- und Binnenkonjunktur hält an. Mit der Beschneidung der sozialen Transfers (Altersrenten, Krankenkassenbeiträge für Bezieher von Arbeitslosenhilfe und Kürzungen der Mittel für Arbeitsmarktpolitik) wird zudem eine neue Runde der Spar- und Konsolidierungspolitik vorbereitet.

Die sozialistische Linke muss diese veränderte Konstellation zur Kenntnis nehmen. Es reicht nicht mehr aus wie noch zu Zeiten der Regierung Kohl, auf die hohe Arbeitslosigkeit zu verweisen. Zwar bleibt die Arbeitslosigkeit mit 3,5 Millionen registrierten Arbeitslosen (Arbeitslosenquote 9 Prozent) und über 5 Millionen real fehlenden Arbeitsplätzen auch weiterhin auf einem äußerst hohen Stand - vor allem in den neuen Bundesländern -, aber die Regierungskoalition wird die erreichte Reduktion als Zwischentappe ausweisen. Die Linke müsste, ohne die Probleme und Gefahren der Massenarbeitslosigkeit zu vernachlässigen, die wachsenden Verteilungsprobleme, das Auseinanderfallen von Exportwirtschaft und Binnenkonjunktur, die Unterminierung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse stärker in das Zentrum ihrer Argumentation rücken. Bei einem konjunkturellen Rückschlag würden sich die erreichten Fortschritte schnell verflüchtigen, wobei die divergierende Entwicklung in Ost- und Westdeutschland sich mit hoher Wahrscheinlichkeit noch verschärfen würde.

Die sozial Schwachen, das untere Drittel der Gesellschaft, haben mit der Regierungsübernahme von rot-grün kaum mehr eine Stimme im politischen Raum. Die PDS erhält damit eine objektiv höhere Verantwortung, außerparlamentarisch - in Verbindung mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, Friedens- und Dritte Welt-Initiativen - und parlamentarisch, für die sozialen Rechte und die sozial-ökologischen Ansprüche der sog. „Modernisierungsverlierer“ einzutreten. Akzeptiert man die von der wirtschaftlichen Entwicklung Ausgegrenzten und Benachteiligten als eine entscheidende Zielgruppe, muss zugleich dafür gearbeitet werden, dass nicht politische Apathie und rechtspopulistische Scheinlösungen einen Nährboden finden. Die Politik der PDS muß darauf gerichtet sein, den Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen zunehmende Ungleichheit mit dem Kampf für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, für die Stärkung demokratischer Rechte und zivilgesellschaftlicher Strukturen zu verbinden. Sie muß es ermöglichen, vor allem die Menschen zu gewinnen, die besonders an der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft interessiert und auch bereit sind, sich dafür aktiv einzusetzen. Sie sind in fast allen sozialen Schichten vertreten.

Da - auf längere Sicht - auch Teile der „neuen Mitte“ von einem Unbehagen wachsender sozialer Ungleichheit und entsprechender kultureller Folgeerscheinungen sowie von der Umweltgefährdung und einem schleichenden Demokratieabbau betroffen sein werden, kann die PDS mit diesem strategischen Ansatz erreichen, sich dauerhaft im politischen System zu verankern.

5. Schlußfolgerungen für eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Linke Wirtschafts- und Sozialpolitik kann nur als wichtiger Teil einer alternativen Gesellschaftspolitik erfolgreich sein. Von hier aus ist die Frage nach den Adressaten dieser Politik möglichst genau und überzeugend zu beantworten:

Sie ist das Angebot einer Alternative zur herrschenden Gesellschaftspolitik und wendet sich an alle, die für Zukunftsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und friedliches Nebeneinander von Staaten und Nationen eintreten. Das heißt, sie kann weder auf ein einziges Anliegen - „Lösung der sozialen Frage“ - noch auf nur einen sozialen Widerspruch - den zwischen Kapital und Arbeit - noch auf ein einzelnes gesellschaftliches Subjekt - die „sozial Schwachen“ oder „die Arbeiterklasse“ - verkürzt werden. Die heutige Vielfalt von Aufgaben und die mit ihr einhergehende Vielfalt von gesellschaftlichen Akteuren muss als neue Herausforderung, als neue Chance linker Gesellschaftspolitik angenommen werden. Notwendig ist ein Politikkonzept, das sich sowohl durch klare Benennung der Ursachen der heutigen Zivilisationskrise wie durch Strategien für ihre Bewältigung, einschließlich notwendiger Eingriffe in die herrschenden Eigentums- und Machtstrukturen, als unverwechselbar sozialistisch kenntlich macht.

Eine linke Bewegung ist keine Bewegung „der Mitte“, aus der „Mitte der Gesellschaft“ heraus. Sie muss aber ein Zukunftsangebot auch für die „soziale Mitte“, das ist in den heutigen wirtschaftlich entwickelten Ländern die Mehrheit der Bevölkerung, sein. Sie muss deutlich machen, dass die Interessen des Großkapitals, der Großbanken, dass ungehemmte Profitudominanz und unkontrollierte Marktregulation die Zukunftsfähigkeit dieser Bevölkerungsmehrheit wie die der ganzen Gesellschaft gefährden.

Linke Politik muss in besonderem Maße die Interessen der sozial Benachteiligten in dieser Gesellschaft wahrnehmen. Die Art und Weise dieser Wahrnehmung muss aus dem Ursprung sozialistischer Bewegung fließen, aus der sozialen Konsequenz humanistischen Weltverständnisses, und sich deutlich abheben von Alimentierung, bürgerlicher Barmherzigkeit u.ä.

Linke Politik muß davon ausgehend sowohl systemkritisch und antikapitalistisch auf die Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Dominanz der Interessen maximaler Kapitalverwertung zielen und gesellschaftsgestaltend, sozialistisch sich für die Durchsetzung der sozialen Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung und der Erfordernisse einer ökologischen Umgestaltung einsetzen (Grundsatzkommission PDS 2000). In diesem Zusammenhang spielt auch die Weiterentwicklung und Erneuerung einer modernen Konzeption der Wirtschaftssteuerung und Kapitalkontrolle in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und bei der Transformation in eine neue Produktionsweise jenseits des Kapitalismus eine wichtige Rolle.

Die soziale Frage und die darin enthaltenen Probleme sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit sowie einer modernen Sozialpolitik stehen auch im 21. Jahrhundert im Zentrum linker sozialistischer Politik. Ihre Auffassung und Wider-

spiegelung in konkreten politischen Konzepten ist identitätsstiftend für eine linke sozialistische Partei. Die Lösung der sozialen Frage ist letzten Endes ihr Ziel. Gerade auf diesem Politikfeld wird die widersprüchliche Einheit und Verflechtung zwischen dem Kampf um die Erhaltung solch grundlegender Werte wie soziale Gerechtigkeit, soziale Gleichheit, Solidarität, Individualisierung und Emanzipation einerseits und ihrer notwendigen Weiterentwicklung entsprechen den veränderten Bedingungen offensichtlich.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, Inhalt und Umfang der sozialen Frage sowie ihre Beziehungen zu anderen Komplexen der gesellschaftlichen Entwicklung zu bestimmen. Soziale Gerechtigkeit heute muß um einige weitere Dimensionen erweitert werden, die für politische Konzepte einer sozialistischen Partei unverzichtbar sind:

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern in allen Sphären der Arbeit und des Lebens als eine Bedingung für die Emanzipation von Frauen und Männern; Gerechtigkeit zwischen den Generationen bei der Verteilung von Lasten und der Sicherung von Lebensgrundlagen; die Aktualität dieser Problematik zeigt sich deutlich in den Auseinandersetzungen um die öffentlichen Schulden, die Finanzierung der Rente und um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen, um eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung; Gerechtigkeit und Ausgleich zwischen Nord und Süd und auch zwischen West- und Osteuropa im Zusammenhang mit der Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses.

Eine entscheidende Frage für eine linke Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Beziehung zwischen Verteilung und sozialer Sicherheit einerseits und der Hervorbringung des gesellschaftlichen Reichtums andererseits. Der alternative Charakter linker wirtschaftspolitischer Konzepte kann nicht darin bestehen, daß die Probleme der Produktion und Wertschöpfung vernachlässigt werden. Auch in einem linken Konzept kommt einer innovativen, effizienten Wirtschaftsentwicklung, der Anwendung moderner Technologien eine herausragende Bedeutung zu. Ihre Spezifik müßte vor allem darin bestehen, dass sie auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft für die Menschen und die Gesellschaft gerichtet ist, und dass sie neue Technologien und Wirtschaftswachstum in Verbindung mit der Entwicklung der Lebensqualität der Menschen und der Berücksichtigung der Umwelterfordernisse bewertet.

Sollen alternative politische Konzepte nicht nur Wünsche werden, sind Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen, sind Akteure, die sich aktiv für die Durchsetzung der Konzepte einsetzen, sowie Bündnisse zwischen verschiedenen sozialen und Interessengruppen notwendig. Die ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozesse der letzten Jahrzehnte haben zu weitgehenden Veränderungen in den Bedingungen für eine alternative Politik geführt. Vor allem haben die Prozesse der Individualisierung und fortschreitender Differenzierung der Lebensbedingungen und der Interessen der Menschen gezeigt, dass bisherige Organisationsformen und Träger von Aktionen nicht mehr ausreichen. Linke Politikkonzepte dürfen daher nicht dabei stehen blei-

ben, notwendige Maßnahmen und Aufgaben zu begründen. Es müssen den heutigen Bedingungen adäquate Wege, Methoden und Formen ihrer Umsetzung ausgearbeitet werden, die auch der Differenziertheit der jeweils zu lösenden Probleme Rechnung tragen. Es sollte nicht dem Verschwinden bislang vorgestellter historischer Subjekte nachgetrauert, sondern in der neuen Vielfalt von Akteuren die neue politische Chance gesehen werden.

Kennzeichnend für Bemühungen zur praktischen Umsetzung wirtschafts- und sozialpolitischer Vorschläge sollten also sein: größere Vielfalt der Akteure, der sozialen Bewegungen und Organisationen, die sich für deren Umsetzung einsetzen, zunehmende Rolle von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Akteuren und ihrer Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen, Nutzung von Netzwerken für die Verflechtung zwischen den Bewegungen und Organisationen, wobei den Möglichkeiten moderner Kommunikationsformen über das Internet eine stetig wachsende Rolle spielen wird; Nutzung der Möglichkeiten in den Regionen für Aktionen, bei denen die BürgerInnen die Bedeutung ihres Einsatzes unmittelbar spüren, zunehmende Organisation und Vernetzung von Aktionen im zwischenstaatlichen Maßstab, mit einzelnen Ländern, EU-weit und global.

Literatur

- Altwater, Elmar, Monopoly spielen oder Mut machen, Frankfurter Rundschau vom 11.7.2000
 Bischoff, Joachim, Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, Hamburg 1999
 Hank, R. Das Ende der Gleichheit, Frankfurt a. M. 2000
 Huffschmid, Jörg, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 1999
 Köcher, Renate, Zwischen Fortschrittsoptimismus und Fatalismus, in: FAZ vom 16.8.2000, S. 5
 Kuhn, Wolfgang, Ostdeutsche Regionen im Transformationsprozeß – eine Bestandsaufnahme, in: MEMO-FORUM, Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, Nr. 27, Bremen 2000
 Lafontaine, Oskar, Interview in Saarbrücker Zeitung vom 11.8.2000
 Mahnkopf, Birgit, Rede anlässlich des Forums Grundwerte: Gerechtigkeit der SPD in Berlin am 26.4.2000
 Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Reformalternativen sozial – ökologisch – zivil, Berlin 1999
 Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002, Leittrag an den Cottbuser Parteitag, Entwurf von Gabi Zimmer/Dietmar Bartsch/Roland Claus, PDS Pressedienst, Nr. 29/2000
 Für eine sozialistische Politik! Position der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS vor dem Cottbuser Parteitag
 Rostocker Manifest, Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, Disput, Nr. 4/98
 Schröder, Gerhard, Politische Gestaltung oder: Primat der Ökonomie? Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Bonn, Juni 1998
 Thierse, Wolfgang, Rede auf dem Forum Gerechtigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 19.5.2000
 Weizsäcker, C. C. v., Alle Macht den Aktionären, in: FAZ vom 27.6.1998
 Yergin/Stanislaw, Staat und Markt, Frankfurt a. M./New York 1999
 Zinn, Karl-Georg, Gewinner und Verlierer der Globalisierung? Wirtschaftsentwicklung im letzten Viertel des Jahrhunderts, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2000

Lückenbüßer oder Gegenmacht?

Nonprofit-Organisationen im Allgemeinen und im Wohnungswesen

Fragen des kapitalistischen Eigentums und der Profitdominanz spielen in der programmatischen Debatte linker Strömungen und Parteien eine zentrale Rolle. Die Diskussion hat sich in den Monaten vor dem Münsteraner Parteitag der PDS insbesondere an der in den Mehrheitsthesen der Programmkommission enthaltenen Hauptaussage „Der ökonomische Kern des Übergangs zu einer neuen Regulationsweise ist die Überwindung der Profitdominanz“¹ entzündet. Die damit skizzierte Konzeption ist, wie Bischoff/Hüning mit Recht feststellen, „nicht sonderlich konkret“², zumal sie sich im wesentlichen auf Vorschläge zur Veränderung in der gesamtgesellschaftlichen bzw. makroökonomischen Regulation beschränkt.

Die Überwindung der Profitdominanz, d. h. der Vorherrschaft des kapitalistischen Eigentums und der damit verbundenen Regulierungsweise, bedarf aber auch entscheidender Veränderungen auf der Ebene der Unternehmen und anderer wirtschaftender Organisationen, also in der Mikroökonomie. Deshalb steht die Frage: Wie können Unternehmen dem Diktat der Finanzmärkte, dem Druck der institutionellen Geldkapitalanleger, dem „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes ... im Dienst der Maximierung des durch Aktien erzielten Profits“³ entzogen werden, indem ihr betriebswirtschaftliches Regime zukünftig nicht primär vom Streben nach Profit getrieben wird, sondern von übergeordneten gesellschaftlichen und individuellen Interessen geleitet wird?

Damit verbunden ist die Gretchenfrage, ob die Profitdominanz in der kapitalistischen Ordnung nur durch revolutionäre Akte der Enteignung – nach den bisherigen Praktiken gleich Verstaatlichung – überwunden werden kann, oder ob es andere Wege ihrer Zurückdrängung gibt. Wie weg von der Profit-Dominanz des kapitalistischen Eigentums, ohne hin zum totalen Staat? Existieren (schon) heute wirtschaftende Organisationen im Schoß einer vom Kapital dominierten Marktwirtschaft – kurz: in einer kapitalistischen Marktwirtschaft –, die nicht vom Profitstreben dominiert werden und die Keime für deren zukünftige Überwindung verkörpern, ohne einer totalitären Dominanz des Staates Vorschub zu leisten? Im Sinne von Marx' bekanntem Zitat:

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhält-

¹ Thesen zur programmatischen Debatte vom November 1999, in: Pressedienst der PDS, Berlin, Nr. 47/99, S. 20. Dgl. www.PDS-online.de, RTF-Datei, S. 34.

² Joachim Bischoff/Hasko Hüning, Kapitalismuskritik und moderner Sozialismus, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Frankfurt/Main Nr. 41, März 2000, S. 18.

³ Michel Aglietta, Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg, 2000, S. 94 u. 142.

nisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“⁴

Ähnliche Äußerungen Marx' gibt es in anderen Zusammenhängen, so bei der kapitalistischen bzw. gesellschaftlichen Leitung der Produktion⁵ und bei den Formen immer notwendiger Mehrarbeit.⁶

In der kapitalistischen Ordnung existieren tatsächlich im nennenswerten Umfange – wie ausführlicher zu zeigen sein wird – wirtschaftende Organisationen, die wie andere, profitorientierte, Unternehmen ebenfalls auf dem Markt mit Gütern und Leistungen agieren, deren Hauptzweck selbst aber nicht die Verwertung des vorgeschossenen Kapitals mit dem Ziel der Mehrung des Profits seiner Eigentümer besteht. Im englisch-amerikanischen Sprachbereich existiert für diese wirtschaftenden Einheiten die klare Bezeichnung „Nonprofit-Organisationen“ (NPO), in Deutschland wird von der offiziellen Wissenschaft typischerweise die verschwommene Bezeichnung „Dritter Sektor“ bevorzugt⁷, da der Begriff „Profit“ als tabu gilt.⁸ Wer „Nonprofit-Organisation“ als Wort vermeiden will, gebrauche stattdessen als Synonyme zutreffender „gemeinnützige Organisationen“ oder „Gemeinwirtschaft“; dabei darf „gemeinnützig“ allerdings nicht vordergründig aus der Sicht des Steuerrechts interpretiert werden (s. u.).

Die Formel „Dritter Sektor zwischen Staat und Markt“ verschleiert sowieso mehr, als sie klarstellt: Unklar bleibt, welcher Bereich des Staates gemeint ist, nur der staatliche Verwaltungsapparat oder auch die Unternehmen in öffentlicher Hand? „Markt“ kann hier nur im Sinne des Feldes kapitalistischer, profitorientierter Unternehmen verstanden werden, denn auch die NPO bieten Güter und Leistungen auf dem Markt an. Desgleichen ist die Relation „zwischen“ irreführend: Sie suggeriert eine so nicht gegebene Mittlerrolle zwischen „Staat“ und „Markt“.

Im folgenden gilt es, Art und Umfang des existierenden NPO-Sektors und seine Entwicklungsmöglichkeiten näher zu betrachten und zu erläutern. Die allgemeinen Aussagen werden am Beispiel des wichtigen Bereichs Wohnungswesen spezifiziert. Damit wird angesichts häufig sehr abstrakter Programmdiskussionen der Versuch unternommen, an einem konkreten Gegenstandsbereich zu zeigen, wie sich Visionen von der Zukunft und politisches Handeln in der Gegenwart verbinden lassen könnten.

⁴ Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Berlin, Bd. 13, S. 9.

⁵ Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band. MEW, Berlin, Bd. 25, S. 400.

⁶ Ebenda, S. 827.

⁷ Charakteristisch ein oft zitierter Titel: Helmut K. Anheier et al., Der Dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin 1998.

⁸ Auch der bekannte Buchtitel „Terror der Ökonomie“ wäre sachgerechter aus dem Französischen mit „Terror des Profits“ zu übersetzen gewesen!

Begriff und Merkmale von Nonprofit-Organisationen (NPO)

Gemeinsame Merkmale der in der Öffentlichkeit agierenden Institutionen sind:

- Sie wirtschaften eigenverantwortlich, sind aber nicht primär gewinnorientiert, d. h. sie schütten an Eigentümer (egal wie formiert) oder leitende Angestellten keine Gewinne aus.
- Die Zugehörigkeit ist freiwillig, d. h. es besteht keine Zwangsmemberschaft, und
- sie gewährleisten die ehrenamtliche Mitwirkung, Mitsprache bzw. Mitbestimmung ihrer Mitglieder, Mitarbeiter und gegebenenfalls ihrer Kunden o. ä.

Dazu zwei Anmerkungen: *Erstens* ist das Vorhandensein von (bezahlter) Erwerbsarbeit entgegen teilweise anderer Auslegung kein Abgrenzungs- oder Unterscheidungsmerkmal, in NPO kann sowohl Erwerbsarbeit als auch freiwillige, unbezahlte Arbeit geleistet werden. Entscheidend ist, dass die Arbeit unabhängig von einer Kapitalrendite bzw. Profitrate erfolgt. *Zweitens* bedeutet „nonprofit“ nicht Gewinnverzicht überhaupt, sondern – wie formuliert – „nur“ Verzicht auf Gewinnausschüttung an Eigner oder leitende Angestellte; damit entfällt das Gewinnstreben als individuelles Motiv. Notwendig bleibt aber in der Regel die Erwirtschaftung von Überschüssen über die Kosten, d. h. Gewinnerwirtschaftung, um Investitionen in den eigenen Geschäftsbetrieb finanzieren zu können.

Die existierenden Nonprofit-Organisationen lassen sich nach ihren Beziehungen bzw. ihrer Stellung zum Staat in zwei große Gruppen unterteilen: private NPO und öffentliche NPO.

Das Hauptkriterium für diese Unterscheidung ist das Eigentumsverhältnis: Während die privaten NPO in der Regel als Zusammenschluss natürlicher Personen in der Form eigenständiger Vereine und Genossenschaften existieren, die über ihr Eigentum selbst verfügen, tritt bei den anderen NPO der Staat als Eigentümer in Erscheinung, und sie sind in der Regel entweder wirtschaftlich selbständige GmbH oder öffentliche (Regie-) Betriebe. Das bedeutet jedoch nicht, dass die privaten NPO vom Staat unabhängig sind; wie wir noch sehen werden, bestehen deren Haupteinnahmen – zumindest bei den Vereinen – zu einem großen Teil aus staatlichen Mitteln, über deren Verwendung der Staat eine direkte Kontrolle ausübt. Dagegen stammen bei den öffentlichen NPO die Haupteinnahmen überwiegend aus Entgelten/Zahlungen der Bürger für in Anspruch genommene Leistungen (bei öffentlichen Krankenhäusern gegebenenfalls auf dem Weg über die Sozialversicherung).

Stand und Entwicklung der privaten NPO

Als spezielle Merkmale der privaten NPO sind folgende hervorzuheben.⁹ Sie sind

⁹ In Anlehnung an Lester M. Salamon et al., *Der Dritte Sektor. Aktuelle Trends. The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Phase II, Gütersloh 1999, S. 9.*

- institutionell vom Staat getrennt und der Staat hat an ihnen keine Eigentumsrechte;
- sie sind autonom, d. h. die Mitglieder üben selbst die Kontrolle über die Geschäftsführung der NPO aus (abgesehen von externen Kontrollen über die sachgerechte Verwendung öffentlicher Fördermittel);
- sie stützen sich zumindest teilweise auf ehrenamtliches (freiwilliges) Engagement und/oder Beiträge und Spenden;
- ihre kulturell-sozialen Leistungen werden in der Regel unentgeltlich erbracht bzw. Gebühren und Preise sind nicht kostendeckend;
- sie erbringen Leistungen, die von gewerblichen Anbietern wegen fehlender Renditemöglichkeit nicht erbracht werden.

Zu diesem Bereich wurden seit etwa 1993 im Rahmen des „Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projects“ in 22 Staaten (vorwiegend Industrieländer in Europa, aber auch Australien, USA, Israel und Japan sowie Länder in Lateinamerika) Untersuchungen durchgeführt, inzwischen liegen bemerkenswerte Ergebnisse vor, die in zwei deutschsprachigen Publikationen zusammengefasst worden sind: eine zur internationalen Situation¹⁰ und eine zu Deutschland.¹¹

Wie die Untersuchungen zeigen, liegt der Tätigkeitsschwerpunkt der privaten NPO bisher im kulturell-sozialen Bereich. Dabei lassen sie sich wiederum in zwei Untergruppen zusammenfassen: zum einen in das zivilgesellschaftliche Vereinswesen, das vor allem mitgliederorientiert ist, und zum anderen in das der sozialstaatlichen Dienstleister, die auf Leistungen für Dritte ausgerichtet sind.¹²

In den untersuchten 22 Staaten erbrachten die privaten NPO im Jahre 1995 4,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes, in ihm waren 18,8 Millionen Vollzeitbeschäftigte tätig; das entspricht 5 Prozent der Gesamtbeschäftigten in der Volkswirtschaft (ohne Landwirtschaft) und 9,2 Prozent des gesamten Dienstleistungsbereichs.¹³ Für den Bereich der privaten NPO in West- bzw. Ostdeutschland wird auf die betreffenden Veröffentlichungen verwiesen.¹⁴

Insgesamt kommen die verschiedenen Untersuchungen übereinstimmend zu der Feststellung, dass der Sektor der privaten NPO im kulturell-sozialen Bereich wächst und weiter wachsen wird. Private NPO werden vom herrschen-

¹⁰ Lester M. Salamon et al., a.a.O.

¹¹ Helmut K. Anheier et al. (Hg.): *Der Dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1997.

¹² Vgl. dazu Annette Zimmer, *Public-Private Partnerships: Staat und Dritter Sektor in Deutschland*, in: Helmut K. Anheier et al. (Hg.): *Der Dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*, a. a. O., S. 75ff.

¹³ Lester M. Salamon et al., a. a. O., S. 14.

¹⁴ Helmut K. Anheier et al., a. a. O., S. 33ff., 112.

den Wirtschaftssystem und von der dominanten neoliberalen Wirtschaftspolitik als eine notwendige politisch-soziale Infrastruktur gefördert. Die wissenschaftliche Begründung dafür wird durch die „institutionelle Theorie“¹⁵ geliefert. Quantitative Gründe für sein Wachsen liegen vor allem in der Zunahme der älteren Bevölkerung, in möglichen Arbeitszeitverkürzungen und dem hohen Anteil aus dem „ersten Arbeitsmarkt“ Ausgegrenzter, insofern befindet der Sektor der privaten NPO sich in der Rolle des Lückenbüßers!

Festzustellen ist, dass sich fast alle Publikationen zum „Dritten Sektor“ im wesentlichen nur auf private NPO im kulturell-sozialen Bereich beschränken.¹⁶ Leider bedient auch Jörg Nielandt in seiner kritischen Studie zum Nonprofit-Sektor¹⁷ diese enge Auffassung, die die öffentlichen NPO und andere Bereiche außerhalb der Betrachtung lässt.

Stand und Entwicklung der öffentlichen NPO

Im eigentlichen Sinne¹⁸ gehören hierher die Betriebe und Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung; sie sind wiederum zu unterscheiden nach öffentlich-rechtlicher oder privat-rechtlicher Existenzform. Die Vorteile der eigenständigen Konstituierung in Form von Unternehmen (in der Regel als GmbH) können besonders in der Übertragung einer höheren Verantwortung für wirtschaftliches und ökologisches Handeln bei der Erfüllung sozialer Aufgaben bestehen. Sie ermöglicht den Übergang von der etatistischen Finanzierung zum Prinzip der Kostendeckung mit den Methoden der Betriebswirtschaft.

Spezielle Merkmale der öffentlichen NPO:

- Sie sind zwar als juristisch und ökonomisch selbstständige Organisationseinheiten konstituiert, aber Eigentümer – zumindest mit entscheidenden Anteilen – ist die öffentliche Hand bzw. der Staat (Bund, Land oder Kommune – direkt oder vermittelt).
- Die Kontrolle über die Geschäftsführung wird von öffentlich bestellten Aufsichtsgremien ausgeübt.
- Sie verkaufen ihre Güter und Leistungen in der Regel zu kostendeckenden Gebühren bzw. Preisen.

¹⁵ Siehe Lester M. Salamon und Helmut K. Anheier, Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch, in: Helmut K. Anheier et al. (Hg.), Der Dritte Sektor in Deutschland, a. a. O. S. 211ff., speziell S. 224ff.

¹⁶ Siehe auch Christoph Badelt (Hg.), Handbuch der Nonprofit Organisation [im Original ohne Bindestrich] – Strukturen und Management, Stuttgart 1997, 478 Seiten.

¹⁷ Jörg Nielandt, Der Nonprofit-Sektor – Neue Perspektiven für die Gemeinwirtschaft? Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg, Heft 6/1998.

¹⁸ Im weiteren Sinn gehört hierher auch die staatliche Verwaltung. Vgl. Gabler-Wirtschaftslexikon, Wiesbaden 1997, CD-ROM, Stichwort „Nonprofit-Organisation (NPO)“ mit Abbildung.

- Für Abnehmer der Leistungen und für Beschäftigte der öffentlichen NPO bestehen Möglichkeiten zur Mitwirkung und Mitbestimmung, die aber in der Regel für die Geschäftsführung nicht bindend sind.

Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung existieren in vielen Ländern vor allem in den Bereichen Energie, Transport- und Fernmeldewesen sowie Finanzen. Mit ihren Gütern und Leistungen konkurrieren sie mit Kapitalunternehmen.

Im Jahre 1991 arbeiteten in den Ländern der damaligen Europäischen Gemeinschaft, der sogenannten 12er-Gemeinschaft (Frankreich, [West-] Deutschland, Italien, Großbritannien, Spanien, Portugal, Belgien, Niederlande, Griechenland, Dänemark, Irland und Luxemburg) in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung 7,1 Millionen Beschäftigte und betrug deren Anteile im nicht-landwirtschaftlichen Sektor bei den Beschäftigten 8,9 Prozent, bei der Wertschöpfung 10,9 Prozent und bei den Bruttoanlageinvestitionen 15,6 Prozent.¹⁹

Dabei lag Deutschland (ohne das Gebiet der ehemaligen DDR) etwa beim Durchschnitt, während Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal erheblich nach oben und dagegen Großbritannien, die Niederlande und Luxemburg wesentlich nach unten abwichen.

Im Unterschied zu den privaten NPO entwickelt sich der Sektor der öffentlichen NPO als Resultat des Paradigmenwechsels in der herrschenden Wirtschaftspolitik rückläufig. Bereits 1991 lagen die durchschnittlichen Anteile gegenüber 1982 wesentlich niedriger. Dieser Prozess der Privatisierung durch Verkauf von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung an Kapitalunternehmen wurde in den 90er Jahren unter der Losung „Markt statt Staat“ weiter fortgesetzt. Joachim Bischoff ist deshalb zuzustimmen, wenn er „die Zerstörung der gemischten Ökonomie (privatkapitalistischer, genossenschaftlicher und öffentlicher Sektor)“²⁰ anprangert.

Öffentliche NPO werden vom herrschenden Wirtschaftssystem und von der dominanten neoliberalen Wirtschaftspolitik als systemfremd behandelt; statt sie zu fördern, werden sie eingeschränkt. Könnte eine alternative, linke Wirtschaftspolitik sie dagegen als Gegenmacht ausbauen? Ein Hauptfeld der Auseinandersetzung bilden in diesem Zusammenhang die Nonprofit-Wohnungsunternehmen.

Existenz und Zuordnung von Nonprofit-Wohnungsunternehmen

In Deutschland hat die Wohnungsgemeinnützigkeit eine lange Tradition.²¹ Wesentliche Merkmale gemeinnütziger Wohnungsunternehmen waren:

¹⁹ Siehe Lysiane Cartelier, Öffentliche Unternehmen und Globalisierung, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft, Wien, Heft 3/1994, S. 58f.

²⁰ Joachim Bischoff, Ein Akkumulationsregime der Vermögensbesitzer?, in: Michel Albert et al.: Ein neuer Akkumulationstyp? Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 5/2000, S. 2.

²¹ Vgl. u. a.: Heinrich Wahlen, Wohnungsgemeinnützigkeit und genossenschaftliches Selbstver-

- Soziale Orientierung, insbesondere „Kleinwohnungsbau“ zu erschwinglichen Mieten statt Groß- oder Luxuswohnungsbau;
- keine Gewinnmaximierung und Begrenzung der Dividendenausschüttung auf maximal 4 Prozent;
- Vermögensbindung, d. h. im Falle des Ausscheidens als Gesellschafter oder Genossenschaftsmitglied Rückzahlung der Einlage nur in der nominalen Höhe (also ohne Wertsteigerung) und
- bei Einhaltung der obigen Kriterien Gewährung von Steuerbefreiungen und -vorteilen.

Ende der 80er Jahre schaffte die CDU/FDP-Regierung im Zuge ihrer neoliberalen Politik die steuerliche Wohnungsgemeinnützigkeit ab. Der Streit wurde in der Öffentlichkeit vordergründig um die Steuerbefreiungen für die betreffenden Wohnungsunternehmen geführt²², in Wirklichkeit ging es um mehr: um größere Spielräume für die kapitalistischen Wohnungsunternehmen. Begünstigt wurde die politische Absicht durch weit verbreitete öffentliche Fehleinschätzungen der Wohnungssituation und die Fehlentwicklungen im gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmen „Neue Heimat“, der damals größten gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft. Dennoch existiert – wird von dem in der Sache sekundären Umstand der fehlenden Steuervorteile abgesehen – gemeinnütziges statt gewinnmaximierendes Verhalten als primäres Unternehmensziel de facto fort. Alle genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungsunternehmen, deren primäre Aufgabenstellung in der sozialen Wohnungsversorgung ihrer Mitglieder und einkommensschwacher Bevölkerungsschichten besteht und die nicht gewinnmaximierend arbeiten, lassen sich als NPO klassifizieren, obwohl die Angaben zum Wohnungswesen in der Literatur zum „Dritten Sektor“ entweder schwierig nachzuvollziehen (so bei Anheier et al.²³) oder nicht erkennbar (so bei Cartelier²⁴) sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland liegen die umfassendsten Angaben über die Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen vor, die in der Regel Mitglied des Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen e. V. (GdW) sind. Diesem Verband gehörten mit Stand Ende 1998

ständnis, in: Tilman Harlander/Heinrich Wahlen (Hg.), Gerüste brauchen wir nicht. Aachen 1989, S. 219ff. – Helmut W. Jenkis, Wiedereinführung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes. Eine realistische Perspektive, in: Lothar F. Neumann (Hg.), Wohnungsmarkt in der Krise. Köln 1994, S. 117ff. – Eine kurze Geschichte des GdW und seiner Vorläuferverbände. Hg.: GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, Berlin 1999.

²² Siehe dazu ausführlich Helmut W. Jenkis, Die Steuerbefreiung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen im Widerstreit der Interessen – Versuch einer Klärung, Bonn 1987. (Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen, Bd. 43.)

²³ Helmut K. Anheier, Der Dritte Sektor in Zahlen: Ein sozial-ökonomisches Porträt, in: Helmut K. Anheier et al. (Hg.), Der Dritte Sektor in Deutschland, a. a. O. Siehe einzelne Angaben auf S. 36f. u. 67 (Beschäftigte und Ausgaben); S. 38 (ehrenamtliche Mitarbeiter); S. 43 (Marktstruktur); S. 55 u. 68 (Einnahmenstruktur).

²⁴ A.a. O.

insgesamt 3.167 Unternehmen an, die 6,9 Millionen Wohnungen bewirtschaften. Das entspricht einem Fünftel aller Wohnungen bzw. rund einem Drittel der Mietwohnungen in Deutschland.²⁵ Rund 16 Millionen Menschen leben in diesen Wohnungen.

Aufgliederung der GdW-Unternehmen nach Unternehmensformen²⁶

Unternehmen	Anzahl der Unternehmen	Anzahl der Wohnungen
Wohnungsbaugenossenschaften	2.016	2.312.800
Kommunale Wohnungsunternehmen	757	2.999.100
Öffentliche Wohnungsunternehmen des Bundes und der Länder	55	435.400
Sonstige Wohnungsunternehmen	339	1.140.100

Bei näherer Betrachtung sind die ihrer Anzahl nach bedeutendsten Unternehmen offensichtlich nach dem Merkmal der Eigentumsverhältnisse unterschiedlichen Bereichen des NPO-Sektor zuzuordnen: die Wohnungsgenossenschaften den privaten NPO und die kommunalen Wohnungsgesellschaften den öffentlichen NPO. Speziell die Wohnungsgenossenschaften haben sich bei der Transformation der DDR-Wirtschaft in bundesdeutsche Verhältnisse (ähnlich den Agrargenossenschaften) als relativ stabile Organisationen erwiesen.

Auch in bezug auf Möglichkeiten der Mitwirkung und das Ehrenamt sind beide Gruppen von NPO deutlich zu unterscheiden: In Genossenschaften bestimmen die Mitglieder über entwickelte demokratische Formen aktiv über das Geschehen mit, während in den kommunalen Wohnungsgesellschaften die Möglichkeiten und die Wahrnehmung der Mitwirkung der Mieter in Gestalt von Mieterbeiräten oft nur schwach ausgebildet sind.

Wie auch in den Studien des „Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projects“ festgestellt wird, ist das Prinzip der Gemeinwirtschaft im Wohnungs- und Genossenschaftswesen rückläufig.²⁷ Die vorherrschende neoliberale Politik war und ist systematisch darauf gerichtet, nach der Abschaffung der steuerlichen Wohnungsgemeinnützigkeit den Anteil der de facto gemein-

²⁵ Nach GdW, Eine kurze Geschichte des GdW und seiner Vorläuferverbände, a. a. O., S. 56f.

²⁶ Ebenda, S. 57.

²⁷ Siehe Helmut K. Anheier, a. a. O., S. 32.

nützigen Wohnungsunternehmen auf verschiedenen Wegen weiter zu verringern: Die öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau wurden einschneidend gekürzt. Die in der bisherigen Steuergesetzgebung enthaltene Möglichkeit zur Verrechnung von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung mit Gewinnen aus anderen Geschäftszweigen benachteiligte die meist branchenreinen genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsunternehmen. Den Genossenschaften werden die vorteilhaften Fördermöglichkeiten des neuen Eigenheimzulagengesetzes nur gewährt, wenn sie „eigentumsorientiert“ sind, d. h. wider den genossenschaftlichen Grundgedanken ihre eigene Zerlegung in individuelles Wohneigentum betreiben. Dieser Politik entspricht auch die auf allen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – betriebene Privatisierung und der Verkauf von Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand an Kapitalgesellschaften (aktuelles Beispiel: Verkauf der Eisenbahnerwohnungen). Besonders krass ist die Verkleinerung des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungssektors in den östlichen Bundesländern auf der Grundlage des sogenannten Altschuldenhilfegesetzes (AHG) exekutiert worden.

Grundsätzliches und alternative Politikansätze

Zusammenfassend lässt sich die wesentliche Feststellung treffen, dass innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems umfangreiche wirtschaftende Bereiche mit selbstständigen Organisationen existieren, die nicht primär profitorientiert arbeiten, also nicht unmittelbar der Profitdominanz unterworfen sind. Zahlenmäßig handelt es sich in der Bundesrepublik um etwa 12 bis 13 Prozent der insgesamt in der Volkswirtschaft Beschäftigten (wie oben gezeigt etwa vier Prozent in privaten NPO und rund neun Prozent in öffentlichen NPO) mit entsprechenden Anteilen am erzeugten Bruttosozialprodukt. So können NPO einen Prototyp für nichtkapitalistische Entwicklungswege darstellen. Selbst in ihrer einfachsten Ausgestaltung stellt ihre Existenz unter Beweis, dass Institutionen ohne primäre Gewinnorientierung lebensfähig sind und gemeinwohlorientierte Arbeit leisten können.

Die Zusammensetzung und die Entwicklungsmöglichkeiten der NPO sind unter den gegenwärtigen Bedingungen sehr heterogen und unterschiedlich, sogar zwiespältig einzuschätzen. Vereinfacht lässt sich feststellen: Während die privaten NPO insbesondere im kulturell-sozialen Bereich eher einen die kapitalistische Wirtschaftsordnung kompletierenden Charakter aufweisen, im Sinne von sozialer Infrastruktur stabilisierend wirken – d. h. tatsächlich die Rolle eines Lückenbüßers spielen –, lässt sich das für die öffentlichen NPO (und bestimmte private NPO, wie die Wohnungsgenossenschaften) nicht so ohne weiteres sagen. Sie könnten eher eine Gegenmacht darstellen. Letzteres lässt sich schon an der Hartnäckigkeit erkennen, mit der neoliberale Politiker diverser Parteien an der Demontage dieses Bereichs arbeiten.

Aber so eindeutig lassen sich beide Gruppen von NPO wiederum nicht werten, in den privaten NPO, die im kulturell-sozialen Bereich einerseits eine

notwendige Infrastruktur des kapitalistischen Wirtschaftssystems verkörpern, bilden sich zugleich andererseits zukunftsfähige zivilgesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse ehrenamtlicher, freiwilliger Arbeit heraus, die angesichts notwendiger Arbeitszeitverkürzungen und damit möglicher Verlängerung der Freizeit perspektivisch an Bedeutung gewinnen. Hier liegen gerade aus Sicht der Frauen große Chancen der Veränderung des Charakters der Arbeit,²⁸ in ähnliche Richtung – wenn auch stärker durch beschäftigungspolitische Ziele initiiert – weist der von der PDS favorisierte „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“ (ÖBS)²⁹, speziell die in Mecklenburg-Vorpommern betriebenen „Gemeinwohlorientierten Arbeitsprojekte“ (GAP).

Aber solange die privaten NPO und der ÖBS auf den kulturell-sozialen Bereich beschränkt bleiben und nur diesem Bereich Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden, bleiben sie in der Rolle des Lückenbüßers und wird der Charakter des Gesamtsystems nicht verändert, es bleibt insgesamt kapital- und profitdominiert, insofern fehlt einem Großteil der bisher existierenden privaten NPO die gesamtgesellschaftliche Reformperspektive.³⁰

Auf lange Sicht systemverändernde Wirkungen könnten dagegen von einer Verbreiterung der NPO als nichtkapitalistischer Wirtschaftseinheiten außerhalb des kulturell-sozialen Bereichs ausgehen. Gelänge es, den Anteil der NPO für andere Dienstleistungen und Güter auszudehnen, könnte der Wirkungsbereich des Profitmechanismus eingeschränkt werden. Das wäre zusammen mit entsprechenden Veränderungen in der gesamtgesellschaftlichen Regulationsweise ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachkapitalistischen Produktionsweise, die aber nicht zwangsläufig wieder staatssozialistische Züge annehmen müsste, in diesem Sinne könnten NPO im Bereich der Güterproduktion und Dienstleistungen eine Gegenmacht sein bzw. werden. Diese Rolle käme neben Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung insbesondere privaten NPO, also vor allem Genossenschaften, zu, weil damit zugleich Brechen für einen nichtstaatlichen, zivilgesellschaftlichen Bereich geschlagen würden. Hier sei an die Bemerkungen von Marx und Engels zur Rolle der Konsum- und Produktivgenossenschaften erinnert.³¹ Das gilt für alle Bereiche, wobei heute in Deutschland die Agrargenossenschaften, die in Ostdeutschland aus den früheren Landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-

²⁸ Vgl. u. a. Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft. Schriftenreihe, herausgegeben von Hanna Behrend, Band 7: Carola Möller et al., Wirtschaften für das „gemeine Eigene“. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin 1997; Band 8: Anneliese Braun, Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Von der Notwendigkeit, Erwerbs- und Reproduktionsarbeit umzuorientieren, Berlin 1998.

²⁹ Siehe Harald Werner (Hg.), Zwischen Staat und Markt. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, Hamburg 2000.

³⁰ Vgl. Jörg Nielandt, a. a. O., S. 31.

³¹ Siehe u. a. Marx/Engels, Ein Komplott gegen die Internationale, MEW, Berlin, Bd. 18, S. 466; Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW, Berlin, Bd. 19, S. 200.

schaften (LPG) hervorgegangen sind, und in allen Bundesländern die Wohnungsgenossenschaften das relativ größte Gewicht haben. Sie machen den Kapitalisten überflüssig, aber erst ihre gesamtgesellschaftliche Ausbreitung verändert den Charakter der Wirtschaftsordnung. Bis dahin wird nur der Profit sozialisiert – aber das wäre schon ein wichtiger Schritt. Dabei ist die erreichte sozialökonomische Stufe der Genossenschaft durchaus unterschiedlich zu bewerten, je nachdem, ob die Arbeiter und Angestellten der Agrargenossenschaft bzw. die Nutzer der Genossenschaftswohnungen alle Mitglieder der jeweiligen Genossenschaft sind, oder ob Lohnarbeiter beschäftigt bzw. Wohnungen auch an Nichtmitglieder vermietet werden.

Angesichts des hohen Anteils von Wohnungen, die durch NPO bewirtschaftet werden, der langen Gemeinnützigkeitstradition und der schon immer hohen staatlichen Regulierungsintensität im Wohnungswesen könnte die Umkehr der Privatisierungsstrategie in diesem Bereich beispielhaft für die Chancen einer alternativen Politik zur Ausdehnung der NPO auch außerhalb des kulturell-sozialen Bereichs stehen. Mit der Wohnungsgemeinwirtschaft eng verbunden ist die Frage nach der gesellschaftlichen Einbindung der Bau- und Baumaterialienproduktion,³² hier müsste an die Erfahrungen mit „sozialen Baubetrieben“ angeknüpft werden.

Um die diesbezüglichen Möglichkeiten realistisch einzuschätzen, sind die Ursachen für den Niedergang des gewerkschaftseigenen gemeinnützigen Wohnungskonzerns „Neue Heimat“ und die vergeblichen Versuche, auf breiterer Basis „soziale Baubetriebe“ zu etablieren, gründlich auszuwerten.

Die „Neue Heimat“ scheiterte nach Auffassung Stefan Krätkes an ihrer kapitalistisch angepassten Unternehmensführung.³³ Unmittelbare Ursachen waren vor allem die Fehlspekulation mit Vorratsgrundstücken und der Bau von Eigentumswohnungen, die sich als unverkäuflich erwiesen.³⁴ Die Wurzeln dieser Fehlentwicklung liegen tiefer. Wie eine Studie des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin gezeigt hat, haben gewerkschaftliche Widersprüche und Konflikte wesentlich zu ihr beigetragen.³⁵ Unzureichende wohnungspolitische Konzepte und die Führungsschwäche des DGB führten dazu, dass er schließlich die Kontrolle über den

³² Bemerkenswerterweise hat schon J. A. Schumpeter Mitte des 20. Jahrhunderts geschrieben: „... die Bau- und Baumaterialienindustrie könnten meines Erachtens mit Erfolg durch eine geeignete öffentliche Körperschaft betrieben werden, vielleicht ausgenommen den Anteil des Architekten.“ Siehe seine Schrift *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7., erw. Auflage, Tübingen 1993, S. 368.

³³ Stefan Krätke, *Gemeinwirtschaft ohne Zukunft? Erfahrungen und Perspektiven »Sozialer Baubetriebe«*, Hamburg 1988, S. 40.

³⁴ Ebenda, S. 7.

³⁵ Ingeborg Haag, *DAS „ENDE DER GEMEINWIRTSCHAFT“ ALS FOLGE GEWERKSCHAFTLICHER WIDERSPRÜCHE UND KONFLIKTE IM NACHKRIEGSDEUTSCHLAND*, Berlin 1995. (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur Sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 98.

Wohnungskonzern faktisch verlor und sich seiner – so mehrfach wörtlich in Anspielung auf Sowjetrußland nach der Oktoberrevolution – „weißgardistische Offiziere“³⁶ bemächtigten. Manager ohne gewerkschaftliche Tradition führten die „Neue Heimat“ wie ein Kapitalunternehmen und mit allen Risiken.

M. E. ist damit aber das eigentliche Problem auch noch nicht erfasst, das im Grunde im Dilemma der Akkumulation mit dem Widerspruch zwischen dem Ziel der Erweiterung und den verfügbaren Finanzquellen steht. Wenn der „Marktanteil“ der NPO erweitert werden soll, müssen die betreffenden NPO ihre Leistungs- und Produktionskapazitäten erweitern und dazu eigene Mittel in neue Anlagen investieren, z. B. neue Wohngebäude errichten. Im Prinzip kommen für die notwendigen Eigenmittel („Eigenkapital“) drei Finanzierungsquellen in Frage, erstens Gewinne, zweitens Mittel von Interessenverbänden und drittens öffentliche Finanzmittel. Jede dieser Quellen hält für die NPO besondere Tücken bereit:

(1) Um Gewinne zu erwirtschaften, müssen die Gebühren, Preise bzw. Mieten nicht nur die Kosten decken – was im allgemeinen eingesehen wird –, sondern höher als die Kosten der NPO sein. Mit anderen Worten: In einem kapitalistischen Umfeld müssen auch die NPO Profite erzielen. Und unter den Dauerbedingungen einer mehr oder weniger schleichenden Inflation befinden sich damit die NPO in einer ständigen Zwickmühle zwischen den Preiserwartungen der von ihnen zu versorgenden Klientel (die z. B. Widerstand gegen Mieterhöhungen leisten) und den Einkommenserwartungen des eigenen Personals (z. B. den Lohnforderungen der Hausmeister). Akkumulation von Gewinnen bedeutet so einen politischen Spagat für gemeinnützig orientierte private NPO. Für die „Neue Heimat“ erwies es sich als unmöglich, einerseits der allgemeinen Entwicklung der Mieten für ihre Wohnungen nicht zu folgen, aber andererseits der allgemeinen Lohnentwicklung bei ihren Angestellten entsprechen zu sollen.

(2) Die Bereitstellung von Mitteln aus branchen- oder regionalorientierten Interessenverbänden stößt ebenfalls in der Regel auf schier unüberwindbare Hürden. Deren Mitgliedern fehlt in der Regel die Einsicht, selbst aufgebrachte Mittel für die Finanzierung individueller Bedürfnisse außerhalb ihrer eigenen Mitgliedschaft einzusetzen. Daran scheiterte letztlich auch der Versuch, gewerkschaftliche Mittel, d. h. Beiträge der Mitglieder als Eigenmittel für die „Neue Heimat“ einzusetzen; zumal deren Wohnungen nicht nur an Gewerkschaftsmitglieder vermietet werden sollten. Der DGB hatte keine Finanzhoheit und die Einzelgewerkschaften verweigerten sich.³⁷

(3) Die Finanzierung durch öffentliche Mittel, d. h. staatliche Subventionen, scheint auf den ersten Blick ein Ausweg zu sein, ist aber nur partiell möglich. Da nach Auffassung Krätkes³⁸ NPO in der kapitalistischen Marktwirtschaft selbst mit kapitalistisch angepasster Wirtschaftsführung agieren, hält er sogar die Erwirt-

³⁶ Ebenda, S. 32, 35, 37.

³⁷ Inge Haag, a. a. O., S. 30.

³⁸ Stefan Krätke, a. a. O., S. 40f.

schaftung von Profiten (einschließlich Verzinsung des Eigenkapitals), die zwar nicht an die Eigentümer ausgeschüttet werden, aber der Ausdehnung des Nonprofit-Unternehmens dienen, im Sinne der marxistisch-sozialistischen Tradition für bedenklich („Akkumulationslogik“). Er sieht deshalb den kommunalen Wohnungsbau im „Roten Wien“ als Muster: steuerfinanziert und ohne Kapitaldienst, d. h. mit entsprechend niedrigen Mieten. – An diesem Beispiel wird aber auch die Schwäche eines solchen Standpunktes sichtbar. Wenn als Kriterium für NPO nicht nur der Verzicht auf Gewinnausschüttung an Eigentümer u. ä., sondern der Verzicht auf Gewinnerwirtschaftung überhaupt gefordert wird, kann das Leistungsvermögen durch Erweiterungsinvestitionen nur vergrößert werden – können z. B. neue Wohnungen nur gebaut werden –, wenn dem Unternehmen von außen Mittel zugeführt werden.³⁹ Das wären aber nach Lage der Dinge dann nur wieder öffentliche Mittel, d. h. Steuergelder. Das ist schon für einen solch großen volkswirtschaftlichen Bereich wie den Wohnungsbau mehr als problematisch, aber im Sinne der Ausdehnung auf alle Bereiche der Wirtschaft überhaupt nicht verallgemeinerungsfähig. Denn dann müsste der Staat am Ende einer solchen Entwicklung alle für die erweiterte Reproduktion erforderlichen Mittel über Steuern aus den Unternehmen und Privathaushalten abschöpfen, akkumulieren und den Unternehmen neu zuteilen.

Ein solches Modell ist zwar theoretisch denkbar, aber praktisch weder realisierbar noch wegen seiner machtpolitischen Konsequenzen erstrebenswert, wie die Erfahrungen der DDR und der anderen Staaten des real existierenden Sozialismus gezeigt haben. So wuchsen in der DDR die staatlichen Subventionen für das Wohnungswesen und andere Bereiche der Grundversorgung im Interesse stabiler, sehr niedriger Mieten und Verbraucherpreise bei steigenden Löhnen seit 1970 um ein vielfaches schneller als das Nationaleinkommen (vergleichbar mit dem Bruttoinlandsprodukt) und die Einnahmen des Staatshaushaltes; um sich die Auswirkungen einer solchen Entwicklung vorzustellen, muss die ökonomische Bildung sicherlich nicht allzu groß sein.

Der „Neuen Heimat“ standen die drei Finanzierungsquellen entweder gar nicht oder nur unvollkommen zur Verfügung. Und so suchten ihre Manager den Ausweg in Finanzspekulationen. Damit scheiterte dieser Prototyp für eine alternative Entwicklung im Dienstleistungsbereich.

Ähnlich realistisch sind die Erfahrungen hinsichtlich der „Sozialen Baubetriebe“ zu analysieren. Aus früherer Tradition der Arbeiterbewegung und den vielen lokalen Aktivitäten bei der Überwindung der großen Wohnungsnot in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg⁴⁰ nährte sich die Hoffnung, sie könnten

³⁹ Ersatzinvestitionen können aus betrieblichen Abschreibungen bzw. Amortisationen finanziert werden. Der Sonderfall des Reproduktionseffektes der Amortisationen sei hier außer acht gelassen.

⁴⁰ Siehe z. B. Heinrich Wahlen, Vom Trümmerschutt zum Wohneigentum. Gründung und Entwicklung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft, in: Tilman Harland/Heinrich Wahlen (Hg.), Gerüste brauchen wir nicht. Genossenschaftlicher Wohnungsbau im Aachen der Nachkriegsjahre, Aachen 1989, S. 167ff.

den Prototyp für NPO im güterproduzierenden Bereich bilden. Entwicklungschancen schienen sowohl für kommunale Baubetriebe als auch für Produktivgenossenschaften gegeben zu sein.⁴¹ Aber außer einigen Selbsthilfe-Bauträgern und -gruppen bei der Altbausanierung in einzelnen Städten oder beim Bau einfacher Eigenheime hier und dort auf dem Lande ist von diesen Hoffnungen bisher kaum etwas übriggeblieben. Gestiegene Anforderungen an die Qualität der Bauwerke und technologische Erfordernisse moderner Bauweisen bedingen die Professionalität regulärer Bauorganisationen, so dass auch hier – analog den Wohnungsunternehmen – zu fragen ist, welche Lehren für eine alternative Wirtschaftspolitik zu ziehen sind, die vor die Aufgabe gestellt wird, den Anteil der NPO an den Dienstleistungen und der Güterproduktion zu erweitern.

Erstens sind die Kriterien zu bestimmen, nach denen die zu fördernden NPO auszuwählen sind:

– Hauptfunktion der NPO ist die Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben bei eigenverantwortlicher Gestaltung des Produktions- und Reproduktionsprozesses unter sozialen und ökologischen Aspekten. Es gilt Dominanz des Sachziels gegenüber dem Profit.

– Die NPO arbeiten nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bzw. Effizienz: Auch NPO benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Arbeitskräfte, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände sowie finanzielle Mittel, die für eine bestmögliche Zweckerfüllung mit geringsten Kosten einzusetzen sind. Das erfordert Deckung der Kosten durch die Preise. Darüber hinaus muss auch in NPO des Dienstleistungs- und Güterbereichs die Erwirtschaftung von Gewinnen möglich sein, wenn gesellschaftlicher Bedarf für ihre erweiterte Reproduktion vorhanden ist.

– Spezifische Anforderungen sind an Management und Controlling in NPO zu stellen,⁴² um typische Fälle des Steuerungs- und Kontrollversagens bei privaten NPO zu vermeiden.⁴³

– Die NPO gewährleisten konsequent die demokratische Selbstbestimmung, Mitbestimmung oder Mitwirkung der Mitglieder, Mitarbeiter, Mieter o. ä. (je nach spezifischer Organisationsform).

Zweitens sind – neben dem entschiedenen Widerstand gegen die weitere Auflösung des Nonprofit-Sektors im Zuge der neoliberalen Deregulierung – die Instrumentarien festzulegen, mit deren Hilfe die Ausbreitung von NPO

⁴¹ Vgl. Stefan Krätke, Gemeinwirtschaft ohne Zukunft? Erfahrungen und Perspektiven »Sozialer Baubetriebe«, Hamburg 1988, speziell S. 49ff. und 90ff.

⁴² Vgl. Gabler-Wirtschaftslexikon, Wiesbaden 1997, CD-ROM, Stichworte „Controlling in Nonprofit-Organisationen und -Unternehmen“ und „Nonprofit-Management“.

⁴³ Wolfgang Seibel untersuchte sie für die privaten NPO an den Beispielen AWO, Autonome Frauchhäuser, Krankenhausfinanzierung und Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft. Siehe: Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheidende Organisationen im »Dritten Sektor« zwischen Markt und Staat, 2. Aufl., Baden-Baden 1994, S. 91ff.

auch außerhalb des kulturell-sozialen Bereichs gefördert werden soll. Die Hauptrichtungen könnten und müssten dabei sein:

– Die Förderung der Gründung und Entwicklung von privaten NPO, vor allem als Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften, durch die entsprechende Gestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einschließlich des Steuerrechts.

– Die Förderung von öffentlichen NPO durch Auf- bzw. Rückkauf privatkapitalistischer Unternehmen, die soziale und ökologische Schlüsselfunktionen haben, sowie durch Erwerb von Gesellschafteranteilen an entsprechenden Unternehmen bei Zahlung von staatlichen Subventionen.⁴⁴

Zielbestimmung und Festlegung der Instrumentarien für die Verbreiterung des Wirkungsbereichs nicht-kapitalistischer Unternehmen setzen die Herstellung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses zunächst unter den Linken unterschiedlicher Couleur voraus. Statt gebetsmühlenartig die Wesensbestimmung des Kapitalismus zu wiederholen und sektiererisch abzuwarten, bis der große Knall kommt, gilt es nicht nur Widerstand zu organisieren, sondern vor allem gestaltend einzugreifen, um den „Keimen“ des Neuen in der alten Gesellschaft zu Durchbruch und Gedeihen zu verhelfen. Die allgemeine Konstituierung nicht der Profitmaximierung unterworfenen, aber selbstständig wirtschaftender Organisationen (einschließlich gesellschaftlich notwendiger Akkumulationsmöglichkeit) im Sinne einer neuen Gemeinwirtschaft ist dabei eine entscheidende Voraussetzung für einen dauerhaften gesellschaftlichen Wandel. Die Vision einer nachkapitalistischen Gesellschaft vor Augen sind heute praktische Schritte zu gehen – eingedenk der Worte Marxens anlässlich der Pariser Kommune:

„Sie [die Arbeiterklasse] hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“⁴⁵

⁴⁴ Vgl. Henning Adler, Wege der Vergesellschaftung, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 6./7. Mai 1995.

⁴⁵ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd. 17, S. 343.

Jörn Janssen

Stalinstadt/Eisenhüttenstadt: ein Meilenstein der europäischen Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert

Unter einer Anzahl von neuen Publikationen und Ausstellungen zu Eisenhüttenstadt, nahe der polnischen Grenze in Deutschland, ragt Ruth Mays Buch ‚Planstadt Stalinstadt‘ als die solideste, präziseste, umfassendste und lebendigste Darstellung dieses verblüffenden Beispiels einer Neuen Stadt im Zentrum Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hervor. Eisenhüttenstadt, wie Stalinstadt seit 1961 genannt wird, feierte seinen Geburtstag im August 2000. Dieser Artikel¹ gibt die Gelegenheit, verschiedenartige Sichtweisen dieser Stadt von unterschiedlichen Blickpunkten her ins Gedächtnis zu rufen, einem östlichen und einem westlichen in den späten 70er und einem europäischen in den späten 90er Jahren. Entsprechend der eingenommenen Perspektive erscheint Eisenhüttenstadt in unterschiedlicher Weise im sich verändernden Licht der Geschichte, und umgekehrt erhellt die Stadt die Geschichte von Stadtentwürfen ebenso wie berühmte Beispiele von Idealstädten im 20. Jahrhundert. Ursprünglich als eine genuin ‚sozialistische‘ Stadt konzipiert, ist sie zugleich geeignet, als eine Manifestation der ‚Charta von Athen‘ identifiziert zu werden. Im Rückblick erscheinen beide Konzepte, die 1930 in wechselseitiger Opposition gleichzeitig entstanden, als enge Verwandte derselben Familie von Stadtentwürfen.

Die Plätze sind die strukturelle Grundlage der Planung der Stadt und ihrer architektonischen Gesamtkonzeption (Die sechzehn Grundsätze des Städtebaus, § 9)

Fünfzigster Geburtstag von Eisenhüttenstadt

Genau mitten im 20. Jahrhundert, am 18. August 1950, wurde die Zeremonie der Gründung eines neuen Hüttenwerks in der Deutschen Demokratischen Republik abgehalten, mitten in einem Kiefernwald etwa 20 Kilometer südlich von Frankfurt an der Oder und 7 km von der Polnischen Grenze. Kaum zwei Monate später, am 14. November 1950 wurde über den Standort für die angrenzende Wohnstadt entschieden und schließlich im August 1951, nach nur 10 Monaten intensiver und kontroverser Diskussionen, aus einer Reihe von Wettbewerbsvorschlägen der Entwurf von Kurt W. Leucht für diese Neue Stadt (Abb. 1 und 2) von einer Jury mit dem ‚Aufbauminister‘ angenommen. Am Vortag des 8. Jahrestags der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur, am 7. Mai 1953, ironischerweise etwa zwei Monate nach Stalins Tod² wurde die Stadt Stalinstadt getauft. Acht Jahre später, am 11. November

¹ Zuerst erschienen in: The Journal of Architecture, Volume 5, Autumn 2000. Vom Verfasser autorisierte Übersetzung: Reinhard Schweicher

² 5. März 1953

1961, befreite sie sich von dem Andenken an den in Ungnade gefallenem Diktator und nahm den Namen ‚Eisenhüttenstadt‘ an. Mit einer großen Feier beging Eisenhüttenstadt seinen fünfzigsten Geburtstag am 18. August 2000.

Die ideale Stahlstadt auf dem Lande gebaut

Die gesamte Geschichte Eisenhüttenstands ist zum ersten Mal 1999 ins Blickfeld gerückt mit Ruth Mays Buch „Planstadt Stalinstadt“, das die Geschichte der Industriestadt innerhalb der Grenzen des ursprünglichen Entwurfs einer Stadt für 30.000 Einwohner bis zu seiner Vollendung dokumentiert und analysiert. Nach einer Periode großer und glorreicher Publizität in den Gründungsjahren des sozialistischen deutschen Staates fiel dieses Projekt in Vergessenheit, weil „Die sechzehn Grundsätze des Städtebaus“, die von der DDR-Regierung am 27. Juli 1950 ratifiziert wurden, zugunsten einer Rückkehr zu einem ‚modernistischen‘ Weg in der zweiten Hälfte der 50er Jahre aufgegeben wurden. Bezeichnender Weise in Koizidenz mit der Rehabilitierung der Bauhastradition in den späten 70er Jahren erfuhr Eisenhüttenstadt einige respektvolle Anerkennung in der DDR³. Zwanzig Jahre später, nach der freundlichen Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland, geriet es in das internationale Rampenlicht industrieller Entwicklung, als im Dezember 1998 der französische Stahlgigant USINOR das EKO (Eisenhüttenkombinat Ost) übernahm, mit der Absicht, ihm eine führende Rolle in der Eroberung des zentaleuropäischen Stahlmarkts zu geben. Zur selben Zeit begannen westdeutsche Architekten dieses stadsgeschichtliche Monument zu entdecken.

Ruth May hat gründlich die historischen Bezüge dieser gebauten Idealstadt erforscht, einer wie die ‚Cité Industrielle‘ von Tony Garnier von 1904 und ‚Magnitogorsk‘ von Nikolai A. Miljutin von 1930 auf Eisen- und Stahlproduktion basierenden Industriestadt. Sie hebt auch ihre Beziehungen zur Stadt der Hermann-Göring-Werke (1938) im faschistischen Deutschland hervor, ebenso wie zu einer Anzahl von neuen Städten und Stadterweiterungen in der Sowjetunion der 30er Jahre. Bruno Flierl, der prominente DDR-Architekturtheoretiker, hat den Charakter dieses Meilensteins in der Stadtgeschichte herausgestellt: „Was für ein Stück Utopie steckt doch in dieser städtebaulichen Unternehmung zu Beginn der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung der DDR – vom städtebaulichen wie vor allem auch vom gesellschaftlichen Modell einer sozialistischen Stadt her betrachtet!“ (Flierl, S. 23).

Die Vogelperspektive (Abb. 1) zeigt die Komposition von meist vierstöckigen Wohnhäusern, die rund um Höfe und Parks gruppiert und ihrerseits auf ein abgestuftes System von fünf geräumigen Alleen bezogen sind, deren mittlere den Zentralen Platz mit dem Werkseingang verbindet. Kindergärten und Schulen sind in diese Parks eingebettet, Läden ziehen sich an den breiten

³ Bruno Flierl erwähnt Eisenhüttenstadt in seiner Habilitation von 1978; Thomas Topfstedt in seiner Dokorthese von 1979.

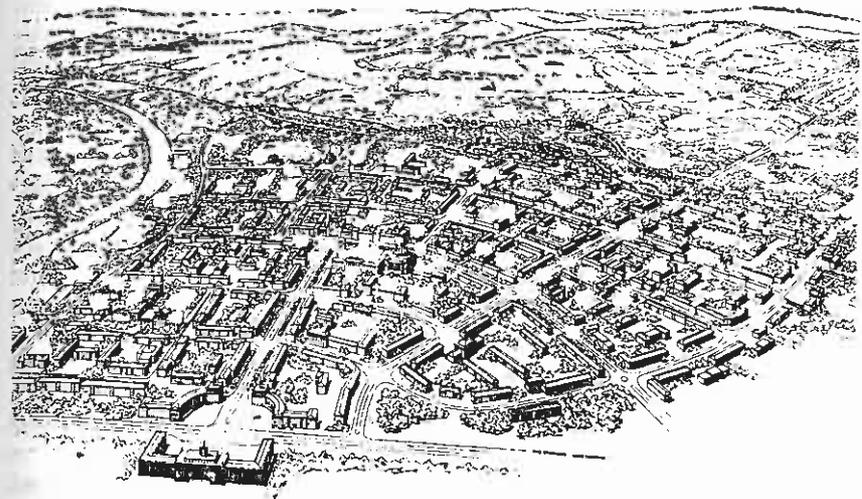


Abb. 1: Perspektive der Wohnstadt beim Eisenhüttenkombinat Ost (Fürstenberg), in: Deutsche Architektur 3/1952

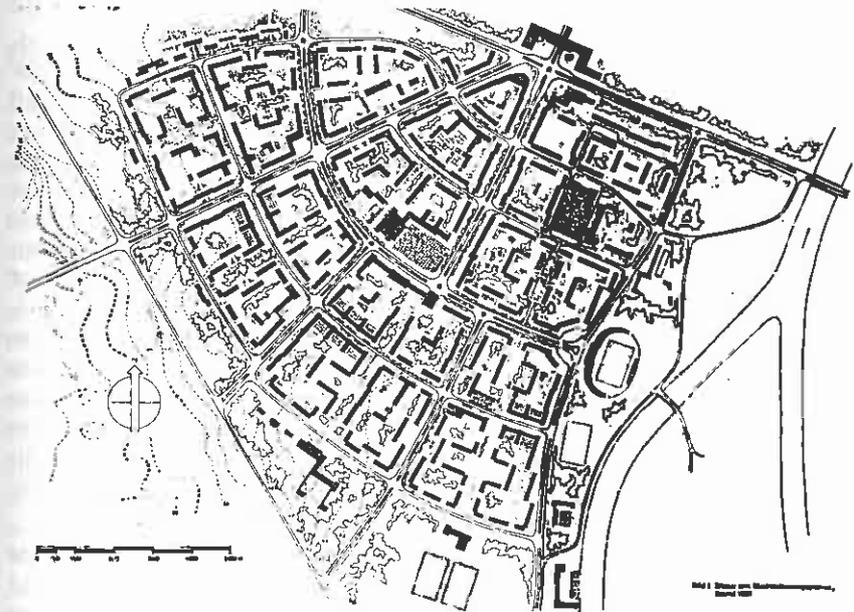


Abb. 2: Skizze des Stadtbebauungsplans, 1951

Bürgersteigen der Alleen entlang. Im Osten, zwischen City und Oder-Spree-Kanal, befinden sich das Sportgelände, im Südwesten, an den Hängen der angrenzenden Hügel Freizeit- und Erholungsräume. Die monumentalen Gestaltungen wie die Eingangsbereiche zur Fabrik und Stadt, die Stadthalle und das Kulturzentrum rund um den zentralen Platz blieben auf dem Papier.

Während des Kalten Krieges wurde Eisenhüttenstadt ignoriert, im Westen, weil es ein sozialistisches Werk war, und im Osten, weil es vom Vermächtnis der stalinistischen Periode befleckt war. Nach dem Ende des Kalten Krieges, markiert durch den Fall der Berliner Mauer 1989, hat es als ein hervorragendes Exempel von Architektur- und Stadtplanung, das eine Etappe der Stadtgeschichte in Europa umreißt, allmählich Anerkennung gefunden. Anders als die meisten Neu- und Satellitenstädte nach dem Zweiten Weltkrieg stellt Eisenhüttenstadt den seltenen Fall dar, daß eine Industrieanlage der Hauptanlaß für eine Stadtentwicklung auf dem platten Lande war. Diese Beziehung zwischen Produktion, Reproduktion und Konsumtion wird eindrucksvoll durch die Dominanz der Hochöfen in der Silhouette der Stadt ebenso wie in der Fußgängerperspektive von der zentralen Hauptstraße ins Bild gesetzt.

Anhand einer reichen Materialsammlung weist Ruth May nach, wie die DDR-Regierung und ihre Planungsstäbe Stalinstadt parallel zur Stalin-Allee (später Karl-Marx-Allee) im Zentrum von (Ost) Berlin als das Modell einer sozialistischen Stadt nach den ‚Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus‘ entwickelten. Der ‚Aufbauminister‘ stellte das in seiner Rede vom 15. Mai 1952 vor dem Ministerrat so dar: „In der harmonischen Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung hat der großzügige Aufbau unserer Städte die nationale Aufgabe, ein Symbol zu sein für unsere Anstrengungen, ein friedliches und demokratisches Deutschland zu erbauen.“ (May, S. 441) Und gleichzeitig ist es eine perfekte Umsetzung der ‚Charta von Athen‘ (Le Corbusier und Hilpert) in Form der Komposition von Zonen für Arbeiten, Wohnen und Erholung, der Trennung von Fußgängerbereichen und Fußwegen vom Autoverkehr, der Anordnung von Grünräumen mit Spielplätzen, Kindergärten und Schulen inmitten der Wohnbezirke und der Verteilung von Läden, Dienstleistungen und anderen kollektiven Einrichtungen auf den verschiedenen Ebenen der Gemeinde. Den verfeindeten Lagern des Kalten Krieges trotzend, ist Eisenhüttenstadt exemplarisch für den Etappenwechsel städtebaulicher Entwicklung in Europa. Es ist selbst keine Utopie, sondern es überträgt Idealkonzepte für die Industriegesellschaft in eine gebaute Umwelt, die eine geschlossene und harmonische Verbindung zwischen Industrie- und Stadtentwicklung verkörpert. So darf es mit Vorläufern wie Claude Nicolas Ledoux‘ Salinenstadt Chaux, der Textilstadt Saltaire oder Godins Ofenmanufaktur mit dem Familistère in Guise verglichen werden.

Anstatt der Nähe zur Rohstoffgewinnung, die noch Konstituens der früheren Projekte von Garnier und Miljutin war, erforderte die kombinierte Eisen- und Stahlproduktion nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Größenordnung an einem Standort, der ein Optimum an Transportwegen für Kohle wie für Ei-

senerz bieten mußte. Kohle wurde von Schlesien in Polen die Oder abwärts verschifft, Eisenerz aus der Sowjetunion über das Baltische Meer die Oder aufwärts. Stahl sollte über den Wasserweg oder die Straße zu Bestimmungsorten für die Bau- und verarbeitende Industrie hauptsächlich der DDR transportiert werden. Auf diese Weise erwies sich Sozialismus als reale Möglichkeit, Investitionen für beides, für Produktion und Wohnen zu konzentrieren, frei von Restriktionen durch privates Grundeigentum oder existierende Grundeigentumsverhältnisse.

Die Entwicklung blieb, wie auch immer, ein Torso. Obgleich der ursprüngliche Entwurf der Wohnstadt nur marginal den während der acht Jahre seiner Realisierung wechselnden Baupolitiken angepaßt wurde, wurden zwei spektakuläre Elemente übergangen: die zwei Hochhausbauten für das Rathaus und für das Kulturzentrum. Diese Unterlassung hatte plausible Gründe: Die lokale Ratsversammlung hatte in dem zentralisierten Regierungssystem der DDR wenig zu sagen, und viele der kulturellen Aktivitäten wurden vom EKO auf seinem eigenen Territorium initiiert und organisiert. So blieb ein gähnend leerer Platz im Zentrum der City, der als Parkplatz dient, seit die Marktwirtschaft die Planwirtschaft abgelöst hat. Ein ernsthafterer Schlag traf die Industrieentwicklung. Der nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 erfolgte Richtungswechsel in der zentralen ökonomischen Planung zugunsten konsumtiver Ausgaben ging auf Kosten produktiver Investitionen. Als Folge wurden die Stahlwerke bis 1984 nicht gebaut, und das Warmwalzwerk kam erst nach dem Zusammenbruch des Sozialismus 1997.

Die wechselnde Wahrnehmung Eisenhüttenstadts

Stalinstadt als ein städtisches und architektonisches Modell der sozialistischen Stadt wurde nach Josef W. Stalins Tod und in den nachfolgenden Veränderungen des politischen Klimas der Sowjetunion unter Chruschtschow diskreditiert. Die integrale Gestalt der neuen City begann nach 1961 schließlich ihre Konturen zu verlieren, als sie ihren Namen änderte und mit der Eingemeindung der alten Kleinstadt Fürstenberg im Osten und des Dorfs Schönfließ im Westen Eisenhüttenstadt wurde. Die Ost-West-Achse gewann unvermeidlich auf Kosten der monumentalen, die Industrie- und Wohngebiete verbindenden Nord-Süd Magistrale an Bedeutung und eröffnete in den 60er Jahren Stadtentwicklungen in die Lücke zwischen der zentralen Stadt und Eisenhüttenstadt-Ost, früher Fürstenberg. In dem Maße, wie der ursprüngliche Entwurf einer Veränderung bedurfte, fiel sein Ruhm in Vergessenheit.

Mit der in einer feierlichen Begehung des fünfzigsten Jahrestages der Eröffnung des Bauhauses Dessau vollzogenen Rehabilitierung des ‚Bauhauses‘ in der Mitte der siebziger Jahre kündigte sich in der DDR eine neue Ära in der Wahrnehmung von Architektur und Stadtplanung an. Die Polemik gegen den ‚kosmopolitischen‘ Funktionalismus hatte sich gelegt und einer positiven Bewertung von ‚Modernisierung‘ Platz gemacht. Der industrielle Wohnungsbau mit großen vorfabrizierten Platten war in vollem Aufschwung und breitete

sich in suburbanen Siedlungen über das ganze Land aus. Dies war die Zeit, in der Bruno Flierl, der damals an der ‚Bauakademie‘ in Ost-Berlin, dem Think Tank für DDR-Architektur und -Stadtplanung, arbeitete, in seiner Habilitation ‚Zur sozialistischen Architekturentwicklung in der DDR, theoretische Probleme und Analyse der Praxis‘ die Umsetzung des Sozialismus in Architektur und Stadtplanung einer Prüfung unterzog. Diese Veröffentlichung im Jahre 1979 war die erste umfassende und kritische Beurteilung von Stadtplanung und -entwicklung in der DDR. Sie wies auf die Grenzen sozialistischer Restrukturierung der gebauten Umgebung hin. Thomas Topfsteds ein Jahr später publizierte Doktorthese ‚Grundlagen der Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik 1949 bis 1955‘, obwohl über eine begrenzte Periode, ging in eine ähnliche Richtung. Es ist interessant, Bruno Flierls Verdikt in Erinnerung zu rufen, der Entwurf für Stalinstadt habe in seiner Anpassung an spätere, über seine ursprünglichen Maße und Grenzlinien hinausgehende, Entwicklungen und an die Verlegung des Fabrikingangs versagt: „[...] eine ideale Konzeption im Sinne einer Idealstadt [...]! Eine zu einfache und zu verletzbare Struktur und Gestalt jedoch, die – wie wir gesehen haben – nicht hinreichend auf die Entwicklung der Stadt vorbereitet war! Denn als die Stadt [...] vergrößert werden mußte, da führte das zu erheblichen Veränderungen ihrer Struktur und Gestalt; da verlor sie ihre [...] Idealität, in dem Maße wie sie auf Wachstum und Entwicklung gründende Realität gewann. [...] Wie wir sehen können, ist die ‚sozialistische Restrukturierung‘ der neu gegründeten ‚sozialistischen Stadt‘ mit Schwierigkeiten konfrontiert, weil die Gestaltung der ‚sozialistischen Stadt als Prozeß‘, nicht von Anfang an geplant oder wenigstens antizipiert und in ihrer Struktur vorbereitet worden war.“ (Flierl, S. 23, 26) In der Kritik des Entwurfs von Stalinstadt evoziert Bruno Flierl implizit ein anderes Ideal, eine Stadtstruktur, die ihr Wachstum antizipiert, wie es in der Bandstadt Miljutins der Fall ist, und ein ausdrücklicher Versuch, ‚Sozgorod‘, d.h. die sozialistische Stadt zu entwerfen. Zwischen den Zeilen gelesen, war dies ein Argument gegen die stalinistische Deformation des Sozialismus, wie er sich in der Stadtplanung widerspiegeln sollte.

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland sah ich bei einem Besuch zahlreicher Stadtentwicklungen in der DDR im Sommer 1979 Eisenhüttenstadt. Bäume und Büsche begannen die Architektur und Höfe der ersten vier ‚Wohnkomplexe‘ zu überwachsen, während die in Plattenbauweise errichteten Blockbauten der östlichen Ausdehnung nahe Fürstenberg schon wohletabliert waren. Mein Eindruck war ganz anders als der meiner DDR-Kollegen. Ich bemerkte, daß die Veränderungen in der Bautechnologie und -planung das Stadtkonzept von 1952 nicht beschädigt hatten, daß die ursprüngliche Stadt in ihrer Einbettung in ein umfassenderes Schema sich in ihre neue Rolle einfügte, obgleich sie die charakteristischen Merkmale ihrer sichtbaren Gestalt wie ihren einzigartigen Bezug auf das Werk beibehielt. (Janssen, S. 43) Insbesondere den leeren Zentralen Platz sah ich als Symbol und Zeugnis für Offenheit und als eine großartige Gelegenheit, den sozial(istisch)en Inhalt der Stadt zu

reinterpretieren. Die Form der Stadt war in meinen Augen eine willkommener Festpunkt für die anderenfalls amorph ausufernde Siedlungsentwicklung der 60er und 70er Jahre. Wichtiger noch war, daß ich das erste Beispiel einer in Übereinstimmung mit den besten Seiten der ‚Charta von Athen‘ gebauten Stadt entdeckte. Erst danach besuchte ich die südliche Stadterweiterung Leningrads aus den 30er Jahren, die die Wohnstrukturen Stalinstadts weitgehend antizipiert hatte und einen ähnlichen Bezug zur zeitgenössischen Industrieentwicklung zeigte. Die rapiden sozialen und ökonomischen Veränderungen in Zentral- und Osteuropa hatten unverkennbar eine gewaltige Dynamik städtischer Erneuerung in einer relativ zurückgebliebenen Region. Der sozialistische Charakter drückt sich unmißverständlich in großzügigen Einheiten öffentlicher Räume aus, die ebenso wie die Suche nach Harmonie zwischen Wohn- und Industriegebieten das oberste Ziel von Planung sind.

Etwa zwanzig Jahre später wird Eisenhüttenstadt nun wieder entdeckt von einer Generation jüngerer Architekten, die während des Kalten Krieges von seiner Existenz kaum etwas wussten. Unter diesen gibt es die Schüler des Postmodernismus die vom Eklektizismus seiner Architektur fasziniert sind und sich am Neoklassizismus der Sowjetunion nach 1930 begeistern. Es ginge über unser Thema hinaus, diesen auf die neuesten Moden fixierten Blick zu kommentieren, der genuinere Nahrung in St. Petersburg, Kiew und Moskau finden dürfte. Im Gegensatz dazu wird die Originalität Eisenhüttenstadts von denjenigen Historikern und Analytikern in den Blickpunkt gerückt, die es verstehen, die Einheit von ökonomischer, sozialer und städtischer Entwicklung in ihrer historischen und räumlichen Bestimmtheit wahrzunehmen. Für diese Herangehensweise hat Ruth May den Standard gesetzt. Der triftigste Aspekt dieses neuen Ansatzes ist darin zu sehen, daß die historischen Ursprünge ebenso wie die gegenwärtige Dynamik Eisenhüttenstadts quer durch die sozialistisch-kapitalistische Teilung hindurch identifiziert werden. Dieser von den Scheuklappen des Kalten Krieges befreite Blick bringt in überzeugender Weise die Stadtanlage mit Industriestadtkonzepten von Tony Garnier, Le Corbusier und Nikolai Alexandrowitsch Miljutin in Verbindung.

Die Idee von Stalinstadt

Der Entwurf Stalinstadts war nicht für eine Idealstadt gedacht, sondern für eine industrielle Entwicklung in einer ländlichen Region eines neugeschaffenen sozialistischen Staates, der koste es was es wolle seine Rohstoffbasis für die verarbeitende Industrie ausbauen mußte. In der Rekonstruktionsperiode der Nachkriegszeit, verschärft durch die schwere Last der Reparationsleistungen für die Sowjetunion, war dies eine Investition, die die Mittel des nationalen ökonomischen Plans aufs Äußerste anspannte. Es war der erste Fall einer industriellen Entwicklung in dieser Größenordnung, und daher war es unvermeidlich, daß er als Modell sowohl industrieller als auch städtischer Entwicklung betrachtet wurde, als Testfall für eine neue Gesellschaft. Eine Option war, eine Siedlung an das Werk anzubinden, wie es für unzählige Bergbaustädte in vorher landwirtschaftlichen Regionen typisch war. Diese anfänglich

von Franz Ehrlich vorgeschlagene Option (May, S. 152ff.) wurde diskutiert und abgelehnt. Schließlich bestätigte die 2. SED-Parteikonferenz im Juli 1952 Leuchts vom ‚Aufbauministerium‘ angenommenen Entwurf: „Der Neubau der Stadt des Hüttenwerkes Ost ist der erste vollständige Bau einer sozialistischen Stadt. In diesem Industriegebiet und in der Stadt gibt es keine kapitalistische Ausbeutung mehr. Die Architektur der Stadt wird in ihren monumentalen Bauten das hehre Ziel des Sozialismus zum Ausdruck bringen“ (May, S. 178) Welche Architektur aber drückt Sozialismus aus? Die Antwort war selbstverständlich: Die Architektur der unter sozialistischer Regierung gebauten Städte, die der Städte in der Sowjetunion, wie sie nach 1930 im Gegensatz zu Miljutins linearem ‚Sozgorod‘ konzipiert wurden. „Die Wende in der Städtebaupolitik, die die SED mit dem Aufbaugesetz und den Städtebaugrundsätzen kurz nach der Staatsgründung einleitete, ist eine Reprise auf jenen Wechsel in der sowjetischen Städtebaupolitik der dreißiger Jahre.“ (May, S. 106) Kurz, Stalinstadt wurde nach den Idealen der Stadtplanung in der Sowjetunion der dreißiger Jahre gebaut. So war sie die Kampfansage gegen Neue Städte in den westeuropäischen kapitalistische Ländern, die für sich in Anspruch nahmen, an die Ideale der ‚Charta von Athen‘ anzuknüpfen, die ebenfalls Anfang der dreißiger Jahre entstanden war.

Wie wir wissen, sollte 1933 der ‚Congrès International d'Architecture Moderne‘ (CIAM) ursprünglich in Moskau stattfinden. Diese Einladung reflektierte Gemeinsamkeiten in der Architekturentwicklung quer durch Europa unter dem Einfluß des ‚Konstruktivismus‘. Die Absage der Einladung kündigte den neuen ‚stalinistischen‘ Weg an, der die nationale Tradition hegte – Aufbau des Sozialismus in einem Lande – und den ‚Kosmopolitismus‘ ablehnte. (May, S. 22ff.) Wie wirkte sich das auf die Stadtplanung aus? Gab es hier eine Divergenz zu den Prinzipien Sozgorods und der mit ihr verschwisterten Charta von Athen? Wie setzte sich das in Stadtentwicklung um? Eisenhüttenstadt demonstriert eine Antwort auf diese Fragen. Es vereint beide Prinzipien in der Inkorporation der axialen City von Stalinstadt in die mehr lineare Stadt von Eisenhüttenstadt. Noch überraschender, Stalinstadt, dieses Modell der sozialistischen Stadt in der nationalen Tradition hebt die Hauptlinien der ‚Charta von Athen‘ in sich auf. Von einem historischen Blickpunkt her macht sie das zu einem einzigartigen Entwurf einer Industriestadt im Europa des 20. Jahrhunderts.

Literatur

- Flierl, Bruno (1979) *Zur sozialistischen Architekturentwicklung in der DDR. Theoretische Probleme und Analysen der Praxis*. Dissertation, Berlin.
- Garnier, Tony (1917) *Une Cité Industrielle – Étude pour la Construction des Villes*. Paris
- Hilpert, Thilo ed. (1988) *le Corbusiers ‚Charta von Athen‘. Texte und Dokumente*. Kritische Neuausgabe, Braunschweig.
- Janssen, Jörn (1987) *Architektur der Arbeiterbewegung*. Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen, Professor Paul Schütz, Universität Karlsruhe. Diese Buchpublikation basiert auf dem Manuskript eines am 23. Februar 1983 an der Technischen Universität München gehaltenen Vortrags.

Le Corbusier (1942) *La Charte d'Athènes*. Paris.

May, Ruth (1999) *Planstadt Stalinstadt. Ein Grundriß der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt*. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 92, Institut für Raumplanung, Universität Dortmund, Fakultät für Raumplanung, Dortmund.

Miljutin, Nicolai Aleksandrowich (1930) *Problema stroitel'stva socialisticekich gorodov*. Moskau 1930 [Englische Ausgabe: *The Problem of Building Socialist Cities*. Cambridge Massachusetts and London 1974]. Inzwischen ist unter dem Titel Sozgorod. Die Planung der neuen Stadt 1930, Basel Berlin Boston 1992 eine auf der englischen Ausgabe basierende deutsche Ausgabe erschienen (Anm. des Übers.).

Topfstedt, Thomas (1980) *Grundlagen der Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik 1949 bis 1955*. Dissertation, Leipzig

Topfstedt, Thomas (1988) *Städtebau in der DDR 1955 – 1971*. Seemann Verlag Leipzig.

Zeitung für Linke



analyse und kritik

www.akweb.de



regierungsunabhängig

Probexemplar (3DM in Briefmarken)
oder gleich ein Abo:
ak - Rombergstr.16 - 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@ch-hh.comlink.de

Marxistische Staatstheorie im Postfordismus

Zwischen Formdetermination und polyzentrischen Vergesellschaftungsmustern

Das Stadium blinder, postfordistischer Suchprozesse nach adäquaten Beschreibungen der sich ausbildenden staatlichen Konfiguration liegt hinter uns. Begriffe wie nationaler Wettbewerbsstaat (Hirsch) oder Schumpeterianisches Workfare Regime (Jessop) festigen sich im linken Diskurs. Es erscheint an der Zeit, den Reflex marxistischer staatstheoretischer Ansätze auf den Formwandel des kapitalistischen Staates im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus theoretisch zu verorten.

Auf den ersten Blick zeichnen die hier exemplarisch gewählten staatstheoretischen Analysen von Hirsch und Jessop ein eindeutiges Bild: Politik und Ökonomie zeigen relativ kohärente Muster wechselseitiger Anpassung, in deren Zentrum ein reformiertes staatliches Gebilde steht (vgl. Hirsch 1995, S. 83ff; Jessop 1996, S. 65ff). Der postfordistische Staat ist stärker von autoritären Elementen geprägt, da die Klasse der Modernisierungsgewinner bis dato nicht fähig ist, ihre Weltansicht als verbindendes Element zwischen unterschiedlichen Klassenfraktionen zu universalisieren (vgl. Hirsch 1995, S. 160 f). Staatlichkeit wird dabei nicht länger in ausschließlich nationalstaatlichen Kategorien gedacht, dennoch materialisiert sich Vergesellschaftung nach wie vor in Territorien (vgl. Jessop 1997, S. 53ff).

Diese Skizze des postfordistischen Staates sollte nicht darüber hinweg täuschen, daß dieses Bild aus differenten Theoriepositionen gewonnen wird. Die Problematik einer heterogenen Zustandsbeschreibung postfordistischer Vergesellschaftungsprozesse erschließt sich nicht über die Gegenüberstellung der konkreten Konzeptualisierung aktueller sozialer Dynamiken und ihrer strukturellen Verdichtung. Den Kern des Problems sehe ich im Fehlen einer gemeinsamen theoretischen Basis, welche gegenwärtig den marxistischen Diskurs über den kapitalistischen Staat anleiten könnte.

Im folgenden geht es mir darum, die Differenzen in den jeweiligen Theoriepositionen zu identifizieren, um so das vordergründig kohärente Bild in gemeinsame Kernelemente und divergierende neuralgische Punkte aufzulösen.

Die Standpunkte der von mir gewählten Autoren, Hirsch und Jessop, sind in hohem Maße durch die Auseinandersetzung mit denselben Entwicklungslinien marxistischer Theoriebildung geprägt: die relative Autonomie des Staates (Staatsableitung), der integrale Staat (Gramsci), die Materialität der Ideologie (Althusser), die institutionelle Einbettung des latent krisenhaften Kapitalverwertungsprozesses (Regulationstheorie) sind die Koordinaten, die sich in den basalen Annahmen der Theorie sowohl von Hirsch als auch von Jessop wiederfinden. Damit wird deutlich, daß die Differenzen der beiden Autoren nicht

aus der Orientierung an unterschiedlichen Entwicklungslinien stammen. Vielmehr resultieren die konträren Theoriepositionen aus unterschiedlichen Bewertungen und Rückschlüssen, welche aus den staatstheoretischen Debatten der siebziger und frühen achtziger Jahren gezogen werden. Diese Debatten sind heute im wesentlichen reflektiert und kategorial geordnet (vgl. Essser 1975; Jessop 1982).

Dennoch ist es für meinen Argumentationsgang unumgänglich, die einzelnen Stufen marxistischer Staatstheoriebildung, insbesondere die Staatsableitung, Poulantzas' Spätwerk und die Regulationstheorie, kurz und exemplarisch aufzurollen. Beide Theoretiker reflektieren gleichermaßen die Probleme jeder Stufe marxistischer Theoriebildung, ziehen jedoch unterschiedliche Schlüsse aus der Analyse der Entwicklungslinien (vgl. Wolfswinkler 2000). So kristallisiert sich schon früh eine Divergenz in den Theoriearchitekturen heraus – in der Beziehung zwischen Form und Funktion sozialer Verhältnisse, Struktur und Handlung sowie in der Vermittlung verschiedener Abstraktionsstufen –, die sich, trotz oberflächlicher Gemeinsamkeiten, in äußerst heterogenen Bildern von den Legitimationsmustern, der Herrschaftsstruktur und der Funktionsweise des postfordistischen Staates manifestiert.

Formbestimmtheit als historisches Strukturprinzip: die Staatsableitungsdebatte

Die Staatsableitungsdebatte stellt die Frage der relativen Autonomie des kapitalistischen Staates in das Zentrum ihrer Analysen. „Der Staat ist das gesellschaftlich Allgemeine als das von der Gesellschaft Abgesonderte“ (MEW 1, S. 204). Die Grenze zwischen Politik und Ökonomie läßt sich in den konkreten historischen Erscheinungsformen institutionell identifizieren. Der kapitalistische Staat unterliegt nicht dem Zwang der Wertform. Nur so kann die illusorische Einheit einer widersprüchlichen sozialen Formation aufrecht erhalten werden (vgl. Müller/Neusüß 1970, S. 43ff).

Die Form des Staates wird aus abstrakten Gesetzmäßigkeiten, welche sich unterhalb der Ebene der konkreten sozialen Auseinandersetzung finden und die widersprüchlichen Strukturmuster der Gesellschaft determinieren, abgeleitet.

Die spezifische Verortung der zentralen Widersprüche scheidet zwei Parteien der Ableitungsdebatte: zum einen die kapitallogisch orientierten Protagonisten (exemplarisch Elmar Altvater), welche die Steuerungsfunktionen des ideellen Gesamtkapitalisten im Bezug auf einen strukturell krisenhaften Kapitalverwertungsprozeß hervorheben. Zum anderen die klassenanalytisch ausgerichteten Autoren (exemplarisch Joachim Hirsch), welche die Herrschaftsfunktion des Staates im Hinblick auf die politische Organisation der Bourgeoisie als Klasse „für sich“ in das Zentrum ihrer Arbeiten stellen.

Zwischen den Abstraktionsstufen vermittelt das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Für die kapitallogische Richtung resultiert der Fall der Rate aus der Unfähigkeit der Einzelkapitale, unter den Bedingungen der Konkur-

renz die eigenen Bestandsvoraussetzungen eigenständig zu reproduzieren (vgl. Altwater 1973, S. 175ff). Der klassenlogische Ansatz verweist auf die systemgefährdende Tendenz des Kapitals im allgemeinen, die Lohnarbeit über die Grenze der Reproduktionsfähigkeit auszubeuten (vgl. Clarke 1991 S.11f).

In beiden Fällen sind die krisendeterminierenden Widersprüche in der Wertform angelegt und manifestieren sich periodisch im Fall der Profitrate. Beide Ansätze verweisen auf die Funktion des Staates, die Krisensymptome an der sozialen Oberfläche zu bearbeiten und so die systemgefährdenden Bewegungsgesetze temporär latent zu halten. Da der Staat jedoch nicht nur institutionell, sondern auch analytisch durch unterschiedliche Abstraktionsstufen von der Basis geschieden wird, kann die krisenregulierende Steuerung die determinierenden Gesetzmäßigkeiten nicht erreichen. Staatliches Krisenmanagement stabilisiert den Vergesellschaftungsprozeß nur für eine bestimmte Zeitspanne. Unterhalb der stabilen Oberfläche kumulieren die Widersprüche und manifestieren sich unweigerlich im Fall der Profitrate (vgl. Altwater 1973, S. 177; Hirsch 1973, S. 234ff).

Durch die *formbestimmte* Funktion des Staates öffnet sich damit ein Ausweg aus der teleologischen Geschichtsauffassung: Tendenziell kann es dem kapitalistischen Staat auch in der Krise gelingen, sich zu konsolidieren und in „trial and error-Prozessen“ seine Steuerungskapazitäten neu zu justieren. „Ein Aufschwung aus der Krise ist immer möglich“ (Altwater 1973, S. 182).

Die entscheidende Differenz zwischen klassen- und kapitallogischem Ansatz liegt in der Definition der Formbestimmung des Staates. Die (abstrakte) Staatsform wird in beiden Fällen aus den Bedingungen der Wertform abgeleitet. Für die kapitallogische Linie gelten die Steuerungskapazitäten des idealen Gesamtkapitalisten ebenso wie die aufsteigende Krise als gesetzt. Das empirische Bemühen richtet sich auf die Illustration der phasenspezifischen Steuerungsmuster und die konkrete Gestalt der manifesten Krisensymptome. Diesem funktionalistischen Staatsverständnis wird eine stärkere Historisierung des Krisenmanagements seitens des klassenlogischen Ansatzes entgegengestellt. Der Staat festigt Herrschaft in der sozialen Auseinandersetzung zwischen den Klassen und Klassenfraktionen. Aus diesem Prozeß erwachsen die Kapazitäten zur Krisenregulierung (vgl. Hirsch 1977, S. 168ff). Der Staat organisiert die Gegentendenzen zum Fall der Profitrate im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Dennoch bleibt auch dieser Ansatz dem ökonomischen Reduktionismus des Basis-Überbau-Axioms verhaftet, da eine institutionelle Loslösung des Staates von der Basis nur auf der Oberfläche der empirischen Wirklichkeit akzeptiert wird (vgl. Hirsch 1974, S. CXLIX). Letztendlich konkretisieren sich dort in historischen Spielarten nur die Bewegungsgesetze der Basis.

Nicos Poulantzas und die Regulationstheorie

Die Formanalyse des kapitalistischen Staates impliziert entweder ein funktionalistisches Steuerungsverständnis oder eine Auffassung von Herrschafts-

ganisation, welche die soziale Auseinandersetzung (anti-zyklisch) an den Bewegungsgesetzen der Basis ausrichtet.

Louis Althusser entzieht mit seiner Arbeit dem Gedanken der Formableitung aus abstrakten Determinanten den Boden. Die gesellschaftliche Totalität besteht aus einem komplexen Gewebe nicht auseinander ableitbarer Teilbereiche. Die Analyse des Zusammenspiels von Politik, Ökonomie und Ideologie kennt keinen basalen Fixpunkt der Ableitung sondern ein Ensemble sich wechselseitig *überdeterminierender Strukturmuster* (vgl. Althusser 1972).

Sowohl Nicos Poulantzas als auch Michele Aglietta lassen sich von diesem Gedanken inspirieren. Poulantzas, dessen Ansatz in direkter Linie aus Althusser's Lehrgebäude stammt, integriert diese Auffassung unmittelbar in sein staats-theoretisches Spätwerk. In seiner Formanalyse existiert „der Staat / das Politische (...) immer schon konstitutiv (...) in den Produktionsverhältnissen“ (Poulantzas 1978, S. 15).

Der Regulationsansatz entwickelte sich zunächst ohne staats-theoretische Fundierung und ist häufig wegen seiner soziologischen Leerstellen kritisiert worden, die ein explizites Verständnis des politischen Prozesses der Institutionalisierung soziale Kräfteverhältnisse blockieren (vgl. Mahnkopf 1988, S. 100).

Im Grundaufbau der Theorie finden sich jedoch durchaus Parallelen zu Poulantzas' Ansatz, vor allem im Hinblick auf die Identifikation *sozialer Formen* (Institutionen) als historische Ergebnisse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Diese regulieren den prinzipiell krisenhaften Kapitalverwertungsprozeß nur als „glücklicher Fund“ (Lipietz 1992, S. 35) – die sozialen Formen mit der Kapazität zur krisenfreien Regulierung entstehen also mehr oder weniger zufällig (kontingent, aber funktional). Das Politische als regulierende Instanz wirkt, jenseits der krisendeterminierten Formbestimmtheit, konstituierend auf den (historisch-konkreten) Kapitalverwertungsprozeß ein (vgl. Aglietta 1998, S. 49f).

Durch die stärkere Historisierung der Artikulation von Regulation und Akkumulation wird jedoch nicht nur Althusser's Axiom von der nicht-reduzierbaren, überkomplexen Wirklichkeit integriert. Gleichzeitig wird ein Kontrapunkt gegen den diesem Gedanken impliziten *Strukturalismus* gesetzt.

Dieser Strukturalismus drohte zum einen, dem marxistischen Widerspruchsbegriff den Boden zu entziehen, gleichzeitig subsumiert er die gesellschaftliche Praxis unter die Reproduktionsbedingungen der Strukturen (vgl. Lipietz 1998, S. 79f). Zusammengenommen ergibt sich ein Bild ahistorischer Statik, in denen die grundlegenden Strukturmuster sich gleichförmig reproduzieren.

Doch gerade der Marx'sche Widerspruchsbegriff stellt das Rückrat der regulationstheoretischen Architektur dar (Lipietz 1985, S. 155ff). Im Zentrum des Interesses stehen, ganz in der Tradition des kapitallogischen Ansatzes, die historisch-spezifischen, politischen Bedingungen einer makroökonomischen Gleichgewichtskonfiguration auf Basis dysfunktionaler Einzelkapitalbeziehungen.

Die phasenspezifische, institutionelle Disziplinierung systemgefährdender Akteursorientierungen wird jedoch, in Abgrenzung zur kapitallogischen Linie, durch die gesellschaftliche Auseinandersetzung angeleitet. Die regulierenden Institutionen basieren auf *sozialen Verhältnissen* (vgl. ebenda S. 112f) und artikulieren sich (kontingent) mit kapitallogischen Bewegungsgesetzen.

Damit verknüpft die Regulationstheorie die kapitallogische Linie (systemgefährdende Einzelkapitalorientierung) mit dem klassenlogischen Ansatz (Krisenregulierung durch Machtgleichgewichte). Gleichzeitig negiert sie den Gedanken der Formableitung ebenso wie den Althusserschen Strukturalismus: Struktur und Praxis, Krise und Regulierung, Bewegungsgesetze und soziale Einbettung werden auf der Analyseebene des historischen Kontextes untersucht.

Poulantzas Suchprozesse nach Auswegen aus der strukturalistischen Sackgasse folgen nicht in der gleichen Weise der historischen Linie des Regulationsansatzes:

Zunächst reagiert er auf die Althussersche Zurückweisung der Zentralität der antagonistischen Tauschbeziehungen (Negation des Marxschen Widerspruchsbegriffs), indem er sich fundamental der Analyse der Klassenkämpfe widmet. Die Dialektik, die sich in der Realität aus den Klassenantagonismen entfaltet, stellt die Basis von Poulantzas' Lesart des historischen Materialismus dar.

Seine Fragestellung richtet sich, ganz in der Tradition Gramscis, auf die historischen Bedingungen der Reproduktion von Klassenherrschaft. Die Bourgeoisie ist intern fraktioniert und bedarf der politischen Organisation ihrer Vorherrschaft. Der Staat, die organisierende Instanz, ist nicht im eigentlichen Sinne Klassenstaat (vgl. Poulantzas 1976a, S. 15f). Klassen „für sich“ entwickeln sich erst in der historisch-konkreten, politischen Auseinandersetzung.

Poulantzas schließt an Gramscis wegweisende Analyse zu Fragen der Herrschaftsorganisation im Spannungsfeld von staatlichem Gewaltmonopol und Legitimation durch umgreifenden sozialen Konsens an.

Doch Poulantzas argumentiert auf zwei Ebenen: Auf der gerade skizzierten Ebene ordnet der Staat das Terrain der antagonistischen gesellschaftlichen Interessen und kanalisiert diese in stabilen Hegemonialordnungen. Die Staatsform und damit die Orientierung des staatlichen Handelns wandelt sich entlang der Zusammensetzung des strategischen Felds der sozialen Kämpfe (vgl. Poulantzas 1978, S. 114ff).

Die zweite Ebene bewegt sich in der Althusserschen Welt der Strukturen. Die Spezifik der institutionellen Trennung von Basis und Überbau bleibt an die strukturellen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise rückgebunden (vgl. Clarke 1991, S. 92f). Die staatlichen Funktionen richten sich auf die Reproduktion des gesamten Gewebes aus politischen, ideologischen und ökonomischen Strukturen. Über die Funktion der Reproduktion des strukturellen Status quo hinaus ist die Staatsform selbst durch die Struktur des sozialen Gewebes determiniert. In der *institutionellen Materialität* der Staatsap-

parate ist ein Abbild der gesellschaftlichen Strukturen als Leitmodell staatlichen Handelns eingetragen (vgl. Poulantzas 1978, S. 46f).

Poulantzas trennt die abstrakte Ebene der gleichlaufenden Reproduktion gesellschaftlicher Strukturmuster von der konkret-variablen Arena der sozialen Auseinandersetzung. Diese bleibt in letzter Konsequenz an die Reproduktionsebene rückgebunden. Auf den Staat bezogen determiniert die institutionelle Materialität des Staates, formal abgeleitet aus den Reproduktionsanforderungen eines überkomplexen Gewebes sozialer Strukturen, die Ebene des „chaotischen Policybildungsprozesses“ und der den heterogenen, differenten gesellschaftlichen Interessen offenstehenden Staatsapparate. Poulantzas entgeht dem ökonomischen Reduktionismus der Staatsableitung, bleibt mit der signifikanten Trennung von Struktur- und Handlungsebene der Methode der a-historischen Formanalyse jedoch verbunden. So gelingt es ihm nicht, sich aus den Fallstricken der Annahme einfacher, kausaler Zusammenhänge zwischen den Abstraktionsebenen zu lösen. Jenseits der methodischen Problematik jedoch entwickelt Poulantzas in seinem Spätwerk eine bis heute wegweisende Theorie sozialer Verhältnisse. Über die Fusion von materialistischer Staatstheorie und Foucaults strategisch-relationalem Ansatz gelingt es ihm, ein präzises Bild der *historischen Ebene* der sozialen Praxis zu zeichnen.

Foucaults Zugang zur Entstehungsgeschichte soziale Verhältnisse verläuft nicht, im Gegensatz zu den dargestellten Ansätzen, über die Analyse der politisch-ökonomischen Funktion sozialer Formen. Seine Lesart der Theorie sozialer Verhältnisse setzt fundamentaler an. Jede soziale Relation, von der Individualität über Organisationsformen bis zu Regierungsregimen, ist das Produkt konkreter historischer Kämpfe, die sich zu Diskursregimen verdichten und in sozialen Formen materialisieren (Lemke 1997, S. 140ff). Eine Orientierung an übergreifenden Strukturmustern, z.B. Produktionsverhältnissen, lehnt Foucault ab. Vergesellschaftung wird letztlich als völlig offenes Terrain begriffen, in der Herrschaft auf der nicht-intendierten Verknüpfung differenter Strategien basiert (vgl. Jessop 1990, S. 242ff).

Poulantzas interveniert an dieser Stelle durch den Verweis auf die *Selektivität* der Staatsapparate. Der Staat als organisierende Instanz sowie Produkt historisch spezifischer Hegemonialordnungen greift selektiv in das freie Fluktuieren und Koppeln der Diskurspartikel zu Regimen ein. Er ordnet das strategische Terrain, konstituiert die Grenze zwischen privat und öffentlich, verteilt die Subjekte auf gesellschaftliche Klassen und individualisiert objektive Klassenzugehörigkeit durch den Status gleicher Rechtssubjektivität. Aus dieser Selektionsleistung generiert staatliche Macht, die in den Hegemoniebildungsprozess zurückfließt (vgl. Poulantzas 1978, S. 58ff).

Gleichzeitig, und hier manifestiert sich abermals die bereits kritisierte Doppelstrategie in Poulantzas' Argumentation, wird die Frage der Genese staatlicher Macht, die Ausgestaltung der Selektionsinstanzen und die strukturbildende Wirkung staatlicher Intervention durch die statische Ebene übergreifender sozialer Makrostrukturen überformt. Letztendlich mündet jede strategi-

sche Bewegung sozialer Kräfte in die a priori definierten (überkomplexen) Strukturen der Produktionsverhältnisse (vgl. Demirovic 1997, S. 44f). Zum einen werden damit andere Herrschaftsstrukturen ausgeblendet, zum anderen bleibt damit die Mikrophysik der Macht reine Illustration der a-historischen Makrostruktur.

Trotz aller Kritik stellt die Konzeptualisierung von Stellenwert und Funktion der (historisch-konkreten) Arena der sozialen Auseinandersetzung eine wegweisende Zäsur in der materialistischen Theoriebildung dar. Das gramscianische Konzept der Hegemoniebildung verbindet sich kohärent mit Foucaults Analyse des strategischen Terrains und wird durch die Analyse eines Zirkels, bestehend aus der selektiven Wirkung der Staatsapparate und den Rückwirkungen der sich wandelnden sozialen Kräfteverhältnisse auf die Staatsform, abgerundet.

Der Regulationsansatz gewinnt auch methodisch Abstand zur Formableitung. Kapitalakkumulation wird zwar als wertformdeterminierter, krisenhafter Vorgang begriffen, doch findet sich im politischen Prozeß der Institutionenbildung und -reproduktion keine a priori gesetzte Materialität. Regulation bedeutet Stabilisierung einer widersprüchlichen Formation im *historischen* Kontext.

Der Versuch einer Fusion von regulationstheoretischen Elementen und Poulantzas staats-theoretischem Ansatz als Basis einer Theorie sozialer Verhältnisse stellt den gemeinsamen Referenzpunkt von Jessops und Hirschs neueren Arbeiten dar. Die Differenzen in den Theoriepositionen der beiden Autoren sollen in folgenden über die unterschiedliche Herangehensweise an die beiden oben skizzierten Ansätze offengelegt werden. Die differenten Zugänge zu den Theorien erklären sich, so die These, aus unterschiedlichen Bewertungen des Stellenwerts der Methode der Formableitung.

Theoriearchitektur im Postfordismus: Joachim Hirsch und Bob Jessop

Hirsch arbeitet seit Ende der 80er Jahre an einer Fusion regulationstheoretischer und neogramscianischer Elemente, die er als Ausgangsbasis für die Analyse von Form und Funktion des postfordistischen Staates nutzt. Das Fundament der Theoriearchitektur stellt die Formableitung des Staates dar (vgl. Hirsch 1994, S. 182f).

Hirschs spezifischer Zugang zum aktuellen linken Diskurs bezüglich der Dialektik von Struktur und Praxis verläuft über die der Theorie sozialer Formen implizite „Verdinglichungsthese“ (vgl. Demirovic 1992, S. 142ff). Soziale Formen regulieren prinzipiell die durch antagonistische Strukturmuster determinierten systemgefährdenden Tendenzen des Kapitals (Ausbeutung bzw. Konkurrenz). Auf diese Weise hält Hirsch Distanz zum tradierten soziologischen bzw. ökonomischen Institutionenbegriff, der bislang das Feld zwischen Systemgefährdung und -stabilisierung besetzt hielt. Institutionenkomplexe, und hier schließt Hirsch sehr unmittelbar an Poulantzas' Ansatz an, stehen ei-

nerseits im Zentrum der sozialen Auseinandersetzung und regulieren auf der historischen Ebene das Verhältnis von Struktur und Praxis. Sie vermitteln zwischen strategischer Orientierung der Akteure und Strukturmustern, die von politisch konstituierten Klassen über patriarchale Dominanzstrukturen bis hin zu rassistischen Zuschreibungsmustern reichen (vgl. Hirsch 1998, S. 114ff). Auf dieser Ebene verändert die Gesamtheit der regulierenden Institutionen ihre Gestalt mit der gesellschaftlichen Transformation, die ihre Strukturmuster in der sozialen Auseinandersetzung reproduziert und verändert. Auf der zweiten Ebene ist die gesellschaftliche Institution jedoch formbestimmt, d.h. sie materialisiert in ihrem Aufbau soziale Formen, die vor jeder Auseinandersetzung die widersprüchliche Einheit der Gesellschaft herstellen bzw. diese regulierbar machen (vgl. Hirsch 1992, S. 208ff).

Jessops Adaption der Ableitungsdebatte bleibt dagegen rudimentär. Zwar verweist er einerseits auf den Erkenntnisgewinn, der sich aus der Synthese von klassen- und kapitallogischem Ansatz ziehen läßt (vgl. Jessop 1990, S. 87ff). Andererseits kritisiert Jessop die Methode der Formableitung grundsätzlich (vgl. ebenda S. 10ff).

Das Ensemble der (öffentlichen) Institutionen gewinnt seinen inneren Zusammenhang weder aus der abstrakten Formbestimmung (Staatsableitung) noch aus der institutionellen Materialität (Poulantzas), sondern aus hegemonialen Leitbildern, die aus gesellschaftlichen Kämpfen um die Definition von sozialen Problemlagen und Lösungsstrategien erwachsen: dem Staats- bzw. Hegemonialprojekt. Die *Selektivität* der staatlichen Strukturen ist somit nicht struktureller, sondern strategischer Natur (strategic-relational approach): Projekte stabilisieren Strukturmuster und koppeln differente Strategien, Strukturen selektieren Strategien und reproduzieren Projekte, Strategien wandeln Strukturen und Projekte (vgl. Jessop 1990, S. 258ff). Damit gewinnt Jessops Analyse der Dialektik von Struktur und Praxis an Tiefenschärfe. Strukturen als das verdichtete Ergebnis vergangener Kämpfe wirken restringierend auf das Feld der aktuellen Auseinandersetzung, werden jedoch innerhalb staatlicher Institutionenkomplexe auf die Organisation von *Herrschaft* ausgerichtet. Herrschaft bleibt nicht allein auf den politischen Prozeß gerichtet, der die Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“ werden läßt, sondern kombiniert multiple Machtverhältnisse (rassistische, patriarchale etc.) ebenso, wie auch emanzipative Positionen Eingang finden können. Die staatlichen Institutionen bleiben zunächst auf jeder Analyseebene in die Dynamik der sozialen Kämpfe einbezogen (vgl. Jessop 1996, S. 48ff).

Trotz methodischer Differenzen herrscht bei beiden Autoren zunächst Einigkeit über den Weg der staats-theoretischen Anreicherung des Regulationsansatzes. Im Zuge der sozialen Auseinandersetzung schreiben sich Machtverhältnisse in den heterogenen Aufbau der Staatsapparate (Hirsch) bzw. in das Leitbild der öffentlichen Institutionen, das Staatsprojekt (Jessop) ein. Somit orientieren sich beide an der gramscianischen Perspektive des integralen Staates, verbinden dieses jedoch mit der regulationstheoretischen Sichtweise

der kontingenten Artikulation institutionell getrennter Elemente. Staatstheoretisch gewendet steht damit nicht die integrale Ökonomie (Regulationsweise und Akkumulationsregime) im Zentrum des Interesses, sondern der integrale Staat (politische Gemeinschaft + Zivilgesellschaft). Nur der integrale Staat - die institutionell getrennten Sphären von Zivilgesellschaft und Staat im engeren Sinn sind deckungsgleich mit der Kategorie der Regulationsweise. So stellen zwar die öffentlichen Institutionen das Gravitationszentrum der Regulationsweise dar, determinieren jedoch nicht deren historische Ausformung in der sozialen Auseinandersetzung.

Die unterschiedlichen Sichtweisen der Autoren hinsichtlich der Frage des Stellenwerts sozialer Formen, der Formbestimmtheit gesellschaftlicher Institutionen und der Reichweite politischer Praxis führen jedoch zu einem völlig *differenten Vergesellschaftungsbegriff*. Dadurch öffnen sich verschiedene Wege der Einarbeitung des Regulationsansatzes in die jeweilige Theoriearchitektur.

Hirsch adaptiert einen weit gefaßten Begriff der Regulation. Regulation bezieht sich nicht nur auf die Bedingungen der wechselseitigen Stabilisierung von Politik und Ökonomie sondern insgesamt auf die jeweilige historische Form der Vergesellschaftung. Der formbestimmte Staat kanalisiert die soziale Auseinandersetzung in ein regulatives Gefüge, das alle gesellschaftlichen Teilbereiche unterlagert und ausrichtet (vgl. Hirsch 1995, S. 62ff). Dieser Regulationsbegriff geht auf Poulantzas' Vorstellung von der Orientierung der Staatsform auf die Reproduktion der (überkomplexen) sozialen Strukturen zurück.

Objekt der Regulation ist die Gesellschaft in ihrer Totalität, das Gravitationszentrum der Regulationsweise ist der formbestimmte Staat. Diesem umfassenden Regulierungs- Vergesellschaftungs- und Staatsbegriff steht jedoch, auch im Gegensatz zu Poulantzas, ein verkürztes Ebenenverständnis entgegen. Die Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche trifft nach wie vor im Fall der Profitrate zusammen (vgl. ebenda, S. 88ff) - die Tendenz zum Fall der Rate wird zum Gravitationszentrum jeder Form der Regulation und damit per se zum Mittelpunkt der Vergesellschaftung.

Jessop wählt einen wesentlich engeren Regulationsbegriff, der sich lediglich auf die institutionelle Einbettung des prinzipiell krisenhaften Akkumulationsprozesses bezieht (vgl. Jessop 1988, S. 382). Die regulierenden Institutionenkomplexe entstehen nicht formbestimmt aus den Widersprüchen des Kapitalverhältnisses, welche die selbstregulative Reproduktion der eigenen Bestandsvoraussetzungen ausschließen. Diese Sichtweise deckt sich im wesentlichen mit dem schmalen Fokus regulationstheoretischer Fragestellungen, welche sich auf die Analyse der extraökonomischen Bedingungen einer ökonomischen Gleichgewichtskonfiguration (vgl. Hübner 1989, S. 17ff) beschränken. Während sich die Regulationstheorie jedoch in der Frage der Artikulation von Regulationsweise und Akkumulationsregime mit der Behelfskonstruktion des glücklichen Fundes begnügt, siedelt Jessop seinen Lösungs-

weg fundamental in den tiefen Abstraktionsregionen seiner Theoriearchitektur an: Referenzfolie der Analyse der Artikulation von Politik und Ökonomie ist ein durch *funktionale Differenzierung* geformter Vergesellschaftungsmodus.

Vergesellschaftung wird als das Ergebnis des Zusammenspiels verschiedener gesellschaftlicher Teilbereiche, deren Reproduktionslogiken keinen gemeinsamen Nenner aufweisen, gefaßt. Strukturelle Koppelung (kontingente Co-Evolution) sichert die Artikulation der Teilbereiche Politik und Ökonomie (vgl. Jessop 1990, S. 316ff).

Aus einer politik-ökonomischen Perspektive faßt Jessop die Stabilität der historischen Konfiguration aber nicht als Ergebnis eines universalen, evolutionären Prozesses, sondern in der variablen Form historischer Blöcke (vgl. ebd., S. 319f). Der historische Block stellt eine soziale Formation dar, innerhalb derer sich Basis und Überbau zu einem Verhältnis wechselseitiger Stabilisierung verschränken. Diese Formation besitzt in einer krisentheoretischen Perspektive zum einen hinsichtlich ihrer Stabilisierungswirkungen nur eine geringe historische Halbwertszeit, zum anderen sind Zerfallserscheinungen nicht auf evolutionsbedingte Selektionswirkungen, sondern auf fundamentale Verschiebungen im sozialen Machtgefüge zurückzuführen.

Aus einer Teilsystemperspektive läßt sich so zunächst eine kohärente Verknüpfung zwischen einer Theorie sozialer Verhältnisse und autopoietischen Elementen erreichen:

Zentriert sich die politische Auseinandersetzung um die Genese kollektiv verbindlicher Entscheidungen im Spannungsfeld von Gewaltmonopol und Gemeinwohl, so stellt die Wertform den Fixpunkt des Kampfes um die Definition der ökonomischen Wirklichkeit dar (vgl. ebd., S. 152ff). Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, zentriert um systemspezifische Codes, verdichten sich in Projekten (Staatsprojekt und Akkumulationsstrategie) als substantielle Basis der institutionellen Systemgrenzen. Soziale Verhältnisse, festgeschrieben in historisch variablen Projekten, konstituieren (Teilsystem-) Wirklichkeiten (vgl. ebd., S. 320ff).

Problematisch erscheint die Akzeptanz der funktionalen Differenzierung als grundlegender Vergesellschaftungsmodus, der sich in der autopoietischen Grundorientierung der Teilsysteme materialisiert. Die tiefen Abstraktionsregionen werden nun nicht länger durch überkomplexe Strukturmuster oder durch die Bewegungsgesetze der Basis bestimmt, sondern durch funktionale Differenzierung.

Jessop selbst möchte diese Variante der Formbestimmtheit sozialer Verhältnisse als sekundäre Aspekte seiner Arbeit verstanden wissen, doch bei näherer Betrachtung scheint sich die Form der funktionalen Differenzierung, angesiedelt in den tiefen Abstraktionsregionen, determinierend auf alle Analyseebenen auszuwirken:

Jessop differenziert drei Analyseebenen, wobei das Verhältnis von Struktur (zweite Ebene - Formen der Organisation, des Kalküls und der Verfahrens-

weise des Staates) und Praxis (dritte Ebene – Funktionsweisen des Staates in der sozialen Auseinandersetzung) im Zentrum der staatstheoretischen Analyse steht (vgl. Jessop 1996, S. 46ff). Strukturen als geronnenes Ergebnis vergangener Auseinandersetzung und Strategien, die im Rahmen dieser Strukturmuster formuliert werden, diese reproduzieren und verändern, werden in der Theorie sozialer Verhältnisse in ein dialektisches Verhältnis gesetzt. Dabei wird die Ebene der Struktur in einer tieferen Abstraktionsregion als die Ebene der konkreten gesellschaftlichen Kämpfe angesiedelt. Bindeglied zwischen diesen beiden Abstraktionsstufen stellt das Staatsprojekt dar, daß der institutionellen (abstrakten) Struktur des Staates substanzielle Dichte in den sozialen Auseinandersetzungen verleiht. Die erste, abstrakteste Analyseebene hingegen ist durch die funktionale Differenzierung als grundlegende Form der Vergesellschaftung bezeichnet (vgl. Jessop 1990, S. 342ff). Der Zusammenhang zwischen dieser Abstraktionsregion und den konkreteren Ebenen von Form und Funktion des Staates folgt vordergründig der Logik der Integration differenter Abstraktionsebenen in die Theorie sozialer Verhältnisse:

Zunächst bindet Jessop die Materialisation der funktionalen Differenzierung an die Ausbuchstabierung eines historischen Blocks. Über die Historisierung der Autopoiesis hinaus verleiht er der strukturellen Koppelung der Subsysteme eine strategische Ebene. Auf Basis einer gesamtgesellschaftlichen Grundgrammatik (vgl. Wilke 1992) artikulieren sich in Verhandlungssystemen - strategische Arenen der Konsenssuche - systemspezifische Vergesellschaftungsperspektiven zu einem Hegemonialprojekt, das die Subsystemgrenzen unterlagert. Träger dieses kathartischen Prozesses sind organische Intellektuelle im postfordistischen Gewand der problemlösungsorientierten Expertokratie (vgl. Jessop 1990, S. 336).

Auf diese Weise gelingt es, auf der historischen Ebene den strukturalistischen Ballast der funktionalen Differenzierung abzuschütteln und zu einem Begriff von „guided socialitation“ zu gelangen, der von Macht und Herrschaftsprozessen durchzogen ist. Aus dieser Perspektive erscheint das eklektizistische Vorgehen plausibel: Fragestellungen jenseits marxistischer Traditionslinien werden aufgegriffen und komplexitätssteigernd in die Theoriearchitektur integriert.

Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, daß tiefe Abstraktionsregion und historische Oberfläche nicht, wie in der strategisch-relationalen Analyse des Zusammenhanges von Struktur und Handlung, in einem dialektischen Verhältnis stehen. Jessop ersetzt die formdeterminierenden, abstrakten Gesetzmäßigkeiten, seien sie überkomplex-strukturalistisch oder wertformbasiert, lediglich durch eine weitere Variante der Formbestimmung: Die funktionale Differenzierung als Tiefenphänomen konkretisiert sich auf der historischen Oberfläche als polyzentrische Gesellschaftsstruktur. In diese schreiben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ein, ohne daß die historische Oberfläche der sozialen Verhältnisse die tieferliegende Referenzfolie der funktionalen Differenzierung tangiert.

Die Konsequenzen dieses Vorgehens lassen sich in Jessops Adaption der Netzwerkanalyse illustrieren. Jessop geht von einer Neukonstitution des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im Postfordismus aus (vgl. Jessop 1998, S. 32ff). Dabei ist nicht per se die Analyse der Verschiebung zwischen Öffentlichem und Privatem im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus zu kritisieren, was auch die Identifikation veränderter Referenzpunkte staatlicher Steuerung nach sich zieht. Problematisch erscheint die Dominanz, mit der das Tiefenphänomen der funktionalen Differenzierung an die historische Oberfläche tritt und die Konkretisierung der modifizierten Grenze zwischen Staat und Gesellschaft determiniert. Nun mehr werden Verhandlungssysteme nur noch sekundär als Arenen der kathartischen Universalisierung herrschender Weltansichten im Spannungsfeld von Zwang und Konsens gefaßt. Primär werden die Netzwerke als Orte der Konkretisierung abstrakter Gesetzmäßigkeiten konzeptualisiert. Das Axiom „form problematizes function“ (Jessop 1990, S. 345), das Jessops Theoriearchitektur bis dato vom Reduktionismus der Formableitung bewahrt hatte, wird an dieser Stelle durchbrochen. Letztendlich ist die polyzentrische Gesellschaftsstruktur formbestimmt durch die funktionale Differenzierung. Auf diese Weise wird der Staat – „das gesellschaftlich Allgemeine als das von der Gesellschaft Abgesonderte“ (MEW 1, S. 204) – funktional als Mediator zwischen die differenzierten Systeme gesetzt.

Die autopoietische Kehrtwende schließt zum einen definitiv das Kapitel des ökonomischen Reduktionismus, welcher dem Gedanken der Formableitung implizit ist, da nunmehr nicht auseinander ableitbare Systemlogiken das soziale Terrain strukturieren. Zum anderen sind es gerade die Strukturmodelle der funktionalen Differenzierung, welche die Arenen der Konstitution sozialer Wirklichkeit einfassen.

Die historische Funktion der Teilsysteme wird durch einen Formbegriff problematisiert, der die Determination der systemspezifischen Kräfteverhältnisse durch abstrakte Gesetzmäßigkeiten ausschließt. Dieses theoretische Etappenziel ist erreicht – doch abermals um den Preis, den Formbegriff an die Seite einer Vorstellung von Vergesellschaftung zu stellen, deren historische Materialisation durch abstrakte Vorentscheidungen determiniert ist.

Fazit

Sowohl Hirsch als auch Jessop gründen ihre Positionen auf einem Amalgam von Klassen- und kapitallogischem Ansatz. Beide versuchen, die Defizite der jeweiligen Perspektiven in der Theorie sozialer Verhältnisse aufzuheben: Die regulationstheoretische Fragestellung verschafft Einblicke in die Funktion gesellschaftlicher Institutionen und deren krisenregulierende Kapazitäten während der neogramscianische Ansatz die selektiven Wirkungen dieser Institutionen hervor hebt. Gleichzeitig bietet die Theorie sozialer Verhältnisse eine Verbindungslinie zwischen abstrakten Gesetzmäßigkeiten und der Ebene der konkreten gesellschaftlichen Kämpfe: Struktur und Handlung, Form und

Funktion werden in ein dialektisches Verhältnis gesetzt, deren Synthese nur auf der Ebene der sozialen Auseinandersetzung möglich ist. Dabei sind jedoch beide Autoren nicht konsequent: Hirsch ersetzt die eigentliche Dialektik zwischen Struktur und Handlung im Prinzip durch eine weitere, allerdings wesentliche komplexere, Variante der Determination. Die Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Auseinandersetzung durch das Wertgesetz verengt einerseits die Funktion der Regulierung auf die Profitrate und andererseits Herrschaft auf Klassenherrschaft. Jessops strategisch-relationaler Ansatz faßt das Verhältnis von Struktur und Handlung wesentlich konsequenter, die Form der funktionalen Differenzierung determiniert jedoch – entgegen Jessops Intention – die Funktionsweise der regulierenden und selektierenden Institutionen sowie der gesellschaftlichen Teilbereiche in letzter Instanz.

Vergesellschaftung kann letztendlich nur jenseits der Annahme der Formbestimmtheit sozialer Verhältnisse erfaßt werden. Der strategisch-relationale Ansatz als Basis einer Theorie sozialer Verhältnisse verweist auf die Möglichkeit, Abstraktionsebenen zueinander in Beziehung zu setzen, ohne sich in den Fallstricken der Determination zu verfangen. Aktuelle marxistische Arbeiten setzen an dieser Stelle an: Funktionale Differenzierung als basale Form der Vergesellschaftung wird, ebenso wie in Jessops Arbeiten, in die Grundannahmen (als Form) integriert, die Konsequenzen jedoch losgelöst von Formbestimmtheit im Rahmen der Theorie sozialer Verhältnisse analysiert (vgl. Türk 1995; Felder 1999). Ein exakteres Verständnis der Artikulation von Politik und Ökonomie, problematisiert durch die Form der funktionalen Differenzierung, wird in der Analyse des organisatorischen Kontextes einer spezifischen Gesellschaftsformation gesucht. Auf diese Weise können Einblicke in die interorganisatorischen Verflechtungsstrukturen und dominierenden Mechanismen der sozialen Zuschreibung gewonnen werden. Darauf aufbauend werden Rückschlüsse auf die Produktionsweise der Autopoiesis – konkret im Spannungsfeld von sozialer Auseinandersetzung und der Selektivität der organisatorischen Strukturmuster – gezogen.

Die Etablierung von funktionaler Differenzierung als weitere tragende Säule eines linken Verständnisses von Vergesellschaftung – neben Herrschaft und Krise – erfordert keinen theoretischen Kraftakt, der das Verhältnis von Form und Funktion klären müßte. Die Theorie der sozialen Verhältnisse erscheint mir auch in diesem Bereich sowohl tragfähig als auch komplex. Vielmehr fehlen empirische Einsichten zur Zustandsbeschreibung postfordistischer Strukturmuster als Basis der Analyse der Dialektik von Form und Funktion.

Literatur

- Aglietta, Michel 1998: Capitalism at the Turn of the Century: Regulation Theory and the Challenge of Social Change, in: *New Left Review* 232, S. 41-90
- Altvater, Elmar 1973: Zu einigen Problemen des „Krisenmanagement“ in der kapitalistischen Gesellschaft, in: Janicke, Martin (Hrsg.), *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*, Opladen, S. 170-196

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 1996: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster
- Althusser, Louis / Balibar, Etienne 1972: *Das Kapital lesen I*, Hamburg
- Clarke, Simon 1991: *Marxism, Sociology and Poulantzas's Theory of the State*, in: Ders. (Hrsg.): *The State Debate*, London/Basingstoke, S. 70-108
- Demirovic, Alex 1992: *Regulation und Hegemonie. intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation*, in: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.), *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster, S. 128-157
- Demirovic, Alex 1997: *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*, Münster
- Esser, Josef 1975: *Einführung in die materialistische Staatsanalyse*, Frankfurt a.M.
- Felder, Michael 1999: *Die Veränderung von Staatlichkeit und neue Formen der Bürokratisierung*. Dissertation an der Universität Duisburg
- Hirsch, Joachim 1973: *Elemente einer materialistischen Staatstheorie*, in: von Braunmühl, Claudia (Hrsg.), *Probleme einer materialistischen Staatstheorie*, Frankfurt a. M., S. 199-266
- Hirsch, Joachim 1974: *Zum Problem einer Ableitung der Form- und Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates*, in: ders. u.a. (Hrsg.), *Karl Marx, Friedrich Engels, Staatstheorie*, Frankfurt a.M./Wien/Berlin, S. CXXXIX-CLIII
- Hirsch, Joachim 1977: *Kapitalreproduktion, Klassenseinwanderung und Widersprüche im Staatsapparat*, in: Brandes, Volkhard u.a. (Hrsg.), *Handbuch 5: Staat*, Frankfurt a.M./Köln, S. 161-181
- Hirsch, Joachim, 1992: *Regulation, Staat und Hegemonie*, in: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.), *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster, S. 203-231
- Hirsch, Joachim, 1994: *Politische Form, politische Institution und Staat*, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim: *Politik, Institution und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg, S. 157-211
- Hirsch, Joachim 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin
- Hirsch, Joachim, 1998: *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin.
- Hübner, Kurt 1989: *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*, Berlin
- Jessop, Bob 1982: *The Capitalist State. Marxist Theories and Methods*, Oxford
- Jessop, Bob 1988: *Postfordismus. Zur Rezeption der Regulationstheorie bei Hirsch*, in: *Das Argument* 169, S. 380-390
- Jessop, Bob 1990: *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*, Cambridge
- Jessop, Bob 1996: *Veränderte Staatlichkeit* In: Grimm, Dieter (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden, S. 43-73
- Jessop, Bob 1997: *Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation. Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa*, in: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.), *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Berlin- Hamburg, S. 50-95
- Jessop, Bob 1998: *The Rise of Governance and the Risk of Failure: the Case of Economic development*, in: *International Social Science Journal*, S. 29-45
- Lemke, Thomas 1997: *Eine Kritik der politischen Vernunft: Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin/ Hamburg

- Lipietz, Alain 1985: *Akkumulation, Krisen und Ausweg aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“*, in: Prokla, S. 109-135
- Lipietz, Alain 1992: *Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“*, in: Demirovic, Alex/ Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.), *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster, S. 9- 54
- Lipietz, Alain 1998: *Kette Schuß und Regulation. Ein Werkzeug für Sozialwissenschaften*, in: Krebs, H. P. (Hrsg.), *Alain Lipietz, Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*, Berlin-Hamburg, S. 77- 115
- Mahnkopf, Birgit 1988: *Soziale Grenzen „fordistischer Regulation“*, in: Dies. (Hrsg.) *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zu einer Theorie der Regulation*, Münster, S. 99-143
- Marx- Engels- Werke (MEW) 1957 ff: Band 1, Berlin
- Polanyi, Karl 1997: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a. M.
- Poulantzas, Nicos 1976: *Das Problem des kapitalistischen Staates*, in: Poulantzas, Nicos/ Miliband, Ralph, 1976: *Kontroverse über den kapitalistischen Staat*, Berlin, S. 5-24
- Poulantzas, Nicos 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie*. Sozialistische Demokratie..Hamburg
- Türk, Klaus 1995: *Die Organisation der Welt. Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft*, Opladen
- Wilke, Helmut 1992: *Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie in polyzentrischen Gesellschaften*, Frankfurt a.M.
- Wolfswinkler, Günther 2000: *Marxistische Theoriearchitektur und die Dynamik staatlichen Wandels. Legitimationsmuster, Herrschaftsstruktur und Funktionsweise des kapitalistischen Staates im Spiegel staatstheoretischer Entwicklungslinien*, Duisburg: im Erscheinen

Z - Nr. 45

erscheint Anfang März 2001

voraussichtlich mit zwei Schwerpunktthemen:

Staat und Markt in der Bildungspolitik

Globalisierung oder Imperialismus?

Das Heft enthält Beiträge u.a. von Stefano Azzara, Horst Bethge, Thomas Metscher/Heewon Lee, Emmerich Nyikos, Lothar Peter, Karl Unger, Werner Seppmann, Georg Stamatis, Jürgen Stroech

Hubert Laitko

Die späten Chemiestudien von Karl Marx: Fakten und Fragen

Der seit kurzem – entsprechend der Norm dieses editorischen Riesenunternehmens in zwei Teilen (Text und Apparat) – vorliegende Band IV/31 der MEGA¹ ergänzt und bereichert unsere Kenntnis über das Verhältnis von Karl Marx und Friedrich Engels zu den Naturwissenschaften. Er enthält naturwissenschaftliche Exzerpte und Notizen der beiden Gelehrten aus der Zeit von Mitte 1877 bis Anfang 1883. Das Schwergewicht der Edition liegt eindeutig bei Marx, nicht nur deshalb, weil die von ihm stammenden Texte mit 473 von insgesamt 614 Seiten quantitativ den Löwenanteil der edierten Dokumente ausmachen, sondern vor allem, weil sie bedeutende, bisher nicht verfügbare Aufschlüsse über die von ihm in seinen letzten Lebensjahren verfolgten wissenschaftlichen Interessen geben.

Bevor der Charakter der Texte näher erörtert wird, sei hervorgehoben, dass den Bearbeitern eine editorische Meisterleistung von untadeliger Akribie gelungen ist, die diesen Band in die Spitzengruppe wissenschaftshistorischer Quelleneditionen überhaupt stellt. Die Solidität und Gediegenheit, die das Werk zu einem erstklassigen Arbeitsmittel künftiger Forschung macht, war nur durch vieljährige, mit hohem Kräfteinsatz und in nicht nachlassender Intensität betriebene Kärmerarbeit zu erreichen, die sich bei aller Aufmerksamkeit für die feinsten Details nicht auf philologische Sorgfalt beschränken durfte, sondern sich zugleich immer wieder der leitenden wissenschaftshistorischen Gesichtspunkte des Vorhabens versichern musste. So ist viel Forschungsarbeit investiert worden, um durch einen umfangreichen Anmerkungsapparat die edierten Exzerpte wissenschaftshistorisch aufzuschließen, ohne dabei das für Quellenausgaben wesentliche Gebot strenger Zurückhaltung bei der Interpretation zu verletzen. Eben deshalb ist die ganze Edition eine attraktive Offerte für die nachfolgende Forschung, ohne diese durch vorweggenommene Deutungen in irgendeiner Weise zu präjudizieren.

Die Hauptbearbeiter waren Anneliese Griese (wissenschaftliche Leiterin der Arbeitsgruppe), Friederun Fessen, Peter Jäckel und Gerd Pawelzig, hinzu kamen zeitweilig weitere Kolleginnen und Kollegen; in der Anfangsphase des Projekts hatte bis zu seinem Tod der Berliner Wissenschaftshistoriker und Schorlemmer-Biograph Karl Heinig daran mitgewirkt. Die Arbeitsgruppe, die 1986 an der Berliner Humboldt-Universität dieses Vorhaben in Angriff nahm, hatte zuvor die Edition von Friedrich Engels' „Dialektik der Natur“ (MEGA

¹ Karl Marx, Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Vierte Abteilung Exzerpte – Notizen – Marginalien, Band 31: Karl Marx, Friedrich Engels, Naturwissenschaftliche Exzerpte und Notizen Mitte 1877 bis Anfang 1883, bearbeitet von Anneliese Griese, Friederun Fessen, Peter Jäckel und Gerd Pawelzig, Akademie Verlag, Berlin 2000, 1055 S.

I/26, erschienen 1985) abgeschlossen. Auf den ersten Blick könne man meinen, der jetzt vorliegende Band sei als eine zwar ungewöhnlich anspruchsvolle, aber hinsichtlich ihrer Bedingungen normale Projektarbeit zustande gekommen. Das war jedoch keineswegs der Fall. Die Modalitäten seiner Fertigstellung, auf die die Bearbeiter kurz eingehen (S. 650-652), sind charakteristisch für die Schwierigkeiten, mit denen die Erschließung des wissenschaftlichen Erbes von Marx und Engels weiterhin zu ringen hat – heute freilich nicht mehr infolge ideologischer Restriktionen, dafür aber infolge chronischer Unterfinanzierung. Als 1990 die Strukturen aufgelöst wurden, die die Arbeit an der MEGA in der DDR getragen hatten, sicherte die neugegründete Internationale Marx-Engels-Stiftung (IMES) prinzipiell die Weiterführung. IMES, deren Engagement auch für den hier in Rede stehenden Band gar nicht hoch genug bewertet werden kann, war jedoch nicht in der Lage, den Personalabbau in den Bearbeitergruppen zu verhindern oder im notwendigen Umfang neue bezahlte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Die „erneuerte“ Humboldt-Universität entließ sukzessiv sämtliche Mitarbeiter der Gruppe. Der Band konnte zur deshalb zu einem guten Ende kommen, weil die Bearbeiter motiviert und entschlossen waren, das Werk, das sie in normalen Arbeitsverhältnissen begonnen hatten, durch jahrelangen Gratiseinsatz hochqualifizierter Arbeit im Ehrenamt zu vollenden. Dass sich hier kein fairer Weg fand, ist kein Ruhmesblatt für das deutsche Wissenschaftssystem, und es funktioniert auch nicht immer, sich allein auf Enthusiasmus und den Hang zur Selbstausschöpfung zu verlassen. Die parallel ausgeführte und bereits weit gediehene Arbeit an der Edition der Geologieexzerpte von Marx² ist vorerst zum Stillstand gekommen, weil es nicht gelungen ist, unter den Bedingungen bloßer Freiwilligkeit eine arbeitsfähige Gruppe zu erhalten.

Wenn man in dem vielstrapazierten Bild von der wissenschaftlichen Werkstatt bleibt, in die Archivalien Einblick gewähren sollen, dann ist es hier die Gewinnung von Rohmaterial und seine Präparierung für die weitere Produktion. Die Edition zeigt, was Marx und Engels in den von ihnen studierten Büchern wichtig genug schienen, um es im Exzerpt festzuhalten. Die Kommentierung wiederum ist hinreichend konkret, um die von Marx und Engels bei der Rezeption der studierten Texte vorgenommene Schwerpunktsetzung und Selektion deutlich werden zu lassen, ohne dass man dazu die exzerpierten Schriften parallel lesen müsste. Dort, wo die verwendeten Handexemplare erhalten geblieben sind, werden auch Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen den Exzerpten und den in den betreffenden Büchern angebrachten Markierungen (Anstreichungen, Marginalien) dokumentiert, so dass sich der Vorgang der Textrezeption noch vollständiger erschließt, als es durch alleinige Kenntnisnahme der Exzerpte möglich wäre.

² Peter Krüger, Innovationen in der Geologie um 1860 und die späten Geologie-Exzerpte von Karl Marx. Zu einigen möglichen Motiven seiner naturwissenschaftlichen Studien nach 1870, in: Karl Marx – zwischen Philosophie und Naturwissenschaften, hrsg. von Anneliese Griese und Hans Jörg Sandkühler, Frankfurt a.M. u.a. 1997, S. 151-188.

Zwischen den Exzerpten von Engels und denen von Marx bestehen hinsichtlich ihrer Stellung im jeweiligen Gesamtwerk wesentliche Unterschiede. Die von Friedrich Engels angefertigten Exzerpte aus Schriften von William Thomson, Peter Guthrie Tait, Carl Fraas, Hermann Helmholtz, Jean-Baptiste Le Rond d'Alembert und Gustav Wiedemann³ bieten keine besonderen Überraschungen. Sie fügen sich in das bekannte Bild von Engels' naturwissenschaftlichen Interessen ein. Ihr Zusammenhang mit der Arbeit an der „Dialektik der Natur“ ist (bis auf den kurzen Auszug aus Fraas) offensichtlich und wird im Apparat von den Bearbeitern detailliert belegt; der Leser kann nachvollziehen, mit welchen Intentionen Engels diese Studien betrieben und wie er ihre Resultate weiterverarbeitet hat.

Eine echte Überraschung – zumindest für jeden, der nicht den handschriftlichen Nachlass im Original zur Kenntnis nehmen konnte – sind hingegen Umfang, thematische Spannweite und Charakter der Chemieexzerpte von Marx. Sie werfen ein wesentlich neuartiges Licht auf seine letzten Jahre. Ihr Gegenstand ist praktisch die gesamte Chemie jener Zeit in ihrer vollen Ausdehnung von der anorganischen und physikalischen über die organische bis hin zur physiologischen Chemie, ihre Hauptquellen sind moderne Werke prominenter Fachleute, und ihre Methode ist die kritische Sichtung und Verknüpfung der Angaben mehrerer Bücher zu ein und demselben Thema. Es ist daher in der Regel nicht möglich, einer bestimmten Exzerptpassage einen Abschnitt eines bestimmten Buches zuzuordnen. Dies stellte die Bearbeiter bei der Gestaltung des Apparates vor erhebliche Probleme; es ist ihnen vorbildlich gelungen, die komplexen Beziehungen zwischen Exzerpten und Quellen fortlaufend zu dokumentieren.

Die von Marx ausgewerteten Bücher kann man bedingt in zwei Gruppen gliedern. Den Kern bilden die Schriften von Lothar Meyer, Henry Roscoe und Carl Schorlemmer⁴, sie fundieren die Anordnung des Stoffes. Alle drei waren namhafte Vertreter der Chemie ihrer Zeit. Sie nutzten das atomistische Prinzip produktiv für die Entwicklung von Strukturvorstellungen auf ihren jeweiligen

³ William Thomson, Peter Guthrie Tait, Treatise on natural philosophy, Vol.1, Oxford 1867; Carl Fraas, Klima und Pflanzenwelt in der Zeit, ein Beitrag zur Geschichte beider, Landshut 1847; Hermann Helmholtz, Über die Erhaltung der Kraft, eine physikalische Abhandlung, vorgelesen in der Sitzung der physikalischen Gesellschaft zu Berlin am 23. Juli 1847, Berlin 1847; Jean Le Rond d'Alembert, Traité de dynamique ... , Paris 1743; Gustav Wiedemann, Die Lehre von Galvanismus und Elektromagnetismus, 2., neu bearb. und verm. Aufl. Bd.1.2, Braunschweig 1874.

⁴ Lothar Meyer, Die modernen Theorien der Chemie und ihre Bedeutung für die chemische Statik, 2., umgearb. und sehr verm. Aufl., Breslau 1872; Henry Enfield Roscoe, Kurzes Lehrbuch der Chemie nach den neuesten Ansichten der Wissenschaft. Dt. Ausg., unter Mitw. des Verf. bearb. von Carl Schorlemmer, 4., nach den neuesten Forschungen verm. und verb. Aufl., Braunschweig 1873; Carl Schorlemmer, Lehrbuch der Kohlenstoffverbindungen oder der organischen Chemie, 2., verb. Aufl., Braunschweig 1874; Henry Enfield Roscoe, Carl Schorlemmer, Ausführliches Lehrbuch der Chemie Bd.1, Braunschweig 1877; Henry Enfield Roscoe, Carl Schorlemmer, Ausführliches Lehrbuch der Chemie Bd.2, Braunschweig 1879.

Forschungsgebieten, hatten einen entwickelten theoretischen und historischen Sinn (die umfangreichen historischen Passagen in ihren Büchern, deren Rezeption in den Exzerpten nur wenig zum Ausdruck kommt, sind von Marx, wie die Anstreichungen in den Handexemplaren aus seiner Bibliothek zeigen, durchaus beachtet worden) und besaßen in Robert Bunsen einen gemeinsamen, als wissenschaftliches Vorbild verehrten Lehrer. Zu der engen Arbeitsgemeinschaft von Roscoe und Schorlemmer, die ungefähr gleichaltrig waren und in Manchester in Forschung und Lehre eine effektive Arbeitsteilung praktizierten, hatten Marx und Engels über ihr freundschaftliches Verhältnis zu Schorlemmer⁵ einen unmittelbaren Zugang. Die Schriften der zweiten Gruppe, deren Verfasser (bis auf den heute vergessenen Benjamin Witzschel⁶) ebenfalls bedeutende Gelehrte waren, ergänzten die Studien in Richtungen, die das Eindringen der Chemie in ihre Nachbarwissenschaften Physiologie (Ludimar Hermann, Wilhelm Friedrich Kühne, Johannes Ranke) und Geologie (Joseph Beete Jukes) verfolgen ließen⁷. Die Bearbeiter gliedern die Chemieexzerpte nach ihren wahrscheinlichen Entstehungszeiten in sechs Texteinheiten und formulieren gut fundierte Hypothesen zu ihrer Datierung und den zwischen ihnen bestehenden inhaltlichen Beziehungen (S. 629-630).

Marx' Chemieexzerpte sind nicht erkennbar selektiv auf irgendwelche übergeordneten nichtchemischen Fragestellungen bezogen – wie es etwa bei früheren agrochemischen Studien der Fall war, die er benötigte, um die Perspektiven der Agrarproduktion präziser beurteilen zu können, und die im Kontext des „Kapital“ Verwendung fanden⁸. Sie sind auch viel zu umfangreich und intensiv, als dass sie unter Hinweis auf Marx' lebenslanges Interesse an Runduminformation über die Hauptrichtungen des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts unabhängig von den besonderen Desideraten seiner jeweiligen Forschungsarbeiten erklärt werden könnten. So studiert man eine Wissenschaft nur, wenn man sie sich unter Absehen von jeder speziellen Zweckbindung von Grund auf aneignen will; freilich musste ein solches Studium bei einer experimentellen Wissenschaft wie der Chemie unvermeidlich ein Torso bleiben, wenn es fern vom Labor allein aus literarischen Quellen erfolgte.

⁵ Karl Heinig, Carl Schorlemmer, Leipzig 1974.

⁶ Benjamin Witzschel, Die Physik fasslich dargestellt nach ihrem neuesten Standpunkte. Zum Gebrauch für höhere Unterrichtsanstalten, Studierende und Freunde der Naturwissenschaften, 2. Ausg., Leipzig 1858.

⁷ Ludimar Hermann, Grundriss der Physiologie des Menschen, 5., verm. und verb. Aufl., Berlin 1874; Wilhelm Friedrich Kühne, Lehrbuch der physiologischen Chemie, Leipzig 1868; Johannes Ranke, Grundzüge der Physiologie des Menschen mit Rücksicht auf die Gesundheitspflege, 3., umgearb. Aufl., Leipzig 1875; Joseph Beete Jukes, The student's manual of geology, 3. ed., Edinburgh 1872.

⁸ Uta Puls, Klaus Puls, Darstellung der agraren Produktivkräfte und der ihnen zugrundeliegenden Wissenschaften in Marxens Werk, in: Wiss. Zeitschr. der Humboldt-Univ. zu Berlin, Reihe Gesellschaftswissenschaften 38 (1989), H.3, S. 316 ff.

Die Chemieexzerpte reihen sich ein in einen Komplex umfangreicher polydisziplinärer Studien des späten Marx, die von der Geologie bis zur Ur- und Frühgeschichte reichten. Maximilien Rubel notiert in seiner Marx-Chronik für das Jahr 1873: „Es ist nicht übertrieben, wenn von manchen Biographen behauptet wird, Marx' letzte Lebensjahre gleichen einer langsamen Agonie. Es steht fest, dass die langen Jahre materieller, physischer und seelischer Not seine Gesundheit zerrütet haben, die von nun an immer schwächer wird ... Nichtsdestoweniger füllt Marx – unglaublich für diese an eigenen Schriften so wenig fruchtbare Zeit – rund fünfzig Studienhefte mit Notizen, fast ausschließlich mit Auszügen seiner Lektüren: fast dreitausend mit mikroskopisch kleiner Schrift beschriebene Seiten. Die Leseleidenschaft, die bei Marx schon in seinen großen schöpferischen Perioden zu beobachten war, wandelt sich in seinen letzten Lebensjahren zu einer regelrechten Lesebesessenheit, wobei er ‚Tonnen‘ von Material anhäuft, die Engels in Sprach- und Ratlosigkeit versetzen“⁹. Für die Jahre, aus denen die im besprochenen MEGA-Band enthaltenen Exzerpte stammen, nennt Rubel verschiedene Gebiete der Marxschen Literaturstudien, darunter wiederholt die Geologie. Von den Büchern, deren Exzerpte jetzt vorliegen, erwähnt er lediglich eine Schrift des französischen Ingenieurs Édouard Hospitalier über die Elektrizität¹⁰, die Marx offenbar direkt nach Erscheinen der zweiten Auflage durcharbeitete und über die er eine kurze Notiz zu Papier brachte (S. 467-473); die Lektüre war mit Sicherheit von Marx' und Engels' gemeinsamem Interesse an der zu jener Zeit hochinnovativen Entwicklung der Starkstromtechnik einschließlich der gerade experimentell erprobten Möglichkeiten zur Fernübertragung elektrischer Energie inspiriert (S. 875-877). Die außerordentlich umfangreichen Chemieexzerpte, deren Anfertigung mit Sicherheit einen großen Teil der Arbeitszeit von Marx während seiner letzten sechs Jahre – in den Phasen, in denen er überhaupt arbeitsfähig war – in Anspruch nahm, werden von Rubel nicht erwähnt, wie sie auch sonst in der Literatur vor Beginn der Arbeiten am MEGA-Band IV/31 keinerlei Aufmerksamkeit fanden.

Von ihrer Existenz hätte man wissen können, seit Paul Mayer 1966/67 ein vermutlich Anfang der 30er Jahre im SPD-Parteivorstand angefertigtes Verzeichnis des Marx-Engels-Nachlasses veröffentlicht hatte¹¹. Die knappen Angaben dieses Inventars ließen aber keinen Schluss auf Umfang und Bedeutung dieses Exzerptbestandes zu und waren so kaum geeignet, das Interesse daran anzuregen. Das vorliegende Resultat einer enormen Marxschen Fleißarbeit ist zugleich ein Dokument menschlicher und wissenschaftlicher Tragik. Es be-

⁹ Maximilien Rubel, Marx-Chronik, München/Wien 1968, S. 125.

¹⁰ Édouard Hospitalier, La physique moderne. Les principales applications de l'électricité, 2. éd., Paris 1882.

¹¹ Paul Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses. Anhang VI. Inventar des Marx-Engels-Archivs. Liste I, in: Archiv für Sozialgeschichte, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover, Bd.6/7, 1966/1967, S. 176.

zeugt seine verzweifelten Anstrengungen, gegen den fortschreitenden Verfall seiner Kräfte und gegen die schwere Last anzukämpfen, die ihm das Siechtum und der Tod seiner Frau aufbürdeten. Wissenschaftshistorisch gesehen liegt die Tragik darin, dass die immense Leistung aktiver Rezeption, die in diesen Exzerpten steckt, ins Leere lief. Nur Marx selbst oder ein kongenialer Zeitgenosse hätte den Zweck realisieren können, zu dem diese Studien möglicherweise in Angriff genommen worden waren, und es wäre auch nur zu jener Zeit möglich gewesen. Mir schiene es nicht gerechtfertigt zu behaupten, wir würden durch jene Exzerpte eine neue Sicht auf die Geschichte der Chemie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewinnen, die wir ohne sie nicht hätten. Die rationelle und wirklich gravierende Forschungsfrage, die die Publikation der Exzerpte aufwirft, ist die nach der Bedeutung der Chemie für das wissenschaftliche Profil und die wissenschaftlichen Intentionen des späten Marx.

Er selbst hat darüber keine Auskunft gegeben. Trotz großer Bemühungen ist es den Bearbeitern nicht gelungen, direkte oder indirekte Zeugnisse seiner Absichten aufzufinden. Wie ein erratischer Block ragt das Massiv dieser Exzerpte in das Marx-Bild hinein, verschlossen für Erklärungsversuche auf gängigen Pfaden und zugleich zu wichtig, um es als bloße Marginalie betrachten und vernachlässigen zu können. Der übergreifende Zusammenhang, in dem die naturwissenschaftlichen Studien für ihn gestanden haben dürften, ist immerhin einigermaßen plausibel. Sandkühler bemerkt: „Marx ist ein Glied in einer langen Kette. Der Ort, an dem er denkt, ist die gesamte Geschichte der Wissenschaften im 19. Jahrhundert“¹². Auch Griese macht darauf aufmerksam, dass Marx „in einem weitaus komplexeren geistesgeschichtlichen Beziehungsgefüge steht, als es die bloße Orientierung auf Hegel und Feuerbach beinhaltet“¹³. Die mentalitätsgeschichtliche Analyse der Werkentwicklung innerhalb einer Population koexistierender, konkurrierender und konfligierender intellektueller Kontexte ist nach Sandkühlers Ansicht ein geeigneter Weg, um einem solchen Beziehungsgefüge und seiner Dynamik auf die Spur zu kommen. Den für Marx' geistige Entwicklung zentralen Spannungsbogen sieht er zwischen zwei Kontexten – „der Dialektik Hegels und der Positivität der Wissenschaften...“¹⁴. Es könne daher nicht überraschen, dass Marx „zum einen das methodologische Ideal wissenschaftlicher Objektivität und zum anderen eine ontologische Grundlage seines Materialismus sucht und findet, wo sie zu seiner Zeit in elaborierter Form vorliegen; in den Naturwissenschaften“¹⁵. Diese Argumentation ist naheliegend, sie ist insbesondere vereinbar mit der Annahme,

¹² Hans Jörg Sandkühler, *Zwischen Philosophien und Wissenschaften. Eine epistemologische Kritik der Marx'schen Bezugnahmen auf die Naturwissenschaften*, in: *Karl Marx – zwischen Philosophie und Naturwissenschaften*, a.a.O., S. 45-89, hier S. 63.

¹³ Anneliese Griese, *Die naturwissenschaftlichen Studien von Karl Marx. Zwischen philosophischer Tradition und modernem Wissenschaftsverständnis*, in: *Karl Marx – zwischen Philosophie und Naturwissenschaften*, a.a.O., S. 15-44, hier S. 18.

¹⁴ Hans Jörg Sandkühler, *Zwischen Philosophie und Wissenschaften*, a.a.O., S. 51.

¹⁵ Ebd., S. 75.

dass Marx' übergreifendes Interesse an den Naturwissenschaften ein methodologisches gewesen sei – also eines, das weniger auf die konkreten Gegenstände gerichtet war als vielmehr auf die Art und Weise, wie das Wissen von diesen Gegenständen gewonnen, geprüft, strukturiert und gesichert wird, um daraus Lehren – zumindest per Analogie – für den sozialwissenschaftlichen Erkenntnisprozess zu ziehen.

Für eine so allgemeine Zielstellung sind die verschiedenen Naturwissenschaften in weiten Grenzen austauschbar; allenfalls würde jenen unter ihnen Priorität gebühren, die über die ausgereifteste Kultur des methodischen Vorgehens verfügen. Die chemischen Exzerpte lassen durchgehend eine große Aufmerksamkeit dafür erkennen, wie empirisches Wissen zustande kommt, wie es adäquat fixiert wird (Formelschreibweisen) und wie theoretische Aussagen empirisch fundiert werden. Lassen sich darüber hinaus noch besondere Gründe denken, die Marx' Interesse gerade an der Chemie bedingt haben könnten? Der Umstand, dass Marx und Engels freundschaftliche Beziehungen mit Schorlemmer unterhielten, hat gewiss eine Rolle gespielt; für einen Nicht-Naturwissenschaftler ist der Zugang zu einer Naturwissenschaft natürlich sicherer, wenn er durch einen anerkannten Fachvertreter vermittelt wird. Dennoch scheint die Annahme, Marx könnte seine wissenschaftlichen Präferenzen nach einem so kontingenten Umstand ausgerichtet haben, kaum mit seiner Denkweise vereinbar. Eher dürfte sich das besondere Vertrauen, das er der fachlichen Autorität Schorlemmers entgegenbrachte, in der Auswahl der Bücher niedergeschlagen haben, mit denen er sich ein Gebiet erschloss, das er aus in der Sache liegenden Gründen zu studieren beabsichtigte. Weiter wären die rasch zunehmenden wirtschaftlichen Erfolge der Chemie, insbesondere in der aufkommenden organisch-chemischen Industrie, und die daraus resultierende wachsende öffentliche Beachtung dieser Wissenschaft in Betracht zu ziehen. Im Hintergrund mag dieses Faktum, das die Relevanz der Chemie für die weitere Ausgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise deutlich erhöhte, durchaus wirksam gewesen sein, doch die Exzerpte überraschen (beim Autor des „Kapital“ !) gerade dadurch, dass sie keine gesteigerte Aufmerksamkeit für Anwendungsfragen erkennen lassen. Man bleibt also auf den Aspekt der Methodologie verwiesen.

Dafür möchte ich eine denkmögliche Version in Vorschlag bringen. Die Chemie jener Zeit, eine aufblühende Wissenschaft mit stürmischer Theoriendynamik, war unter allen Naturwissenschaften diejenige, deren Fähigkeit, komplexe Strukturen und Prozesse zu erfassen und zueinander in Beziehung zu setzen und damit Prozesse als Transformationen von Strukturen darzustellen, am höchsten entwickelt war. Zudem trugen ihre Begriffe und Theorien nichtmechanischen Charakter, und in ihrem Objektbereich wurden die qualitative Gestuftheit der Realität und die Übergänge quantitativer in qualitative Veränderungen geradezu sinnfällig. Zwar waren auch viele Chemiker der Ansicht, dass irgendwann die Zurückführung der Chemie auf die Prinzipien der Mechanik gelingen würde, doch diese dem Zeitgeist entsprechende Überzeugung war

nicht viel mehr als ein philosophischer Glaube, für den im tatsächlichen Zustand der chemischen Wissenschaft wenig sprach. Der Erfolg der mechanischen Wärmetheorie hingegen, auf den die Bearbeiter des Bandes mit Nachdruck hinweisen und der von Marx und Engels sehr beachtet wurde, war damals ein definitiver Beleg für das ungebrochene Integrationsvermögen der klassischen Mechanik und die Möglichkeit, aus ihren Prinzipien theoretische Schemata für die Erklärung von Phänomenen zu gewinnen, die bis dahin einer mechanischen Deutung nicht zugänglich waren. Dass gerade die statistische Physik – über die Strahlungstheorie – das Tor zur Überwindung des klassischen Determinismus aufstoßen würde, war damals noch nicht absehbar.

Marx' ureigenstes Problem der letzten Lebensjahre, das er nicht mehr zu bewältigen vermochte, war bekanntlich die Vollendung des zweiten und dritten Bandes des „Kapital“. Gegenüber dem ersten Band waren nicht nur andere Aspekte des Gegenstandes auf gleicher Komplexitätsebene zu behandeln; vielmehr war mit dem Fortschreiten von der Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise zur Abbildung des kapitalistischen Reproduktionssystems in seinem Gesamtzusammenhang und seinem evolutionären Wandel ein Übergang zu einem höheren Komplexitätsniveau der theoretisch zu repräsentierenden Zusammenhänge verbunden. In einer solchen Erkenntnissituation war methodische Besinnung auf die Tragfähigkeit des eigenen Ansatzes nicht nur verständlich, sondern dringend geboten. Es ist vorstellbar, dass Marx organische Strukturformeln (die kompliziertesten Strukturen, die die Chemie damals entschlüsselt hatte) gerade deshalb reihenweise notierte und mit ihnen Reaktionsgleichungen durchspielte, weil er eine solide Referenzbasis für dieses Bemühen suchte. Die Chemie bot in elementarer Form etwas, das auch für eine entfaltete Theorie der kapitalistischen Wirtschaft gebraucht wurde: nichtmechanische theoretische Schemata von Strukturtransformationen mit Verzweigungen, Verkettungen, Zyklen, Verstärkungen, Abschwächungen usw. Dennoch war die Kluft zwischen dem, was die klassische Chemie offerierte, und dem, was der Ökonomie wirklich gedient hätte, noch riesig und eigentlich nicht überbrückbar. Aber Marx war wie jeder andere Gelehrte an die kognitiven Ressourcen gebunden, die ihm seine Zeit bereitstellte. Er stieß an Grenzen, weil er eine Aufgabe in Angriff genommen hatte, deren Bewältigung die damals vorhandenen theoretischen Möglichkeiten weit überstieg. Seine imponierende Beharrlichkeit führte zu immer neuen Versuchen, auf das intellektuelle Gesamtreservoir der zeitgenössischen Wissenschaft zuzugreifen und dabei bis zum äußersten zu gehen.

Renate Wahsner

Der Ernst, der Schmerz, die Geduld und Arbeit des Negativen

Bemerkungen zu einer Theorie der Dialektik

„Wie war die Wissenschaft zu behandeln?“¹ fragt Engels. Dies ist der Tat die entscheidende Frage, um eine Theorie der Dialektik entwickeln zu können.

Wenn man dies sagt, lenkt man erfahrungsgemäß sofort den Verdacht auf sich, des spekulativen Denkens nicht fähig zu sein, die Philosophie auf Wissenschaftstheorie reduzieren oder die Dialektik liquidieren zu wollen. Der Versuchung widerstehend, dies für eine Ausrede zu halten, die verdecken soll, daß man die Mühen eines fachwissenschaftlichen Studiums nicht auf sich nehmen will oder zu nehmen vermag, und ohne zu bestreiten, daß es Fälle gibt, die den Verdacht bestätigen, soll hier nur bemerkt werden, daß dieser Verdacht nicht zwangsläufig ist. Zum Beleg sei auf Kant und Hegel verwiesen, denen man ja wohl zugestehen wird, echte Philosophen gewesen zu sein. Beide hielten – wenn auch nach unterschiedlichen Prinzipien – eine Untersuchung der Naturwissenschaft für erforderlich, um die *philosophischen* (in gewissem Sinne könnte man auch sagen: die metaphysischen) Fragen, die sie quälten, beantworten zu können. So erklärte Hegel beispielshalber, es sei die Aufgabe der Naturphilosophie, zuerst zu betrachten, wie das Denken in der Naturwissenschaft ist, um hierauf zweitens zu sagen, was die Natur ist.² Und die Bestimmung des Naturbegriffs wiederum war nötig für den weiteren Fortgang des Systems über die Philosophie des Geistes zum absoluten Wissen. Dabei war Hegel definitiv der Meinung, er müsse *untersuchen*, wie dieses Denken sei. Und Kant gar hielt die Analyse der – für die neuzeitliche Naturwissenschaft repräsentativen – Newtonschen Methode für erforderlich, um die ihm vorgängige Metaphysik so zu verändern, daß sie das neuzeitliche Denkprinzip auf den Begriff zu bringen vermochte (was ihn letztendlich zu seiner „copernicanischen Wende“ führte).

Wie nun das Denken in der Naturwissenschaft ist, das kann man nicht – mit Mach zu reden – herausphilosophieren; das weiß man nur durch die Erfahrung. Und die „Erfahrung“ – d.h. hier: die Analyse der tatsächlich vorliegenden Naturwissenschaft – besagt, daß der Naturwissenschaft im Vergleich zur Philosophie, zur Mathematik und zum Alltagsdenken ein eigener Status zu-

¹ F. Engels, K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie (Rezension), in: K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1964, S. 473.

² Vgl. G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830). Zweiter Teil. Die Naturphilosophie. Mit den mündlichen Zusätzen, in: Werke in 20 Bdn. auf der Grundlage der Werke von 1832-1845 neu edierte Ausgabe, Frankfurt a. M. 1986, Bd. 9, S. 11 (Einleitung).

kommt. Oftmals jedoch wird die Naturwissenschaft mit einer philosophischen Elle gemessen.³ Hieraus entspringt auch der gelegentliche Wunsch, die Wissenschaften zu dialektisieren.

Naturwissenschaftliches Denken und dialektische Philosophie unterscheiden sich jedoch kategorial – und müssen es.⁴ Hieraus folgt nicht, daß das naturwissenschaftliche Denken der Dialektik widerspricht oder beziehungslos neben ihr stünde. Es charakterisiert dieser Sachverhalt vielmehr den erforderlichen Ernst, den Schmerz, die Geduld und die Arbeit des Negativen.⁵ Wie dieses Negative beschaffen ist, sollen die nachfolgenden Bemerkungen andeuten.⁶

I. Hegel und das epistemologische Grundproblem der messenden und rechnenden Wissenschaft

Die Zenonschen Bewegungsparadoxien diskutierend behauptet Hegel: „Was die Schwierigkeit macht, ist immer das Denken, weil es die in der Wirklichkeit verknüpften Momente eines Gegenstandes in ihrer Unterscheidung auseinanderhält. Es hat den Stündenfall hervorgebracht, indem der Mensch vom Baume der Erkenntnis des Guten und des Bösen gegessen, es heilt aber auch diesen Schaden.“⁷ Bekanntlich notiert Lenin beim Studium der Hegelschen „Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie“ diese Passage und bemerkt dazu: „Wir können die Bewegung nicht vorstellen, ausdrücken, ausmessen, abbilden, ohne das Kontinuierliche zu unterbrechen, ohne zu versimpeln, zu vergrößern, ohne das Lebendige zu zerstückeln, abzutöten. Die Abbildung der Bewegung durch das Denken ist immer eine Vergrößerung, ein Abtöten – und nicht nur die Abbildung durch das Denken, sondern auch durch die Empfindung, und nicht nur die Abbildung der Bewegung, sondern auch die jedes Begriffes. – Und darin liegt das Wesen der Dialektik. Gerade dieses Wesen wird auch durch die Forderung ausgedrückt: Einheit, Identität der Gegensätze.“⁸ Das

³ Dies war auch ein Mangel der Engellschen Betrachtungsweise. Vgl. R. Wahsner, Was bleibt von Friedrich Engels' Konzept einer Dialektik der Natur? Erster Versuch oder erste Näherung, *Argument* Nr. 194, 34 (1992), H. 4, S. 563-571; auch *Marxistische Blätter* 33 (1995), H. 4, S. 37-43; auch in italienischer Übersetzung: *Che cosa resta del concetto engelsiano di una dialettica della natura?*, in: *Engels cento anni dopo*, a cura di Stefano Garroni, Napoli: La città del sole 1995.

⁴ Gemeint ist wirklich das Unterscheiden, nicht das Auseinanderreißen von Wissenschaft und Philosophie, gemeint ist nicht das Trennen, das *Vereinzeln* der Unterschiede. Der Terminus „unterscheiden“ wird hier und in der gesamten Arbeit in dem Sinne gebraucht, in dem Marx ihn benutzte, wenn er z. B. schreibt: „Denken und Sein sind also zwar unterschieden, aber zugleich in *Einheit* miteinander.“ (K. Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, in: K. Marx und F. Engels, *Werke*, Ergänzungsband. Erster Teil, Berlin 1968, S. 539.)

⁵ Vgl. G.W.F. Hegel, *Phänomenologie des Geistes*, in: *Werke*, Bd. 3, S. 24 f.

⁶ Mehr als eine Andeutung ist an dieser Stelle nicht möglich. Um diesen Mangel zu kompensieren wird häufig auf die Literatur verwiesen, in der das Angedeutete ausgeführt ist.

⁷ G.W.F. Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I*, in: *Werke*, Bd. 18, S. 314.

⁸ W. I. Lenin, *Konspunkte zu Hegels „Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie“*, in: *Werke*, Bd. 38, Berlin 1964, S. 246.

Wesen der Dialektik besteht hiernach darin, die durch die Eigenart des Denkens bedingte Trennung der Momente aufzuheben, sie in ihrer Einheit zu denken. Wenn Engels die Dialektik als Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang bestimmt,⁹ so unterstellt auch er das Stadium der Isolierung als ein notwendig vorangehendes, um den Gesamtzusammenhang bzw. die Totalität denken zu können,¹⁰ faßt mithin die Dialektik als Negation der Isolierung auf. *Die sogenannte Verstandestätigkeit bzw. das sogenannte analytische Erkennen (sowie implizit die Naturwissenschaft)¹¹ wird somit als Voraussetzung des dialektischen Denkens, als Voraussetzung für die philosophische Erkenntnis gedacht.*

Der erste, dem dieses Erfordernis bewußt wurde, war Hegel. Er entdeckte – belehrt durch die Kantische Philosophie – das Denkprinzip der neuzeitlichen Wissenschaft und wollte es in seinem Verhältnis zur Philosophie auf den allgemeinen logisch-philosophischen Begriff bringen, dargestellt als eine dialektische Logik, als eine Logik des spekulativen Denkens.¹² Den Hauptunterschied seiner zu der aristotelischen Logik sieht er wie folgt: „Der Schluß verständig gemacht, wie er in der gewöhnlichen logischen Form vorkommt, hat den Sinn, daß ein Inhalt zusammengeschlossen wird mit einem anderen. Der vernünftige Schluß dagegen hat den Inhalt, daß das Subjekt usf. sich mit sich selbst zusammenschließt.“¹³ Hegels Logik stellt die Entwicklung des sogenannten Form-Inhalts der Erkenntnis dar, allerdings in einer verzerrten (oder wie Marx und Feuerbach sagen: mystischen) Form. Um die Hegelsche Dialektik zu entzerren, ist es unabdingbar, den erkenntnistheoretischen Status der meßtheoretisch begründeten Naturwissenschaft aufzuklären.¹⁴ *Denn die Dialektik als Negation der Isolierung wird unterschieden sein, je nachdem, welcher Art die Isolierung ist, die aufgehoben werden muß.* Es ist daher sowohl zu untersuchen, wie diese Isolierung im Hegelschen System bestimmt ist, als auch, wie sie sich vom Standpunkt der modernen Wissenschaft aus darstellt.¹⁵

⁹ Vgl. F. Engels, *Dialektik der Natur*, in: K. Marx und F. Engels, *Werke*, Bd. 20, Berlin 1962, S. 307.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 333, 499, 528.

¹¹ Zur Stellung der Naturwissenschaft zu Verstand und Vernunft vgl. R. Wahsner, *Naturwissenschaft zwischen Verstand und Vernunft*, in: *Vom Mute des Erkennens. Beiträge zur Philosophie*. G.W.F. Hegels, hg. von M. Buhr und T. I. Oiserman, Berlin 1981.

¹² Vgl. R. Wahsner, „Das Bedürfnis einer Umgestaltung der Logik ist längst gefühlt“. Hegels Anliegen und der Mißbrauch einer dialektischen Methode, in: *Mit und gegen Hegel. Von der Gegenstandslosigkeit der absoluten Reflexion zur Begriffslosigkeit der Gegenwart*, hg. von A. Knahl, J. Müller und M. Städtler, Lüneburg 2000.

¹³ G.W.F. Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie II*, in: *Werke*, a.a.O., Bd. 19, S. 241.

¹⁴ Es sei betont, daß diese Aufklärung nur notwendig, keinesfalls hinreichend ist.

¹⁵ Vgl. hierzu die ausführlicheren Darstellungen sowie die darin zitierte Literatur: H.-H. v. Borzeszkowski und R. Wahsner, *Die Notwendigkeit der Philosophie für die Naturwissenschaft*, in: *Dialektik I. Orientierungen der Philosophie*, hg. von B. Heidtmann, Köln 1980; dies., *Noch einmal über das Bedürfnis der Naturwissenschaften nach Philosophie*, in: *Dialektik 5. Darwin und die Evolutionstheorie*, hg. von K. Bayertz, B. Heidtmann und H.-J. Rheinberger,

Bei Hegel muß bekanntlich, um zum absoluten Wissen zu gelangen, die Entäußerung des Geistes als Natur zurückgenommen werden. Die Natur ist für ihn ein Moment des realen absoluten Geistes, sie ist die Idee in ihrem Anderssein. Sie hat somit an sich selbst den Widerspruch, gegen ihr Wesen, absoluter Geist zu sein, dieses Andere zu sein. Als dieses Andere ist sie äußerlich, nicht nur bezüglich der Idee, sondern die Äußerlichkeit macht die Bestimmung aus, in der die Idee als Natur ist.¹⁶ Das Sinnliche gilt als ein Auseinander. Dieses Auseinander bestimmt Hegel näher als Trennung der Begriffsmomente. Explizite schreibt er: „Indem der Geist ins Dasein hineintritt, begibt er sich in die Weise der Endlichkeit und damit in die Weise der Natürlichkeit überhaupt. Die besonderen Gestaltungen fallen auseinander, denn die Form der Natürlichkeit ist das Auseinander, daß sich die besonderen Bestimmtheiten als *Einzelheiten* darstellen. Diese abstrakte Bestimmung enthält den Grund der Notwendigkeit, daß, was im Geist als besondere Stufe erscheint, als besondere natürliche, die anderen ausschließende, für sich existierende *Gestalt* auftritt.“¹⁷

Hegel reflektiert mit dieser Charakterisierung in gewisser Hinsicht den Gang von der Naturwissenschaft zur Philosophie, insofern nämlich, als die Begriffs- und Theorienbildung der Naturwissenschaft durch die Erfordernisse des Vergleichs, der Messung geprägt ist, hierdurch jedoch nur voneinander geschiedene Objekte bestimmt werden können, während *wirkliche Gegenstände* nur gegeneinander, nur in der Aufhebung ihrer Trennung und Entgegensetzung (letztlich auch der Aufhebung des Subjekt-Objekt-Gegensatzes) zu bestimmen sind. Die Differenz zwischen Naturwissenschaft und Philosophie entspringt daraus, daß – gemäß dem philosophischen Konzept, wonach die Natur aus sich selbst heraus besteht – die Naturgegenstände einander produzieren, naturwissenschaftliche Gegenstände dies aber nicht können. Ein realer Naturgegenstand existiert seinem Wesen nach nie isoliert, reale Naturgegenstände existieren nur, indem sie aufeinander wirken und so einander verändern, indem sie keine (absolut) geschlossenen Systeme bilden. Wirkliche oder – im philosophischen Sinne – konkrete Gegenstände sind unterschieden, aber nicht

Köln 1982; dies., *Physikalischer Dualismus und dialektischer Widerspruch. Studien zum physikalischen Bewegungsbegriff*, Darmstadt 1989; dies., *Die Wirklichkeit der Physik. Studien zu Idealität und Realität in einer messenden Wissenschaft*, Frankfurt a.M.–Berlin–Bern–NewYork–Paris–Wien 1992; R. Wahsner, *Prämissen physikalischer Erfahrung. Zur Helmholtzschen Kritik des Raum-Apriorismus und zur Newton-Marxschen Kritik des antiken Atomismus*, Berlin 1992; dies., *Die Auswirkung des Hegelschen Physikbegriffs auf die Naturphilosophie der Folgezeit*, in: Hegel-Jahrbuch 1991, hg. von H. Kimmerte, W. Lefèvre und R. W. Meyer, Fernwald (Annerod) 1991; dies., *Zur Kritik der Hegelschen Naturphilosophie. Über ihren Sinn im Lichte der heutigen Naturerkenntnis*, Frankfurt a.M.–Berlin–Bern–NewYork–Paris–Wien 1996; dies., *Naturwissenschaft*, Bielefeld 1998.

¹⁶ Vgl. G.W.F. Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* (1830) Zweiter Teil, *Die Naturphilosophie*, mit den mündlichen Zusätzen, in: *Werke*, Bd. 9, S. 24-37 (§§ 247-251).

¹⁷ G.W.F. Hegel, *Die Vernunft in der Geschichte*, hg. von J. Hoffmeister, Berlin 1966, S. 187 f.

voneinander getrennt. Messung erfordert jedoch – in erster Näherung gesprochen – gerade ihre Trennung bzw. die ihrer Momente.¹⁸ Will man nun – wie z.B. die Physik – die Bewegung messen, so muß man die Momente der Bewegung voneinander scheiden, daher auch die Wirklichkeit auseinanderlegen in Raum und Zeit und in die sich in der Raum-Zeit bewegende Materie bzw. Masse. Die auseinandergelagerten Momente erscheinen dann als verschiedene Meßgrößen. – Das, was Hegel im absoluten Wissen als Natur aufhebt, sind in Wahrheit die Aussagen der Naturwissenschaft über die Natur. Letztere sieht er erzeugt durch das analytische Vorgehen – das für ihn eine unabdingbare Phase der Entwicklung des Begriffs realisiert,¹⁹ denn „die Totalität ist in der höchsten Lebendigkeit nur durch Wiederherstellung aus der höchsten Trennung möglich“.²⁰ Seine selbstgestellte Aufgabe, „zweitens zu sagen, was die Natur ist“, sieht Hegel am Ende seiner Naturphilosophie erfüllt, wenn der Geist erkannt hat, daß die Natur, dieses Andere, Fleisch von seinem Fleisch, Gebein von seinem Gebein, daß sie Geist ist.²¹ Sie ist also gekennzeichnet als fortschreitende Aufhebung des analytischen Erkennens.

Die Gleichsetzung des analytischen mit dem naturwissenschaftlichen, experimentell bestimmten, Vorgehen führt zum Verlust einer Ebene. Hegel zieht nicht in Betracht, daß die Naturwissenschaft ihre Aussagen nicht unmittelbar über die wirklichen Naturgegenstände in ihren konkreten Zusammenhängen trifft, sondern über meßtheoretisch begründete Entitäten, Meßgrößen, und deren Beziehungen. Diese Größen sind auf wirklichen Gleichheiten basierende Gedankendinge oder naturwissenschaftlich-experimentell bestimmte Verstandesgegenstände.²² Sie sind in der Tat endliche Bestimmungen, und sie müssen es sein, sonst könnte man sie bzw. mittels ihrer die Bewegung nicht messen. Sie dienen als *Mittel*, um das eigentliche Erkenntnisobjekt, die Wirklichkeit, die konkreten Gegenstände zu erkennen. Indem Hegel unterstellt, die Objekte der Naturwissenschaft seien (in deren eigenem Verständnis) die Naturgegenstände selbst, identifiziert er de facto Naturgegenstand und Erkenntnisinstrument. Diese Gleichsetzung von Gegenstand und Mittel charakterisiert Hegels Naturbegriff und sein Verständnis der Naturwissenschaften.

Die genannte Identifizierung ist verschuldet durch Hegels Irrtum, daß die empiri-

¹⁸ Um z.B. zwei Massen mittels einer Balkenwaage miteinander vergleichen zu können, muß garantiert sein, daß sie nicht miteinander wechselwirken (sondern nur mit der Erde). Ist eine solche Situation nicht gegeben oder herstellbar, ist die Messung nicht möglich.

¹⁹ Vgl. G.W.F. Hegel, *Phänomenologie des Geistes*, in: *Werke*, Bd. 3, S. 35 f.

²⁰ G.W.F. Hegel, *Differenz des Fichteschen und Schellingschen Systems der Philosophie*, in: *Werke*, Bd. 2, S. 21 f.

²¹ Hegel schreibt: „Der Geist hat die Gewißheit [daß die Natur an sich Vernunft ist – R. W.], die Adam hatte, als er Eva erblickte: 'Dies ist Fleisch von meinem Fleisch, dies ist Gebein von meinem Gebein'... [G.W.F. Hegel, *Enzyklopädie*. Zweiter Teil. *Die Naturphilosophie*, a.a.O., S. 23 (Einleitung Z).] Zur Interpretation dieser Passage siehe: R. Wahsner, *Zur Kritik der Hegelschen Naturphilosophie*, a.a.O., S. 116-121.

²² Die in Anknüpfung an Hegel gewählte Bezeichnung „Verstandesgegenstand“ ist nur dann ganz korrekt, wenn man den Begriff *Verstand* modifiziert – gemäß den Konsequenzen, die sich aus der Aufhebung der Hegelschen Identifizierung von analytischer und meßtheoretischer Methode ergeben.

schen Wissenschaften im Gegensatz zur Logik und zur Philosophie „ihre Gegenstände, als unmittelbar von der Vorstellung zugegeben, sowie die Methode des Erkennens für Anfang und Fortgang als bereits angenommen, voraussetzen können“.²³ Die naturwissenschaftlichen Gegenstände und die naturwissenschaftliche Methode müssen jedoch erst durch Vergleichsarbeit, die die handelnde Tätigkeit der Menschen voraussetzt, erzeugt werden. Die Notwendigkeit dieser Erzeugung hängt damit zusammen, daß der Vergleich immer nur unter einem bestimmten Aspekt erfolgen kann. Man kann die verschiedenen Dinge und Bewegungen erst dann miteinander vergleichen, sie aneinander messen, wenn man einen Gesichtspunkt gefunden hat, unter dem sie gleich sind. Damit dies gelingt, müssen sie als etwas betrachtet werden, das verschieden ist von dem, was sie als konkrete, als Naturgegenstände sind.²⁴

Die erwähnte Vergleichsarbeit impliziert vor allem die Entwicklung eines Prinzips wissenschaftlicher Erfahrung, impliziert die Entwicklung der experimentellen Methode sowie eines theoretischen Konzepts, das aussagt, wie der Kontakt zwischen den Gegenständen der Naturwissenschaft und den wirklichen Naturgegenständen hergestellt wird. Da es in Hegels System aber keinen wirklichen Gegenpol des Geistes, keine eigenständige Natur gibt,²⁵ die Gegenständlichkeit – wie Feuerbach etwas überzogen sagt – nur ein Spiel der Idee ist,²⁶ bedarf es keiner Vermittlungsinstanz, keines Dritten, und folglich keiner Meßtheorie, keiner Theorie wissenschaftlicher Erfahrung. Es bedarf keines Mittel, und es wäre auch keines vorhanden, da die Gestalt der meßtheoretisch bestimmten Gegenstände der Naturwissenschaft im Hegelschen System gar nicht vorkommt oder, genauer gesagt, nur insoweit vorkommt, inwieweit sie mit der Gestalt der Produkte analytischer Erkenntnis übereinstimmt.

Die entfremdete Gestalt, in der im Hegelschen System die Meßgrößen als Naturgegenstände erscheinen, resultiert daraus, daß Hegel den naturwissenschaftlichen Aussagen seiner Zeit eine mechanizistische Interpretation unterstellt. Empirische Wissenschaft und „wissenschaftlicher Empirismus“, den Hegel als meta-

²³ G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830). Erster Teil. Die Wissenschaft der Logik, mit den mündlichen Zusätzen, in: Werke, Bd. 8, S. 41 (§ 1).

²⁴ Grundlegende Überlegungen hierzu findet man bei Marx und v. Helmholtz. Vgl. K. Marx, Die Wertform, in: K. Marx und F. Engels, Kleine ökonomische Schriften, Berlin 1955, insbes. S. 262-279; ders. Theorien über den Mehrwert, in: K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 26.3, Berlin 1962, insbes. S. 125-127, 133, 160 f.; H. v. Helmholtz, Zahlen und Messen, erkenntnistheoretisch betrachtet, in: ders., Wissenschaftliche Abhandlungen, hg. von A. König, Bd. III, Leipzig 1895; ders., Einleitung zu den Vorlesungen über theoretische Physik, hg. von A. König und C. Runge, Leipzig 1903, insbes. S. 26.

²⁵ Dieses Urteil ist nicht so evident wie oftmals geglaubt wird. Es ist zunächst falsch, weil mit ihm der Grundgedanke des Hegelschen Monismus übersehen wird. Es kann erst dann richtig werden, wenn man zeigt, daß und warum Hegel seinem eigenen Grundgedanken nicht gerecht wird.

²⁶ Vgl. L. Feuerbach, Zur Kritik der Hegelschen Philosophie, in: Ludwig Feuerbach, Gesammelte Werke, hg. von W. Schuffenhauer, Bd. 9, Berlin 1970, S. 40.

physizierenden Empirismus charakterisiert, werden gleichgesetzt. Seine Kritik an den Naturwissenschaften schlägt sich hierdurch als berechtigte Kritik am Empirismus und Mechanizismus nieder. Sie trifft zudem insofern zu, inwiefern sie festhält, daß Naturwissenschaft (noch) nicht Philosophie ist. Der Zurücknahme der Entäußerung des Geistes als Natur entspricht daher die Rücknahme des mechanizistischen und des Reflexionsdenkens. Hegels Dialektik hatte daher eine begriffsberichtigende Funktion gegenüber der empiristischen und mechanizistischen, auch der rationalistischen Naturphilosophie – nicht aber gegenüber der Naturwissenschaft.

Hegel verkennt zum einen, daß die Naturwissenschaften, so wie sie sind, sein müssen, und zum anderen, daß sie selbst schon, ohne philosophisches Eingreifen (ohne nachträgliche Interpretation oder Korrektur) zeigen, daß die Natur kein bloßes Auseinanderfallen in gleichgültige Unterschiede ist, daß die Naturwissenschaften Naturgesetze formulieren, die keine abstrakten Allgemeinheiten im Sinne mengentheoretischer Klassenbildung sind.²⁷

Hiermit wird keinesfalls behauptet, die Bewegung der Naturgegenstände durch eine meßtheoretisch begründete Theorie zu fassen, bedeute schon, sie philosophisch zu denken, das „Abtöten“ aufzuheben. Die Spezifik der meßtheoretischen Fassung (ihr Unterschied zur Dialektik) darf und soll nicht ignoriert werden. Zu diesem Zweck muß sie selbstredend bestimmt sein. Ein Kernpunkt der Rekonstruktion der Hegelschen Dialektik ist es daher, den epistemologischen Status der Meßgrößen, den epistemologischen Status meßtheoretisch begründeter einzelwissenschaftlicher Theorien zu untersuchen. Stellt sich das der Dialektik als notwendige Stufe vorangehende Stadium der Isolierung anders dar als bei Hegel, dann wird auch die dieses Stadium aufhebende Dialektik anderer Art sein als die Hegelsche.

II. Der Unterschied zwischen Naturgegenstand und Gegenstand der Naturwissenschaft

Das Bisherige einfacher gesagt: Hegel empfindet richtig, wenn er meint, die Naturwissenschaft bringe die Momente der Bewegung „irgendwie äußerlich“ zusammen. Es kann der Naturwissenschaft dieses jedoch nicht vorgeworfen werden. Das in gewisser Weise äußerliche Zusammenbringen entspringt – wie gesagt – den Erfordernissen einer messenden und rechnenden Wissenschaft. Und diese wird es wohl geben, solange die Erkenntnis der Welt nicht abgeschlossen ist.

Mitunter hat man den Eindruck, die Existenz der Wissenschaft werde als Schikane angesehen oder als Fehlentwicklung. Dies ist jedoch ein Irrtum. Daß Mes-

²⁷ Zu der notwendigen Unterscheidung zwischen Mechanik und Mechanizismus, zwischen der physikalischen Theorie der klassischen Mechanik und ihrer philosophischen Rezeption im mechanizistischen Weltbild siehe: H.-H. v. Borzeszkowski und R. Wahsner, Einleitung zu: Voltaire, Elemente der Philosophie Newtons/ Verteidigung des Newtonianismus/ Die Metaphysik des Neuton, hg. eingeleitet und mit einem Anhang versehen von Renate Wahsner und Horst-Heino v. Borzeszkowski, Berlin 1997, sowie die darin zitierte einschlägige Literatur.

sung und Berechnung notwendig ist resultiert aus dem gleichen Grunde wie die Notwendigkeit der Wissenschaft, letztlich daraus, daß die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge nicht zusammenfallen.²⁸ Diese Mißlichkeit macht einen „Trick“ erforderlich, um das Wesen zur Erscheinung zu bringen, es als ein objektiv Gleichbleibendes, als ein zu jeder Zeit, an jedem Ort und für jedes Subjekt (jede Generation, jede soziale Gruppe) Reproduzierbares ausfindig zu machen. Dieser Trick hat weitreichende Folgen. Der experimentelle Vergleich ist ein solcher „Trick“. Dadurch, daß die Naturwissenschaft ihn ihrem Verfahren zugrunde legt, sind in ihr Tatsachen reproduzierbare Effekte und sind ihre Tatsachen zudem stets geprägt von der Art und Weise, in der sie gewonnen wurden, von dem angewandten „Trick“. Man kann daher bei der Beurteilung der Erkenntnisse, die in einer messenden und rechnenden Wissenschaft gewonnen wurden, nie davon abstrahieren, wie man zu ihnen gekommen ist, d.h. durch welche Mittel man die Ergebnisse gewonnen hat. Und als Mittel sind hierbei sowohl die verwandten Meßgeräte als auch die entsprechenden meßtheoretischen Grundlagen (einschließlich der „Kunstgriffe“) anzusehen. Diese gegenständlichen und geistigen Mittel sind der naturwissenschaftlichen Tatsachengewinnung stets vorausgesetzt. Insofern gibt es in der Naturwissenschaft keine theoriefreie Beobachtung und erst recht kein theoriefreies Experiment bzw. reine Tatsachen, die nachträglich theoretisch interpretiert werden.

Mit dieser These werden die wissenschaftlichen Tatsachen keineswegs subjektivistisch gefaßt; es wird nicht behauptet, rationale Willkür determiniere sie. Die naturwissenschaftlichen, namentlich die physikalischen, Tatsachen sind durch die Messung bestimmt. Diese aber fungiert als – letztlich gegenständliche – Vermittlung von Erkenntnisobjekt und Erkenntnissubjekt. Nicht jedes Verständnis von Messung läßt diese Funktion erkennen. Maßgeblich für die Messung ist, daß sie einen Größenvergleich darstellt.²⁹

Derartige Größen (gemeint sind z.B. Längen, Zeiten, Energien) sind keine mit den bloßen Sinnen wahrnehmbare Bestimmungsstücke der Naturgegenstände. Sie sind in dem oben erklärten Sinne – Verstandesgegenstände. Im Begriff der Größe wird – wie gesagt – aus der unendlichen objektiven Mannigfaltigkeit eine qualitative Bestimmung herausgelöst, um in bezug auf sie verschiedene Konkreta miteinander vergleichen zu können. Das heißt natürlich nicht, daß die herausgegriffene, sich in der jeweiligen Größe niederschlagende Qualität subjektivistisch erdacht sei. Eine Größe ist ein auf realen Gleichheiten beruhendes, somit objektiv begründetes, vom Erkenntnissubjekt konstruiertes Gedankending,³⁰ mittels dessen es die konkreten Gegenstände in ihren Zusammenhängen erkennt.

²⁸ Vgl. K. Marx, Das Kapital, Bd. III, in: K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 825.

²⁹ Ausführlicher dazu: H.-H. v. Borzeszkowski und R. Wahsner, Die Wirklichkeit der Physik, a.a.O., S. 239-285; R. Wahsner, Stichwort „Messen“, in: Europäische Enzyklopädie für Philosophie, hg. von H. J. Sandkühler, Hamburg 1999.

³⁰ Vgl. Fn. 24.

An sich ist das Messen so alt wie die menschliche Gesellschaft; die Verteilung von Arbeits- und Lebensmitteln erforderte es von ihrem Beginn an. Die ersten Etalons (Maßstäbe) waren menschliche Körperteile (hohle Hand, Spanne, Fuß, Elle). Und bereits hier war es zweckmäßig, dafür zu sorgen, daß diese Etalons möglichst gleich blieben, man zumindest für eine bestimmte Verteilung nicht einmal eine große und einmal eine kleine hohle Hand nahm. Um aber z. B. den Lebensmittelbedarf für einen längeren Zeitraum zu planen, bedurfte es dann schon eines allgemeinen Maßes resp. einer genormten hohlen Hand (genormt für die jeweilige Lebensgemeinschaft). An dieser Stelle ist es noch völlig durchsichtig, daß eine absolut konstante hohle Hand das Ideal wäre, die Realisierung dieses Ideals aber nicht identisch ist mit der Behauptung: hohle Hände sind (an sich) etwas absolut Konstantes. Es ist hier noch völlig klar, daß das ideale Maß etwas künstlich Konstruiertes wäre, konstruiert mit Blick auf einen bestimmten Vergleich bzw. später auf eine bestimmte Vergleichsart. Und es ist auch klar, daß die durch den so vollzogenen Vergleich gewonnenen Erkenntnisse Sinn und Bedeutung nur in bezug auf den Aspekt haben, unter dem der Vergleich durchgeführt wurde. In der Wissenschaft wird das nur alles komplizierter, obgleich nicht grundsätzlich anders.³¹ Die Notwendigkeit zu fordern, daß die Etalons so konstant, mithin auch so unhistorisch wie nur möglich sein sollen, leuchtet lebensweltlich unmittelbar ein, wenn man sich vorstellt, es käme jemand auf die Idee, ein Gummiband als Metermaß zu benutzen.

Um nun wirklich experimentieren und messen zu können, müssen die in den Größen erfaßten Gleichheiten vergegenständlicht werden. Das heißt, die wirkliche Messung erfordert, künstlich ideale Situationen herzustellen. Das Experiment benötigt Gegenstände, die durch reale Idealisierung, also durch den gezielten Ausschluß bestimmter Wechselwirkungen zwischen den Naturkörpern, so präpariert wurden, daß sie als gegenständliche Maßstäbe (z. B. als Meßplatten oder Uhren) benutzt werden können. Im Experiment operiert man mithin nicht mit konkreten Naturgegenständen, sondern mit idealen Gegenständen unter idealen Bedingungen. Diese wie jene muß man sowohl herstellen als auch im Rahmen der jeweiligen Theorie denken können. (Mit „denken können“ ist nicht gemeint, daß man sich etwas vorstellen kann, sondern daß es im Rahmen der jeweiligen Theorie konsistent konstruierbar oder annehmbar ist.) Das Experiment ist eine Methode, Gleichheiten und deren Beziehungen zu realisieren, wobei die genannte gegenständliche und theoretische Präparation als geschickt gestellte Frage an die Natur aufgefaßt werden kann,³² als Frage, auf die die Natur – die als vom Subjekt verschiedener Zeuge vernommen wird –³³ die Antwort gibt. Auf diese Weise arbeiten physikalische Theo-

³¹ Ihre erste theoretische Form erhielt die Meßkunst in der euklidischen Geometrie, die auch heute noch das Hauptelement der meßtheoretischen Voraussetzungen physikalischer Theorien ist (obzwar dies an der Oberfläche nicht gleich zu sehen ist und deshalb häufig bestritten wird).

³² Vgl. I. Kant, Kritik der reinen Vernunft, in: Immanuel Kant, Werke in 12 Bdn., hg. v. Wilhelm Weischedel, Frankfurt a. M. 1968, Bd. III, S. 23-27.

³³ Vgl. L. Feuerbach, Grundsätze der Philosophie der Zukunft, in: Ludwig Feuerbach, Gesam-

rie und Wirklichkeit aufeinander zu und vermittelt die Messung das Erkenntnisobjekt mit dem Erkenntnissubjekt. – Nach dem Gesagten ist zudem klar, daß die in den Größen substantivierten verteilten Momente kein Konkretum mehr bezeichnen, weder ein sinnliches noch ein philosophisches; doch die idealen Körper unter idealen Bedingungen sind nicht nur etwas Gedachtes, sondern etwas Gegenständliches.

Die hier behauptete Konzept- und Konstruktionsabhängigkeit der Erkenntnisse einer messenden und rechnenden Wissenschaft ist natürlich nicht einsichtig, geht man von dem empiristischen Standpunkt aus. (Da Hegel – wie erwähnt – die empirische Wissenschaft mit dem philosophischen System des Empirismus gleichsetzt, gibt es in seiner Philosophie diese Präparation der Gegenstände der Naturwissenschaft nicht.) Der Empirist glaubt, es würden durch bloße Sinneswahrnehmungen Erfahrungen gesammelt und diese dann zu Begriffen und Hypothesen verallgemeinert. Der Empirismus (und zwar auch der heutige, wenngleich in versteckter Form) hegt den irrigen Glauben, daß zuerst die vermeintlichen Tatsachen zusammengetragen und sie hernach in einen Zusammenhang gebracht werden müssen, daß mithin das Bewußtsein, wenn es an die Erkenntnis der Wirklichkeit geht, eine *tabula rasa*, mithin auch mittellos, sei und auch keiner Mittel bedarf. Dem empiristischen Konzept gemäß kommt die Theorie erst nach der Datensammlung ins Spiel. Verschiedene Theorien werden daher als verschiedene Interpretationen ein und derselben an sich gegebenen Tatsachen aufgefaßt. Das Objektive sind hiernach die sogenannten harten Fakten. Dieses Erkenntniskonzept unterstellt die Welt als eine unbegrenzte Mannigfaltigkeit *einzelner Gegenstände*; die erforderliche *Tätigkeit der Vereinzelung* ignoriert es völlig. Das Herauslösen eines Gegenstandes aus dem Zusammenwirken mit anderen Gegenständen hat für den Empirismus nur den Sinn, den schon als bestimmt vorausgesetzten Gegenstand per Sinneswahrnehmung zu prüfen, ob er der Forderung der Vorstellung entspricht. Die Sinnlichkeit ist hiermit nur als konsumtive und kontemplative, nicht aber als produktive gefaßt, nur als individuelle, nicht aber als Sinnlichkeit der Gattung als solcher.

Unterstellt man die Welt jedoch – entgegen dem empiristischen Standpunkt – als gegenständliche Bewegung, als einen sich selbst erzeugenden (Gesamt-) Zusammenhang, dann ist offensichtlich, daß *es stets einer gegenständlichen und geistigen Arbeit bedarf*, um Gegenstände resp. Systeme aus der Komplexität der Welt herauszulösen, um die verschiedenen Momente der Bewegung so auseinanderzulegen, daß sowohl die Messung möglich wird als auch das Auseinandergelegte wieder so zusammengedacht werden kann, daß die Wirklichkeit (zumindest in einer gewissen Näherung) erfaßt wird. Diese Arbeit kann sich selbstredend nur nach gewissen Grundsätzen vollziehen – nach Grundsätzen, die nicht philosophisch erdacht werden können.³⁴ Eines dieser

melte Werke, a.a.O., S. 304.

³⁴ Die erste begriffliche Auseinanderlegung der hier genannten Art war die des antiken Atomis-

grundlegenden Isolations- und Verteilungsprinzipien bietet – wie gezeigt werden konnte – der Atomismus.

Im Unterschied zum abstraktiven oder analytischen Vergleich werden beim messenden Vergleich die Dinge oder Gegenstände nicht auf das Moment ihrer reinen Existenz reduziert, nicht nur als Träger von Wirkungsmöglichkeiten, als „Stellen im System“ gefaßt. Zwar werden bei der Vergleichsart, die in der Physik und anderen Naturwissenschaften als Messung praktiziert wird, die Gegenstände auch nicht in Einheit mit der Totalität ihrer wirklichen Wirkungen genommen, aber eben in Einheit mit einer *wirklichen* Wirkung, *einem* Verhalten. Dieses eine Verhalten wird substantiviert und als Meßgröße gefaßt. Daher ist die Physik wie jede ausgebildete Naturwissenschaft im Gegensatz zur Mathematik keine analytische, sondern eine meßtheoretisch bestimmte Wissenschaft. Eine solche kann in dem Gegensatz von Analytik und Dialektik weder dem einen noch dem anderen Pol zugerechnet werden, sondern ihr kommt ein eigener epistemologischer, zwischen beiden vermittelnder Status zu. Und erst dann, wenn man nicht mehr in dem Gegensatz von Analytik und Dialektik hin und her pendelt, kann die Unersetzbarkeit der Erfahrung für die Erkenntnis behauptet werden, ohne letztlich doch in den Empirismus zu verfallen.

Der Empirismus, obzwar an sich widerlegt, schleicht er sich immer wieder ein. Das gründet wesentlich darin, daß in ungenügender Weise die Spezifik *wissenschaftlicher Erfahrung* im Vergleich zur Alltagserfahrung philosophisch *analysiert* wird. Ist die Erfahrung Gegenstand epistemologischer Untersuchungen, so wird entweder unterstellt, sie sei als solche gegeben, oder sie wird auf Alltagserfahrung reduziert bzw. aus dem gesellschaftlichen Gesamtorganismus herausgerissen und formalisiert als vermeintliche wissenschaftliche Erfahrung ausgegeben.

Begreift man die Spezifik dieser Erfahrung, begreift man, daß die naturwissenschaftlichen *Objekte* (in der Gestalt von Meßgrößen) epistemologisch gesehen Erkenntnis*mittel* sind, dann verfällt man auch nicht auf die Idee, daß die naturwissenschaftlichen, insbesondere die physikalischen Gesetze, wie ihnen

mus in primäre und sekundäre Qualitäten. So falsch es nun ist, die primären mit den wirklichen Qualitäten gleichzusetzen, so falsch ist es auch, Qualitäten, die in einem bestimmten Zusammenhang als die primären bestimmt wurden, zu schlechthin primären zu erklären. Was in einer Hinsicht als primär gesetzt werden kann, kann es nicht a priori auch in anderer oder jeder Hinsicht. Es kommt jedesmal bei der Begründung einer Wissenschaft wieder darauf an herauszufinden, was es ist, das die unterschiedlichen Dinge miteinander gleich macht. Das von der Mechanik bzw. der Physik entwickelte *Prinzip* zu übertragen ist nicht falsch (zumindest ist es bislang noch nicht als falsch bewiesen worden), wohl aber ist es falsch zu meinen, man hätte mit einer einmal getroffenen Unterscheidung von primären und sekundären Qualitäten ein für allemal genug getan. Es ist daher ein Unterschied, ob man sagt: „Jede Wissenschaft, die eine Bewegung messen und berechnen will, braucht – wie die Physik – Größen“, oder ob man behauptet: „Die biologischen, physiologischen, psychologischen Bewegungen müssen mit den physikalischen Größen erfaßt werden, sollen sie berechenbar und meßbar werden“.

nachgesagt wird, lügen, wenn sie nur über den Zusammenhang von Verstandesgegenständen, nicht über das Verhalten konkreter Gegenstände sprechen. Dieses Begreifen eröffnet zudem einen Zugang zur konstruktiven Aufhebung der Hegelschen Naturphilosophie, weil es die Möglichkeit bietet, deren Grundfehler auszumerzen – eben den, die empirischen Wissenschaften mit dem Empirismus zu identifizieren. Hinter dieser Identifizierung steht – das sei unbedingt erwähnt – allerdings eine echte Schwierigkeit, insofern die naturwissenschaftlichen Meßgrößen einen *Doppelcharakter* haben: physikalisch resp. naturwissenschaftlich gesehen sind sie Erkenntnisobjekte, philosophisch gesehen sind sie Erkenntnismittel.

Aufgrund ihrer Erfahrungsart beruht eine ausgebildete Naturwissenschaft wie die Physik niemals auf empiristischen oder rationalistischen erkenntnistheoretischen Grundlagen. Daraus folgt nicht, daß Naturwissenschaftler niemals das Verhältnis ihrer Wissenschaft zur Wirklichkeit empiristisch oder rationalistisch interpretieren. Es geht um die in der empirischen mathematisierten Naturwissenschaft sozusagen festgeschriebene, „geronnene“ Philosophie oder Erkenntnistheorie, also um ihr quasi objektives epistemologisches Fundament.³⁵ In dem Moment, in dem eine physikalische Theorie zu wissenschaftlichen Erkenntnissen gelangt, in dem sie sich zuvor herausgebildet habende Probleme zu lösen vermag, beruht sie auf der genannten Erfahrungsgrundlage bzw. auf der genannten erkenntnistheoretischen Basis. Diese epistemologische Basis wird nicht – wie meist geglaubt – erst nachträglich hineingedeutet oder ausgearbeitet, sondern nur nachträglich aufgedeckt. Wenn vom nicht-empiristischen und nicht-rationalistischen Charakter der Naturwissenschaften gesprochen wird, so heißt das nicht, daß diese Wissenschaften von jeher philosophisch richtig begriffen wurden. Die hier eventuell erzeugte Verwunderung löst sich auf, bedenkt man, daß ein richtiges Herangehen an die Begründung einer Wissenschaft zu gewissen Konsistenzen bzw. Erfolgen führt. Diese kann man bemerken und prüfen, ohne die epistemologischen Grundlagen, auf denen sie beruhen, zu erkennen. Wie allgemein, so ist auch hier die Tat nicht identisch mit dem Bewußtsein über diese Tat. Um dieses zu erlangen, bedarf es der philosophischen Arbeit.

*

Zusammengenommen läßt sich sagen, daß es Hegels Fehler war – einer, der von vielen nachgeahmt wurde, der (so könnte es scheinen) mehr gewirkt hat als Hegels Einsichten –, die Naturwissenschaft den Anforderungen, die er an ein philosophisches System stellt, zu unterwerfen, sie wie ein dem seinen vorgängiges philosophisches System zu behandeln. (Es war dieses Problem übrigen der Gegenstand des bekannten Newton-Leibniz-Streits und seine Lösung

³⁵ Vgl. H. Reichenbach, Die philosophische Bedeutung der Relativitätstheorie, in: Hans Reichenbach, Gesammelte Werke in 9 Bänden, hg. von A. Kamlah und M. Reichenbach, Bd. 3, Braunschweig-Wiesbaden 1979.

der Grund für Kants „Wendung“ der Metaphysik.³⁶) Diesen Fehler Hegels zu erkennen ist unabdingbar für eine konstruktive Rezeption der Hegelschen Dialektik. Gewiß muß eine dialektische Philosophie die Trennung von empirischer mathematisierter Naturwissenschaft und Philosophie aufheben ebenso wie die von Logik und Metaphysik. Aber sie muß es tun, indem sie ihre Unterscheidung voraussetzt (und bestimmt), und zwar nicht nur als eine historisch einmal berechtigt gewesene, sondern als eine zu jedem Zeitpunkt berechtigte. Zu wissen, daß man jenen Unterschied nicht fallenlassen darf, ist allerdings noch nicht die Lösung, sondern benennt eine Aufgabe, eine Aufgabe, zu deren Lösung schon viele Ansätze vorgestellt und Untersuchungen durchgeführt wurden, die aber noch nicht zu einem hinreichenden Ergebnis führten.

Die mitunter aus der Analyse der Naturwissenschaften, speziell der Physik, gezogene Schlußfolgerung, Dialektik sei nicht auf die Natur „anwendbar“, sondern nur auf die Gesellschaft,³⁷ gründet eben in der Verkennung des Gegenstandes der Naturwissenschaft, in der Verkennung, daß dieser eben nicht unmittelbar durch die konkreten, wirklichen Naturgegenstände gegeben ist, Naturwissenschaft aber auch nicht nur rationale Denkschemata konstruiert, weshalb genau der Philosophie eine Aufgabe zu lösen verbleibt. Natürlich bezieht sich die Naturwissenschaft auf die Wirklichkeit. Wenn dies nicht so wäre, dann könnte sie nicht theoretische Grundlage einer funktionierenden, menschliche Zwecke realisierenden Technik sein. Doch dies zu wissen ist noch keine Lösung, sondern bestimmt wiederum ein Problem: Warum kann man mit einer Theorie, deren unmittelbare Objekte (in dem bestimmten Sinne) Verstandesgegenstände sind, die Wirklichkeit erkennen und beherrschen? Es tritt mit diesem Problem eine Aufgabe in Erscheinung, die m. E. noch niemals in Angriff genommen wurde, die seit Marxens Konzept der gegenständlichen Sinnlichkeit erst gestellt werden kann. Ohne Hegel wird man sie nicht lösen, aber Hegel gibt nicht die Antwort – eben weil bei ihm die Gegenständlichkeit letztlich aufgehoben wird³⁸ (ermöglicht durch die Gleichsetzung der Gegenstände der Naturwissenschaft mit den Produkten mechanistischen und empiristischen Denkens).

³⁶ Erläuternd hierzu: R. Wahsner, Die Kantische Synthese von Leibniz und Newton und deren Konsequenzen für den Mechanik-Begriff des deutschen Idealismus, in: Konferenzakten des 9. Internationalen Kant-Kongresses, Berlin, 26. 3.- 31. 3. 2000 [in print]; auch Preprint 111 des MPI für Wissenschaftsgeschichte (Titel: „Kant und Mach im Zusammenhang von Philosophie und Wissenschaftsgeschichte“), Berlin 1999.

³⁷ Vgl. die Diskussion zwischen Sartre und Hyppolite einerseits, Garaudy und Vigier andererseits, in: A. Schmidt, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt a.M. 1974 (Anhang); G. Lucács, Was ist orthodoxer Marxismus?, in: Geschichte und Klassenbewußtsein, Georg Lucács, Frühschriften II, Bd. 2, Neuwied und Berlin 1968, S. 175; P. Jaeglé, Raum und Zeit. Grundfragen naturwissenschaftlicher und philosophischer Erkenntnis, Köln 1980.

³⁸ Vgl. auch C. Warnke, Einleitung zu: B. Heidtmann, G. Richter, G. Schnauß und C. Warnke, Marxistische Gesellschaftsdialektik oder „Systemtheorie der Gesellschaft“, Berlin 1977 und Frankfurt a.M. 1977, S. 21.

III. Physikalischer Dualismus und dialektischer Widerspruch

Daß die Naturwissenschaft in ihrem hier skizzierten Charakter nicht beziehungslos neben der Dialektik steht, zeigt exemplarisch noch ein Blick auf die Physik. Ihr Zusammenhang mit der Geometrie ist von grundlegender Bedeutung, um die wissenschaftliche Erfahrung genauer zu charakterisieren.

Aus den bisherigen Untersuchungen resultiert, daß genau bestimmte, Messung ermöglichende Forderungen an jede einer physikalischen Theorie zugrunde gelegte raum-zeitliche Geometrie gestellt werden müssen. Insbesondere muß die geochronometrische Struktur so beschaffen sein, daß raum-zeitliche Etalons definiert werden können und ihr Zustand unabhängig ist von dem Weg, den sie bei ihrem für den Fernvergleich notwendigen Transport durch die Raum-Zeit genommen haben. Anders könnten die untersuchten physikalischen Prozesse nicht reproduzierbar sein,³⁹ und das hieße, man könnte niemals zu wissenschaftlichen Tatsachen gelangen. In der Notwendigkeit dieser Postulierungen äußert sich die physikalische Gegenständlichkeit des Raumes (und der Zeit). Die etablierten Meßmöglichkeiten stellen dann den quasi-apriorischen Anteil der jeweiligen physikalischen Theorie dar.⁴⁰

Meßtheoretische Bestimmungen müssen mithin der Dynamik vorausgesetzt werden. Doch sie müssen auch an sie angeschlossen werden. Das hat zur Folge, daß die Physik ihren Gegenstand, die Bewegung, in einer spezifischen Dualität faßt, daß sie – da nach Hegel die Bewegung der daseiende Widerspruch ist –⁴¹ den dialektischen Widerspruch als *Dualismus* faßt,⁴² als Dualismus von Raum-Zeit und physikalischer Wechselwirkung resp. von Geometrie und Dynamik, von Teilchen und Feld, von passiven und aktiven Prinzipien und anderen. Die Spezifik des Dualismus gegenüber dem Widerspruch ergibt sich aus der genannten Notwendigkeit, die Momente eines Konkretums nicht nur zu unterscheiden, sondern zu trennen, wenn man messen

³⁹ Vgl. H.-J. Treder, *Die Eigenschaften physikalischer Prozesse und die geometrische Struktur von Raum und Zeit*, Deutsche Zeitschrift für Philosophie 14 (1966), S. 562-565; ders., *Die Geometrisierung der Physik und die Physikalierung der Geometrie*, in: ders., *Große Physiker und ihre Probleme. Studien zur Geschichte der Physik*, Berlin 1983.

⁴⁰ Vgl. H.-H. v. Borzeszkowski und R. Wahsner, *Physikalischer Dualismus und dialektischer Widerspruch*, a.a.O.; dies., *Die Wirklichkeit der Physik*, a.a.O., S. 242-271; dies., *Kantscher Raumbegriff und Einsteins Theorie. Erkenntnistheoretischer Apriorismus und neuzeitliche Physik*, Deutsche Zeitschrift für Philosophie 40 (1992), S. 24-41. *Die Möglichkeit der Messung vorauszusetzen ist übrigens nicht identisch damit, theoretische Vorleistungen überhaupt, auf denen die jeweilige Theorie beruht, anzuerkennen. Gewiß stützt sich jede Theorie auf theoretische Erkenntnisse, die ihr vorausgegangen sind. Aber sie erklären nicht den Zusammenschluß von Subjekt und Objekt der Erkenntnis, vermitteln nicht zwischen diesen (es sei denn, sie würden sich meßtheoretisch niederschlagen).*

⁴¹ Vgl. G.W.F. Hegel, *Wissenschaft der Logik. Zweiter Teil*, in: *Werke*, Bd. 6, S. 76.

⁴² Dieser Terminus wird hier weder in dem Sinne benutzt, in dem Hegel ihn gebraucht, noch in dem, in dem er in der Logik auftritt, oder in sonst einem anderen festgeschriebenen Sinne. Er ist lediglich ein gewählter Name, um die spezifische Erscheinungsform des als Bewegung daseienden Widerspruchs in der Physik zu bezeichnen.

will. Daher die Zweiteilung. Doch es fallen die beiden Seiten des Dualismus auch nicht auseinander, da sie durch die Zwänge der Messung aufeinander bezogen sind, derart, daß sie außerhalb dieser Beziehung keine Bedeutung haben. Dabei sind die beiden Seiten der Dualismen im Rahmen einer bestimmten physikalischen Theorie durchaus nicht gleichrangig, sondern die erstgenannte hat, bezogen auf die zweitgenannte, jeweils den Charakter einer Voraussetzung, die im wesentlichen meßtheoretisch bestimmt ist. Das Verhältnis der beiden Seiten eines Dualismus ist das zweier gegensätzlicher Bestimmungen eines Widerspruchs, von denen die eine gewissermaßen als Etalon festgeschrieben wird, während die andere das darstellt, was an diesem Etalon gemessen wird. So legt die klassische Mechanik den Schnitt zwischen geradlinig gleichförmige und beschleunigte Bewegung, wobei sie erstere als Bewegungsetalon bestimmt. Es ist wichtig darauf zu verweisen, daß die Physik selbst in ihrer elementarsten Form, als klassische Mechanik, die notwendige Aufspaltung nicht zwischen Ruhe und Bewegung bzw. zwischen bewegungslosem Gegenstand und ungegenständlicher Bewegung vollzieht, obzwar man ihr das oftmals unterstellt.

Die Fassung der Bewegung, des daseienden Widerspruchs, als Dualismus ist die naturwissenschaftlich-produktive Verwendung dessen, was Hegel als äußerliche Dialektik beschreibt.⁴³ Der berechenbare und meßbare Widerspruch kann seinem Wesen nach niemals der philosophisch-konkrete, der dialektische Widerspruch sein. Aber umgekehrt ist auch der dialektische Widerspruch (und zwar der im Rahmen eines philosophischen Systems gedachte, das das Hegelsche konstruktiv aufgehoben hat) nicht voll zu begreifen, hat der Gedanke nicht den Weg über diesen berechen- und meßbaren Widerspruch, etwa über die physikalischen Dualismen, genommen und auf diese Weise der Philosophie den Stoff entgegengearbeitet.⁴⁴

Eine messende Wissenschaft kann aufgrund ihrer – hier nur knapp skizzierten – Spezifik niemals die Welt in ihrer Totalität erfassen; sie kann immer nur soweit gültig sein, wie die vorgenommene Idealisierung oder Ideation in guter Näherung einen wesentlichen Zusammenhang reflektiert. Sie beschreibt nicht wirkliche, sondern mögliche Verhaltensweisen realer Gegenstände. Verkennt man diese Grundsituation der Physik, will man z.B. auf der Basis der klassischen Mechanik die Welt in ihrer Totalität erfassen, so entartet die Idee der Geschichtlichkeit zur Vorstellung von der universellen linearen Kausalität bzw. zum Laplacesche Dämon. Die Gefahr einer solchen unzulässigen Extrapolation ist nicht durch die Begründung neuer Wissenschaften gebannt.

Daß die Naturwissenschaft die Welt nicht in ihrer Totalität zu fassen vermag, bedeutet keine Absage an die Möglichkeit, die Welt als Ganzes, als Gesamtzu-

⁴³ Vgl. G.W.F. Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I*, in: *Werke*, a.a.O., Bd. 18, S. 303.

⁴⁴ Vgl. H.-H. v. Borzeszkowski und R. Wahsner, *Physikalischer Dualismus und dialektischer Widerspruch*, a.a.O., S. 168-172.

sammenhang zu denken, sondern dieser Sachverhalt verweist im Gegenteil auf die Notwendigkeit der Philosophie für die Physik bzw. die empirische mathematisierte Naturwissenschaft überhaupt. Denn keine Naturwissenschaft kann das erkenntnistheoretische Fundament, auf dem sie ruht, selbst erklären. Denn sie erfaßt die Welt notwendigerweise unter der Form des Objekts. Diese Form muß zwecks Darstellung der Totalität aufgehoben werden, und dazu bedarf es der Philosophie. Dazu bedarf es aber nicht schlechthin nur der Philosophie, sondern speziell einer, der eine Konzeption gegenständlicher Sinnlichkeit inhärent ist. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, die Herkunft der von der Physik vorausgesetzten Gedankenbestimmungen sowie die Herausbildung der naturwissenschaftlichen Verstandesgegenstände zu untersuchen und aufzuklären, wie die Verbindung zwischen diesen sogenannten Verstandesgegenständen und den wirklichen Naturgegenständen hergestellt wird.

Wenn eingangs gesagt wurde, das Wesen der Dialektik bestünde darin, die durch die Eigenart des Denkens und Empfindens bedingte Trennung der Momente aufzuheben, sie in ihrer Einheit zu denken, so ist hiermit nicht nur die Notwendigkeit des sogenannten analytischen Erkennens als Voraussetzung des dialektischen Denkens gedacht, sondern auch die Notwendigkeit des naturwissenschaftlichen Denkens. Denn die Entgegensetzung von Analytik und Dialektik reicht eben für eine adäquate philosophische Rezeption der Naturwissenschaft nicht aus. Die messende und rechnende Naturwissenschaft realisiert eine Erkenntnisart, die nicht auf analytische Erkenntnis, auf Verstandestätigkeit (so wie sie in der klassischen deutschen Philosophie bestimmt wurde) zu reduzieren ist, sie realisiert mithin eine Trennung, eine Negation, die in diesen Philosophemen nicht bedacht wurde.⁴⁵

Die *Dialektik als Negation der Isolierung* begriffen wird unterschieden sein, je nachdem, welcher Art die Isolierung ist, die aufgehoben werden muß. In diesem Sinne hängt vom philosophischen Begriff der Naturwissenschaft, hängt vom philosophischen Begriff einer messenden und rechnenden Wissenschaft das Konzept der Dialektik ab. Speziell folgt hieraus, daß die in einer Diskussion über die Möglichkeit einer materialistischen Aufhebung der Hegelschen Dialektik formulierten These,⁴⁶ wonach Dialektik *primär* als Dialektik von Bestimmungen zu betrachten ist, nicht aber als eine Dialektik von Sachverhalten *an* Entitäten oder von Sätzen über diese, daß Dialektik primär Bewe-

⁴⁵ Auch die Floskel, es handele sich um die als Verstand tätige Vernunft, trifft die Spezifik der Naturwissenschaft nicht. Und die Formulierung, das naturwissenschaftliche Vorgehen sei eine Synthese von Analytik und Dialektik, bestimmt nicht, nach welchen Prinzipien sich diese Synthese vollzieht.

⁴⁶ Vgl. H. F. Fulda, Dialektik in Konfrontation mit Hegel, in: Dialektik 2. Hegel: Perspektiven seiner Philosophie, hg. von B. Heidtmann, Köln 1981, insbes. S. 83; ders. Erwiderung auf Bernhard Heidtmann, Hans Heinz Holz und Alexander v. Pechmann, in: Dialektik 5; siehe auch H.-H. v. Borzeszkowski und R. Wahsner, Monismus unter Ausschluß der Natur?, in: R. Wahsner, Zur Kritik der Hegelschen Naturphilosophie, S. 135-140 (Anhang).

gungslehre von Gedankenbestimmungen ist,⁴⁷ konstruktiv aufgenommen werden *muß* und *kann*, daß aus ihr nicht zwangsläufig ein Ablehnung „objektiver“ Dialektik folgt, sondern eine Klärung, was „objektiv“ in diesem Zusammenhang nur heißen kann.

Es gibt also keine dialektische Philosophie ohne Naturwissenschaft und ohne ihre Bestimmung, natürlich umgekehrt auch keine Naturwissenschaft ohne Philosophie. Gerade deshalb muß man sie wohlunterscheiden. Die tiefe Erkenntnis von Karl Marx, daß auch eine materialistische Philosophie die Welt nicht unter der Form des Objekts fassen darf, muß durch die Erkenntnis ergänzt werden, daß die Naturwissenschaft die Welt unter der Form des Objekts fassen muß.⁴⁸ Beide Aussagen darf man nicht vermischen, obwohl man sich damit das Leben erschwert.

Die dialektische Philosophie muß mit Ernst das Stadium der Trennung, das „Negative“ studieren (es sich nicht philosophisch ausdenken), den Schmerz ertragen, den es ihr bereitet (weil es noch nicht Philosophie ist), mit Geduld den Weg zur dialektischen Aufhebung suchen diese nicht vorschnell als erreicht deklarieren. Und sie muß die Arbeit des Negativen zu würdigen lernen.

⁴⁷ Vgl. H. F. Fulda, Dialektik in Konfrontation mit Hegel, a.a.O., S. 83.

⁴⁸ Wer das leugnet, hat zu wenig auf Kant gesehen, wenn er Hegel kritisch aufheben will.

Gibt es unter Marxisten ‚Sieger‘ und ‚Besiegte‘?

Internationale Tagung des Berliner Instituts für kritische Theorie (1.-4. Juni 2000)

Im Vorwort zum ersten Band des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus (HKWM) schrieb der Herausgeber Wolfgang Fritz Haug im Herbst 1994, dass die geschichtliche Konstellation für das Projekt eines solchen Wörterbuchs „günstig und widrig zugleich“ sei. Günstig sei „der Zusammenbruch staatsmarxistischer Zensur für das Nach-Denken des Gewesenen“, die Theorien seien „herrenlos“. Widrig sei dagegen „der unhistorische Griff der ‚Sieger‘ nach der Geschichte, der in vielem einer Auslöschung des gesellschaftlichen Gedächtnisses gleichkommt“. Die ‚Sieger‘ ließen und lassen nichts unversucht, in dem Schuttberg, den der untergegangene Marxismus-Leninismus hinterlassen hat, auch „die rationalen Elemente des Untergegangenen und die in ihm enthaltenen Zukunftskeime“ vermodern zu lassen. Das Editionsprojekt verfolgte deshalb u.a. das Ziel, durch rücksichtslose, rettende Kritik (Walter Benjamin) „menschheitliche Schätze aufklärerischen Wissens und sozialer Phantasie aus diesem Untergang zu retten“.¹

Die bisher erschienenen vier Bände des HKWM deuten auf ein Gelingen dieses Vorhabens hin. Doch stellt sich mir als Teilnehmer der jährlichen Tagungen des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT), die dieses Projekt unterstützen und begleiten, die Frage, ob die Theorien wirklich „herrenlos“ geworden sind. Oder anders gefragt: Was wurde verloren, und wer muss zu den Verlierern gezählt werden? Gibt es auch ‚Sieger‘ unter denen, die sich bestimmten marxistischen Traditionslinien zugehörig fühlen?

Die diesjährige Tagung im Jagdschloss Glienicke zu Berlin stand unter dem Motto „Gerechtigkeit/Gewalt/Hegemonie – Proben aufs Exempel marxistischer Begriffe“. Wie bei den vorherigen Tagungen war auch diesmal der Hauptzweck der Zusammenkunft, Artikelentwürfe zu ausgewählten Begriffen des kommenden Wörterbuchbandes (Band 5: Gegenöffentlichkeit – Hegemonismus) zu präsentieren und kritisch-konstruktiv zu diskutieren. Nach einem Grußwort des Dekans des Fachbereichs Philosophie und Geisteswissenschaften der FU Berlin, Gert Mattenklott, eröffnete *Etienne Balibar* (Paris) die Tagung mit einem Referat zum Thema „Gewalt und Politik“. Als wichtige Begriffe, die während der vier Tage in Wörterbuch-Werkstätten diskutiert wurden, seien hier genannt: Geist (*W. F. Haug*), Gerechtigkeit (*Anneliese Braun*, Berlin), *Hermann Klenner*, Berlin, *Georgios Sagriotis*, Athen und *Bas Wiendela*, Madurai/Indien), Geschichtsgesetze (*Gabriel Vargas Lozano*, Mexiko), Geschichtsphilosophie (*Frieder O. Wolf*, Berlin), Geschlechterverhältnisse (*Frigga Haug*), Handlungsfähigkeit (*Rinse Reeling Brouwer*, Amsterdam) und Hegemonie (*Alastair Davidson*, Australien, z.Zt. Princeton/USA, *Dick Boer*,

¹ Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 1, Argument-Verlag 1994, S. II f.

Amsterdam). Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die inhaltliche Diskussion zu den einzelnen Begriffen eingehen, sondern mich vielmehr der oben gestellten Frage zuwenden.

In dem bereits zitierten Vorwort ahnte W. F. Haug schon, dass ein solch ehrgeiziges Editionsprojekt, an dem mehrere hundert marxistische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt beteiligt sind, nicht ohne Komplikationen verwirklicht werden kann. So befürchtet er z.B., dass der notwendige Versuch, „dem Kritisierten historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“, nicht immer gelingen wird, denn: „Das Besserwissen, das sich nach einer Niederlage einstellt, ist nicht unbedingt besseres Wissen.“² Im Vorwort zum vierten Band, an dem 105 Autorinnen und Autoren aus allen Teilen Europas, aus Asien, Australien, Lateinamerika und den USA mitgewirkt haben, wies Haug auf die gewachsenen redaktionellen Schwierigkeiten hin, die sich aus dieser Pluralität, aus „der Ausweitung des Gesichtskreises und der wachsenden Vielfalt der politisch-kulturellen Herkunft“ der Mitwirkenden zwangsläufig ergeben.³ Vor diesem Hintergrund kam den Tagungen – neben der inhaltlichen Diskussion – eine immer wichtigere ‚atmosphärische‘ Funktion zu.

Mit dem Wörterbuchprojekt und den Tagungen wurden vielen ostdeutschen marxistischen Intellektuellen ein willkommenes gesamtdeutsches und internationales Forum geboten, in das sie sich sinnvoll einbringen konnten. Doch wie in anderen gesamtdeutschen Zusammenhängen wurde auch hier die Zusammenarbeit durch westliche Voreingenommenheiten und unreflektierte Überheblichkeiten gestört. Auf der diesjährigen Tagung entluden sich endlich diese ost-westlichen ‚atmosphärischen Störungen‘, die schon seit längerem sporadisches Knistern verursacht hatten, in einem – hoffentlich – reinigenden Gewitter. Einige westdeutsche Beiträge wurden von ostdeutscher Seite entweder als penetrant besserwisserisch oder als undifferenziert und uninformativ zurückgewiesen. Ihre Kritik wurde auch von ‚westlichen‘ Marxisten, wie z.B. *Domenico Losurdo* (Italien), geteilt.

Die Vorfälle wurden auf dem abschließenden Grossen Ratschlag in einer konstruktiven Diskussion behandelt. Es wurde festgestellt, dass der Zusammenbruch 1989/90 die Marxisten nicht in Sieger und Besiegte geteilt hat. Wir haben alle eine Niederlage erlitten. Man einigte sich auch darauf, die Ergebnisse marxistisch-leninistischer Forschungen im Realsozialismus nicht pauschal als Dogmatismus zu verwerfen. Stattdessen muss ein eventueller Dogmatismusvorwurf immer konkret herausgearbeitet und belegt werden.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, den unschätzbaren – nicht nur inhaltlichen, sondern auch mobilisierenden und moderierenden – Beitrag hervorzuheben, den *Frigga* und W. F. Haug für das Zustandekommen und das Gelingen dieses für die Zukunft eines an Marx orientierten Denkens überaus wichtigen Projektes leisten.

² Ebd., S. III.

³ HKWM, Band 4, Argument-Verlag 1999, S. III.

Die nächste InkriT-Tagung findet unter dem Titel „Herrschaft und Ideologie in der ‚Informationsgesellschaft‘“ vom 24.-27. Mai 2001 wie im Vorjahr im Jagdschloss Glienicke statt.

Werner Schmidt

Marxismus und sozialistische Programmatik

Konferenzen im Vorfeld des Cottbusser Parteitages der PDS, 16. und 23./24. September 2000 in Berlin

„Es gibt keinen Anlaß, die Arbeit an einem neuen Parteiprogramm der PDS zu überstürzen.“ Auf der Grundlage des geltenden „in seinen Grundzügen marxistischen Programms“ geht es um eine eigenständige politische Positionsbestimmung, die auf der Höhe der Wissenschaft steht, sich zum Vorbild des Erfurter Programms bekennt und nicht die ideologische Selbstauflösung der Partei bedeutet. Zu dieser Schlußfolgerung gelangten die rund 150 bzw. 100 Teilnehmer (aus Ost und West) zweier wissenschaftlich-politischer Konferenzen, die im Vorfeld des Cottbusser Parteitages am 16. bzw. 23./24. September 2000 in Berlin veranstaltet wurden. Das Motto der Konferenzen lautete: „Zur Programmdebatte der PDS. Positionen - Probleme - Polemik“ und „Sozialistische Programmatik und Marxismus heute“. Obwohl beide Konferenzen unterschiedliche Veranstalter hatten (die erste das Marxistische Forum der PDS, die zweite den Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Geschichtskommission der DKP – es war deren 17. gemeinsame Tagung), sind sie inhaltlich kaum voneinander zu trennen. Redner und Diskutanten auf beiden Veranstaltungen bemühten sich, die theoretischen Anforderungen für die programmatische Selbstverständigung sozialistischer Politik aufzuzeigen und gelangten dabei zu ähnlichen Resultaten.

Prof. Uwe-Jens Heuer behandelte in seinem einleitenden Beitrag auf beiden Konferenzen das Thema „Wieviel Theorie braucht ein Programm?“ Er machte deutlich, daß Programme vor allem für Parteien von Gewicht sind, die auf Gesellschaftsveränderung zielen. Unangreifbar war die von ihm gegebene Analyse der einzelnen Etappen zur Revision des geltenden Parteiprogramms durch eine Gruppe führender Politiker der PDS, beginnend mit dem 4. Parteitag Anfang 1995 („Totalverurteilung der DDR“). Er wies nach, wie dieses Vorgehen durch eine falsche Berufung auf Marx bewußt kaschiert wurde („Moderne“). Sozialismus werde allein als ein Wertesystem begriffen.

Es sei sehr lehrreich, sich dabei die Geschichte des Godesberger Programms der SPD anzusehen. Die Berufung auf sogenannten Grundwerte führe zu folgenden Konsequenzen: „Die Distanzierung von der DDR schreitet voran, der Sozialismus verwandelt sich aus einem Ziel immer mehr zur kommunikativen Zauberformel, die Modernekonzeption läßt das Kapitalismusbild verschwim-

men, Marx-Zitate haben nur noch Alibi-Funktion.“ Die marxistische Theorie sei nicht bloße Politikberatung, sondern stehe auf Seiten der Unterdrückten, analysiere Verhältnisse und Kämpfe, Bedingungen und Möglichkeiten ihres Kampfes. „Habe die marxistisch-leninistische Orthodoxie die Theorie der Politik unterworfen, so stünde die PDS vor einer ganz anderen Gefahr, „daß nämlich die Politik sich von der Theorie gänzlich löst zugunsten des Aufgehens im bürgerlichen Politikbetrieb“, eines Pragmatismus pur.

Wolfgang Gehrcke mahnte die Untersuchung neuer gesellschaftlicher Entwicklungen an, faßte aber die Problematik der sozialen Antagonismen sehr verharmlosend auf. Immerhin hielt er die Analyse sozial-struktureller Gegebenheiten für erforderlich.

In emotional eindrucksvoller Weise forderte Ellen Brombacher eine Sicht auf den Kapitalismus, die niemals vergißt, daß es „keine Sauerei gibt, die diese Gesellschaft nicht hervorbringt“. Schlußfolgernd aus der aktuellen Rechtsextremismusdebatte müsse die PDS deutlich zu verstehen geben, daß „Antifaschismus nicht antisozialistisch sein kann“.

Dem entscheidenden Defizit in der PDS-Programmebatte widmete sich auf beiden Konferenzen Prof. Ekkehard Lieberam, der den Zusammenhang von „Machtanalyse und sozialistischer Programmatik“ behandelte. Es gehe um alltagstaugliche und perspektivische Handlungsorientierungen sozialistischer Politik, die auf einer soliden Analyse der Gesellschaft und ihres Entwicklungsganges beruhen, wozu auch die Analyse des Charakters der Epoche gehöre. Notwendig sei eine Analyse und Bewertung des Machtsystems. An die Adresse der Befürworter von Regierungskoalitionen gewandt, erklärte er: „Eine Regierungspartei gibt nicht nur Systemkritik und Systemopposition rasch auf, sondern verliert auch die Fähigkeit zur kritischen Selbstreflexion.“ Es gebe den Alternativentwurf Wolfgang Abendroths zum Godesberger Programm von 1959, der gerade hinsichtlich der Machtanalyse konsequent marxistische Positionen formuliert. Lieberam verwies auf die wesentlichsten Aussagen dieses Entwurfs, den er kürzlich gemeinsam mit dem Autor des Berichts herausgegeben hat. Scharf kritisierte er die „Verweigerung der Machtanalyse“ durch den Parteivorstand der PDS. Überhaupt dränge sich die Frage auf: „Geht es womöglich gar nicht um die Befürwortung unterschiedlicher Methoden zur Veränderung des Kapitalismus, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen dem Geist der Gefügigkeit und dem Geist der Standhaftigkeit?“

Winfried Wolf analysierte eingehend den „Debattenzyklus“, in dem sich die PDS seit einem Jahrzehnt befindet. Die dem Cottbusser Parteitag zugeordnete „Funktion“ bestimmte er als eine Art „Zwischenetappe“ auf dem Weg zur forcierten Anpassung an das kapitalistische Gesellschaftssystem.

Die Verdrängung des Kapitalismusbegriffes durch die „Moderne“ und die Spaltungsgefahr der PDS behandelte Prof. Ingo Wagner auf der Konferenz des „Marxistischen Arbeitskreises ...“. In seinem Referat „Moderne, Marxismus und sozialistische Programmatik“ analysierte er die apologetische Funk-

tion des „Sozialismus der Moderne“, der die Idee eines „sozialistischen Kapitalismus“, die „affirmative Integration in die real existierenden Konkurrenz- und Ausbeutungsverhältnisse“ propagiere, also als „Bourgeoisiesozialismus“ zu charakterisieren sei. Jedoch gelangten die Reformtheoretiker zu der Einsicht, daß die „Moderne“ ein „ungeeignetes Objekt zur Gewinnung der Basis“ ist. Der Parteivorstand habe deshalb die Form seines Vorgehens geändert, aber die inhaltliche Ausrichtung im Interesse der eigenen sozialen Stellung beibehalten. Wagner forderte: „Raus aus der Moderne-Falle“. Er entwickelte konkrete Vorschläge für eine radikale Kapitalismusreform. Das Grundproblem bestehe in der Formierung des subjektiven Faktors.

Daß es mit dem „Ende der Ideologien“ nicht weit her sei, resümierte Prof. Erich Hahn in seinem Referat „Zur Aktualität marxistischer Ideologietheorie“. Er plädierte im Ergebnis umfangreicher Beweisführung für einen Ideologiebegriff, der den marxistischen Denkansatz vom „lebenswichtigen Vehikel des Geschichtsprozesses“ (G. Lukács) aufgreift. Brillant seine Analyse der geistigen Herrschaft des gegenwärtigen Kapitalismus, die sich auf die Loyalität eines Großteils der Bevölkerung, der materiell abgesichert sei, ebenso stützt, wie auf die Herausbildung einer eigenen Wirklichkeit, welche fast nach Belieben Gegensätze verschärfe oder einschmelze. Es dominieren sogenannte „Großideologien“ wie „Ideologien mittlerer Reichweite“, in denen Stereotypen, Mythen und einzelne Begriffe vorherrschen, aber Zusammenhänge verlorengehen. Unwiderlegbar auch der Nachweis, daß Ideologie mit großer Zielstrebigkeit gegen den Sozialismus als Waffe eingesetzt wurde (J. F. Dulles 1945, Clinton 1995) und sich die Herrschenden über die Bedeutung dieses Krieges völlig im klaren sind. Auch deshalb komme „ernsthafte Opposition ohne Ideologie nicht aus“.

Zum Thema „Globalisierung und sozialistische Alternative“ sprach Willi Gerns. Aus den neuen Entwicklungen im Kapitalismus folgerte er, die Leninsche Imperialismusanalyse und die Analyse des Staatsmonopolistischen Kapitalismus seien aktuell. Die Orientierung der DKP auf eine Strategie des Kampfes um „antimonopolistische Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus“ habe sich als richtig erwiesen. Jedoch resultiere aus der Entwicklung der transnationalen Konzerne das Erfordernis eines „neuen internationalistischen Herangehens“. Die Gefahr eines Weltkrieges schloß der Redner für absehbare Zeit aus. Er plädierte für eine konkrete, auch ins Detail gehende Darstellung der sozialistischen Alternative, deren Verwirklichung den „qualitativen Bruch“ mit dem Kapitalismus voraussetze.

Den Mystifikationen um „Kapitalistisches Eigentum, bürgerliche Demokratie und Kampf um Reformen“ ging Robert Steigerwald nach. In überzeugender Weise analysierte er die „innere Logik“ im Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Der Redner betonte, daß der Marxismus die „Eigentumsfrage als Aneignungsfrage“ stellt. Es bestünde ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der politischen Demokratie und der Stellung des Einzelnen zum Eigentum. Dieser Zusammenhang unterliege vielfältiger ideologischer Verzerrung bis hin zur

Mythenbildung. Steigerwald hob hervor, daß der Kampf um Reformen unvermeidlich ist, aber eingeordnet werden müsse in eine sozialistische Gesamtstrategie. Die Verwirklichung des sozialistischen Zieles könne nicht aus „einer Summierung von Reformen“ hervorgehen.

Ein „heißes Eisen“ behandelte Harald Neubert in seinem Referat „Internationalismus gestern und heute“. Er betonte, daß sich Marxismus und Internationalismus „nicht für abstrakte Sandkastenspiele“ eignen und verwies auf die schmerzlichen Erfahrungen, die er mit den verschiedenen Arten von Internationalismus gemacht habe. Neubert legte dar, warum Sonderinteressen vor den gemeinsamen Interessen Vorrang bekamen. Nicht unbedeutend war die Position Stalins, Internationalismus sei „Systematisierung der Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien“. Der Redner untersuchte den Zerfall des Internationalismus bis zum Zusammenbruch des Sozialismus. Angesichts der neuen Entwicklungen im Kapitalismus sei dieser aber „dringender denn je“. Jedoch wäre eine Polarisierung unübersehbar. Neubert hob hervor, Internationalismus sei „mehr als Solidarität“, verlange Abstimmung in Strategie und Taktik. Der Einfluß des eigenen Tuns auf die internationale Entwicklung sei stärker zu berücksichtigen. Als Ausdruck unterschiedlicher Interesseneinstimmung (infolge der Pluralität des historischen Subjektes) gebe es auch „verschiedene Formen von Internationalismus“. Entscheidend sei der Diskurs zur „Konsensfindung“. Internationalismus verlange „Gleichberechtigung“, „Toleranz“ und „kritische Solidarität“.

Wie die anschließende lebhaftige Diskussion auf beiden Konferenzen zeigte, ist die Palette der zu bearbeitenden theoretischen Probleme sehr weit. Sie reicht vom Umschwung einer ganzen Epoche und der Art und Weise der Ausnutzung internationaler Konflikte, der Entwicklung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital sowie der Funktion von „Reformalternativen“ im heutigen Kampfabschnitt sozialistischer Bewegung (Minimal- und Maximalprogramm), der zwingend erforderlichen Machtanalyse und der davon untrennbaren Analyse der „Machtressourcen“, der von jeder den Kapitalismus beschönigenden und den Sozialismus delegitimierenden Tendenz freien wissenschaftlichen Betrachtung der Geschichte der DDR bis zur Festlegung einer realistischen Taktik der PDS im Kampf gegen einen kriegerischen Kapitalismus. Im internationalistischen Geist gelte es, so Prof. Hans-Joachim Krusch in seinem Schlußwort auf der zweiten Konferenz, mit völliger Klarheit zu sagen, in welcher Gesellschaft leben wir, welche Gesellschaft erstreben wir, was können wir gegenwärtig erreichen, für welche Gegenwartsforderungen setzen wir uns ein, wer ist das gesellschaftliche Subjekt der Veränderung. (Die Materialien der Tagungen werden im GNN-Verlag veröffentlicht.)

Herbert Münchow

Einmischung in Praxis und Theorie

„Halb-Zeit“-Bilanz der rot-grünen Bundesregierung durch Nichtregierungsorganisationen am 22./23. September 2000 in Berlin

Allenfalls die Hälfte der 300 angemeldeten Teilnehmer und Teilnehmerinnen verlor sich im großen Hörsaal des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität, als Reiner Braun, Geschäftsführer der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit“ die Veranstaltung eröffnete. Dabei war die Liste derjenigen sehr lang, die - auf dem Papier - den Aufruf zur Konferenz unterstützt hatten: das Aktionsbündnis für eine andere Politik (Erfurter Erklärung); der inzwischen als eigenständige Organisation konstituierte Zusammenschluss kritischer ehemaliger und (Noch-)Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen mit Namen BasisGrün; der nicht nur im Kampf gegen ein Atommülllager in Gorleben durchaus mobilisierungsfähige Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); die vor allem im Ostteil der Stadt verankerte Berliner Initiative für Arbeit und Gerechtigkeit; der Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), die Jugendorganisationen der Deutschen Post-Gewerkschaft (DPG), der IG Medien-Druck und Papier, Publizistik und Kunst und der IG Metall; die Sozialistische Jugend-Die Falken; die Jugendorganisationen der Regierungsparteien JungsozialistInnen in der SPD (eigenständig, wenn auch der Partei nahestehend) das Grüne Alternative Jugendbündnis (GAJB) sowie (dito) So'lid aus dem PDS-Umfeld; der Berliner Flüchtlingsrat, Träger des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises; die deutsche Sektion sowohl der Juristen und Juristinnen gegen Atomwaffen (IALANA) als auch der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen, das nicht-PDS-unfreundliche Kuratorium Ostdeutscher Verbände; schließlich die selbst bei Teilen der jetzigen Regierungsparteien angesehene Nord-Süd-Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED).

Ein Teil der Organisationen hatte in den vergangenen fast drei Jahren in einem losen Netzwerk zusammengearbeitet, das einen ersten Kongress unmittelbar nach den Bundestagswahlen in Bonn organisiert hatte (siehe Bericht in Z 36, Dezember 1998, S. 120-123), damals getragen von BUND, IG Medien, IG-Metall-Jugend, IPPNW, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative und WEED. Ziel der Organisatoren unter dem verbindenden Motto der Gestaltung einer „zukunftsfähigen Politik“ war, dass nicht länger entsprechend den Schwerpunkten der beteiligten Organisationen unterschiedliche Politikbereiche gegeneinander ausgespielt, sondern gebündelt werden sollten: „Zukunftsfähigkeit ist Ziel sowohl für die Beschäftigungspolitik wie für die Sicherung der Sozialsysteme als auch für den globalen Nord-Süd-Ausgleich und eine nicht-militärische Friedenspolitik, auch für eine durchgreifende Umweltpolitik und eine nichthierarchische Beschäftigungspolitik.“ (Z 36, S. 121).

Desillusionierung in Form und Inhalt

Angesichts dieser Ziele kennzeichnete vor allem „Desillusionierung“ die Halbleitbilanz der Regierungspolitik, wie Reiner Braun zur Eröffnung konstatierte. Doch dieser Begriff kann auch zur Charakterisierung der Bereitschaft taugen, sich wirklich an der „Einmischung“ in die Politik zu beteiligen, die doch die Konferenz befördern sollte. Zum einen hatte das Netzwerk - mühsam - neue Unterstützerinnen finden können, vor allem von Verbänden mit Organisationsschwerpunkt in Ostdeutschland. Andererseits hatte sich die IG Medien dieses Mal nicht zu einer offiziellen Trägerschaft der Konferenz durchringen können. Mutmaßlich hat hierbei die Einbindung der Gewerkschaft in den Konstituierungsprozess der neuen „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft“ eine Rolle gespielt: Im Vorfeld des Neugründungsprozesses scheinen Vertreter der IG-Medien-Spitze ängstlich zu sein, sich durch die Beteiligung an Bündnissen zu isolieren, die für hiesige gewerkschaftliche Verhältnisse immer noch unüblich sind.

Der Verlauf der Berliner Konferenz hat aber auch offenkundig gemacht, dass eine formelle Unterstützung einer Veranstaltung nicht deren Erfolg garantiert. Zwar war die noch vor zwei Jahren sehr ausgeprägte Ost-West-Kluft im Kreis der Veranstalterinnen dieses Mal mit der Unterstützung von aus Ostdeutschland kleiner geworden. Doch in der Praxis wurden unterschiedliche Politikvorstellungen wieder deutlich: Vor allem die „Erfurter“ hatten im Anschluss an die Veranstaltung zu einer eigenen Demonstration und Kundgebung vor dem Roten Rathaus aufgerufen (die mit schätzungsweise bestenfalls 2000 Teilnehmerinnen auf weitaus weniger Zuspruch stieß als eine Demonstration des ähnlichen Veranstalterspektrums vor gut zwei Jahren gegen die Politik der Kohl-Regierung, an der sich auf dem Alexanderplatz immerhin mehrere Zehntausend beteiligt hatten). Vor allem die Jugendverbände mobilisierten zu einer Demonstration auf dem Schlossplatz und anschließender Demonstration zu einem (musikalischen) Jugendfestival in der Max-Schmeling-Halle. So ganz scheint die Zusammenarbeit in dem erstrebten Netzwerk noch nicht frei zu sein von Ängsten vor Hegemonie einer Strömung, vielleicht auch nicht vor entsprechenden Versuchen.

Skepsis in der IG-Metall-Spitze gegen „Bündnis für Arbeit“

Schon zum Auftakt der Berliner Veranstaltung mit dem offiziellen Titel „Halb-Zeit. Zwei Jahre Rot-Grün. Politik braucht Einmischung!“ mussten die Veranstalter mit nicht vorhergesehenen Schwierigkeiten kämpfen: Mehr als die Hälfte der angekündigten Rednerinnen und Redner fiel aus. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu, maßgeblicher Organisator der europaweiten Initiative des Widerstandes gegen eine neoliberale Politik Raisons d'agir (nähere Informationen im Internet unter www.raisons.org) war ebenso verhindert wie Jürgen Peters, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, der sich wegen länger hinziehender Tarifverhandlungen in der Textilindustrie von seinem Referenten Georgios Arwanitidis vertreten lassen musste. Die Schriftstellerin Christa

Wolf hatte wegen Krankheit absagen müssen. Schließlich war kurzfristig auch noch Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, als Diskussionsleiter ausgefallen.

Die unglücklichen Begleitumstände des Auftakts und die enttäuschende Teilnehmerzahl der Konferenz sollten allerdings nicht die Aufmerksamkeit dafür verstellen, dass einige inhaltlich hoch kompetente Beiträge zur Politik der rot-grünen Bundesregierung zu hören waren. Für Jürgen Peters erinnerte Arwanitidis daran, dass die IG Metall vor zwei Jahren für eine andere Politik den Protest gegen die damalige Regierung mobilisiert habe, damit aber bislang nicht erfolgreich gewesen sei, sehe man von der Korrektur der Fehlentscheidungen der Kohl-Regierung in der ersten Phase der neuen Koalition ab. Trotz relativ hohen Wirtschaftswachstums gehe der Abbau der Arbeitslosigkeit nur „zähflüssig“ voran, weshalb die IG-Metall-Spitze „für die nächste Krise schwarz“ sieht. Das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ habe den Gewerkschaften „viele Zugeständnisse abverlangt, aber keine Arbeitsplätze geschaffen“, kritisierte der Referent von Peters. Er erinnerte an die Aussage von Bundeskanzler Schröder, nichts gegen „die Wirtschaft“ entscheiden zu wollen. Wenn jedoch die Bundesregierung nicht den Mut aufbringe, doch gegen „die Wirtschaft“ Entscheidungen zu treffen, dann werde das „Bündnis für Arbeit“ keine Zukunft haben. Mit dieser Kritik äußert ein führender Vertreter der Gewerkschaft, deren Erster Vorsitzender sich die Urheberschaft am „Bündnis für Arbeit“ zugute schreibt, die bis dahin deutlichste Kritik an der bisherigen Praxis des „Bündnisses“ - möglicherweise ein hoffnungsträchtiges Anzeichen dafür, dass das Konzept der Netzwerke von Kritikern der Regierungspolitik doch auch zur gegenseitigen Ermutigung führen kann. Insgesamt, schließt Arwanitides die Rede, die er für Jürgen Peters gehalten hat, insgesamt, auch vor allem die Rentenpolitik, die Pläne für eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Steuerreform einbezogen, biete die erste Halbzeit dieser Bundesregierung „mehr Schatten als Licht“, weshalb sich die IG Metall weiterhin einmischen werde.

Auf dem Weg zu mehr Gemeinsamkeiten?

Deutlicher noch die Negativbilanz von Gerhard Timm, dem Bundesgeschäftsführer des BUND. Als grundsätzlichen Mangel der Umweltpolitik dieser Regierung konstatierte er das Fehlen einer Strategie zur Erreichung einer nachhaltigen Wirtschaft ebenso wie das einer „Vision eines guten Lebens“, die der Anforderung Zukunftsfähigkeit gerecht wird. Auch Rainer Falk von WEED kann nur die Fallhöhe zwischen Ankündigungen der Bundesregierung und den Erwartungen an sie und die dann folgende Praxis in der Nord-Süd-Politik beklagen, zu übertreffen wohl nur in der Militärpolitik, für die der Friedensforscher Ulrich Albrecht die Enttäuschungen darüber beschreibt, dass ausgerechnet ehemalige Sympathisanten der Friedensbewegung zu den Protagonisten des verfassungswidrigen Krieges gegen Jugoslawien gehörten.

Die politische Spannweite der in Berlin versammelten Regierungskritiker reichte weit. Genannt seien hier der systemtheoretische Ansatz des Physikers Peter Kafka (ehemals am Max-Planck-Institut für Astrophysik), eine Verbindung systemtheoretischer Ansätze mit einer regulativ-keynesianischen Wirtschaftspolitik bei Joachim Spangenberg vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie (einer Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen) oder sozialdemokratische Positionen bei Klaus Traube, der angesichts der seines Erachtens am ehesten drohenden Alternative einer Regierung durch die größte Oppositionspartei nur zögerlich kritische Worte gegen die Umweltpolitik der jetzigen Regierung fand. Die Frankfurter Hochschullehrerin Brigitte Stolz-Willig verteidigte entschieden den Sozialstaat und forderte seinen Ausbau als Voraussetzung der Entwicklung geschlechterdemokratischer Verhältnisse in Deutschland. Jörg Huffscheid, Wirtschaftswissenschaftler aus Bremen und Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) entwickelte seine Kritik an der Reformpolitik von marxistischen Positionen her.

Alle Referate der Konferenz werden in einer Broschüre veröffentlicht werden, die ab Dezember für acht Mark bei der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative (Gutenbergstraße 31, 44139 Dortmund) zu beziehen sein wird (E-Mail: INES NAT@t-online.de). Die Publikation wird auch die Vorträge aus den Arbeitsgruppen einschließen, unter anderem Thesen von Rüdiger Timmermann vom geschäftsführenden Vorstand der HBV zu „Seattle, Prag - Gewerkschaften als soziale Bewegung - Neue Fragen von Gegenmacht“, von Heiko Kauffmann, dem Geschäftsführer von Pro Asyl zur Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung sowie das Abschlussstatement der Veranstaltung von Horst Schmitthenner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall.

Ein „Memorandum für eine andere Politik“

Schon nach dem ersten Kongress in Bonn hatte eine kleine Arbeitsgruppe aus den Trägerorganisationen begonnen, die gemeinsamen Positionen in einem Papier zusammenzufassen. Daraus ist ein „Memorandum für eine andere Politik“ entstanden. Es skizziert im ersten Kapitel unter der Überschrift „Zäsuren im Übergang in das 21. Jahrhundert“ die Entwicklung vom Rheinischen Kapitalismus zum Shareholder-Kapitalismus, die Folgen des Endes der Systemkonkurrenz und der deutschen Einheit und skizziert Reformalternativen, die in einem zweiten Abschnitt „Das Projekt der Umverteilung und sozialen Gestaltung von Lebenschancen“ genauer beschrieben sind. Das Konzept der Umverteilung bezieht sich auf die Umverteilung von Arbeit, von Einkommen und Vermögen, von Umweltverbrauch und von Chancen sozialer Teilhabe. Abschluss ist ein drittes Kapitel unter der Überschrift „Heraus aus der Zuschauerdemokratie“.

Die Schlussfolgerung des Memorandums in seiner jüngsten Fassung lautet: „Vorrangige Aufgabe ist es, die Verständigung über Eckpunkte und Essentials

einer neuen sozialen Reformbewegung zu fördern und dafür die in der Gesellschaft vorhandenen Potenziale zu bündeln. Die ‚Parteifrage‘ ist nebensächlich. (...) Die verschiedenen, häufig an Einzelthemen orientierten Politikansätze in der Bundesrepublik stehen vor einer wichtigen Frage: Entweder sie beißen sich vereinzelt mit ihren jeweils schwachen Kräften an der herrschenden politischen Klasse die Zähne aus, oder sie versuchen, aus ihren jeweiligen Blickwinkeln Gemeinsamkeiten mit anderen Initiativen zu finden und gemeinsame Strategien und Aktionen zu entwickeln. Das Potenzial zum Aufbau einer neuer, starker zivilgesellschaftlicher Strömungen, die auf gemeinsamen Interessen von Frauen, MigrantInnen, Arbeitslosen, neuen ArbeitnehmerInnen, prekär Beschäftigten und so genannten neuen Selbständigen gründen, ist durchaus vorhanden. Die politische Kunst wird darin liegen, diese Interessen so miteinander zu verknüpfen, dass eine wahrnehmbare, attraktive plurale gesellschaftliche Strömung wider den herrschend Zeitgeist entsteht, die Unzufriedenheit in Engagement für politische Alternativen umwandeln kann.“ Das Memorandum ist vollständig zu erhalten über die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative beziehungsweise zu lesen unter www.Natwiss.de.

Friedrich Siekmeier

Hat das ‚Kapital‘ einen Schluß?

MEGA-Konferenz, Berlin, 22. bis 24. September 2000

1. Im späten 19. Jahrhundert kommt es zu einer folgenreichen Debatte über die Aussichten Rußlands. Wie hängt das russische Reich vom Weltmarkt ab, was muß Kern einer Reform der Agrikultur sein und wie ist ein Binnenmarkt zu entwickeln? Es streiten Volkstümler, Liberale und Sozialdemokraten, darunter auch Michail Iwanowitsch Tugan-Baranowskij (1863-1919). Tugan-Baranowskij gehört zu den ersten Lesern von ‚Kapital II‘, das 1885 erscheint. In diesem Band beeindruckt ihn das Reproduktionsschema, das ihn von der Disproportionalität der kapitalistischen Produktion überzeugt. Damit verhilft Tugan-Baranowskij nicht nur der Unterkonsumtionstheorie zu einer Begründung. Vielmehr lädt er auch zu einer bestimmten Lesart von ‚Kapital II‘ ein. Inwieweit die russische Kontroverse die Imperialismus-Debatte der II. Internationale (Hilferding, Luxemburg, Bucharin, Bauer, Lenin) angestossen hat, ist mehr oder weniger bekannt. Weniger beachtet ist der Einfluß Tugan-Baranowskij auf die Nationalökonomie. Das betrifft zunächst die Konjunkturtheorie, später Theorien über Nachfrage und dritte Sektoren (Agrikultur, Rüstung, Wohlfahrt). Schließlich geht es auch noch um die Wurzeln der Entwicklungstheorie.

2. Ist die Wirkung von ‚Kapital I‘ schon eine Geschichte für sich, scheinen in den besonderen Rollen der anderen Bände noch mehr Schwierigkeiten zu stecken. Das beschäftigt die Marx-Engels-Forschung, unter deren Hand sich der Verbleib von Nachlässen, die Änderungen in der Editions politik sowie

biographische Kreuz- und Querverbindungen zu einer Sozialgeschichte ausgewachsen. Davon war auch die Konferenz geprägt, die unter den Themen „Neue Erkenntnisse zum Kapital. Der Einfluss des Stalinismus auf das Ende der ersten MEGA“ vom 22. bis zum 24. September in Berlin stattgefunden hat. Veranstalter waren der „Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.“ und die „Marx-Gesellschaft e.V.“ Absicht der Veranstalter ist es gewesen, die Herausgeber der MEGA aus Japan, Russland und Deutschland mit an der Kritik der politischen Ökonomie interessierten Sozialwissenschaftlern zusammenzubringen. Beide zeichnen sich durch eine lebhaftere Veröffentlichungsarbeit aus. Von der Berliner Marx-Engels-Forschung sind die Bände „Marx-Engels-Edition und biographische Forschung“ und „Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931-1941)“ erschienen. Aus dem Kreis der „Marx-Gesellschaft e. V.“ hat Hans-Georg Backhaus einen bemerkenswerten Aufsatz „Über den Doppelsinn der Begriffe ‚politische Ökonomie‘ und ‚Kritik‘ bei Marx und in der Frankfurter Schule“ in den Wolfgang Harich gewidmeten Gedenkschriften publiziert. Dazu gehört auch Nadja Rakowitz Abhandlung „Einfache Warenproduktion“. Sicherlich war das Programm bunt, das von der Entzifferung der Marxschen Handschrift über die Transaktionskosten bis zur Neubestimmung der Produktivkraft der Arbeit reichte. jedoch waren Berichte über die Herausgabe der MEGA (Keizo Hayasaka, Izumi Omura, Ludmila Vasina), über die Geschichte der Herausgabe des Marxschen Werks (Rokitjanskij, Hecker) und die schon angesprochene Debatte über das ‚Kapital‘ entscheidend. Dabei scheint sich die Marx-Engels-Forschung ihrer bisherigen Vormundschaft durch die Philosophen entledigen zu wollen.

3. Damit befasste sich Jannis Milios aus Athen, der über die eingangs thematisierte Krisentheorie von Tugan-Baranowskij referierte. Danach habe der russische Ökonom das Marxsche Reproduktionsschema als Unterkonsumtionstheorie aufgefasst. Erst durch die Beiträge von Hilferding, Luxemburg und Bucharin seien die Umrisse einer Überproduktionstheorie deutlich geworden. Dieser umstrittene Schluß von ‚Kapital II‘ kam Michael Krätke (Amsterdam) entgegen. Krätke stellte die Frage, ob das ‚Kapital‘ überhaupt einen befriedigenden Schluß habe? Damit spielte er nicht nur auf das abgebrochene Kapitel über die Klassen im dritten Band an. Es sei üblich, den ersten Band für die Darstellung der Konzentration des Kapitals zu loben. Allerdings sei hier weder eine Konzentrationstheorie zu finden, beschied der Referent, noch gehöre sie dorthin. Ebenso entbehre das Reproduktionsschema einer Zusammenfassung. Schließlich habe sich kaum jemand mit dem komplizierten Schluß des dritten Bandes befaßt. Anstelle einer theoretischen Klärung dieses sozusagen endlosen Kapitals, so läßt sich Krätke ergänzen, waren die Erwartungen auf einen vierten Band gerichtet. Von den ‚Theorien über den Mehrwert‘ erwartete man sich den ‚Abbinder‘. Spätestens seit den siebziger Jahren hat man diesen Theorieband als einen weiteren Kapitalentwurf anerkennen müssen.

4. Allerdings ist diese theoretische Rekonstruktionsarbeit nicht das Brot der Marx-Engels-Forschung. Hier geht es einerseits um die Herausgabe der gesamten Manuskripte zu ‚Kapital II‘. Ihre Anordnung und Bewertung ist maßgeblich, weil ihre Probleme Marx ganz und gar in Anspruch genommen haben. Das sind Fragen, die durchaus auf der Tagesordnung der aktuellen Ökonomie stehen. Andererseits macht dieser Umgang eine kritische Aufarbeitung der Editions-geschichte unumgänglich. Daher ist die Subsumtion der Marxschen Theorie unter den Marxismus-Leninismus zu untersuchen. Wie das Marx-Engels-Institut zum Marx-Engels-Lenin-Institut verwandelt worden ist, referierte Jakov Rokijanskij aus Moskau. Im Schatten dieser ideologischen Einbindung erblickte der erste ‚Kapitalentwurf‘ das Licht der Veröffentlichung. Über diese merkwürdigen Umstände für die ‚Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie‘ berichtete Rolf Hecker. Diese ‚Grundrisse‘ haben sich als eine Flaschenpost erwiesen, wofür Hecker eine aufschlußreiche Parallelgeschichte vorstellte. Auf der einen Seite gehörte Walter Tuchscheerer (1929-1967) zu den ersten Studenten aus der DDR in Moskau, die Einblick in die verschiedenen Entwürfe des Kapitals erhielten. Daraus hat Tuchscheerer die Abhandlung ‚Bevor ‚Das Kapital‘ entstand‘ (1968) gemacht. Auf der anderen Seite ist es im Westen Roman Rosdolsky (1898-967) gewesen, der die Bedeutung der ‚Grundrisse‘ in ‚Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapitals‘‘ (1968) zu Papier brachte. Legt man zu Rosdolsky und Tuchscheerer noch Iljenkow, Zeleny, Althusser/Balibar und auch Lukacs hinzu, dann hat man die Liste der Autoren zusammen, die in den späten sechziger Jahren zu einer Renaissance der Kritik der politischen Ökonomie beigetragen haben.

5. Das war die Stunde für Manfred Lauer-mann. Der gegenwärtig in Brasilien tätige Hochschullehrer kam in seinem Vortrag auf eine Veranstaltung in Frankfurt am Main zurück, die 1967 dem hundertjährigen Erscheinen des ‚Kapitals‘ gewidmet war. Obgleich Rosdolsky zu diesem Zeitpunkt bereits erkrankt war, sei der Funke von seinem auf der Konferenz verlesenen Referat, so Lauer-manns These, auf die Studentenbewegung übersprungen. Dabei habe Rosdolsky sie mit dem bis dato weitgehend unberücksichtigt gebliebenen Marxschen Begriff des ‚Kapitals im allgemeinen‘ bekannt gemacht, der Einblick in die Architektur des Gesamtwerks und seine stufenförmige Verwirklichung versprach. Mit zahlreichen Anekdoten unterstrich Lauer-mann die Aufbruchstimmung. Neben einer auf wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung konzentrierten Rezeption von ‚Kapital I‘ habe sich mit der Diskussion über die Wertform, die Entfremdung und die Staatsform eine Reformulierung der Marxschen Theorie abgezeichnet. Während Lauer-mann diese Renaissance der Kritik der politischen Ökonomie in Westdeutschland in Erinnerung brachte, ist die Verarbeitung der Konferenz durch die Teilnehmer aus der DDR (O. Reinhold, F. Behrens, K. Bichtler, G. Rittig, K. Steinitz) sicherlich noch aufzuarbeiten.

Themen der nächsten Tagung im Frühjahr 2000: Wissenschaftskritik, Zirkulation, Währungsgeschichte. Adresse der Konferenzorganisatoren: www.marx-gesellschaft.de

Fritz Fiehler

Gewerkschaftslinken

27./28. Oktober 2000, Frankfurt am Main

Die 160 Teilnehmer der 3. Bundeskonferenz der Gewerkschaftslinken knüpften an die Themen der Konferenz im Vorjahr: Sozialpolitik, Tarifpolitik, Mitbestimmungspolitik an. Die Tagung wurde mit einem Podiumsgespräch eröffnet, an dem Irmgard Meier, Mitglied des Bundesvorstands der Industriegerwerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Rainer Roth, Professor an der Fachhochschule Frankfurt, und Martin Kückler, Koordinationsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), teilnahmen. In der Diskussion wurde die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von SPD und Grünen kritisiert. Sie stehe nicht nur in der Kontinuität der konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik – in zentralen Bereichen, wie der Rentenversicherung, komme es unter rot-grünen Vorzeichen zu einem Privatisierungsschub und zu Systembrüchen, die die Konservativen in dieser Schärfe nicht hätten durchsetzen können. Es drohe ein Um- und Abbau des Sozialsystems, dessen Folgen auch immer stärker in der Tarifpolitik zu spüren seien. Auch wenn Teile der Gewerkschaften sich in diese Anpassungsprozesse einbinden ließen, seien politische Alternativen nicht aussichtslos. Widerstand und politische Allianzen gegen die neue Mitte seien möglich. Dies zeige auch das von der IG BAU entwickelte Rentenkonzept. In diesem Zusammenhang begrüßten die Teilnehmer die Positionierung der IG Medien gegen das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ auf ihrem Gewerkschaftstag im Herbst dieses Jahres. Diese programmatische Entwicklung sei ein wichtiger Impuls für den Kurswechsel auch in den Gremien und Organisationen der Gewerkschaftslinken. Gleichfalls unterstützt wurde die Initiative „Auf die Straße gegen Rentendemontage!“ von Stuttgarter Gewerkschaftsmitgliedern. Ihnen wurde Solidarität zugesagt in dem Bemühen, ihre Aktion zu einem Kristallisationspunkt des Widerstandes gegen die rot-grünen Rentenpläne zu machen.

In Würdigung der Arbeitsergebnisse der seit der 2. Bundestagung gebildeten Arbeitsgruppen Sozial-, Tarifpolitik und „Mitbestimmung“ im Netzwerk der Gewerkschaftslinken wurde zum Abschluss der 3. Konferenz eine Erklärung abgegeben. Sie enthält folgende Punkte:

1. Die modellhaft praktizierten „Beschäftigungshilfen für Geringqualifizierte“, mit denen der Niedriglohnsektor subventioniert und ausgeweitet wird, werden entschieden abgelehnt. Solidarische Wege zum Abbau der Massenerwerbslosigkeit bestehen vielmehr in Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors sowie in der Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit auf mehr Köpfe und Hände. Die Arbeitslosenhilfe muss erhalten und eine ausreichende materielle Absicherung bei Erwerbslosigkeit hergestellt werden. Um Armut und Ausgrenzung wirksam entgegenzutreten, ist die Durchsetzung bedarfsorientierter Sozialeinkommen mit einem deutlich über der Sozialhilfe liegenden Leistungsniveau erforderlich, das auch als Mindestsockel in die Arbeitslosenversicherung integriert wird.

Unverzichtbar im Streit um die Zukunft der Alterssicherung ist die Abwehr jeglicher Privatisierung und Rentenkürzungen sowie eine stärkere Beteiligung der Unternehmen und wohlhabenden Haushalte an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Das umlagengestützte gesetzliche Rentensystem, das paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird, ist zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Das Rentenrecht soll Kindererziehungszeiten von Vätern und Müttern vollständig berücksichtigen und Risiken wie Erwerbslosigkeit und Niedrigeinkommen sowie Nachteile aus Teilzeitarbeit umfassend ausgleichen. Altersarmut wird dann auch für Frauen und Geringverdiener wirksam bekämpft. In seiner jetzigen Form diskriminiert das Rentenrecht die Frauen. Frauen müssen künftig eigene existenzsichernde Rentenansprüche unabhängig von ihren Ehemännern erwerben können. Die Abwehr des Systemsbruchs in der Rentenversicherung ist Voraussetzung für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung, bei der es um die zweckmäßigste Form der Verbreiterung der ökonomischen Basis und eine verteilungspolitische Korrektur zu Lasten der Unternehmen und wohlhabenden Haushalte gehen wird.

2. Eine Repolitisierung und Veränderung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ist Dreh- und Angelpunkt: In der Lohn- und Gehaltspolitik muss die Verteilungsfrage wieder in den Vordergrund gestellt werden. Nach einer langen, ungebrochenen Phase der Umverteilung von unten nach oben müssen wir wieder zu einer offensiven Lohnpolitik kommen, die nicht mehr nur den Verteilungsspielraum ausschöpft, sondern Komponenten der Rück-Umverteilung enthält. Gleichzeitig müssen die sich daraus ergebenden Möglichkeiten genutzt werden, die immer größeren Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten innerhalb und zwischen den Branchen einzuebnen, um das Abgleiten eines wachsenden Teils der Beschäftigten in Niedriglohnsektoren zu verhindern. Hierzu müssen die Gewerkschaftslinken Konzepte tariflicher und politischer Mindesteinkommenspolitik entwickeln. Die Tarifpolitik darf keine negativen Auswirkungen auf die Sozialpolitik haben, indem sie die Zerschlagung und Verschlechterung unserer Sozialversicherungssysteme sanktioniert. Die Reduzierung der Tarifpolitik, wie sie, von den Arbeitgeberverbänden durch betriebliche Öffnungsklauseln gewollt, auf wenige Grundfragen und den Ausbau betrieblicher Regelungen beschränkt wird, ist der falsche Weg. Wir wollen auf dem Feld der kollektiven Arbeitszeitverkürzung für alle wieder in die Offensive kommen. Entscheidend wird dabei sein, wie wir die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich, das Interesse wachsender Beschäftigtengruppen an mehr Selbstbestimmung und die Begrenzung von zunehmendem Arbeitsdruck und Stress verbinden.

3. Bis in die Gewerkschaften hinein besteht die Tendenz, „Mitbestimmung“ vor allem als Standortfaktor zur Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit zu sehen. Nachdem der Versuch gescheitert ist, diese Sichtweise im DGB-Grundsatzprogramm festzuschreiben, wurde innerhalb des DGB mit den Mitbestimmungsthesen der Bertelsmann- und Böckler-Stiftung ein weiterer Anlauf unternommen, die gewerkschaftliche Mitbestimmungspolitik auf die

Unterordnung der Arbeitnehmerinteressen unter die Standortlogik festzulegen. Die anstehende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes kann in diesem Streit zu einer wichtigen Weichenstellung führen. Aus unserer Sicht muss es u. a. darum gehen, die rechtliche Position von Betriebsräten – aber auch der Arbeitnehmer und Gewerkschaften im Betrieb – im Sinne der Konzeption von Gegenmacht zu stärken. Trotz vorhandener Schwachstellen halten wir den DGB-Entwurf von 1998 für eine geeignete Plattform, die Betriebsverfassung in unserem Sinne weiterzuentwickeln. Mitbestimmung – verstanden als konsequente Demokratisierung – kann nicht auf die Ebene des Betriebs begrenzt werden. Daher müssen parallel der Flächentarifvertrag und die Unternehmensmitbestimmung mit neuem Leben erfüllt werden. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die rot-grüne Koalition die Befristungsmöglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zum Ende des Jahres auslaufen lässt. Der DGB verzichtet bedauerlicherweise auf Mobilisierung und die Politisierung der Auseinandersetzung um mehr Mitbestimmung. Wir fordern Gewerkschaften und Betriebsräte auf, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und die damit im Zusammenhang stehenden Themen kritisch zu begleiten und die Fragen auch zum Thema von Betriebsversammlungen zu machen. Dass der Vorrang des Tarifvertrages vor der Betriebsvereinbarung erhalten bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit und kein Anlass für Zugeständnisse in anderen rechtlichen Fragen. Tarifvertragliche Normen müssen Mindestbedingungen bleiben und dürfen nicht durch Bedingungen wie Errichtung und Vernichtung von Arbeitsplätzen, die allein vom Arbeitgeber zu bestimmen sind, ausgehöhlt und kompensiert werden.

Soweit die Erklärung. Inzwischen liegt eine Broschüre „Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Arbeitsgruppen, Positionspapiere und Mitglieder - Stand Oktober 2000“ vor, die über die Arbeitsgruppen und -ergebnisse der Initiative berichtet und über die Kontaktadressen (Heinz-Günter Lang, PF 1201, 64660 Alsbach-Hähnlein, oder Ewald Wehner, Paul-Gerhard-Ring 15, 60528 Frankfurt/M.) zu beziehen ist.

Ewald Wehner

Koflers Marxismus

Leo Kofler, *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers*, VSA-Verlag, Hamburg 2000, 240 S., 29, 80 DM

Dieser von Christoph Jünke herausgegebene und eingeleitete Band mit Aufsätzen und Zeitschriftenartikeln Leo Koflers bietet einen - angesichts der nahezu vollständigen Vergriffenheit von dessen Schriften - längst fälligen Einblick in das Werk des 1995 verstorbenen deutsch-österreichischen Marxisten. Die Beiträge erstrecken sich über den Zeitraum von 1951 bis 1989 und behandeln verschiedenste gesellschaftstheoretische Problembereiche. Dabei werden - nicht zuletzt dank der umfangreichen Texte - einige Grundzüge des Koflerschen Marxismus erkennbar.

Zunächst wird deutlich, daß der Einzelgänger Kofler in vielerlei Hinsicht als klassischer Vertreter des von Perry Anderson sog. 'westlichen Marxismus' gelten darf (darüber gibt v.a. die gelungene Kontextualisierung von Leben und Werk Koflers in Jünkes Einleitung Auskunft): Kofler formuliert Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre, teils noch während seiner Tätigkeit als Professor in Halle, eine offensive Kritik am Stalinismus, später auch am ethischen Sozialismus der westdeutschen Sozialdemokratie.

Dabei verfällt gerade der geschichtsphilosophische Objektivismus und Determinismus, der vom Marxismus der 2. und 3. Internationale als Ausweis der Wissenschaftlichkeit des 'wissenschaftlichen Sozialismus' betrachtet wird, der Kritik Koflers. In dessen praxisphilosophischer Deu-

tung des Marxschen Werks steht dagegen die von den Produktionsverhältnissen ausgehende Analyse gesellschaftlicher Totalität im Mittelpunkt. Gegen die verdinglichte Auffassung gesellschaftlicher Objektivität im stalinistischen Lehrgebäude betont Kofler den spezifischen, bewußtseinsvermittelten Charakter des sozialen Seins, die radikale Differenz zwischen natur- und sozialwissenschaftlichem Gegenstandsbereich. Gegen die Ontologisierung des historischen Materialismus zu einer kontemplativen Weltanschauung versteht Kofler, wie der 'westliche Marxismus' insgesamt, den Marxschen Ansatz als kritisch-revolutionäre Theorie gesellschaftlicher Praxis. Gegen die szientistisch verbrämte Rede von den 'objektiven Entwicklungsgesetzen' des geschichtlichen Fortschritts werden die Ideologiekritik des verdinglichten Bewußtseins, die Dechiffrierung der zur '2. Natur' erstarrten kapitalistischen Produktionsweise als historisch-spezifische Form sozialer Praxis, die Betonung der Revolution als kritischer Akt praktischer Subjektivität gesetzt. Kofler begreift den Marxschen Materialismus als praktischen und theoretisch-methodologischen Humanismus (vgl. dazu den zentralen Aufsatz „Die Gesellschaftsauffassung des historischen Materialismus“).

Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß Kofler diese Einsichten nur selten und nicht immer in unproblematischer Weise auf die ökonomiekritische Formanalyse von Marx bezieht (vgl. v.a. S. 210f., 63). Überhaupt darf eine gewisse Ignorierung der Kritik der politischen Ökonomie als charakteristisch für Koflers Marxismus gelten.

Zudem fällt er, insbesondere wenn er Marx' Geschichtsauffassung in bündigen Formeln zu fassen sucht („...Geschichte als eine Stufenfolge von immer höheren Stufen der Freiheit und der Selbstverwirklichung des Menschen“, S. 78 u.a.) in die Konzeption eines teleologischen Fortschrittsgeschehens zurück, und einige Formulierungen überschreiten vollends die Grenze zur Unterstellung einer welthistorischen 'List der Vernunft' (v.a. S. 98 u. 200f.).

Kofler ist aber nicht nur in vielem eine typische Figur des westlichen Marxismus, es finden sich bei ihm auch Ansätze einer Theoretisierung desselben - gemäß seiner Forderung, kritische Gesellschaftstheorie müsse nicht nur die Totalität der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch sich selbst als in dieser situiert denken (S. 199). Dies geschieht v.a. im Rahmen seiner Reflexionen zur „progressiven Intelligenz“ bzw. „Elite“. Diese tritt im Zeitalter der „bürgerlichen Dekadenz“, d.h. des Verfalls des bürgerlichen Humanismus bei formell reicher Entfaltung von Wissenschaft, Kulturproduktion und -genuß (S. 204), einerseits das Erbe dieses Humanismus an, den sie sozialistisch umartikuliert, von seinen bürgerlichen Aporien (der Konstellation Freiheit - Privateigentum) befreit und zu verwirklichen trachtet, andererseits ist sie das Produkt der Krise der Arbeiterbewegung und des Zerfalls ihres sozialistischen „Volks-tribunentums“ (womit wahrscheinlich auf die Arbeiterbildungsbewegung im 'Roten Wien' der 20er Jahre und auf einzelne 'organische Intellektuelle' (Gramsci) wie Brecht angespielt wird). Die progressive Elite besteht

demnach aus kritischen Individuen in - wie wir heute sagen würden - zivilgesellschaftlichen Institutionen (genannt werden u.a. Schulen, Kirchen, Universitäten, Gewerkschaften), die aufgrund ihrer Opposition gegen Stalinismus und angepaßte Sozialdemokratie zugleich ein „asketisches Pariaadasein“ in politischer wie publizistischer Isolierung und Ohnmacht fristen. Theoretisch ist diese Gruppe ausgezeichnet durch einen „ironisch gebrochenen Utopismus“ (S. 203), die Tendenz zu einer Stimmung der Verzweiflung aufgrund ihres zwangsweisen Verharrens in Kontemplativität und Negation sowie ein demokratisch ausgerichteter Elitebegriff (im Sinne der klassischen Avantgarde-Theorien).

Doch auch die 'konservative Elite', ihre Ideologen und Ideologien werden im Rahmen eines erweiterten Staatsbegriffs einer Analyse unterzogen. Kofler konstatiert dabei eine verstärkte Relevanz kultureller Hegemonie zur Integration entwickelter kapitalistischer Gesellschaften: er nennt diesen Prozeß „Vergeistigung der Herrschaft“. Aufgabe der konservativen Elite ist es dabei u.a. „die Prinzipien der Herrschenden zu Prinzipien des ganzen Volkes“ (S. 136) zu machen, eine Herrschaft durch Konsens und damit die freiwillige Übernahme von Unfreiheit, die Unterwerfung in Form der Selbsttätigkeit seitens der Subalternen zu organisieren (vgl. S. 137 u. 151). Gewisse Parallelen zu Gramscis kritischer Theorie der Zivilgesellschaft liegen auf der Hand, ohne daß Kofler bereits in den 50er Jahren, in denen er diese Gedanken ausarbeitet, von Gramsci Notiz genommen hätte.

In diesen Zusammenhang fällt auch Koflers heftige Polemik gegen die Vertreter der Frankfurter Schule (hier v.a. im Aufsatz „Die drei Hauptstufen der dialektischen Gesellschaftsphilosophie“). Er wendet sich gegen deren Diagnosen einer 'eindimensionalen' (Marcuse) oder 'totalen' (Adorno) Vergesellschaftung im Spätkapitalismus (bezeichnenderweise ohne ökonomietheoretische Fehleinschätzungen wie Pollocks hinsichtlich der Theoriebildung Horkheimers und Adornos äußerst einflußreiches 'Staatskapitalismus'-Theorem oder Adornos These von der 'Liquidation der Ökonomie' zu thematisieren).

Obwohl Kofler ebenfalls von der „extrem verdinglichten und integrierten Gestalt“ (S. 175) des Proletariats spricht, muß gemäß seiner letztlich doch betont 'optimistischen' Perspektive die Kritik nicht v.a. der Arbeiterklasse, sondern den Organisationen der Arbeiterbewegung gelten. Während diese vollends integriert seien, sich mit der entfremdeten Ordnung identifizieren, wird für jene ein bloßes 'Mitmachen' konstatiert, das aber nicht mit 'Verbürgerlichung' verwechselt werden dürfe. Aufgabe kritischer Intellektueller sei es nicht, die Unmöglichkeit unwälzender Praxis im vermeintlich widerspruchlos integrierten Kapitalismus zu verkünden, sondern „die aus der Tradition der Arbeiterbewegung herausgewachsenen ... Organisationen einer ausdauernden Kritik zu unterziehen und sie ... zu zwingen, die bei den Massen in nuce bestehende kritische Stimmung zu aktualisieren ...“ (S. 186). Anders als bei den Vertretern der Kritischen Theo-

rie, haben die Erfahrungen des NS das Vertrauen in das 'enorme Bewußtsein' (Marx) der Arbeiterklasse bei Kofler nicht erschüttern können. Zu recht kritisiert dieser die Tendenz v.a. Horkheimers und Adornos zur Reflexion der Geschehnisse der Nazi-Barbarei im Rahmen einer negativen Geschichtsphilosophie, die den historischen Prozeß der abendländischen Entwicklung in eine Verfallsgeschichte der Vernunft umdeutet und einzig das in abstrakter Negation gewonnene 'Ganz Andere' noch als Emanzipationsperspektive gelten lassen will. Zu unrecht reduziert Kofler die Reflexionen v.a. des späten Adorno auf diese Tendenz, zu unrecht auch blendet er vollständig die keineswegs in einer abstrakten Geschichtsphilosophie untergehenden Überlegungen der Frankfurter zum autoritären Charakter, zu den Elementen des Antisemitismus oder zur Aufarbeitung der Vergangenheit in der BRD aus. Kofler begreift den NS ausschließlich als faschistischen Kampf gegen die Arbeiterbewegung; der Antisemitismus und der Holocaust haben als spezifische Phänomene keinen Platz im kategorialen Rahmen seines Werks. Das hat natürlich - gerade im Zusammenhang mit traditionalistischen Mythen vom Proletariat als Klasse im und zugleich wesenhaft gegen den Kapitalismus - problematische Folgen für die Einschätzung der 'Massen'.

Freilich berücksichtigt die Textauswahl noch weitere klassische Sujets des Koflerschen Marxismus. So z.B. das Konzept einer marxistischen Anthropologie als Theorie der „unveränderlichen Voraussetzungen menschlicher Veränderlichkeit“, in

deren Rahmen Kofler eine Kritik sowohl an den modernen Biologismen als auch an den soziologistischen Verleugnungen anthropologischer Tatbestände formuliert. Erwähnenswert sind dabei auch seine Auseinandersetzungen mit den Positionen eines orthodoxen Freudo-Marxismus, v.a. seine Zurückweisung der reduktionistischen Fassung des Libidinösen in dessen Paradigma (S. 149f., 180f.) oder seine Variante des Theorems der 'repressiven Entsublimierung'. Dem starken Anspruch einer Fundierung der normativen Grundlagen kritischer Gesellschaftstheorie, den Kofler mit seiner Anthropologie verbindet (S. 185f., 232), sollte allerdings mit Skepsis begegnet werden.

Die vorliegenden Aufsätze verdeutlichen nicht zuletzt eine Grundtendenz in der Theoriebildung des 'marxistischen Einzelgängers': Koflers Marxismus kritisiert die „Abgeschmacktheit, die freie Konkurrenz als die letzte Entwicklung der menschlichen Freiheit zu betrachten“ (Marx), als Nihilismus bzw. Antihumanismus. Er erinnert radikale Kapitalismuskritik schließlich daran, daß „die soziale Frage ... nicht nur eine Magenfrage, sondern ebenso eine Menschenfrage in toto ist“ (S. 115). Der strukturelle, anonyme Zwang, Resultat der privat-arbeitsteiligen Verfaßtheit kapitalistischer Vergesellschaftung, „ergreift den ganzen Menschen“ (S. 114). Eine kritische Theorie hat folglich die Aufgabe, die Entfremdung des ganzen Menschen, konkret-utopisch bezogen auf die realen Möglichkeiten umfassender Emanzipation, zum Thema zu machen. Dies und die Fra-

ge, inwieweit Kofler dabei den Ambivalenzen des 'westlich-marxistischen' intellektuellen Lernprozesses (u.a. der 'verschwiegenen Orthodoxie' in Sachen Kritik der politischen Ökonomie) und einigen beharrlichen Mythen der traditionellen Arbeiterbewegung verhaftet bleibt, könnte Gegenstand einer sozusagen nachholenden Auseinandersetzung mit seinem Werk sein. Diese sollte sich freilich vor der Gefahr des „identifikatorischen Nachvollziehens alter theoretischer Fronten“ (W. Korngiebel) hüten.

Ingo Elbe

Aktualität und Pluralität des Marxismus

Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 4: Fabel bis Gegenwart, Argument Verlag, Hamburg 1999*

Im Vorwort des nun vorliegenden vierten Bandes des Historisch-kritischen Wörterbuches des Marxismus (HKWM) spricht der Herausgeber Wolfgang Fritz Haug davon, daß der „Sinn des historisch-kritischen Projektes [...] die Gewinnung der Zukunft“ sei, und er betont weiterhin die „markanten Verschiebungen und Ausweitungen des Gesichtskreises im Vergleich zu den historischen Marxismen“ (I). In der Tat erscheinen die Ausweitungen, die von einer Erhellung der 'theoretischen Grammatik' marxistischen Denkens ihren Ausgang nehmen, beeindruckend. Wie die drei Bände zuvor, so zeichnet sich auch dieser Band durch die Bandbreite der Stichwörter aus. Von

marxistischen Grundbegriffen, streng geschichtsmaterialistischen Themen und Begriffen marxistischer Ökonomiekritik über philosophische und sozialhistorische Fragestellungen bis zu kultur- und ästhetiktheoretischen Begriffen sowie der Problematik der neuen sozialen Bewegungen reicht das hier abgesteckte Feld. Die Breite des Untersuchten und Diskutierten nimmt insofern nicht wunder, als den an diesem großen Projekt Beteiligten daran gelegen ist, dies wurde auch von unterschiedlicher Seite oft genug hervorgehoben und gewürdigt, die Aktualität des Marx'schen Denkens im 21. Jahrhundert zu unterstreichen.

An vielen Stellen dieses Wörterbuchs dürfte deutlich werden, daß Kritiker, die dem 'Marxismus' mit dem Vorwurf begegnen, er sei hoffnungslos axiomatisch, reduktionistisch, essentialistisch und zeichne sich zudem durch einen befremdlich totalisierenden Gestus des Denkens aus, der in einer Zeit der zersplitterten Mikropolitiken und antihegemonialen Rand-erzählungen nur seltsam obsolet erscheinen kann, ihre theoretischen Prämissen dahingehend überdenken sollten, ob ihre Vorwürfe nicht selbst offensichtliche Differenzen nivellieren. Das hier zu besprechende Werk präsentiert sich als 'offene Werkstatt' unterschiedlicher Marxismen, die teilweise zusammenkommen, sich dann wieder bestimmt voneinander abwenden, die Möglichkeit einer Übereinstimmung in immer weitere Ferne rücken lassend, um plötzlich doch wieder Schnittstellen und Berührungspunkte sichtbar werden zu lassen. Gerade weil das Fundament vermeintlich sicheren Wissens spätestens nach den historischen Erschüt-

terungen von 1989 weggebrochen ist, scheinen sich die divergierenden Marxismen, und dies macht die Lektüre des Wörterbuchs u.a. so reizvoll und spannend, darauf zu richten, das Moment von Dialogizität bzw. Interdiskursivität niemals in den Hintergrund zu drängen.

Das Prozessuale dieses 'work in progress' sperrt sich gegen eindimensionale Kritiken, wie sie z.B. von einigen poststrukturalistischen und dekonstruktivistischen Theoretikern vorgebracht werden, die dem 'Marxismus' (als Gespenst) vorhalten, er verharre in der unzeitgemäßen Starre seiner Ontologie und fände sich zudem durch einen archäo-teleologischen Gestus bestimmt (inwieweit diese beiden Kritikpunkte sich zusammendenken lassen, bedarf sicherlich einer weiteren Klärung). Daß das Subjekt des 'Marxismus' sich durch seine Selbsthabe auszeichnet und sich Dezentrierungsversuchen beharrlich zu entwinden sucht, ist ein weiterer, hinlänglich bekannter Vorwurf. Dieser reduktionistischen Lesart des 'einen Marxismus' tritt das HKWM entgegen. Der rettenden Kritik, von der Haug mit Bezug auf Walter Benjamin im Vorwort zum ersten Band spricht, geht der überwölbende Sinn verloren, Totalitäten zersplittern, und die Fragmente fügen sich durch die Arbeit des Begriffs neu zusammen.

Der vierte Band des HKWM behandelt 113 Stichwörter, von 'Fabrik' bis 'Gegenmacht', die von 105 AutorInnen verfaßt wurden. Auch im Falle dieses Bandes haben wir es wieder mit einer internationalen Ansammlung von AutorInnen zu tun.

Deutsche und US-amerikanische AutorInnen bilden den Großteil, daneben treten aber auch solche aus West- und Nordeuropa, Russland, Lateinamerika, Asien und einer aus Australien. Bedingt durch den Buchstaben F enthält dieser vierte Band ein kleines Wörterbuch des marxistischen Feminismus. Etwa 15 Prozent der Stichwörter, so der Herausgeber, befassen sich mit Fragen der Geschlechterverhältnisse. Ein Großteil der Redaktionsarbeit in diesem Bereich wurde von Frigga Haug übernommen. Von ihr stammt auch einer der ersten Artikel dieses Bandes zur 'Fabrik'. Nach der etymologischen Herleitung zeichnet Haug die historische Entwicklung dieses zentralen Begriffes nach. So ist es wichtig zu erkennen, daß das Fabriksystem für den jungen Engels synonym war mit Ausbeutung, Einschränkung, Deformation und Vernutzung von Menschen, wohingegen Marx die Fabrik als gesellschaftlichen Ort sieht, der mehrfach codiert ist: „Zum einen als Ort äußerster Entfremdung und kultureller Zerstörung, zum anderen als Ort der Gemeinsamkeit von Arbeitern und einer Organisation, in der zukünftige menschliche Entwicklung für alle ihren Ausgangspunkt nimmt.“ (22)

Nach der Darlegung der unterschiedlichen Beurteilung der Fabrik (als Ort, Institution, Metapher und mythisches Subjekt) durch Engels, Marx, Lenin, Gramsci, die 1968er-Bewegung und die Frauenbewegung, kommt Haug auf die mikroelektronische Revolution der Produktivkräfte und die damit einhergehende Umwälzung der Produktionsweise im Spätkapitalismus zu sprechen. Im

Postfordismus werden viele Fabrikgebäude zu funktionslosen Industrieruinen, die schließlich durch Alternativkulturen vereinnahmt werden (Konzerte, Theater etc.). Die globale Organisation von Kapital ermöglicht den Zusammenschluß von Arbeitsgruppen in einer 'virtuellen Fabrik', wobei diese Gruppen, 'Fraktale' genannt, durch ihre Beweglichkeit und Selbstorganisation verdeutlichen, inwieweit das Managementkonzept der 'fraktalen Fabrik' „Kommunikationstechnologie mit post-tayloristischer Arbeitsorganisation [verbindet], um unternehmerische Fähigkeiten von Arbeitern profitbringend einzuspannen“ (35). Dies dürfte vor Augen führen, und das gilt für zahlreiche der in diesem Band versammelten Texte, daß die historische Darstellung in die Erhellung der Jetztzeit münden soll. Die begriffliche Annäherung an das Jetzt, auch wo sie nur asymptotischen Charakters sein kann, bildet gleichsam die Hintergrundfolie, auf der die Texte sich studieren lassen. Am Rande sei angeführt, daß zahlreiche Bibliographien der einzelnen Stichwörter sich nicht nur durch ihre Referenzfülle auszeichnen, sondern auch durch die Aktualität der behandelten Literatur beeindrucken. Viele der aufgeführten Texte sind Mitte bis Ende der 1990er Jahre erschienen.

Mitten in die aktuelle Diskussion zielt auch der Artikel 'Feminismus' von Rosemary Hennessy. Hier trennt die Autorin streng zwischen dem 'postmodernen kulturellen Feminismus' und dem 'materialistischen, sozialistischen oder marxistischen Feminismus'. Während jener sich dem liberalen Feminismus und dem Liberalismus im allgemeinen dadurch

ideologisch annähert, daß er ausschließlich auf Veränderungen im Überbau abzielt, versucht dieser das Verhältnis zwischen kulturellen Formen und dem Kapitalismus als Produktionsweise analytisch zu durchdringen und opponiert dadurch gleichzeitig dem generalisierten Kulturbegriff des postmodernen Feminismus. Dem feministischen, auf gesellschaftliche Veränderung abzielenden Kampf bieten sich folglich mehrere Angriffsziele, was allein schon durch die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen bedingt ist. Der Artikel 'Feminismus' läßt sich sehr schön im Zusammenhang studieren mit den beiden Texten zu 'Frauenbewegung' und dem zu 'Frauenemanzipation'. Der erste Text zur Frauenbewegung nimmt eine grobe Einteilung in zwei Phasen vor, wobei die 'zweite oder neue Frauenbewegung' in den 60er Jahren (Betty Friedans Der Weiblichkeitswahn, Gründung der 'NOW' in den USA) geboren wird. Es entwickeln sich unterschiedliche Strömungen der Frauenbewegung wie Radikalfeminismus, verschiedene Essenzialismen, biologischer und postmoderner Feminismus, der die Realität und Brauchbarkeit der Geschlechts-Kategorie radikal in Frage stellt, u.a. Obzwar der US-amerikanische Kontext in den zuvor erwähnten Artikeln stets gegenwärtig ist, hätte man vielleicht die Rolle des amerikanischen dekonstruktivistischen Feminismus und der amerikanischen 'Gender Studies' noch stärker akzentuieren können. Dies gilt auch für die Einsichten und Theorieansätze der französischen Semiotik (Kristeva, Irigaray, Cixous, Kofman), die den hege-

monialen Geschlechterdiskurs mit seinen binären Oppositionen Mann/Frau, aktiv/passiv, Kultur/Natur schon früh zu dekonstruieren suchte.

Der Artikel über die 'Frankfurter Schule' wurde von dem vermutlich bedeutendsten zeitgenössischen Vertreter des Hegel-Marxismus in den USA geschrieben - dem Literatur- und Kulturtheoretiker Fredric Jameson. Jameson, der auch Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des HKWM ist, hat mit seiner Studie *Marxism and Form* aus dem Jahre 1971 die Kritische Theorie in den USA bekannt gemacht. Seitdem richtete sich sein Bestreben darauf, den hegelianisch-marxistischen Diskurs in ästhetik- und kulturtheoretischer Hinsicht als im genuinen Sinne offenen Diskurs zu präsentieren, d.h. als eine Art Übersetzungsmechanismus ('translation mechanism'), der in der Lage sich zeigt, verschiedene andere Diskurse in die eigene Art des Sprechens zu überführen und ihnen dort eine sektorielle Gültigkeit zuzugestehen. Während Jamesons Adorno-Monographie aus dem Jahre 1990 (*Late Marxism. Adorno, or, The Persistence of the Dialectic*) insofern in höchstem Maße problematisch war, als er mit Gewalt versuchte, aus dem Denker des Nicht-Identischen einen Denker der Totalität zu machen, kann man das folgende Urteil unzweifelhaft vorbehaltlos unterschreiben: „Das tatsächlich weiterwirkende Potential der [Frankfurter Schule] liegt jedoch vielleicht in einer anderen Art von Erfolg, namentlich im wachsenden Prestige und Übergewicht von Adorno und seinem Lehrer Walter Benjamin, der selbst aller-

dings nur lose mit dem IfS verbunden war [...]“ (781-82) Auch die Charakterisierung des Benjaminschen Passagen-Projekts als eine „hypertheoretische Übung in Cultural Studies avant la lettre“ (782) ist sehr zutreffend.

Zu Recht betont Jameson, daß der Freudianismus der Frankfurter Schule, wenn man ihn im Lichte der Psychoanalyse Lacans betrachtet, vergleichsweise orthodoxer als ihr Marxismus erscheint (vgl. auch den Artikel 'Freudomarxismus' in diesem Band). In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß sich bei einer Lektüre der vier bisher erschienenen Bände des HKWM oftmals der Eindruck aufdrängt, viele AutorInnen schlössen sich der Auffassung an, den Texten der Frankfurter Schule wäre ein Mehr an marxistischer Orthodoxie sicherlich nicht abträglich gewesen. Während z.B. Brecht (und zum Teil auch Gramsci) in den Artikeln größtenteils kritiklos gewürdigt wird, glaube ich an vielen Stellen deutliche Vorbehalte gegenüber dem Denken Adornos herauszulesen. Die Vorwürfe sind bekannt (Praxisferne, Esoterik, bürgerliches Kunstverständnis etc.), und sie ermüden auf Dauer. Jameson ist zuzustimmen, wenn er schreibt, Benjamins messianisches Geschichtsverständnis sei immer noch nicht vollends diskreditiert (man denke hier auch an Derridas *Spectres de Marx*, wo Benjamin ein deutlicher Bezugspunkt ist), wohingegen Adornos Heroisierung der unverbrüchlichen Einsamkeit des Intellektuellen, „der allein inmitten der Barbarei die kritischen und negativen Impulse von Philosophie und Kunst am Leben hält, sich nicht als

durchzuhaltende Perspektive erwiesen hat“ (783)

Gleichwohl dürfte, generell gesprochen, die ungemein produktive Weiterentwicklung marxistischen Denkens durch die Kritische Theorie, und vor allem Adorno, eine zutiefst bedeutende Rolle spielen, wenn man mit dem Projekt der Überführung dieses Denkens ins 21. Jahrhundert Ernst macht. Daß dies für das Projekt einer materialistischen Ästhetik, die von verschiedensten Seiten angefeindet, wo nicht belächelt wird, umso mehr gilt, bedarf sicherlich keiner Erwähnung. Im vierten Band des HKWM findet sich das Stichwort 'Frankfurter Schule' ergänzt durch den zuvor erwähnten Eintrag 'Freudomarxismus' sowie durch die Stichwörter 'falsches Bewußtsein', 'Fetischcharakter der Ware' und 'Flaneur'.

Im weitesten Sinne gehört in diese Reihe auch der Artikel zur 'Gegenkultur', wo der Autor Roger Behrens sich mit dem Verhältnis von Massenkultur und Hochkultur bzw. Avantgarde auseinandersetzt und auch das hochkomplexe, stets sich verändernde Feld der Popkultur in den 1990er Jahren analysiert. Inwieweit die offensichtliche Hinwendung vieler linker Intellektueller zur Popkultur (man denke an die AutorInnen im Umfeld der 'Spex'-Redaktion), die scheinbar die letzten Möglichkeiten zur Verwirklichung bestimmter Formen von Politik offenbart, mit einem marxistischen Kulturverständnis kompatibel erscheint, bleibt eine sehr interessante offene Frage, deren Klärungsversuche Gegenwärtigkeit im emphatischen Wortsinne beanspru-

chen dürften. 'Poplinke' und Kulturindustrie, Cultural Studies und traditionelle kritische Theorie - Verhältnisse, die einer weiteren Diskussion bedürfen. Auch im Fall von Behrens' Artikel fällt die Aktualität der herangezogenen Literatur auf; diese erscheint allerdings angesichts der Permutationen und Transformationen des untersuchten Gegenstandes auch dringend geboten.

Als eine Art begleitende Lektüre zu dem Stichwort 'Gegenkultur' bieten sich die Einträge 'Film', 'Filmmusik' und 'Fernsehen' an. In letzterem gelingt es, nicht nur die ideologisch deformierenden Aspekte des Mediums herauszustellen, - Fernsehen als Agentur der Massenpolitik und Klassenherrschaft, als Sedativum und Instrument ökonomischer Macht -, sondern auch die utopisch-kreativen Momente, die mit diesem verbunden sind, zumindest ansatzweise zu beleuchten. Es ist gerade die dialektische Spannung zwischen diesen Polen, die innerhalb eines marxistischen Theorierahmens adäquat erfaßt werden kann. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Jamesons Aufsatz aus dem Jahre 1979 mit dem programmatischen Titel 'Reification and Utopia in Mass Culture'. Jameson spricht hier auch von einer doppelten Hermeneutik ('double hermeneutic'), die - idealiter - beiden Aspekten des Textes gerecht wird.

Auch in dem vorliegenden Band verdienen die von Wolfgang Fritz Haug verfaßten Artikel (Fakten, falsches Bewußtsein, Familie I, Faulheit II, faux frais, Feuerbach-Thesen, Fiktion, Fiktionalismus, Form, Fortschritt, Ganzes) eine besondere Hervorhebung.

Sicherlich besteht die Gefahr, daß der/die LeserIn, der/die sich mit nur rudimentärem Wissen an diese Stichwörter heranwagt, angesichts der Komplexität und Dichte der Texte und dem streng akademischen Sprachgestus dieses Philosophen ein Gefühl von Verlorenheit entwickelt und in der Konfrontation mit der epischen Auffächerung dieser zentralen Themen irgendwann die Lektüre aufgibt, doch dies dürfte vermutlich der Preis sein, den zu zahlen man gewillt sein muß, so man sich Eintritt in dieses Theoriegebäude des pluralen Marxismus verschaffen möchte. In dem Artikel 'Fiktionalismus' z.B. nimmt Haug den Dialog mit zeitgenössischen (Text-)Theorien auf, verwirft jedoch die Idee des Panfiktionalismus radikal: „Lässt sich Fiktion vom Bezug zur Realität, erlischt ihre Besonderheit. Verabsolutierung der Fiktion löscht ihren Begriff aus, wie es dem totalisierten Ideologiebegriff widerfahren ist. Die totale Fiktion verschluckt sich als solche, um sich als die Welt selbst zu setzen“ (457). 'Fortschritt', ein Schlüsselbegriff bürgerlicher Geschichtsphilosophie und eng verknüpft mit der Entwicklung der mikroelektronischen Produktivkräfte und der durch sie ermöglichten Hochtechnologien im globalisierten neoliberalen Spätkapitalismus, hat in diesem Band den größten Umfang. In dem Artikel 'Ganzes' nimmt Haug u.a. die wichtige Differenzierung zwischen den Kategorien des 'Ganzes' und der 'Totalität' vor, die in Anbetracht des gegenüber dem Marxismus von verschiedener Seite geäußerten Totalitarismusverdachts dringend notwendig erscheint.

Obzwar einige Artikel sich in einem zu starken Maße in Marx-Philologie ergehen und traditionelle Denkfiguren an manchen Stellen immer noch vorherrschen, und man sich zudem gewünscht hätte, die Möglichkeit des Dialogs mit anderen, nicht-marxistischen Diskursen wäre in einigen Zusammenhängen noch stärker akzentuiert worden, hält der vierte Band des HKWM das, was die vorausgegangenen versprochen haben. Das große Projekt der begrifflichen Selbstvergewisserung des pluralen Marxismus dürfte gerade durch Zeiten, die als widrig sich erweisen, zur Fortführung gedrängt und angespornt werden.

Ulf Schulenberg

Hayek-Kritik

Dorothee Wolf, *Un-Ordnung durch Interessenorganisationen?* F. A. von Hayeks Kritik kollektiver Akteure. Schrift No. 4 der Forschungsgruppe Politische Ökonomie, Marburg 2000, 176 Seiten, 14,- DM (Bezug: Forschungsgruppe Politische Ökonomie, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Straße 6, 35032 Marburg, oder staff-www.uni-marburg.de/~fgpoloek.)

Die Diskussionen über die Grundsätze staatlichen Handelns sind spätestens seit Beginn der neunziger Jahre von einer Sachzwanglogik beherrscht, die jeglichen Theorieansatz neben dem Neoliberalismus verwirft. Unter denen, die diese Theorie entwickelt haben, ist Friedrich August von Hayek (1899-1992) einer der bedeutendsten, weil wirkungsmächtigsten. Seine programmatischen Aussagen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Argumentationslinien der VerteidigerInnen des freien Marktes. Anders als sonst in der Wirtschaftstheorie (auch unter Hayeks AnhängerInnen) üblich blendet Hayek jedoch den Aspekt des Sozialen in Gestalt von Institutionen wie Märkten, Geld und Eigentum nicht aus, sondern stellt die soziale Eingebundenheit ökonomischer Handlungen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Daher kann er als „Politischer Ökonom“ verstanden werden (10) und beansprucht zu Recht, Sozialtheoretiker zu sein. Mit der Fragestellung nach der Rolle kollektiver Akteure in seiner Theorie wird dieser Anspruch von der Autorin ernst genommen.

Wolf legt zunächst das Konzept der „Spontanen Ordnung“ dar: Im Rah-

NEUES
HEFT SOEBEN
ERSCHIENEN

GENGESCHÄFT
Die leeren
Versprechungen
der Gen-Medizin.

**STICHWORT
BAYER**

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

men abstrakter Regeln, die keine bestimmten Handlungen vorschreiben, interagieren individuelle und kollektive Akteure zum wechselseitigen Vorteil. Von der Spontanen Ordnung ausgehend, rekonstruiert sie drei Argumentationslinien gegen ‚Gruppen‘, die sich bei Hayek selbst nicht so wiederfinden, die sich ihr zufolge aber ergeben, versucht man im Rahmen seines Theoriekonzepts Gründe für die Ablehnung von Interessenorganisationen anzugeben. Hier wie an anderen Stellen zeigt sich Wolfs Methode, theoretische Lücken zu füllen, indem sie Hayeks Gedanken rekonstruiert und konsequent weiterführt. Aus dem Konzept der Spontanen Ordnung entwickelt sie die These, dass Gruppen, zu denken ist hier an Gewerkschaften oder Berufsorganisationen wie Bauernverbände, aus Hayeks Sicht die Spontaneität stören. Sie artikulierte interessengeleitete Vorstellungen, wie Institutionen gestaltet sein sollten, damit sie ihnen am meisten nützen. Damit verhinderten sie die spontane Entstehung von Regeln, die laut Hayek der Planung überlegen sind. Aber noch in einer zweiten Hinsicht beeinträchtigten solche Interventionen die Spontaneität: Von den Gruppen wird nämlich die Festlegung einzelner Preise (durch Subventionierung oder Lohnerhöhung) gefordert, wodurch Folgeinterventionen nötig würden und die Spontaneität des Wirtschaftsgeschehens schließlich durch zentrale Lenkung ersetzt werden müsste.

Ein zweiter Grund, Interessengruppen abzulehnen, besteht in der durch sie verursachten Effizienzmindern. Da aus divergierenden individuellen

Präferenzen keine als gerecht¹ zu bezeichnende Güterverteilung aggregiert werden könne, ist das Gemeinwohl nach Hayek im Erhalt der Ordnung selbst zu sehen. Sofern diese nicht (durch Gruppenhandeln) gestört werde, ergäben sich keine Benachteiligungen einzelner. Zudem finde bei freiem Spiel der Marktkräfte maximales Wirtschaftswachstum statt, wodurch das langfristige Wohlergehen aller gesteigert werde. Das dritte und letzte Argument besteht darin, Gruppen übten Zwang aus, z.B. indem Gewerkschaften für höhere Löhne kämpfen oder Arbeitende zum Eintritt nötigen.

Wolf weist darauf hin, dass diese Argumente sich nicht als tragfähig erweisen, und zwar vorwiegend aus theorieimmanenten Gründen. Sie setzt sich zunächst mit dem Ordnungskonzept Hayeks eingehend auseinander und kommt zu dem Ergebnis, Hayek trenne zwei verschiedene Phänomene nicht deutlich: Einerseits verstehe er unter einer Ordnung den geregelten Ablauf von Interaktionen, etwa den Handel mit Waren. Zum anderen nenne er – weniger häufig – auch Beispiele, die sich auf das Regelwerk beziehen, das solchen Interaktionen zu Grunde liegt, in diesem Fall also Eigentums- und Vertragsrecht. Diese Vermischung von Kategorien ermögliche es Hayek, neben der Abstraktheit auch die ungeplante Entstehung von Regeln einzufordern, damit die resultierende Ordnung spontan ist. Wolf schlägt eine präziserte Definition des Ordnungsbegriffs vor und weist nach, dass diese nicht nur Hayeks eigener Anwendung seiner Theorie näher kommt, sondern an einigen Stel-

len auch von ihm selbst so formuliert und verwendet wird (vgl. 76-79). Der These von der kumulativen Staatsintervention hält Wolf entgegen, dass für die Reaktion eines offenen Systems auf externe Eingriffe vier Möglichkeiten bestünden, von denen nur eine zur Schließung des Systems führe. Bei Einbezug der Möglichkeit innovativen Handelns der Marktakteure – das von Hayek sonst auch nicht ausgeschlossen wird – sei dieser Fall aber nicht wahrscheinlich (vgl. 85-88).

Wolf beschäftigt sich nun mit dem Gemeinwohlarargument und wendet die von Hayek vorgeführte Argumentation auf seine eigene These an. Das Ergebnis lautet: Eine Anzahl von Individuen, die verschiedene abstrakte Werte vorziehen, kann sich nicht einigen, welchem der Vorrang gewährt werden soll. Daher könne Hayek den von ihm proklamierten Freiheitsbegriff nicht normativ als höchsten, von allen geteilten Wert fundieren. Stattdessen, so Wolf, verankere er ihn in seinem Menschenbild und arbeite insofern essentialistisch (vgl. 127). Auch Hayeks Begriff von Effizienz sei nicht aus den Bewertungen der Gesellschaftsmitglieder abgeleitet, sondern Hayek gehe von einer externen Setzung dessen aus, was unter ‚Wachstum‘ zu verstehen sei. Im Fazit führt Wolf diesen Gedanken weiter und schlägt eine innergesellschaftliche, konfliktuelle Festlegung dessen vor, welche Gütermengen und Güterverteilungen erwünscht sind. Da eine solche Festlegung aber immer von der Interessen- und Machtverteilung unter den gesellschaftlichen Akteuren abhängt, trügen Interessenorganisa-

tionen sogar dazu bei, eine größere Übereinstimmung zwischen individuellen Interessen und gesellschaftlichen Zielen herzustellen, und wirkten daher „demokratisierend“ (154).

Die Auseinandersetzung mit Hayeks drittem Vorbehalt, der Ausübung von Zwang, führt in eine eingehende Sprachanalyse. Wolf kommt zu dem Ergebnis, Hayek verwende den Terminus ‚Zwang‘ ungenau und bezeichne schlicht jene Handlungen als Zwang, die ihm missfielen (vgl. 142). Diese Einschätzung leitet Wolf aus einer Gegenüberstellung von Handlungen und Strukturen von Unternehmen, Regierung und Gewerkschaften her. Qualitativ sei jedoch kein Unterschied auszumachen, der eine verschiedene begriffliche Behandlung rechtfertige. Hayeks Gebrauch des Zwangsbegriffs beruht also auf Willkür.

Insgesamt sind Hayeks Argumentationen (zumindest in dem hier untersuchten Bereich seines Denkens) „weniger theoriegeleitet als Reflex seiner politischen Ansichten“ (150). Dies ist sicherlich kein überraschendes Ergebnis. So stellt sich die Frage, was die theorieimmanente Beschäftigung mit Hayek leisten soll und kann. Während eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Hayek häufig bereits an bedingungsloser Zustimmung und Jubel bzw. an vorweggenommener Ablehnung scheitert, zeichnet Wolf sorgfältig Argumentationsstränge nach und weist auf deren Lücken hin. Diese Lücken kann sie zu einer Existenzberechtigung von Interessenorganisationen schließen. Gewerkschaften können also sehr wohl eine Verbesserung der Lage ih-

rer Mitglieder herbeiführen, ohne das System zu destabilisieren (was sie sehr beruhigen dürfte, denn eine Destabilisierung des Systems war noch nie Ziel des DGB).

Aber auch ein zweiter Punkt in diesem Buch ist bemerkenswert und für eine (linke) Auseinandersetzung mit Hayek untypisch: Bei der systematischen Durchsicht der Grundlagen der Hayekschen Theorie weist Wolf auf Theorieelemente hin, die durchaus brauchbar seien. In erster Linie handelt es sich dabei um die Überlegenheit einer spontanen Ordnung in Bezug auf die Nutzung des verteilten Wissens und um die These von der Nicht-Existenz eines Gemeinwohls.

Marco Tullney

Von Lidice bis Kalavryta

Loukia Drouli und Hagen Fleischer (Hrsg.), Von Lidice bis Kalavryta - Widerstand und Besatzungsterror, Studien zur Repressalienpraxis im Zweiten Weltkrieg, Metropol Verlag, Berlin 1999, 38,- DM

Seit ein polnischer Historiker auf die falsche Zuordnung einiger Fotos aufmerksam gemacht hat, ist es erneut zu einem heftigen Streit um die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ gekommen. Das immense Medieninteresse macht deutlich, dass es dabei aber nicht um die Ausstellung geht und auch nicht nur um die Wehrmacht. Es geht vielmehr um die endgültige Entsorgung des Dritten Reichs und der damit eng verbundenen Teile der bundesrepublikanischen Geschichte. Die NS-Verbrechen sind inzwischen durchaus Bestandteil des öffentlichen Be-

wusstseins. Bei ihrer Präsentation haben Medien und auch Historiker die Geschichte des Nationalsozialismus jedoch aufgelöst in Einzelteile und Episoden. So lässt sich Geschichte leicht entsorgen, weil diese Präsentation das Ganze aus den Augen verliert. Weil die Frage nach dem Charakter des faschistischen Systems nicht mehr gestellt wird, werden falsch zugeordnete Bilder so wichtig. Dabei ist Terror eines seiner spezifischen Bestandteile. „Eigentlich beginnt dieses Thema schon 1933: Terror nach innen und nach außen war konstitutiv für das NS-Regime, und als Repressalien gegen ‚Volksfeinde‘ und ‚Volksschädlinge‘ wurden schon die Massenverfolgungen und Massenmorde nach dem Reichtagsbrand sowie die ersten Judenboykotts und -pogrome deklariert. Eine ganze Terrormaschinerie - ein System von Institutionen, die umfassend und systematisch für Terrorisierung und Abschreckung zu sorgen hatten - stand schon 1933 funktionsfähig da, nicht in erster Linie in Erwartung des Widerstands, sondern als eine auf die blutige Verfolgung von Kommunisten, Juden, Sozialdemokraten gedrehte Bürgerkriegsarmee. Auch die NS-Ideologie war nach Inhalt und Funktion wesentlich terroristisch. Sie hatte die Einübung großer Teile der deutschen Bevölkerung auf Krieg und Massenmord zu bewerkstelligen.“ Diese Feststellung des Historikers Dietrich Eichholtz findet sich in dem Sammelband „Von Lidice bis Kalavryta - Widerstand und Besatzungsterror“. Diese Neuerscheinung ist aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung: Erstens analysieren die Autoren die

Massenmorde an Zivilisten immer im Zusammenhang mit dem faschistischen Gesamtsystem. Zweitens schließen sie eine wichtige Informationslücke, denn die von der internationalen Forschung erarbeitete „Europa-Karte“ des Besatzungsterrors gegen die Zivilbevölkerung ist extrem nordlastig. Der Balkan und insbesondere Griechenland bilden weiße oder bestenfalls graue Flecken, die einer größeren europäischen Öffentlichkeit kaum bekannt sind.

In der Soziotechnik des Naziterrors galt das Prinzip der Verantwortung der unterworfenen Bevölkerung für den Widerstand gegenüber dem Eroberer. Die Besatzungsbehörden führten Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen durch, deren Ziel die Ausrottung von Personen war, die Widerstand leisteten, ihn organisierten, initiierten oder unterstützten, und sei es auch nur passiv. Die schon von den Verteidigern bei den Nürnberger Prozessen strapazierte Behauptung, der Besatzungsterror sei nur die „logische Konsequenz“ des Widerstandes gewesen, wird auch heute noch vertreten, mit fatalen Auswirkungen für die Opfer. Dabei hat die historische Forschung unzweifelhaft nachgewiesen, dass der Widerstand zur militärischen und wirtschaftlichen Schwächung der deutschen Macht beitrug und so ihre Niederlage beschleunigte und unzählige Opfer sparte. Ein Terrormodell für die anderen besetzten Länder bildeten - wie Czeslaw Madajczyk schreibt - die frühen blutigen Vergeltungsmaßnahmen in einzelnen Ortschaften Polens, die bisher bei deutschen Historikern kaum Interesse gefunden haben: „Ende 1939 erschoss die deut-

sche Polizei bei Warschau 106 Einwohner als Vergeltungsmaßnahme für die Tötung zweier deutscher Soldaten durch fliehende Kriminelle. Weiter erschoss die Wehrmacht im Frühjahr 1940 700 Bauern in Dörfern, die einer aus den Resten der polnischen Armee formierten Partisanengruppe als Stützpunkte dienten.“ Die Strafmaßnahmen wurden vor allem von der SS und der Polizei, in geringerem Maß von der Wehrmacht durchgeführt. Dieser unterschiedliche Einsatz ergab sich aus der durch Hitlerbefehle geregelten Arbeitsteilung, nicht aus einer „humaneren“ Ethik des Offizierskorps, wie Eichholtz deutlich macht: „Als in den Niederlanden im September 1944 ein Eisenbahnerstreik den gesamten Verkehr lahmlegte und die Bevölkerung sich weigerte, Kraftfahrzeuge und andere Beförderungsmittel zu Verfügung zu stellen, beschwerte sich Wehrmachtbefehlshaber General Friedrich Christiansen über die Weisung, alle jene dem Sicherheitsdienst zu übergeben, die nicht unmittelbar ‚Gewalttaten‘ begangen ... hätten. Er verlangte: ‚Truppe muss wieder die Befugnis erhalten, dass sie auch Personen, die keine Terroristen oder Saboteure im Sinne des Führerbefehls sind, aber durch passives Verhalten die kämpfende Truppe gefährden, standgerichtlich oder auch ohne standgerichtliches Verfahren erschießen kann.“

Am Balkan hatte General Böhme seinen Soldaten gleich zu Beginn gesagt: „Eure Aufgabe ist in einem Landstreifen durchzuführen, in dem 1914 Ströme deutschen Blutes durch die Hinterlist der Serben, Männer und Frauen, geflossen sind. Ihr seid Rä-

cher dieser Toten.“ Auf Befehl des Oberkommandierenden der Wehrmacht, Keitel, ordnete er an, dass für jeden getöteten Soldaten bis zu 100 und für jeden verwundeten bis zu 50 Geiseln zu exekutieren seien. Bereits wenige Tage später machte die 717. Infanteriedivision (ID) von diesem Befehl in Form von Massenmorden Gebrauch. Die Gegend um die südserbische Stadt Kraljevo war im Herbst 1941 eines der Hauptaufstandsgebiete der Tito-Partisanen. Am 16. Oktober erschossen Wehrmachtangehörige als Vergeltung für 14 während der Kämpfe getöteten und 20 verwundeten Soldaten laut eigener Meldung „insgesamt 1736 Männer und 19 kommunistische Frauen“. Das Abschlachten der Zivilbevölkerung dauerte bis zum 24. Oktober und forderte zwischen vier- und fünftausend Tote. Zum selben Zeitpunkt verübten andere Einheiten der 717. ID im etwa fünfzig Kilometer entfernten Kragujevac einen weiteren Massenmord an Zivilisten. In ihrem Einsatzbericht heißt es lapidar: „21.10.: Früh 7 Uhr beginnt die Auswahl und Erschießung der Verhafteten. Damit ist die Aktion abgeschlossen, insgesamt wurden 2300 Serben verschiedenen Alters und Berufes erschossen.“ Im April 1943 wurde dieser Verband nach Griechenland verlegt, bekam einen neuen Namen, 117. Jägerdivision, und übte seine alte Tätigkeit aus: unschuldige Männer, Frauen und Kinder ermorden. Als Sühnemaßnahme wurden am 13. Dezember die Ortschaft Kalavryta zerstört und 695 Menschen erschossen. Dieses Massaker war nicht nur das größte in Griechenland, sondern hatte auch Symbolwert: Von

dieser Kleinstadt bzw. dem benachbarten Kloster Agia Lavra hatte 1821 der hellenische Unabhängigkeitskampf gegen die fast vierhundertjährige Fremdherrschaft begonnen, der ein knappes Jahrzehnt später den Griechen ihre Freiheit brachte. Deshalb ist die Erinnerung an diesen Massenmord in Griechenland immer noch lebendig, wie auch die Zeiger der Ortskirche immer noch, Tag für Tag, die gleiche Uhrzeit, die des Massakers, anzeigen.

In der Bundesrepublik, aller medialen Beschäftigung mit dem Dritten Reich zum Trotz, kennt kaum jemand den Namen Kalavryta. Warum das so ist, macht der den Band beschließende Aufsatz von Eberhard Rondholz – „Rechtsfindung oder Täterschutz?“ – deutlich. Entgegen der offiziellen Lesart, dass die Justiz „in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten immense Anstrengungen zur Aufklärung der NS-Straftaten ... unternommen“ hat, belegt der Umgang mit den Massakern in Griechenland, dass Ralph Giordano nach wie vor Recht hat, wenn er vom „Rechtsstaat als Synonym für Täterbegünstigung“ spricht. Im Gegensatz zu NS-Verbrechen im engeren Sinne (Massenmord in KZs, Judendeportationen etc.) ist die Sühne der Kriegsverbrechen durch die Justiz fast völlig ausgeblieben. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung der NS-Verbrechen die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen ausdrücklich entzogen war. Der zweite ist in der zügigen Renazifizierung der westdeutschen Justiz zu finden, die zum Ergebnis hatte, dass z.B. der Bundesgerichtshof von Richtern mit NS-Karriere dominiert und die Dort-

munder Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Aufklärung von Massenverbrechen des Dritten Reiches von NS-Juristen der ersten Stunde geleitet wurde. Und im Fall Griechenland kam noch ein Drittes hinzu: Das erpresserische Junktim der Adenauer-Regierung zwischen deutscher Wirtschaftshilfe und griechischem „Wohlverhalten“ in der Kriegsverbrecherfrage.

Anfang der siebziger Jahre kam es dann doch zu wirklichen Ermittlungen in den vom Bonner Justizministerium erfolgreich verschleppten und von Athen nie angemahnten Verfahren. Die Ludwigsburger Zentralstelle verlangte „vorlagefähige“ Berichte und die Staatsanwaltschaften produzierten daraufhin tausende Blatt Ermittlungsakten – aber keine einzige Anklageschrift. Gegen einen Beteiligten des Massakers von Kalavryta ermittelte die Staatsanwaltschaft Bochum und kam zu dem Schluss, dass der Massenmord an Männern, Frauen und Kindern legal gewesen war: „Die Partisanen haben gegen die Grundregel des Völkerrechts verstoßen, nach welcher jedem Kombattanten eine faire und ritterliche Behandlung zu teil werden muß. ... Weitere ähnliche erhebliche Völkerrechtsverletzungen lagen schon vor und waren auch für die Zukunft zu erwarten. In dieser Situation waren Repressalien notwendig und auch zuverlässige völkerrechtsmäßige Mittel, die Gegner, die Partisanen, zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen. ... Da somit die ... angeordneten und durchgeführten Repressalien nach dem geltenden Recht nicht als völkerrechtswidrig angesehen werden können, mithin auch strafrechtlich nicht rechtswidrig waren, ist auch die Teil-

nahme an ihnen ... nicht rechtswidrig.“ Die so begründete Einstellung steht in eklatantem Gegensatz zur juristischen Beurteilung dieses Kriegsverbrechens durch die US-amerikanische Militärjustiz. Die hatte nach dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher noch 12 weitere Verfahren in Nürnberg durchgeführt, darunter den sogenannten Fall 7, auch Geiselmordprozess genannt, gegen die Südostgeneräle. Die US-Richter hatten Repressalien zwar ausdrücklich als legitim bezeichnet, aber die Tat von Kalavryta als „klaren Mord“ und deshalb auch den verantwortlichen Kommandeur verurteilt.

Weil sich die Legalität von Massenmorden in der Öffentlichkeit nicht so gut macht, bediente sich die Justiz lieber des Verjährungstricks, wie beim Massaker von Distomo. Ihre Erkenntnisse über diese „Sühnemaßnahme“, die am zweiten Jahrestag der Auslöschung von Lidice (und zeitgleich mit dem Massaker von Oradour-sur-Glane) stattfand, fasste die Münchner Staatsanwaltschaft so zusammen: „Zeugen berichten, dass die Deutschen eine Vergeltungsaktion durchgeführt und dabei über 200 Bewohner beiderlei Geschlechts und jugendlichen Alters auf zum Teil grausame Weise getötet haben. Sie hätten schwangeren Frauen den Bauch aufgeschnitten, Säuglinge zerschmettert oder deren Kopf mit Stiefeln eingetreten ... Mehrere Einwohner seien in brennende Häuser geworfen worden und lebendig verbrannt.“ Diese Zeugenaussagen wurden nicht in Zweifel gezogen, aber ein Strafverfahren wurde trotzdem nicht eingeleitet – wegen Verjährung. Und das obwohl der Bundestag die

Verjährungsfrist für Mord mehrfach verlängert und schließlich ganz aufgehoben hat. Doch der Bundesgerichtshof hatte zum Schutz der Nazi-Verbrecher entschieden, dass ihre erst nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches bekanntgewordenen Untaten nur dann nicht verjährt sind, „wenn sicher ist, dass die Verfolgung der Tat während der nationalsozialistischen Herrschaft an einem Eingreifen von hoher Hand gescheitert wäre“. Für den Massenmord in Distomo heißt das konkret, dass die Münchner Staatsanwaltschaft davon überzeugt war, dass die Nazi-Justiz dieses Verbrechen, hätte sie nur davon gewusst, strafrechtlich geahndet hätte. Und dies obwohl – was der Staatsanwaltschaft selbstverständlich bekannt war – ein explizites Strafverfolgungsverbot durch den Oberbefehlshaber der Wehrmacht formuliert worden war: „Kein in der Bandenbekämpfung eingesetzter Deutscher darf wegen seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.“

Die deutsche Justiz zeigt bis heute keine ernsthafte Bereitschaft, die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen zu sühnen. Mit seinem Verjährungsstrick hat der Bundesgerichtshof noch 1995 den in Italien in Abwesenheit verurteilten Massenmörder Wolfgang Lehnigk-Emden außer Verfolgung gesetzt. Und der Versuch der Opfer von Distomo, wenn schon nicht strafrechtliche Genugtuung, so zumindest Entschädigung zu bekommen, ist 1997 und 1998 in zwei Instanzen abgewiesen worden. In solchen Urteilen spiegeln sich das Bemühen deutscher Richter, den

Berliner Dialog - HEFTE

Die Zeitschrift für den christlich-marxistischen Dialog (Europaweit die einzige Zeitschrift, die sich diesem Thema widmet)

Heft 1/2000 (43)

Was ich vom Jahr 2000 erwarte

Dick Boer: Dass es (nicht) einfach so weiter geht -

Judit Hell: Die Perspektiven des Feminismus in Ungarn

Willibald Jacob: Erinnerungen und Erwartungen

Ferenc Lendvai: Perspektiven des Verfassungsoptimismus in Ungarn

Reinhard Mocek: Der Mensch ist immer mehr, als er von sich weiß

Robert Steigerwald: Ein Jubeljahr?

*

Marianne Regensburger: Tendenzwende rückwärts oder wohin geht die Berliner Republik? -

Arno Lange: Die Partei neuen Typus CDU...-

Friedrich-Martin Balzer: EMIL FUCHS: Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober

Jahresabo 30,- DM
Einzelheft 8,- DM

Bestellungen und Abonnement bei:
Gesellschaft zur Förderung des
christlich-marxistischen Dialogs
Limonenstraße 26
12203 Berlin

grundsätzlichen und allumfassenden Unrechtscharakter des NS-Regimes zu leugnen, und ein Zynismus, dessen Konsequenzen Rondholz deutlich macht: „Die Widerstandskämpfer in den besetzten Ländern wurden und werden von der deutschen Justiz kriminalisiert, als ‚Bandenmitglieder‘ und als ‚Seuche‘ diffamiert, die zu ihrer Bekämpfung angewandten ‚Repressalmaßnahmen‘ aber – vieltausendfache Massenmorde an der Zivilbevölkerung, an Frauen, Greisen und Kindern – werden ganz selbstverständlich als Rechtens hingestellt, bis heute, während man die Täter schützt. So sieht der deutsche Dank für den Beitrag der Widerstandsbewegung der besetzten Länder zur Niederringung der Hitlerdiktatur aus, und hier liegt zugleich auch der eigentliche (nicht nur) rechtspolitische Skandal.“

Karl Unger

Faschismus – Rechte Leute von links?

Zeev Sternhell, Mario Sznajder, Maia Asheri, *Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburger Edition, Hamburg 1999, 411 S., 68,- DM*

Zehn Jahre hat es gedauert bis das Buch des israelischen Historikers Zeev Sternhell und seiner Mitarbeiter Mario Sznajder und Maia Asheri über die faschistische Ideologie auf deutsch erscheinen konnte. Nach der Lektüre dieser äußerst spannenden und die deutsche Forschung befruchtenden Studie fragt man sich, warum sich nicht eher ein Verlag für diese Arbeit interessierte? Der zum

Hamburger Institut für Sozialforschung gehörenden Hamburger Edition gebührt also Dank für diese Veröffentlichung, wengleich ihre Motive vielleicht weniger dem Buch, als der inzwischen auch von den Hamburgern favorisierten Totalitarismustheorie geschuldet sind. So wird im Klappentext in nur zu gut bekannter rechts-gleich-links-Manier von den „feindlichen Brüdern“ gesprochen, deren „gemeinsamen theoretischen Kern“ Sternhell herausarbeitet. Nun macht dieser im Buch das genaue Gegenteil, zeigt nämlich, wie die Preisgabe des materialistischen Kerns des Marxismus einige linke Leute nach rechts geführt hat, womit gerade das Verlassen des „gemeinsamen theoretischen Kerns“ (des Marxismus) zur Ausgangsbedingung der faschistischen Ideologie erklärt wird.

Und Ideologie ist es, um die es Sternhell und seinen Mitautoren geht - nicht mehr und nicht weniger; um die Frage also, welche Elemente für die Massenbasis des Faschismus von entscheidender Bedeutung waren. Nicht gesprochen - und dies ist ein großes Manko der Studie - wird von der sozialen Funktion der faschistischen Herrschaft.

In der ausführlichen Einleitung entfaltet Sternhell das Panorama, welches in den einzelnen Kapiteln genauer ausgeführt wird. Die ideologische Seite des Faschismus wird hier als Spezifikum des 20. Jahrhunderts vorgestellt, als „Dritter Weg“ zwischen Liberalismus und Marxismus (13). Die wichtigste Einschränkung seiner Untersuchung, über die sich trefflich streiten läßt und die im spe-

zifischen Blickwinkel Sternhells auf die Ideologie begründet ist, liegt darin, daß er den Faschismus ausdrücklich vom Nationalsozialismus unterscheidet, da er im Rassismus/Antisemitismus den Kern von letzterem sieht. Hier wird das Problem, die soziale Funktion zugunsten der Ideologie zu vernachlässigen offensichtlich. Für die eingegrenzte

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN Den Energiemarkt durch Kooperativen beleben: Heizwerk Siedlerstraße Nbg. · Agrenergie Rodding eG · Windfang eG von und für Frauen
NEUE LEBENSGEMEINSCHAFTEN »Stadt-Land-Fluß e.V.« · »LASS« – eine Gemeinschaft für Ältere **DRESDEN** Modellwertstoffhof »abfallGUT« erteilt dem Abfall eine Abfuhr **PEANUTS COMPANY** Fonds sammelt 1 Mio. DM für selbstorganisiertes Mietshausprojekt »Grether Ost« **VERDEN** biol. Baustoffhandelsbetrieb »Biber« im Ökozentrum

Ein Schnupperabo (3 Monate frei Haus ohne Verlängerung) für 10 DM nur gegen Vorkasse (Schein/Briefmarken/V-Scheck).

BUNTE SEITEN das einzige Adressverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der Alternativ-Medien** im Innenteil. 1.300 Zeitschriftentitel mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-924085-05-6. Bestellungen im Internet oder über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelenen: <http://www.contraste.org>

Fragestellung der Untersuchung ändert das jedoch nichts am Erkenntnisgewinn.

Thema ist also die Entstehung des Faschismus im französisch-italienischen Kulturraum: Der Faschismus wird hier als Ergebnis einer Marxismusrevision zu Beginn des 20. Jahrhunderts gesehen, einer „Revolte gegen den Materialismus“ (16). Sternhell spricht im Zusammenhang mit dem Revisionismusstreit von einer Krise des Marxismus und unterscheidet bei den theoretischen Konsequenzen aus dieser Krise zwischen Ost- und Westeuropa: Während im Osten das Endziel, die Beseitigung des Kapitalismus, nie aus dem Auge verloren wurde, war dies im Westen anders. Hier wurde der Fortbestand von Kapitalismus und bürgerlicher Gesellschaft erwartet, in deren Rahmen es um Verbesserungen zu kämpfen gelte. Eine Minderheit war hier jedoch nicht bereit, das revolutionäre Konzept aufzugeben. Beseitigt wurde von ihnen jedoch die ökonomische Säule der marxistischen Ideologie.

Als wichtigster Theoretiker dieser Umwandlung des Marxismus in eine „Kampfmaschine“ gegen die bürgerliche Demokratie und als Wegbereiter des Faschismus gilt Sternhell Georges Sorel, Sorel, der zu Beginn des Jahrhunderts zum führenden linken Theoretiker des Syndikalismus wurde und eine breite Anhängerschaft um sich sammelte, entleerte den Marxismus seines ursprünglichen Inhalts und füllte ihn gänzlich neu: Die rationalistisch-ökonomische Grundlage des Marxismus wurde zugunsten des Mythos, der Vitalität und des Aktivismus verworfen. Da die ökonomi-

stischen Zusammenbruchserwartungen der II. Internationale sich nicht erfüllten, wurde der Kapitalismus als unhinterfragbare Tatsache genommen, in deren Rahmen sich die gewünschte revolutionäre Veränderung abzuspielen hatte. Wenn sich der Kapitalismus nicht selbst zerstörte, dann mußte über die freie Entfaltung der marktwirtschaftlichen Kräfte der Klassenkampf befördert werden. Sternhell macht im Denken Sorels drei Elemente der späteren faschistischen „Revolution“ aus: die Verankerung der revolutionären Dynamik in der freien Marktwirtschaft, den Mythos als Katalysator des Klassenkampfes (an Stelle der Ökonomie) und die Zerstörung der liberalen Demokratie samt ihrer Werte und Normen.

Der Mythos wird bei Sorel zu einer zentralen Kategorie der Massenmobilisation, und hier besteht ein direkter Anknüpfungspunkt des Faschismus. In einem seiner zentralen Werke „Über die Gewalt“, wird die Funktion des Mythos erläutert. Heldenmythos und Gewalt werden als Erzeuger von Moral und Tugend angesehen, die Geschichte wird nicht länger als Klassenkampf sondern als Kampf gegen die Dekadenz gesehen. Die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus, die Wert- und Mehrwerttheorie werden von Sorel ebenso verworfen wie die Sozialisierung des Eigentums. Der Kapitalismus wird jetzt als Motor des Fortschritts begriffen und darf deshalb nicht beseitigt werden.

Da das Proletariat in den Augen der Sorelianer versagt und seinen Frieden mit der liberalen Gesellschaft ge-

schlossen hatte, mußte an seine Stelle ein anders begründetes revolutionäres Subjekt treten: Die Nation wurde jetzt zur zentralen Kategorie und mit dem Mythos verbunden: „Zwischen Proletariat und Revolution wählten sie die letztere, zwischen einem proletarischen, aber gemäßigten Sozialismus und einem revolutionären, nationalen Sozialismus ohne Proletariat entschieden sie sich für die nationale Revolution.“ (46)

Für Sternhell wird damit die von Sorel ausgehende irrationalistische Revision des Marxismus zum Ausgangspunkt der faschistischen Ideologie: „Die Sorelsche Revolution wollte die Naturrechtstheorie zunichte machen, die Menschenrechte abschaffen, die utilitaristische und materialistische Basis der demokratischen Politik unterminieren, doch sie rührte niemals an das Privateigentum. Während der Begriff des ‚Produzierenden‘ allmählich an die Stelle des ‚Proletariats‘ trat, entwarfen die Sorelianer die revolutionäre Theorie vom ‚Meister‘ und von einem revolutionären Kapitalismus, einem Kapitalismus der Produzierenden gegen die Plutokratie, die Hochfinanz, die Börse, die Groß- und Zwischenhändler und die Geldleute. Diese Theorie basierte auf der freien Marktwirtschaft, dem Wettbewerb, der Nichteinmischung des Staates in ökonomische Belange.“ (118) In dieser Zusammenfassung läßt sich sehr vieles der späteren faschistischen Ideologie wiedererkennen, die die Grundlage des Massenanhanges jenseits des klassenbewußten Proletariats ausmachte.

Zwei weitere Kapitel untersuchen dann die Verbreitung des „revolutio-

nären Revisionismus“ in Frankreich und Italien. Vor allem Italien als erstes Land des Faschismus rückt hier in den Mittelpunkt. Vier Voraussetzungen des revolutionären Syndikalismus werden für Italien benannt: 1. die Nord-Süd-Dichotomie, 2. die Instabilität der sozialistischen Partei (PSI), 3. die relativ junge Einigung des Landes und der Mangel an politischem Zentralismus und 4. die Schwäche der Gewerkschaften. Gerade für Italien läßt sich anhand der Stellung zum Krieg die schrittweise erfolgende Amalgamierung sozialistischer und nationalistischer Ideologiemomente ablesen. Stand die Linke noch 1911 gegen die Intervention Italiens in Lybien, wobei Mussolini einer der Hauptorganisatoren des gescheiterten Generalstreiks war, so ändert sich diese Haltung bis 1914 grundlegend. Die von Intellektuellen wie Arturo Labriola vorangetriebene Verbindung des revolutionären Syndikalismus mit dem Nationalismus führte schließlich zu einer aktiven Unterstützung des Krieges.

Am Beispiel Mussolinis wird der Weg von links nach rechts noch einmal verdeutlicht: Auch bei ihm läßt sich die Verschmelzung von Klassenkampf und Elitetheorie nachzeichnen; an die Stelle des Proletariats rückt die Nation (befördert durch die Erfahrung des Versagens der II. Internationale 1914), und der Kapitalismus wird nicht länger als an seinem Ende angelangt, sondern als entwicklungsfähig angesehen. Laut Sternhell teilten die Sorelianer in Frankreich und Italien die selben Grundsätze: „Es gibt keine Alternative zum Kapitalismus, genausowenig wie zur Regierung durch Eliten. Die

revolutionären Syndikalisten hatten die Demokratie stets verachtet und immer die Fähigkeit der Menschen bezweifelt, sich selbst zu regieren.“ (274)

Sternhells Studie ist eine wichtige Ergänzung zur bisherigen Faschismusforschung, weil hier die Attraktivität einer Ideologie verdeutlicht wird, die an zentrale Punkte des damaligen Massenbewußtseins anknüpfte und Sozialismus und Nationalismus scheinbar miteinander verband. Auch daß es sich dabei in Wahrheit um eine völlige Preisgabe aller sozialistischen Inhalte handelt, macht Sternhell deutlich. Da sich die rechten Leute von links auch heute noch finden lassen, müßte der von Sternhell vorgeführte Mechanismus der Entrationalisierung immer noch wirken.

Trotz dieser insgesamt positiven Sicht gibt es einige gravierende Kritikpunkte: So liegt ein generelles Problem in der rein ideologieimmanenten Sichtweise. Von hier aus, unter Auslassung der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen, wird es nur schwer verständlich, warum eine so ausgerichtete Bewegung in Italien und in dessen Folge in zahlreichen europäischen Ländern zur Macht gelangen konnte. Zwar wird die Bourgeoisie als Förderer und Nutznießer des Faschismus benannt, aber da die soziale Funktion des Faschismus an der Macht nicht mehr thematisiert wird, bleibt dieser Aspekt weitgehend im Dunkeln. Darüber hinaus und noch gravierender ist die völlige Vernachlässigung der konservativen Wurzeln der faschistischen Ideologie. Elitentheorie,

integraler Nationalismus, Sozialdarwinismus, Rassismus und Antiegalitarismus sind geradezu klassische konservative Ideologiemomente. Dieser Strang des Faschismus, der seinen späteren Aufstieg zur Macht aufgrund der strukturellen Nähe zur herrschenden Klasse sehr viel besser verdeutlichen könnte, bleibt leider völlig außerhalb des Blickfeldes.

Auf jeden Fall zuzustimmen ist Sternhells abschließendem Diktum gegen die Gefahren des Irrationalismus: „Wenn der Antirationalismus zu einem politischen Werkzeug wird, zu einem Mittel für die Mobilisierung der Massen und zu einer Waffe gegen den Liberalismus, den Marxismus und die Demokratie, wenn er mit einem starken Kulturpessimismus, einem ausgeprägten Kult der Gewalt und der aktivistischen Eliten einhergeht, dann führt er zwangsläufig zu faschistischem Denken.“ (317f.)

Gerd Wiegel

Destruktion der Rudolf Heß-Legende

Kurt Pätzold/ Manfred Weißbecker, Rudolf Heß. *Der Mann an Hitlers Seite. Mit Beiträgen von Ted Harrison (Großbritannien), Peter A. Schupljak (Belorussland) und Robert G. Waite (USA).* Militzke Verlag, Leipzig 1999, 544 S., 58.- DM

Nach der Hitlerbiographie von 1995 und den „Stufen zum Galgen“ von 1996 legten die beiden Faschismusforscher aus der DDR 1999 eine Biographie von Rudolf Heß (1894-1987) vor. Da die „Stufen zum Galgen“ die in Nürnberg gehenkten Ver-

brecher porträtierten, war der zu lebenslanger Haft verurteilte Heß dort nicht vertreten. Die Verfasser legen auch in diesem Buch das Schwergewicht auf die Lebensphase von Heß, die ihn vor das Kriegsverbrechertribunal führte, also auf die Zeit vor dem 10. Mai 1941, an dem er ohne Wissen seines „Führers“ nach England flog, um dieses vor dem Überfall auf die Sowjetunion zur Kapitulation zu bewegen. Sie destruieren die Zwecklegende von Heß als dem sich aufopfernden Friedenssucher, der schuldlos scheiterte und litt und wenden sich dagegen, die Spandauer Gefängniszeit zum Mittelpunkt dieses Lebens zu erheben.

Die m. E. bedeutendste Arbeit der beiden Autoren, ihre „Geschichte der NSDAP“, die 1981 und in einer Neubearbeitung 1998 erschienen ist, bildet in gewisser Weise den stets gegenwärtigen kontrastierenden Hintergrund für die Biographien, für Heß sogar in besonderer Weise, weil er als Stellvertreter Hitlers gerade für die NSDAP-Parteiorganisation zuständig war.

Heß war unter den Naziführern von bemerkenswerter Blässe. Als Sekretär Hitlers half er diesem 1924 in der gemeinsamen Landsberger Haft, „Mein Kampf“ zu verfassen. 1933 zum „Stellvertreter des Führers“ erhoben und 1939 nach Göring gar als zweiter Hitler-Nachfolger öffentlich benannt, blieb er der willfährig funktionierende Schatten Hitlers, diesem hörig und ohne erkennbare Selbständigkeit. Warum also eine Biographie ausgerechnet über Heß?

Pätzold und Weißbecker nennen drei Faktoren, warum gerade Heß heutigen

Faschisten als Idol zu dienen vermag: Er verbrachte 46 Jahre seines Lebens in Gefangenschaft, das läßt ihn als Märtyrer erscheinen. Er schied ab Mai 1941 aus der Politik aus, also zu einem Zeitpunkt, als der Aggressionskrieg bereits eineinhalb Jahre geführt wurde, die Vernichtungspolitik sich aber noch in einem frühen Stadium befand und es erscheinen könnte, als wäre er unbeteiligt geblieben. Drittens hat Heß weder die Verbrechen der Nazis noch seine eigene Rolle je kritisch reflektiert, sondern in Nürnberg verkündet: „Ich bereue nichts“. Kein anderer Politiker der zweiten Reihe hinter Hitler, so die Autoren, bietet so viele Möglichkeit der Verklärung wie Heß: „Einer Betrachtung, die sich ihrer Maßstäbe nicht versichert, mag er als Mann von außerordentlichen Tugenden gelten: mit dem Mut zum Risiko, von charakterfester Treue, mit der Fähigkeit ausgestattet, klaglos zu leiden – mit Eigenschaften und Haltungen, die vorzugsweise noch immer von Männern als wertvoll und eben als männlich gewertet werden.“(9). Heß und seine Gefangenschaft scheinen als Integrationsfaktor „für die zerstrittenen Strömungen der extremen Rechten dienlich zu sein.“ (360)

Das Idol ist jedoch „ein Produkt der Unwissenheit und nicht so selten auch der verhärteten Verweigerung gegenüber den Tatsachen, die sich mit seinem Wirken in der deutschfaschistischen Bewegung (1920-1932) und deren Untaten an der Macht (1933-1941) verbinden.“ (9) Seine Verfechter wissen in der Regel wenig oder nichts von der Tätigkeit ihres Helden. Die meisten Publikationen über Heß stammen aus seinem Familienkreis. Die wenigen wissen-

schaftlichen Arbeiten über ihn werden im Buch am Rande kritisch besprochen.

Pätzold und Weißbecker schildern den Werdegang von Heß, seine Entdeckung des „Führers“, dem er dann als „Privatsekretär“ im Landsberger Gefängnis diene, seinen Aufstieg zum „Führer-Stellvertreter“ und seine Aufgaben und Tätigkeiten in dieser Stellung. Sie erschlossen die geheimen Reden des „Stellvertreters“ auf den Nürnberger NSDAP-Parteitag als eine instruktive Quelle für die Biographie und für den Umgang der NSDAP mit den sozialen Problemen der faschistischen Diktatur. Heß war in der Tat immer der treue Gefolgsmann Hitlers, willfährig funktionierte er als dessen Schatten, zugleich als der intensivste Einpeitscher des Führerkultes. Seine Aufgabe war die innenpolitische Sicherung der Diktatur. Heß gehört zu den unmittelbar verantwortlichen Schreibtischtätern, als „Parteiminister“ war er wesentlich an allen Akten der Naziregierung beteiligt, er ist mitverantwortlich für alle Verbrechen des terroristischen Regimes gegen deutsche Staatsbürger wie gegen jene der bis Mai 1941 überfallenen und besetzten Länder, persönlich z.B. für die Entrechtung der Juden durch die Nürnberger Gesetze wie der Juden und Polen durch das am 1.1.1942 offiziell eingeführte Sonderstrafrecht.

Wie andere Biographen vor ihnen, versuchen auch Pätzold und Weißbecker die Ungereimtheiten des Heß-Fluges psychologisch erklären. Sie vermuten in seiner Verweigerung gegenüber den Tatsachen der Realität etwas „Rätselhaftes, das sich gegen

Methoden und Mittel geschichtswissenschaftlicher Analyse sperrt und auf die Felder von Psychologie und Medizin verweist“. (274) Ihnen scheint Heß' gewandeltes Verhalten seit Herbst 1940 ohne eine „Veränderung seiner Persönlichkeitsstruktur ... nicht erklärbar“ (275) Den Briten einen Vertrag als verhüllte Kapitulationsforderung diktieren zu können, hätte nur Realitätsgehalt gehabt, wenn die Wehrmacht vor Downingstreet 10 gestanden hätte. Heß malte die Kriegsaussichten Großbritanniens in den düstersten Farben, drohte mit weiterer Barbarisierung des Luftkrieges und dem Aushungern der Bevölkerung. Zur Rettung schlug er den Briten vor, Deutschland in Europa freie Hand zu lassen. Deutschland würde dafür Großbritannien als außereuropäische Weltmacht respektieren und absichern. Vorbedingung sei allerdings eine Rückgabe der deutschen Kolonien und – der Sturz der Regierung Churchill.

Heß war bis dahin durch völlige Hitlerhörigkeit aufgefallen. Er hielt Hitler für ein Genie, das weiter schaute als alle seine Mitkämpfer. Wie konnte gerade er sich erdreisten, seinem „Führer“ ins Handwerk zu pfuschen? „Ohne die Vorstellung, daß sich in Heß' Kopf eine zur fixen Idee gewordene Fehlkalkulation mit wirren Wünschen vermischt, ist nicht auszukommen. Dem Versuch, das ‚Geheimnis‘ vollends zu lüften, bleiben Grenzen gesetzt. Es wird sich nicht einmal sagen lassen, Heß hätte es mit ins Grab genommen. Denn es erscheint zweifelhaft, daß er selbst während aller folgenden Jahrzehnte seines langen Lebens je imstande war, seine Handlung und deren An-

triebe kritisch zu analysieren. Dafür spricht nicht zuletzt, daß er darauf beharrte, der ‚Führer‘ würde eines Tages doch gutgeheißen haben, was er – Heß – unternommen habe.“ (279/80)

Hitler ließ nach Heß' Flug öffentlich verlauten, dessen Entschluß sei einer geistigen Erkrankung entsprungen.

Pünktlich zum heißen Herbst:

10/00

ami

●*Rechtsextremismus in Ostdeutschland ●*Australiens Mechtsrekorde ●*Bundeswehr übernimmt schleichend Polizeiaufgaben ●*Hanau: Proliferation im Namen des Umweltschutzes ●*Europäischer Marineschiffbau: Subventionssumpf ohne Konzept ●*HDW: Weltmarktführer bei konventionellen U-Booten uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: ++30 25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
http://www.antimilitarismus-information.de

Niemand wurde der Mitwisserschaft des unerhörten Schrittes verdächtigt, der Vorwurf des Verrats am „Führer“ wurde streng vermieden. Nun geben die Autoren aufgrund aller zugänglichen Quellen auf die Frage, ob Heß in der Tat psychisch krank war, eine unzweideutige Antwort: Im klinischen Sinne nein. Er war nicht großwahn sinniger als andere Naziführer. Aber Heß hatte die Neubewertung der Kriegssituation nach der Absage einer Landung in Großbritannien vom Spätsommer 1940 nicht einmal in Ansätzen mitvollzogen. Im eigenen Interesse hielt er während der Spandauer Jahrzehnte an seiner Legende vom abgewiesenen Friedensboten fest. Entgegen der bis heute von Historikern vertretenen Version vom heimlichen Komplott mit Hitler hat Heß niemals ein vereinbartes und geheimgehaltenes Einverständnis auch nur angedeutet. Auf die Frage von Lordkanzler John Simon nach Hitlers Wissen von dem Flug antwortete er unmißverständlich: „without his knowledge“.

Wie Hitler und die NSDAP schließlich verfuhr, um Heß' Namen allmählich aus Institutionen und Organisationen des Staates und der NSDAP zu tilgen, ihn schließlich aus der Mitgliedsliste der Partei zu streichen, ist ein instruktives Kapitel, dessen Daten wenig bekannt sind. Erst auf der Nürnberger Anklagebank kehrte Heß in die Naziführung zurück. Er blieb in Nürnberg der große Schweiger, auch nachdem er öffentlich die Simulation seines Gedächtnisschwundes bekannt und aufgegeben hatte. Über seine selbstgewählten Rollen vor Gericht und über die Taktik seines Verteidigers Seidl

informiert die Biographie ausführlich. Seidl stilisierte seinen Mandanten zum „Friedensboten“ und so nahm diese Legende ihren Ausgangspunkt vom Nürnberger Gerichtssaal, obwohl Ankläger wie Richter ihr nicht folgten.

Heß entging dem Todesurteil, weil die Richter seine Beteiligung an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität nicht für so sicher gegeben hielten, daß ein Schuldspruch auch auf diese Anklagepunkte (3 und 4) gegründet werden könne. Heß kam zugute, daß der Aktenbestand seines Amtes zu großen Teilen verloren gegangen war. „Mehr noch aber profitierte er von dem Grundsatz des Gerichts, wonach Verbrechen, die ‚Deutsche gegen Deutsche‘ begangen hatten, außerhalb der Bewertung und bei der Strafzumessung ganz unberücksichtigt blieben“. (309) Die Autoren informieren über die Standpunkte der Richter bei der Bestimmung des Strafmaßes für Heß und analysieren die Urteilsbegründung: „Es genügt die Rolle von Heß mit der von Julius Streicher zu vergleichen, der als Propagandist und Publizist der bertichtigste unter allen ideologischen Wegbereitern des Massenmords an den europäischen Juden gewesen war, aber keinen direkten Einfluß auf Gesetze und Weisungen besessen hatte, um die Inkonsequenz der Urteilsbegründung zu erkennen.“(325)

Nach dem Urteil von Nürnberg sah Heß sich als legitimer Nachfolger von Hitler und war fest davon überzeugt, der neue „Führer“ Deutschlands zu werden. Augenscheinlich betrachtete er den Nürnberger Prozeß

„lediglich als eine Art Public-Relation-Übung, die nur von kurzer Dauer sein könne.“ (329), denn für eine zweite Karriere formulierte er bereits Verordnungen, Direktiven, Aufrufe und Reden. Seine Mitgefangenen Speer und Funk hielten solche beharrliche Verdrängung der Realität für einen „Aberwitz“. Entgegen allen Legenden über die „nicht zu beschreibende Leidenszeit“ von Heß in Spandau berichten die Autoren über die wirklichen Bedingungen und beschreiben die Initiatoren und die Funktionen der nicht wenigen Bemühungen um eine vorzeitige Entlassung. Während Heß von 1947 bis 1987 in Spandau einsaß, davon die letzten 20 Jahre als einziger Häftling des alliierten Kriegsverbrechergefängnisses, ging es den meisten dieser Initiatoren immer weniger um ihn. Seine Lebensumstände und seine Denk- und Verhaltensweisen wurden politisch in Dienst genommen, hinter dieser politischen Instrumentierung verschwand Heß' Mitverantwortung für Faschismus und Krieg zusehends. Gerade diese Verantwortung anhand seiner Taten unzweifelhaft nachgewiesen und überzeugend in den Mittelpunkt dieser Lebensbeschreibung gerückt zu haben, bleibt das Verdienst der Autoren.

Als Anhang sind dem Buch zwei disparate Teile beigegeben. Die Veröffentlichungen des Sohnes und der Ehefrau von Rudolf Heß bieten ein Gatten- bzw. Vaterbild an, das sich nahtlos in die Legende des Mannes von außerordentlichen Tugenden einfügt. Die Autoren haben daher 22 meist schwer zugängliche, politische bzw. persönliche Dokumente von Heß bzw. über ihn in den Anhang

aufgenommen, die deutlicher als jeder Kommentar veranschaulichen, wes Geistes Kind er war. Unter den Dokumenten sind Heß' Aufsatz von 1922 für ein Preisausschreiben: „Wie wird der Mann beschaffen sein, der Deutschland wieder zur Höhe führt?“, das englische Stenogramm der Unterredung von Lordkanzler John Simon und Ivone Kirkpatrick mit Heß am 9. Juni 1941 und der Entwurf einer Presseerklärung vom Herbst 1946 für den damals von Heß angenommenen Fall des Antritts der „Führer-Nachfolge“ besonders instruktiv.

Der englische Historiker Ted Harrison, sein weißrussische Kollege Piotr A. Schupljak und Robert G. Waite vom Office for Special Investigations des US-Departments of Justice verfassten jeweils einen Exkurs über die Reaktionen auf den Englandflug von Heß in ihren Ländern. Von diesen allesamt aufschlußreichen Beigaben birgt der Aufsatz von Ted Harrison geradezu umwerfende Entdeckungen. Gestützt auf bisher unbekannte Akten des britischen Innenministeriums und des Schweizer Außenministeriums rekonstruiert Harrison penibel die Geheimdienstvorgeschichte des Kontaktversuches von Heß über Haushofer jun. zu dem erhofften Gastgeber Lord Hamilton sowie die hochgradige Ratlosigkeit des Umgangs der Briten mit ihrem Gefangenen. Das Schweigen Großbritanniens über Heß verärgerte nicht nur ihre Alliierten, sondern führte auch innerhalb der britischen Regierung zu Missverständnissen, so dass Harrison bilanziert: „Der stümperhafte Umgang mit dem Fall Heß war natürlich auf die vielen anderen

wichtigen Entscheidungen, welche Zeit und Energie des Kabinetts in Anspruch nahmen, zurückzuführen. Der Krieg im Atlantik und im Mittelmeer hörte nun einmal nicht einfach auf, als sich der ‚Stellvertreter des Führers‘ entschlossen hatte, seinen unangemeldeten Besuch abzustatten. Churchill wurde vom Auswärtigen Amt – dessen vornehme Tradition der Zurückhaltung durch die britische bürokratische Überzeugung verstärkt wurde, Schweigen sei eine Art von Macht – schlecht beraten. Die Hauptfiguren, welche die britische Politik im Fall Heß prägten, waren Eden und insbesondere Cado-gan. Engstirnig entwickelten sie eine unkluge Politik des Schweigens, die nicht nur der britischen Öffentlichkeit Verachtung bekundete, sondern auch diverse Gelegenheiten zur Propaganda in Europa verpasste. Das Propagandageschenk, das Heß den Briten spontan überreichte, wurde zur internationalen Beziehungskatastrophe. Und nicht zuletzt wurden die Missverständnisse, die über Heß zwischen den Briten und Sowjets entstanden, zu einem Katalysator für den Kalten Krieg.“ (391/92)

Werner Röhr

Wider die Verfälschung deutscher Geschichte

Günter Judick/Hans-Joachim Krusch (Hg.), *Wider die Verfälschung der deutschen Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR, Neue Impulse Verlag, Essen, 1999, 174 Seiten, 19,80 DM*

Mehr denn je versuchen die Herrschenden der BRD, das Geschichtsbewußtsein der Menschen durch Mythen zu instrumentalisieren. Solche Irreführungen und Weglassungen sollen die Staatsbürger von realer Interessenkenntnis und -wahrnehmung ablenken, die gegenwärtigen Machtverhältnisse stabilisieren und europäische Hegemonieansprüche untermauern. Insofern war es dringend geboten, daß der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS, die Geschichtskommission der DKP und die Marx-Engels-Stiftung zwei gemeinsame Tagungen durchführten, um fundierte Erkenntnisse über jüngere historische Abläufe zu erarbeiten und zu vermitteln. „Wider die gegenwärtige Verfälschung des antifaschistischen Widerstandes 1933-1945“ war die Thematik der einen Beratung, der 50. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR die der anderen. Diese Problemkomplexe hängen zusammen (7).

Kurt Finker hält unter dem Titel „Antifaschistischer Widerstand: Kriterien, Spektrum, Gewichte“ fest: „Die Geschichte des Widerstandskampfes gehörte zu den unmittelbaren Traditionen, auf denen die DDR beruhte.“ Die Ausrottung des Faschismus mit seinen Wurzeln und die Erziehung des Volkes im Geiste des Antifaschismus besaßen konstitutive Bedeutung. Zur BRD stellten auch westliche Historiker fest, daß man den frühen Widerstand der aus der Arbeiterbewegung kommenden Kräfte verdrängte oder vergaß, den späten des 20. Juli 1944 jedoch zur Kenntnis nahm (11).

Der antifaschistische Grundkonsens bis 1945 war nicht einheitlich und in isolierten Gruppen zersplittert. Nach einer kurzen Phase antifaschistischer Gemeinsamkeiten nach 1945 erfolgte eine systembedingte „Aufspaltung des Widerstandsthemas“. In der DDR dominierte zwar zunächst der Konsens; er zerbrach jedoch auch hier (22ff). „Ein gespaltener Antifaschismus“ entwickelte sich: einerseits blieb er „ehrliche Überzeugung“ und integrativer Faktor, andererseits „wurde er von der SED-Politbürokratie zur Legitimierung ihrer eigenen autoritären Herrschaft mißbraucht“ (29). Faschistisch belastete Personen verloren ihren Arbeitsplatz: 80 % der Lehrer, 85 % der Richter und Staatsanwälte. In der BRD dagegen gelang es ehemals aktiven Nazis, oft sogar Kriegsverbrechern, in staatlichen Spitzenpositionen wesentlichen Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf das Geschichtsbild zu nehmen. Die 1992 eingesetzte Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ diente dazu, „politische Vorgaben historisch zu begründen“. Die von oben massiv empfohlene „Delegitimierung des SED-Regimes“ brachte eine „Legitimationsgeschichtsschreibung“ hervor, mit der man der DDR zugleich „verordneten Antifaschismus“ unterstellte (15). Während in der DDR „gründliche Aufklärung über Hintergründe und Wesen des Faschismus“ erfolgte (18ff), dominierte in der Alt-BRD der „Anti-Antifaschismus“, jedoch bei starken Gegenkräften.

Ebenso überzeugend präsentiert Kurt Pätzold das Thema „Faschismustheorie und ihre Bedeutung für die antifa-

schistische Orientierung“. Der Autor geht von der geistigen und praktischen „Hilflosigkeit“ offizieller Politik hinsichtlich „Rechtsextremismus“ aus, deren Dilemma in der Weigerung liege, das auszusprechen, was ist (31). Ein Flügel des Rechtsextremismus verdiene nur die Bezeichnung „Faschisten“ – ohne „Neo“! Alle spontanen und geplanten Gewaltaktionen seien nachweisbar auf „Fremde“ gerichtet, nicht „Gewaltaktionen an sich“ oder „Einzelerscheinungen“, wie eine bagatellisierende Betrachtung unterstellt.

Ob angesichts historischer Erfahrungen und bekannter aktueller Gefahren „Daueralarm“ oder wegen relativ geringer Quantität „Entwarnung“ zu geben sei? Trotz Differenzen und Ähnlichkeiten bestehe ein „grundlegender Unterschied zur Weimarer Republik“ (37/38), weil die heutigen „Parteien der Mitte“ eine „Wohlfühlgesellschaft“ schufen, während sie nach 1930 in der Weltwirtschaftskrise rapider Wählerschwund kennzeichnete. Das Nein zur „Entwarnung“ begründet Pätzold erstens mit dem in der Gesellschaft wirkenden Potential an rassistischem, nationalistischem und Gewalttätigkeit akzeptierendem Denken und Verhalten; zweitens mit möglicher Bewegung im reaktionären Denken unter veränderten Bedingungen mit neuem politischem Gewicht; drittens mit dem Geschichtsverständnis: „Die deutsche Geschichte ist gravierend anders verlaufen als die aller anderen Staaten Europas“ (41). Attacken gegen „ewige Sühnekampagnen“ und geforderter „Ehrenschatz für ehemalige und gegenwärtige deutsche Soldaten“ enthüllten dies ebenso wie die

das Geschichtsbild prägende Akzeptanz der Memoiren von Hitlers militärischen Helfern. Schließlich würde „imperialistischer „Expansionismus als Normalfall“ erkannt (48). Besonders die „Interessen des Kapitals“ seien wichtig (44).

Der Rückgriff auf die Dimitroff-Definition des Faschismus genüge nicht; wesentlich seien marxistische Analysen über Faschismus vor der Machteroberung. Pätzold erörtert, was dem rechtsextremistischen „Kampf um die Straße“ entgegenzusetzen sei. Ob Gegendemos ein geschichtliches Muster verabsolutierten? Ob man besser von zuständigen Ministern und Verwaltungsgerichten Rechenschaft einfordern und Einsatz wirksamer Mittel verlangen sollte? Die politische Aktion entscheide, nicht akademischer Streit über den Charakter unserer Gesellschaft (48f).

Ulrich Schneider diskutiert „Widerstand in den KZ und Haftstätten 1933-1945“. Hinsichtlich des Widerstandsverständnisses verweist er auf ein „Drei-Stufen-Modell“: Lebenswichtige persönliche Hilfe; illegale Organisation; offene Revolte (53ff). Die „ideologischen Konfliktlinien“ bei der Abwicklung der KZ-Gedenkstätten nach dem Ende der DDR faßt Schneider in drei Komplexen zusammen: Erstens den Widerstand zu verdrängen oder zu denunzieren; zweitens den Widerstand abzustreiten (möglich, weil er konspirativ war und deshalb von manchen nicht wahrgenommen wurde) und drittens seine Verneinung, weil er die legitimatorische Basis für die Politik nach 1945 bildete (58ff). Am „Streitpunkt Buchenwald“ bündelten sich die

Konfliktlinien: Buchenwald als „Gründungsmythos der DDR“; Akzeptanz oder Verneinung der Selbstbefreiung; schließlich die Rolle der „roten Kapos“ (61ff). Der Autor resümiert: insgesamt gehe es den Kritikern um die Delegitimierung der DDR und der antifaschistischen Orientierung (68f).

Den „Umgang mit antifaschistischen Mahn- und Gedenkstätten in heutiger Zeit“ schildert Hans Maur mit vielen Einzelbeispielen.

Umfassend untersucht Werner Röhr „Die Logik von München. Aspekte einer ‚friedlichen‘ Aggression des deutschen Imperialismus“. Bekannt ist, daß dieses „Diktat“ ein Akt zur Kriegsvorbereitung war, weniger bekannt sind die von Historiographie und Politik verschwiegenen Terrorakte der faschistischen Sudetendeutschen Partei (SdP) gegen Institutionen der CSR und deutsche Antifaschisten vor und während des NS-Einmarsches in die Randgebiete der bürgerlich-parlamentarisch verfaßten CSR. Die im Potsdamer Abkommen fixierte Aussiedlung war die Reaktion. Die SdP wirkte als „Trojanisches Pferd“ für Hitlers „Fall Grün“, der die Zerschlagung der CSR vorsah (93). Erstmals in der Kriegsgeschichte ergänzte die psychologische Kriegsführung die militärische (92): die vom NS-Regime entfachte Hysterie ließ die deutsche Aggression als Reaktion auf einen „innerstaatlichen Konflikt“ erscheinen. Real verdoppelte die SdP ihre Basis vom März 1938 nach dem Anschluß Österreichs auf 1,3 Millionen Mitglieder, was 40,6 Prozent der CSR-Staatsbürger deutscher Nationalität entsprach. Dementsprechend

verschärfte sie ihre Provokationen gegen die CSR-Regierung. Das „jahrelange Massenelend der Arbeiter“, das vorwiegend der Wirtschaftsstruktur in den von Deutschen besiedelten Gebieten geschuldet war, diene der Aufputschung. Die Propaganda Hitlers und der SdP gab dies als „nationales Problem“ aus (96f). Den bewaffneten Aufstandsversuch zerschlug die CSR. Mit der SdP-Führung flohen Zehntausende; die SdP wurde verboten. Die Gründung des „Freikorps“ folgte (101ff). Von Deutschland her verübte es Überfälle mit Mord und Raub. Auf Hitler vereidigt beging man Landes- und Hochverrat. 35.000 Mann waren rekrutiert! Nach der Kapitulation der CSR infolge des Münchner Diktats und vor dem Einmarsch von NS-Truppen verschärfte das Freikorps seine Terrorakte. Mit der Mobilmachung beendeten die CSR-Organe diese Terrorherrschaft. Die Freischärler der SdP ermordeten 110 Tschechen und deutsche Antifaschisten und verschleppten 2029 Bürger der CSR nach Deutschland.

Röhr kritisiert einleitend und am Schluß die Politik der CDU-Regierung, die zwar in der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1996 die deutsche Schuld an der Zerschlagung der CSR und deren Folgen nach 1945 benannte, die Rolle der SdP und ihres Freikorps jedoch ausblendete. Heute erhebt die Sudetendeutsche Landsmannschaft die Forderung, „alle Kriegsfolgen zu revidieren, unter denen die Angehörigen der Kriegsurheber gelitten haben“ (114).

Günter Judick referiert z.T. wenig bekannte Einzel-Fakten „Zur Entste-

hung und zum Charakter der (Alt-)BRD“. 1. Bruch der Abkommen von Jalta und Potsdam durch die westlichen Besatzungsmächte und der Kalte Krieg als Geburtshelfer der BRD. 2. Die Rolle der deutschen Politiker bei der westdeutschen Staatsgründung und damit bei der Spaltung. 3. Die Kommunisten und das Grundgesetz. Der Klassencharakter der BRD, ihre Rolle in der Anfangsphase des Kalten Krieges. 4. Was legitimiert die BRD im Bewußtsein der Mehrheit der Bürger – wo entstand Widerstand. Er vermittelt auch denen wertvolle Anregungen für die Argumentation, die diese Problematik kennen.

Ekkehard Lieberam legt in „Grundgesetz und Wirklichkeit“ überzeugend und reich an detaillierter Beweisführung die Grundlagen der verfassungsrechtlichen Verhältnisse dar und zeigt die drei Konsenspunkte bei der Erarbeitung des Grundgesetzes auf: seine Offenheit für prinzipiell verschiedene Wirtschaftsformen; die Sozialpflichtigkeit des Eigentums bei parlamentarischer Demokratie; das Verbot der Kriegsvorbereitung (129f). 50 Jahre danach existierten divergierende Interpretationen und Realisierungen. Linke Verfassungspolitik müsse „die Kluft zwischen Grundgesetz und gesellschaftlicher Wirklichkeit“ vermindern (132f), wobei „Kampfbedingungen und Realisierungschancen abhängig von den konkreten Problemen und Feldern der Politik recht unterschiedlich sind“. Er analysiert einige Beispiele dafür.

Harri Czepuk, der als Bonner ND-Korrespondent auch über Insider-

Kenntnisse verfügt (vgl. 148, Info von SU-Botschafter Smirnov an W. Ulbricht), behandelt kenntnisreich „Die westdeutschen ‚Wiedervereinigungs‘-Pläne und ihre Verwirklichung nach 1989“. Er belegt „eigene Gesetzmäßigkeiten“ in der für Außenstehende verwirrenden Abfolge geschichtlicher Hergänge (139ff). Die Wechselwirkung sowjetischer und westlicher Maßnahmen macht Czepuk transparent, ebenso die Bestrebungen der Nato-Staaten, die UdSSR „totzurlusten“ (144). Mit der „Politik der Stärke“ sollte der SU die „Kriegsbeute“ abgejagt werden. Das Grundgesetz von 1949 sei ein völlig anderes als das von 1989, was auch die Frage der „Selbstbestimmung“ der Deutschen aufwerfe (145). Czepuk erklärt die Widersprüche in der Bonner Wiedervereinigungspolitik (149ff) und problematisiert die Aufarbeitung der deutschen Geschichte in Ost und West.

Heinz Karl analysiert die bewegende Frage „Die DDR – sozialistische Alternative oder Sackgasse?“ Er präsentiert viele Beispiele – selbst einige der diese Realität beklagenden Eppelmann-Kommission – nach denen „das Ideal einer egalitären Gesellschaft tief verwurzelt“ sei: bei vielen und heute noch (155ff). Die „Langzeitwirkung“ tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen nach der „völligen Entmachtung des Kapitals“ nach 1945 und dessen Wertvorstellungen bereiteten denen große Sorge, die das kapitalistische System perspektivisch zu stabilisieren trachteten. Karl setzt sich mit der unwissenschaftlichen Totalitarismuskonzeption auseinander (158f) und vor allem mit der Unterstellung, das System der

DDR sei Sowjetimport gewesen, nicht jedoch legitimes Erbe der deutschen Arbeiterbewegung (159). Dabei zitiert er Programme der SPD samt Prager Manifest von 1934. „Die ‚Partei neuen Typs‘ und stalinistische Vulgarisierungen hätten ‚Fehlentwicklungen‘ mit sich gebracht und in die Sackgasse geführt – obwohl „die Spuren ihres Wirkens als sozialistische Alternative im Bewußtsein“ vieler lebendig blieben.

Hans-Joachim Krusch, der Sprecher des Marxistischen Arbeitskreises, präsentiert „Positionen, methodisches Herangehen, Fragen an Geschichte und Gegenwart“ des parteiübergreifenden Marxistischen Arbeitskreises. Vielseitigen Widerstand gegen vielfältige Folgen der kapitalistischen Restauration zu leisten, der marxistischen Tradition in Theorie und Praxis verpflichtet sowie auf eine breite antifaschistische, antimilitaristische und soziale Bewegung hinwirkend, um eine „demokratische Wende“ in der BRD herbeizuführen (163f) war das Ziel der bislang 14 gesamtdeutschen Konferenzen der einleitend genannten Träger. Deren Thematik und Methodik stellt Krusch aussagekräftig vor. Die Verpflichtung, „der deutschen Großbourgeoisie den Spiegel ihrer eigenen Geschichte vorzuhalten, die auch in der 2. Hälfte dieses Jahrhunderts in vielem Kontinuität aufweist, zumal wenn es sich um Eigentumsfragen, um Profit und Macht handelt“, werde weitergeführt.

Lorenz Knorr

DDR - gedenkt ihrer mit Nachsicht

Günter Benser, *DDR - gedenkt ihrer mit Nachsicht*, Karl Dietz Verlag, Berlin 2000, 479 Seiten, 39,80 DM

Zehn Jahre ‚Tag der Einheit‘, für wahr, Anlaß zum Gedenken, mehr aber zum Nachdenken. Denn auch nach einem Jahrzehnt der Wiedervereinigung gibt es die von Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ in den neuen Bundesländern nicht. Und noch lange ist nicht erreicht, was Willy Brandt vor 10 Jahren so formulierte: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört“. Die Wiedervereinigung erwies sich in Wirklichkeit als Erweiterung der alten BRD auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Nach „Der Spiegel“ (2.10.2000) befinden sich im Augenblick „rund 85 Prozent der von der Treuhänd privatisierten Betriebe ... im Besitz Westdeutscher, 10 Prozent in den Händen von Ausländern, 5 Prozent in den von Ostdeutschen“.

Da wundert es nicht, wenn heute die offizielle Sichtweise auf die Zeit der Wende nach dem Strickmuster der „Sieger“ erfolgt. Zu Recht stellt Günter Benser in seinem Buch fest: „Das Interesse an der Deutschen Demokratischen Republik fünf Jahrzehnte nach ihrer Gründung ist keineswegs erloschen. Es läuft jedoch Gefahr, vom herrschenden Zeitgeist fehlgeleitet zu werden. Denn DDR-Geschichte wird oft nur noch als negative Kontrastfolie benutzt, auf der das Ausreifen der Bundesrepublik Deutschland um so heller und schöner erstrahlt“ (10). Und in der Tat, die wirklichen Abläufe der Geschichte bleiben oft auf der Strecke.

Allerdings geschieht dies nicht in „DDR - gedenkt ihrer mit Nachsicht“. Hier wird die Geschichte auf der Grundlage der realen Ereignisse und Zusammenhänge „und nicht nur (aber auch) in ihren Verkrümmungen und Freveln“ (ebd.) dargestellt. Das geschieht auf dem Hintergrund von eigenem Erleben des Autors und persönlicher Sichtweise. Benser hat, wie er schreibt, „DDR-Geschichte dreifach erfahren. Ich habe sie als Zeitgenosse miterlebt und zu einem gewissen Grade mit gestaltet und mit zu verantworten. Ich habe als Historiker, der seit Mitte der fünfziger Jahre mit Zeitgeschichte befaßt war, mit Engagement und Parteilichkeit an der DDR-Geschichte mitgeschrieben. Schließlich bin ich heute dabei, mit dem Abstand, den das Wendejahr 1989/1990 und die Folgezeit gebracht hat, auf neue Weise um Klarheit zu ringen“ (ebd.). Dabei werden frühere Ansichten an neu gewonnenen Einsichten kritisch gemessen.

Dieser dreifache Bezug findet in der Gestaltung des Buches seinen Niederschlag. Die Darstellung des geschichtlichen Ablaufes wird durch Schilderungen persönlicher Erlebnisse ergänzt - teils als Wiedergabe von Aufzeichnungen aus dem Tagebuch des Verfassers. Der Leser kann dadurch die Zeit ‚hautnah‘ miterleben. Die Aufnahme wichtiger Dokumente ergänzt das Buch auf vorteilhafte Weise. Der Autor will, wie Brecht mit seinem Gedicht an die Nachgeborenen, Verständnis für „Tun und Lassen, für Motive und Denkweisen der geschichtlichen Akteure“ wecken. Nach meiner Auffassung ist ihm das gut gelungen.

Das gilt insbesondere für die Darstellung neuralgischer Punkte der DDR-Geschichte wie „Die Partei neuen Typus - Bekenntnis, Indoktrination, Repression“ (109ff). Der III. Parteitag der SED (Juli 1950) war nach Einschätzung des Autors nicht nur ein Einschnitt in der bisherigen Entwicklung der SED. Er hatte gravierende Auswirkungen auf die ganze DDR-Gesellschaft. „Mit ihm fanden die Umwandlung der 1946 geschaffenen sozialistischen Einheitspartei in eine marxistisch-leninistische Partei Stalinscher Prägung und damit die Herausbildung des politischen Systems der DDR einen gewissen Abschluß.“ (109) Eine der Folgen war die am 9. Juli 1952 in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle von Walter Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED verkündete planmäßige „Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ (133ff).

Erinnern wir uns. Zum gleichen Zeitpunkt stellte Konrad Adenauer im westdeutschen Bundestag die Weichen in Richtung auf Eingliederung der Bundesrepublik in die westlichen Militärverträge - den Deutschlandvertrag und den Generalvertrag. Die Folge dieser Entwicklung war die Vertiefung der Spaltung Deutschlands und eine Vereisung des Verhältnisses zwischen Ost und West im Kalten Krieg.

Der Abschnitt „Die Junirebellion und ihre Folgen“ (157) enthält ebenfalls Korrekturen früherer Darstellungen des 17. Juni 1953. Bisher wurde der Anteil der Arbeiterschaft an den Juniereignissen verniedlicht. Die Wirklichkeit sah aber so aus: „Nach neuen Ermittlungen kam es in 373 Or-

ten - darunter in fast allen Bezirkshauptstädten und in der Mehrzahl der Kreisstädte - zu Streiks und Demonstrationen, an denen sich etwas eine halbe Million Menschen beteiligte.“ (160) Benser verbindet in seiner Darstellung Aufzeichnungen über die Ereignisse „vor Ort“ - zum Beispiel in Leipzig und an der dortigen Universität - mit einer Schilderung der Auseinandersetzung in der SED-Führung.

Weitere Kapitel behandeln u.a. den „13. August 1961“, den „Prager Frühling“, „Hader mit Moskau“, „Signale der Stagnation - Rituale und Routine“, „Perestroika und Glasnost - die DDR-Führung geht auf Distanz“. Die Einschätzung des Zerfalls der DDR und in diesem Zusammenhang die Ursachenforschung in den letzten beiden Abschnitten „Isolierung und Zerfall“ und „Aufbruch ins Ungewisse“ fand bei mir besonderes Interesse. Denn in diesem Zeitraum kam vor allem die Unbeweglichkeit des DDR-Systems bzw. des „realen Sozialismus“ sichtbar zum Ausdruck. Vieles war politisch im Fluss und verlangte nach Erneuerung. Dazu stellt Benser fest: „Obwohl sich über der DDR ein politisches Gewitter zusammenbraute, liefen die Vorbereitungen auf ihren 40. Jahrestag nach altem Muster - mit den immer unpopulärer werdenden Massenaufmärschen, Fackelzügen, Jubelfeiern und Ordensverleihungen. Keine Spur von Besinnung oder wenigstens Selbstbeschränkung.“ (416) „Am Feiertag selbst kam es in Berlin zu Demonstrationen für Meinungsfreiheit und Reformen, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurden. 3.000 Personen wurden verhaftet und übel behandelt, ge-

gen 700 wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wenig später „demonstrierten in Leipzig 70.000 Menschen mit dem Ruf ‚Wir sind das Volk! - keine Gewalt!‘“ (420). Das war der sichtbare Anfang vom Ende der DDR. Das Buch enthält Details darüber und auch über die Versuche, die Eigenständigkeit der DDR unter der Regierung Modrow zu retten. Was noch zu retten war - allerdings, wie wir wissen, vergebens. Nicht zuletzt wird die Rolle Gorbatschows und auch Kohls in diesem Zerfallsprozess der DDR kritisch skizziert.

Bensers Buch wirft natürlich Fragen auf, die man gerne näher behandelt gesehen hätte. Das gilt in diesem Zusammenhang z. B. für die Wirkung des Kalten Krieges auf die Entwicklung in der DDR und für die Einflussnahme der sowjetischen Politik auf die Verhältnisse in der DDR - vor allem auf ihre Führungsorgane.

Benser gibt m. E. einen gelungenen und durchaus auch kritischen Rückblick auf die Zeitgeschichte nicht nur der DDR. Sein Buch ist durch die Mischung von historischem Text und eigenen Wahrnehmungen (kursiv abgesetzt) gut lesbar und gehört in den Bücherschrank nicht nur linker Zeitgenossen, sondern möglichst vieler junger Menschen.

Fritz Krause

Alternativen zur „Kolonialisierung“

Fritz Vilmar (Hrsg.): *Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen.* Berlin, trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist,

2000, 286 S. (Reihe *kritische Analysen zur Vereinigungspolitik*, Bd. 1)

Mit diesem von ihm herausgegebenen und zusammen mit neun weiteren Autoren verfaßten Buch will Fritz Vilmar an seine 1995 erschienene Untersuchung „Kolonialisierung der DDR“ (zusammen mit W. Dümke) anknüpfen. Da es als erster Band einer neuen Reihe erscheint, wird de facto die Fortführung entsprechender Analysen angekündigt. Das Buch bildet einen deutlichen Kontrast zur apologetischen Betrachtungsweise der politischen Elite der BRD, wie sie anlässlich des zehnten Jahrestages der Vereinigung prononciert zum Ausdruck kam. Den Autoren geht es bei der kritischen Bilanz der Zeit seit dem Ende der DDR - das muß unterstrichen werden - nicht um Nostalgie, nicht um eine nachträgliche ungerechtfertigte Aufwertung der DDR-Realität. Übereinstimmend setzten sie ihre Untersuchungen dort an, wo das Ende der DDR, das Scheitern ihres Sozialismus evident und unvermeidbar war.

Vilmar ordnet die Anlage des Buches seiner Auffassung unter, die Vereinigung des Landes entspräche einer „strukturellen Kolonialisierung“: sowohl einer politischen wie einer ökonomischen Kolonialisierung. Da der Begriff angefochten wurde, obwohl er bereits 1990-91 benutzt worden war, unter anderem in der ZEIT, sieht sich Vilmar veranlaßt, ihn in einem gesonderten Beitrag erneut theoretisch zu begründen. Zum einen räumt er ein, daß der Begriff „nur einen Aspekt des Vereinigungsprozesses beschreibt“, zum anderen weist er darauf hin, daß im deutschen Verei-

nigungsprozeß wesentliche Kriterien der „klassischen“ Kolonialisierung erfüllt worden wären, so die sozio-ökonomische Dominanz, die strukturelle Gewalt der Kolonialherren, die wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutung der Kolonialisierten, die Zerstörung der Identität und der Weltanschauung der dominierten Bevölkerung einschließlich der sozialen Liquidation ihrer Eliten. Wenngleich die Autoren die negativen Erscheinungsformen der politischen Gestaltung des Einigungsprozesses in ihren Beiträgen bestätigen, wird nicht deutlich, ob alle in der verallgemeinernden Begriffsbestimmung übereinstimmen. Das betrifft auch andere Begriffe, die demnach einer weiteren Klärung bedürfen: Während R. Reißig vom „Transformationsprozeß“ spricht, ist für Vilmar dieser „scheinbar wertfreie Begriff“ zur Charakterisierung des Vereinigungsprozesses „wissenschaftlich sehr fragwürdig“, da er Alternativlosigkeit suggeriere (51ff. u. 21). Umgekehrt verwendet Vilmar den Begriff „Wende“, während Reißig ihn mit der Begründung ablehnt, daß die DDR-Bürger „einen Systemwechsel als radikalen Bruch in der Arbeitswelt, in der Lebenswelt, in der Wertewelt, in der ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitalausstattung der Subjekte“ zu verarbeiten hatten. (52) Paradox ist allerdings, daß Reißig das Wort ‚Wende‘ im Titel seines Beitrags selbst verwendet.

Alle Beiträge verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen der politischen Gestaltung des Einigungsprozesses und deren sozialen, ökonomischen und kulturellen Folgen. Eben diese Folgen sind es, de-

rentwegen sich die Autoren veranlaßt sehen, den ohne Zweifel unvermeidliche Prozeß der Vereinigung kritisch zu bewerten und die Frage nach realen Alternativen zu erörtern. Edelbert Richter beschreibt die bisherigen Ergebnisse folgendermaßen: „Fast zehn Jahre nach der Vereinigung besteht die Ost-West-Spaltung in Deutschland nicht nur fort, sie scheint sich sogar vertieft zu haben. Das Weiterbestehen der Ost-West-Spaltung ist in einem hohen Grade auf die sozial-ökonomischen Tatsachen zurückzuführen, an denen die Vereinigungspolitik nicht nur wenig geändert hat, sondern die sie sogar selber geschaffen hat.“ (193) Daniela Dahn ist bei der kritischen Einschätzung des Ergebnisses der Vereinigung und seiner Ursachen noch expliziter: „Die politische Vereinigung Deutschlands hat die ökonomische Spaltung vertieft ... Die Ursachen für die immer unerreichbarer erscheinende innere Einheit liegen weniger in den zweifellos unterschiedlichen Prägungen in Ost und West als vielmehr in den für den Einzelnen schwer zu durchschauenden Vorgängen der letzten zehn Jahre.“ (11f.)

Diese Beurteilung der Entwicklung der BRD seit der Vereinigung bildet die Motivation für diejenigen Autoren des Bandes, die gemäß dem Titel der Frage nach möglichen Alternativen der politischen Gestaltung dieser Entwicklung nachgehen. Auch dieses Herangehen widerspricht der offiziellen Deutung, der zufolge der bisherige Vereinigungsprozeß gar nicht anders hätte verlaufen können, wie er eben verlaufen ist.

Was D. Dahn thesenhaft mit ihrer Bemerkung andeutet, daß „nach der Währungsunion ... die Eigentumsregelung der größte Fehler der Vereinigung“ war, weil „die Abschaffung des Volkseigentums ... die Chance eines gigantischen Vermögensabflusses von Ost nach West“ eröffnete, (12) wird sodann faktenreich in vier Beiträgen nachgewiesen: Klaus Steinitz/Fritz Vilmar: Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 1989-1999; Fritz Vilmar: Die übereilte Währungsunion: Eine ökonomische Katastrophe; Ulrich Busch: Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft? Edelbert Richter: Vermögen der Ostdeutschen: Verlust und mögliche Neubildung.

Überzeugend weist Busch nach, daß entgegen der verbreiteten Auffassung, die alten Bundesländer würden mit den Transferleistungen für den Osten große, einseitige Opfer erbringen, „die laufenden Transferzahlungen, die bisher uneingeschränkt als Leistungen des Westens für den Osten galten, ... in bestimmtem Umfang als Folgeleistungen“ erscheinen, denn sie seien „im Maße eines zuvor stattgefundenen Vermögenstransfers von Ost nach West quasi vorfinanziert worden“. (165f.) Die Privatisierung des DDR-Volkvermögens als Umschichtung von Ost nach West sei zwangsläufig eine Form von Enteignung gewesen. Das Ganze erscheine „als ein gigantischer Umverteilungsvorgang öffentlichen Vermögens zugunsten Privater, aber auf Kosten der Öffentlichkeit“, und dies von Ost nach West 190-192).

Vilmar bezieht sich in seiner Kritik an der Art und Weise der Währungsuni-

on auf den Brief des wirtschaftlichen Sachverständigenrates an Kohl vom Februar 1990, in dem von ihrer raschen Verwirklichung abgeraten wird. Die Auswirkungen waren deshalb ruinös, weil sie zu früh verwirklicht wurde, als die dafür erforderlichen Vorbedingungen noch nicht gegeben waren. Sie zu schaffen wäre als eine reale Alternative durchaus möglich gewesen. Er nennt hierfür zum Beispiel „wirtschaftliche (Lohn-)Subventionen, Modernisierungshilfen und Eigentumsreformen“, in deren Gefolge erst die Währungsunion hätte durchgeführt werden sollen (157). Seiner Meinung nach hatte die Währungsunion „zu dem Zeitpunkt ihrer Durchführung nur ein Ziel: den Machterhalt der damaligen Regierung zu gewährleisten. Es ging darum, den Ostdeutschen finanzielle Zugeständnisse zu gewähren, damit diese die Konservativen wählten.“ (159)

Vier Beiträge sind unter der Rubrik „Politische Kolonialisierung“ zusammengefaßt: Stefan Bollinger: 1989: Gescheiterter Aufbruch; Rolf Reißig: Die Ostdeutschen – zehn Jahre nach der Wende. Einstellungen – Wertemuster – Identitätsbildungen; Jens Woelke/Fritz Vilmar: Keine Verfassung, ‚vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen‘; Fritz Vilmar: Soziale Liquidation oder Diskriminierung ostdeutscher Eliten. Das Beispiel der Wissenschaftler; Bernd Söll: PDS – Protestpartei gegen die Kolonialisierung: Das Problem ihrer demokratischen Legitimation.

Bollinger faßt zusammen, was er zuvor in einer monographischen Arbeit

bereits publiziert hat.¹ Auch hier geht es um ein begriffsdefinitorisches Problem. Seiner Auffassung nach trifft der Revolutionsbegriff partiell nur für die Endphase der sozialistischen DDR-Gesellschaft zu, als es darum ging, aus einer unbewältigten Krise heraus lange angestaute Widersprüche zu einer Lösung zu bringen. Diese Herbstrevolution sei „stecken geblieben“, indem bereits zum Jahresende 1989 die Optionen der revolutionären Wende ausgeschöpft gewesen wären (39ff.). Im Beitrag von Woelke und Vilmar zum Verfassungsproblem wird gegen die konservativen Bestrebungen polemisiert, die darauf abzielten, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu verhindern, was bekanntlich auch gelang. Der Grund habe in der Furcht dieser Kräfte vor einem „Verfassungsfortschritt“ in zweifacher Hinsicht bestanden: vor der möglichen Einfügung sozialer Grundrechte, wie sie in der DDR-Verfassung enthalten waren, und vor direkt demokratischen Rechten in Gestalt eines Volksentscheids (79).

Die Quintessenz seiner Analyse zur Verfaßtheit der PDS, die, wie er nachweist, wesentliche politisch-ideologische Grundpositionen der SED nicht mehr vertritt und deren Führungsmannschaft nicht aus Funk-

tionsträgern der SED besteht, faßt Söll wie folgt zusammen: „Die qualitativen programmatischen Unterschiede zwischen der SED und der heutigen PDS, deren Programm eindeutige Verfassungstreue zu bescheinigen ist, sind unübersehbar ... Es ist schlicht unredlich, die PDS seit Jahren als verfassungsfeindlich zu diffamieren und öffentlichkeitswirksam vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen ... Dieser Politikstil dient lediglich der Absicht, die politische Konkurrenz auszuschalten.“ (114)

Ein letzter Abschnitt des Buches befaßt sich mit der „kritischen ‚Aufhebung‘ ostdeutscher Strukturen“. In einem Beitrag von Jannis Stefanides und F. Vilmar über die Agrargenossenschaften in der DDR werden diese als Produktionsform bezeichnet, die positiv zu bewerten ist und die trotz restriktiver Maßnahmen sich in modifizierter Form Überlebenschancen gesichert hat. Die gegen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) gerichteten Maßnahmen bewirkten jedoch eine beträchtliche Umstrukturierung, deren „Motive ... nicht in marktwirtschaftlichen, sondern im ideologischen und wirtschaftsprotektionistischen Bereich /lagen/: Die westdeutschen bäuerlichen Familienbetriebe sollten vor den genossenschaftlichen Betrieben Ostdeutschlands geschützt werden, da diese, wären sie sinnvoll modernisiert worden, aufgrund ihrer großen Produktionseinheiten und rationalen Arbeitsorganisation eine Konkurrenz darzustellen drohten“ (225).

Ein abschließender Beitrag von Bollinger und Vilmar erläutert die Fort-

führung eines Forschungsprojekts, das der Frage danach gewidmet ist, welche soziokulturellen Einrichtungen der DDR in positiver Weise „aufzuheben“ wären. Folgende Forschungsschwerpunkte werden genannt: Soziale Sicherheit und Arbeit für alle; Arbeitswelt als sozialer Mittelpunkt; Polytechnische Didaktik; Sicherung des Bildungs- und Kulturzugangs für alle sozialen Schichten; Gleichberechtigung der Frauen; Genossenschaften, insbesondere in der Landwirtschaft u. a. (240ff).

Als Mangel des Sammelbandes sei erwähnt, daß die innerdeutschen politischen Optionen und realen Entwicklungen losgelöst von ihren internationalen Einbindungen und Bedingungen abgehandelt werden, wodurch mancherlei ungenutzte Möglichkeiten und unvermeidliche Zwänge außer acht bleiben.

Als Anhang wird eine ausgewählte Übersicht über kritische Literatur zum Einigungsprozeß geboten.

Für alle Linken, die um eine differenzierte Einschätzung des bisherigen und um alternative Vorstellungen zur Fortführung des weiteren Einigungsprozesses bemüht sind, stellt das Buch ein Kompendium von Anregungen, von kritischer Bewertung und Auseinandersetzung dar. Die erklärte Absicht, das Projekt fortzusetzen und eine weitere Klärung der überkommenen und der noch zu lösenden Probleme deutscher Einheit zu erreichen, ist zu begrüßen und zu unterstützen.

Harald Neubert



Themenschwerpunkte 2000:

- ▶ Islamismus
- ▶ Hunger & Landwirtschaft
- ▶ Herrschaft durch Sprache
- ▶ Projektionsfläche Afrika
- ▶ Not- und Katastrophenhilfe
- ▶ Expo & Fortschritt
- ▶ Postkolonialer Literaturbetrieb
- ▶ Nationalstaat & Globalisierung

Einzelheft DM 8,- ▶ Abo DM 60,-
im linken Buchhandel, in
Dritte-Welt-Läden oder beim

iz3w ▶ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (07 61) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

☒ ich bestelle ein kostenloses Probeheft

Name _____

PLZ/Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

Datum _____

▶ Die Zeitschrift zu Politik, Ökonomie
und Kultur zwischen Nord und Süd

¹ Stefan Bollinger: 1989 - Eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin, trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist, 1999, 345 S. (Gesellschaft - Geschichte - Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V.“, Berlin, Bd. 17). Vgl. die Besprechung des Buches, in: Z 40 (Dezember 1999), S. 207-213.

Autorinnen und Autoren

- Hans Henning Adler** - Oldenburg, Rechtsanwalt, Mitgl. des Stadtrats (PDS)
Dr. Joachim Bischoff - Hamburg, Soziologe, Redakteur von „sozialismus“, Z-Beirat
Prof. Dr. Christoph Butterwegge - Köln, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer
Prof. Dr. Frank Deppe - Marburg, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer, Z-Beirat
Ingo Elbe - Dortmund, Student
Dr. Fritz Fiehler - Schöbüll, Soziologe, Lehrbeauftragter Univ. Flensburg
Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer - Berlin, Rechtswissenschaftler
Prof. Dr. Jörn Janssen - London, Hochschullehrer em. FH Dortmund, z.Zt. Visiting Professor an der University of Westminster
Prof. Dr. Dieter Klein - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Leiter der Grundsatzkommission der PDS, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Lorenz Knorr - Frankfurt/M., Publizist
Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker
Prof. Dr. Hubert Laitko - Berlin, Wissenschaftshistoriker
Herbert Münchow - Leipzig, Dipl.-Philosoph
Prof. Dr. Harald Neubert - Berlin, Historiker
Prof. Dr. Harry Nick - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
Prof. Dr. Werner Röhr - Berlin, Historiker
Dr. Werner Schmidt - Stockholm, Historiker, Hochschullehrer
Dr. Ulf Schulenberg - Bremen, Philosoph
Friedrich Siekmeier - Bremen, Journalist
Prof. Dr. Klaus Steinitz - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
Prof. Dr. Joachim Tesch - Leipzig, Wirtschaftswissenschaftler
Marco Tullney - Marburg, Student der Informatik und Politikwissenschaft
Dr. Frank Unger - Köln, Journalist
Prof. Dr. Renate Wahsner - Berlin, Philosophin und Wissenschaftshistorikerin am MPI für Wissenschaftsgeschichte
Ewald Wehner - Frankfurt/M., ehem. Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Deutschen Postgewerkschaft
Dr. Harald Werner - Berlin, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS, Mitarbeiter der PDS-Bundestagsfraktion, Z-Beirat
Gerd Wiegel - Marburg, Politikwissenschaftler
Günther Wolfswinkler - Duisburg, Politikwissenschaftler

Das neue Heft:



Halbzeitbilanz der Regierung Schröder/Fischer; Hans-Jürgen Urban: Rentenpolitik im »aktivierenden« Sozialstaat; Fritz Fiehler: Grüne Ordnung für gelbe Märkte; Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Wo bleiben die Verlierer? Zu den Perspektiven der PDS; Mathias Brodkorb/Conny Proské/Marcus Unbenannt: Die rot-rote Koalition auf dem Prüfstand
Bernhard Müller: Antifa-Republik? Rechtsextremismus: Ursachen und Alternativen; Über Kapitalismusanalyse und Antisemitismus. Gespräch mit Moïse Postone; Klaus Bullan:

Bildung für die Informationsgesellschaft; Robert Günthner: Der DGB und die Jugendarbeit; Barbara Mühlich: Erich Fromm im Jahr 2000

Bodo Zeuner: Sozialdarwinismus oder erneuerte Solidarität? Die politische Zukunft der Gewerkschaften; Jay Mazur: Der neue Internationalismus der Gewerkschaften; Frank Werneke: UNI geht an den Start

Theodor Bergmann: Nachruf auf Erwin Lenz; Bernhard Sander: Frankreichs Rechte findet kein Konzept; Helma Chrenko: Das Forum von São Paulo

Supplement: Jörg Nielandt/Mathias Brodkorb, Ausbau der Zivilgesellschaft Non-Profit-Organisationen und Dritter Sektor

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-

Probeheft: Red. Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68, e-mail: artikel@sozialismus.de

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift Einzelheft 18,- DM (incl. Versandkosten)
 Abopreis: 60,- DM (incl. Versandkosten)
 Auslandsabo: 70,- DM (incl. Versandkosten)

- Abonnement:** Ich bestelle ein Z-Abo (Preis s.o.)
 Das Abo gilt ab Heft und für mindestens ein Jahr (vier Hefte). Es verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Abonnementzeitraums schriftlich gekündigt wird.
- Geschenk-Abo:** Ich verschenke ein Z-Abo.
 Das Abo gilt für ein Jahr und kostet DM 60,- (incl. Versandkosten). Das Abo wird nicht automatisch verlängert.
- Einzelheft-Bestellung:** Ich bestelle folgende zurückliegende Ausgaben von Z.

Z 1 bis 20 zu je 7,- DM Z 21 bis 28 zu je 10,- DM ab Z 29 zu je 18,- DM

Name Vorname
 PLZ Ort
 Straße
 Datum Unterschrift

- Ich bezahle bis auf Widerruf per Bankeinzug

Geldinstitut
 Konto-Nr. BLZ

- Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche beim Z-Vertrieb, Postfach 500 936, 60397 Frankfurt, widerrufen kann und bestätige dies durch meine Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs.

zweite Unterschrift

Geschenk-Abonnement geht an:

Name Ort
 PLZ Straße

Z-Vertrieb • Postfach 500 936 • 60397 Frankfurt • Tel./Fax 069 - 3105-1106

isw sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente

isw-report

erscheint vierteljährlich
 (Jahresabo: 30,- DM, Ausl. 36,- DM)

Verbrechen Wirtschaft

Der moderne Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität (Nr. 42, März 2000), 6,- DM + Versand

Armee für alle Fälle – Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee

Bundeswehrdebatte: Viel Streit und wenig Differenzen; Weizsäcker-Papier und Scharpings "Eckpfeiler"; Das Bündnis mit der Rüstungsindustrie; EU-Militarisierung; Von der nationalen Konsolidierung zur "Europäisierung der Rüstungsindustrie"

In Zusammenarbeit mit IMI e.V.
 – Informationsstelle Militarisation –
 (Nr. 44, August 2000), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo

Angriff auf die Rente

Dr. Johannes Steffen, Referent der Arbeiterkammer Bremen, weist in der Ausarbeitung die vorgesehenen Verschlechterungen im einzelnen exakt nach.
 (Nr. 30, Juli 2000), DM 4,- + Versand

isw-grafikdienst

Aktien-Rausch

(Nr. 8, Sept. 2000), 10,- DM + Versand

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
 Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
 fon: 089-130041, fax 089-168 94 15
 email: isw_muenchen@t-online.de

Neu bei isw!

ARMEE FÜR ALLE FÄLLE
 Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee
 isw REPORT NR. 44
 (Nr. 44, August 2000), DM 5,- + Versand

GRAFIKDIENTST
 isw Nr. 8
Aktien-Rausch
 Cash - Crash - Börsenfieber
 isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Abbestück D 2841 F Gebühr bezahlt

Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

st damit nicht dementiert, daß sich auch in Zukunft sozia-
 Zielsetzungen und Entwürfe im Projekt der Moderne und
 modernen Kapitalismus definieren müssen. Dabei gehört
 che Fassung der Moderne noch lange nicht zur Makulatur
 ichte. Denn nirgends sind die positiven Unterschiede der
 -Epoche gegenüber der Vergangenheit schärfer erfaßt und
 aktiven und Konsequenzen einer Dauerrevolutionierung der
 nsbedingungen für die Gesellschaft klarer vorgedacht. Nir-
 d aber auch die Janusköpfigkeit der kapitalistischen Moder-
 tischer beim Namen genannt. Und schließlich ergibt sich
 r anderen Analyse des Ganzen zwingender, daß Kontrolle
 ste Gestaltung des Stoffwechsels mit der Natur auf der
 emanzipative Entwicklung der Individuen auf der anderen
 dann in Balance gebracht werden können, wenn die Bedin-
 zialer Antagonismen beseitigt sind. Dies ist die conditio
 ion der Überwindung der gesellschaftlichen Entzweiung."

g, Die Moderne - eine durch die kapitalistische Realität
 ste Verheißung, in: D. Boris, W. Gerns, H. Jung (Hg.), Kei-
 vom Sozialismus - Aber wir, Bonn 1992, S. 216

Anschrift:
 rift Marxistische Erneuerung
 500936, 60397 Frankfurt/M., Tel/Fax: 069/53054406

0-0648

PDS-Programmdiskussion

Nr. 44, Dezember 2000

PDS-Programmdiskussion

Nr. 44, Dezember 2000

Neue Rechte

Butterwegge - **Rechtsextremismus, Rassismus,
 Gewalt/Wiegel - Verordneter Antifaschismus?**
 Werner - **Zweifel am "ostdeutschen"
 Rechtsextremismus**

PDS-Programmdiskussion

Deppe - **Anmerkungen zur Programmdebatte
 der PDS/Klein - Die Linke und die Moderne**
 Adler - **Streit um Begriffe/Heuer - In welcher
 Epoche leben wir?/Bischoff, Nick, Steinitz -
 Moderner Kapitalismus und Strategie der
 sozialistischen Linken**

Und: Tesch - **Non-Profit-Oganisationen im
 Wohnungswesen/Janssen - Stalinstadt/
 Eisenhüttenstadt/Wolfswinkler - Marxistische
 Staatstheorie im Postfordismus/Laitko -
 Die späten Chemiestudien von Karl Marx**
 Wahsner - **Bemerkungen zu einer Theorie der
 Dialektik**

Sowie: Berichte, Rezensionen